REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 330 · 6.5.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 57 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ak in der DDR abgewickelt?
2. Dokumentation: Wer nicht kämpft, stirbt auf Raten ... Erklärung der RAF zum Anschlag auf Rohwedder
3. Deutsch-polnische Verständigung: Die Begegnung von Untermensch und Herrenmensch
4. Autonomie für Südkurdistan? Kurdistan-Front verhandelt mit Saddam Hussein
5. Bundeswehreinheiten im Grenzgebiet Iran/Irak
6. Türkei: Der 1.Mai - Nagelprobe für Liberalisierung
7. Stellungnahmen der PKK
8. Das Abkommen von 1970
9. Warum scheiterte der Aufstand in Südkurdistan? (aus "Kurdistan-Report")
10. "Saddam ist der Verlierer, aber noch an der Macht." Interview mit Karim Habib, Mitglied des ZK der KP Iraks
11. Der Imperialismus und die Zukunft des Irak - Dietrich Schulze-Marmeling
12. Die unwirkliche Normalität des Lebens. Ein Reisebericht aus dem Irak
13. Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel (Teil 1)
14. "Neutronenwaffenprinzip". Aus einem Gespräch mit Dr. Arnold Schölzel, Humboldt-Universität
15. Warteschleife für rechtmäßig erklärt. Recht nach Kostengründen bei der Neuordnung der DDR
16. Die Mauer bleibt bestehen. Ein Gespräch in Halle mit einem Vertrauensmann der Buna-Werke
17. Was bedeutet eigentlich Aufarbeitung? Was machen mit Stasi, den Akten und den BRDDiensten - Michael Pickardt
18. Ein Verrat an den Opfern! - Erklärung zur Zustimmung der Fraktion GRÜNE/Bündnis 90 zur Vorlage der Regierungskoalition
19. Was tun mit 170 Kilometern Stasi-Akten?
20. "Die eigene Verantwortung nicht durch Suche nach "Sündenböcken" verdrängen." Erklärung von Gregor Gysi zum MfS
21. Worte statt Taten. Die Aufarbeitung der Geschichte durch die PDS
22. "Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft gestärkt." Interview mit Klaus Wolfram, Hg. der Wochenzeitung "die andere"
23. Aufklärerische Diskussion über Stasi?
24. Gedanken über Hindernisse - Ursula Goldenbaum
25. Rechts Schwenk Marsch. Rechtsradikalismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR - Hagen Crszyczek
26. Schiller über alles. Die LaRouche-Connection
27. Kein schöner Land...
28. "Wir können nicht der Motor der kritischen Öffentlichkeit sein ..." Interview mit Menschen aus autonomen Anti-Repressions-Gruppen
29. Verweigert den Kriegsdienst! Aktionen zu den Einberufungen am 2. April in der BRD
30. Aufruhr. Widerstand gegen Repression und 129a
31. Spendenaufruf (für "Diario Latino", El Salvador)
32. Nachruf auf Antonio Cardenal (Jesús Rojas). El Zapotazo oder: der Schlag von El Zapote
33. Cholera -Tod der Armen
34. "Es gibt keinen Grund zur Euphorie - aber die Lage ist auch nicht aussichtslos." Von Claudia Gohde
35. Zur Kritik der Bündnispolitik der PDS - Rainer Börner
36. "Es geht auch anders, so geht es aber auch." Der Landesverband NRW der PDS/Linke Liste stehend k.o. - Anja Krüger
37. In jedem Fall eine Testwahl. Die PDS beteiligt sich in Hamburg erstmals an einer Landtagswahl im Westen
38. Randerscheinungen. Zum GRÜNEN-Parteitag
39. Grüner Parteitag in Neumünster. Auf Gedeih und Verderb: Neuer Mehrheitsblock vor glücklichen Zeiten?

40. Emanzipation ist künftig ein Fremdwort. Jutta Ditfurth auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Neumünster am 28.4.1991
41. Die politische Eintagsfliege von Neumünster. Zum GRÜNEN Parteitag (Dokumentation des Konsenspapiers "zur Lage der Partei)
42. Flugschrift der RL zum Golfkrieg
43. Annäherungen an einige Gründe für das Scheitern des KB. Kongreß-Referat von Hr. (Minderheit)
44. 4. KB-Kongreß: Organisation aufgelöst
45. Ende gut - Was bleibt? Kommentar zur KBAuflösung
46. "Das politische Projekt ist uns ziemlich egal geworden." Austrittserklärung der Frankfurter KB-Gruppe
47. Gruppe K oder lieber AK - wie Anonyme KommunistInnen?
48. Über den Gebrauchswert einer kommunistischen Organisation
49. Uruguay sollte ein Land von Taubstummen werden. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur
50. Typisch. - Betr.: Moral und Pragmatismus (AK 329)
51. Ein kommunistischer Büttel - Yossi Ben-Akiva - betr.: Henryk reitet wieder (AK 329)
52. Kein § 218 in Ost und West! Fristen und Indikationen - was kommt danach? (Aufruf zum Frauenkongreß in Berlin)
53. Eine jüdische Verschwörung? - Christian Vogt-Moykopf - betr.: Henryk reitet wieder (AK 329)
54. §129a - Repression ohne Ende?
55. DDR: Faschisten im Aufwind
56. Quelldatei spenden.htm
57. STASI

1. ak in der DDR abgewickelt?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/vertrieb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:vertrieb

Liebe ak-LeserInnen in der (ex-)DDR!

Einige von Euch werden von dieser Ausgabe an den ak nicht mehr in der gewohnten Weise an einem Kiosk erhalten (haben). Wir konnten den Vertrieb des ak's in der (ex-)DDR über die Kioske nicht mehr aufrechterhalten, da nun auch das Postzeitungsvertriebsamt den Folgen der Wiedervereinigung zum Opfer gefallen ist. Es darf nun aus rechtlichen Gründen keine Presseerzeugnisse mehr vertreiben, denn dies ist in der freien Marktwirtschaft Angelegenheit der Privatwirtschaft, in diesem Falle der privaten Grossisten.

Wir suchen schon seit einiger Zeit nach neuen und bezahlbaren Vertriebsmöglichkeiten auf dem Gebiet der (ex-)DDR. Aber bisher waren diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt, zumal es von Hamburg aus auch schwierig ist, die Gegebenheiten vor Ort zu erkunden.

Für private Grossisten ist der Vertrieb des ak nicht besonders lukrativ, denn die verkaufte Auflage liegt bisher im gesamten Gebiet der bisherigen DDR bei ca. 700. Die Grundgebühr, die diese für die Aufnahme in ihr Vertriebsnetz verlangen würden, stände für uns in keinem rechenbaren Verhältnis zu den zu erwartenden Erlösen.

Was tun?

Unsere Vertriebsstruktur im Westen lebt davon, daß es ein Netz von Buchläden und Menschen gibt, die sich um den Vertrieb und den Verkauf des ak's kümmern. Das hat mehrere Vorteile. Zum einen ist es ein relativ kostengünstiges Vertriebssystem, zum anderen fördert es den Austausch zwischen LeserInnen und MacherInnen des ak's.

So ein Netz bräuchten wir auch in der (ex-)DDR. Deshalb möchten wir Euch um Unterstützung bei dem Aufbau eines solchen Vertriebsnetzes bitten. Es gibt sicher Buchläden oder andere Verkaufsstellen, wo der ak noch nicht bekannt und noch nicht verkauft wird. Solche Adressen brauchen wir, um uns an die Betreiber dieser Läden wenden zu können, denn leider war es nie möglich, über das Postvertriebsamt eine Liste der Kioske zu erhalten, über die ak's vertrieben wurden. Also teilt uns bitte auch die Adressen von Kiosken mit, in denen Ihr den ak gesehen habt, er nun aber verschwunden ist.

Auch auf Veranstaltungen, Demos usw. könnte der ak präsent sein. Wenn Ihr also von Möglichkeiten wißt, den ak bekannt zu machen oder ihn zu verkaufen, laßt es uns bitte wissen.

Wir versenden gern Probeexemplare, um jede Form der Werbung zu unterstützen.

Hamburger Satz- und Verlagskooperative Schulterblatt 58 · 2000 Hamburg 36 Telefon: 040 / 43 53 20

2. Dokumentation: Wer nicht kämpft, stirbt auf Raten ... Erklärung der RAF zum Anschlag auf Rohwedder

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:15

wir haben am 1.4.1991 mit dem kommando ulrich wessel den chef der berliner treuhandanstalt detlev karsten rohwedder erschossen.

rohwedder saß seit 20 jahren in schlüsselfunktionen in politik und wirtschaft.

als bonner wirtschafts-staatssekretär organisierte er in den 70er jahren die rahmenbedingungen, die das brd-kapital für seine profite in aller welt braucht. er war damals zum beispiel maßgeblich beteiligt am deal mit dem faschistischen süd-afrikanischen regime: know-how für den bau von atom-bomben für süd-afrika gegen uran für die brd-atom-industrie. in der phase der durchsetzung des atom-programms war er im aufsichtsrat staatlicher energiekonzerne und in internationalen gremien.

aber auch für die glatte abwicklung unzähliger - oft verdeckter - waffenexporte an faschistische regimes im trikont suchte und fand er immer wege.

rohwedder war schon damals einer dieser schreibtischtäter, die tagtäglich über leichen gehen und die im interesse von macht und profit elend und tod von millionen menschen planen.

in den 80er jahren machte sich rohwedder als chef des hoesch-konzerns einen namen als brutaler sanierer. er hat bei hoesch in wenigen jahren mehr als 2/3 aller arbeiterInnen rausgeschmissen und den bankrotten konzern zu neuen profitraten geführt. dafür wurde er 1983 zum manager des jahres gekürt.

die krönung von rohwedders karriere sollte seine funktion als bonner statthalter in ost-berlin sein. seit ihrer annexion ist die ex-ddr faktisch kolonie der bundesrepublik: die politischen, wirtschaftlichen und militärischen entscheidungszentren liegen in bonn bzw. bei bundesdeutschen konzernen.

dieser kolonial-status ist als vorübergehender geplant, denn die bundesrepublik braucht für ihre großmachtpläne die ex- ddr als funktionierenden kapitalistischen teil - schließlich ist das hauptstandbein auf dem die politische macht hier basiert, die wirtschaftliche potenz. vorher aber soll die wirtschaft der ex-ddr genauso wie die sozialen strukturen dort (vom gesundheitssektor bis zu den kinderkrippen) systematisch kaputt gemacht werden, damit danach das kapital auf freiem feld und mit entwurzelten menschen, den neuaufbau nach seinen maßstäben organisieren kann.

das ist der plan. und die treuhandanstalt soll diesen zusammenbruch organisieren.

es geht den multi-nationalen konzernen im moment aber nicht um den großen wirtschaftlichen aufbau in der ex-ddr. die wenigen ausgesuchten teil-betriebe, die sie bisher übernommen haben, sollen vor allem monopolstellungen für bestimmte branchen sichern. ansonsten wird die infra-struktur ausgebaut - die multis haben sich vom telefonnetz bis zur energie-versorgung längst alles aufgeteilt - und gewartet, bis die treuhand alles nieder gemacht hat, um dann aufzubauen was am weltmarkt profit abwirft.

für die durchsetzung dieses plans hat die bundesregierung rohwedder ausgesucht und er war dafür mit seiner brutalität und arroganz auch der richtige. für ihn gab es von anfang an nichts in der ex-ddr, was nach seinem, auf profit ausgerichteten blick, irgendwelche werte hatte. alles dort war für ihn immer bloß konkursmasse:

"40 jahre sozialismus auf dem gebiet der ex-ddr haben mehr schaden angerichtet als der zweite weltkrieg" - sagte er vor unternehmern in wien. so redet einer, der die welt in produktivitätssteigerung und profitraten sieht und für den menschenleben nichts zählen.

die arbeit der treuhand bedeutet für die menschen mehr als den verlust ihres arbeitsplatzes, die schließung der betriebe und die ausrichtung auf profit vor allem, was an neuem hochgezogen werden soll.

in diesem prozeß soll land und leuten die struktur aufgezwungen werden, die das internationale kapital für seine herrschaft braucht.

es geht um die ausrichtung aller werte auf seine prinzipien, die neben dem materiellen elend von millionen arbeitslosen auch die armut in den köpfen und herzen der menschen bedeutet.

kapitalstrategen, wie rohwedder einer war, geht es darum, auch die bedingungen für den angriff auf die seele der menschen und ihre tiefe deformierung, die sie voneinander isoliert und scheinbar unüberwindliche mauern zwischen ihnen aufbaut, zu schaffen.

denn für ihn waren die menschen in der ex-ddr welche, "denen die normalen dimensionen des denkens verloren gegangen" sind - und deshalb geht es für kopper, herrhausens nachfolger bei der deutschen bank, jetzt darum, bei diesen menschen "den anpassungsprozeß im kopf" durchzusetzen.

den system der "freien marktwirtschaft" gaukelt allen eine vermeintliche chance vor, sich im wohlstandsland großdeutschland einen sicheren platz ergattern zu können und im kaufrausch glücklich zu werden - in wirklichkeit sollen die menschen im geiern nach konsum dumm und stumpf gemacht werden.

wenn überhaupt, gibt es diesen sicheren platz nur für diejenigen, die bedingungslos bereit sind, im harten konkurrenzkampf sich besser zu verkaufen als andere und die diesen wohlstand hier auch wollen, obwohl jede/r weiß oder wissen kann, daß er nur möglich ist, weil millionen menschen im trikont dafür ihren schweiß und ihr blut lassen.

was zählen soll sind ellbogen, egoismus, leistung, konsum usw. nicht aber der mensch, das leben, die natur.

der schriftsteller r. schernikau drückt die einsamkeit und leere im leben von millionen menschen in den reichen kapitalistischen ländern treffend aus:

"ich weiß nicht, was verelendung sonst sein soll. eine maus in einem rad, die läuft und hat jeans an und kopfhörer."

wer sich den kapitalistischen werten unterordnet, muß ein leben in vereinzelung akzeptieren. vereinzelung ist die bedingung für manipulation und ist zentraler pfeiler imperialistischer herrschaftssicherung, denn menschen, die isoliert und ohne wirkliche kommunikation sind, sind weit davon entfernt, sich eine andere wirklichkeit zusammen mit anderen auch nur vorstellen zu können und deshalb das system in frage zu stellen.

die entwicklung, in der die gesamte produktion nach den erfordernissen und nach der konkurrenz des weltmarkts umgestellt wird, läuft in der ehemaligen ddr jetzt noch krasser, als wir es aus der brd kennen. in der high-tech-produktion arbeiten immer weniger menschen - quer durch west-europa und andere kapitalistische länder war die erfahrung der letzten jahrzehnte, daß im konkurrenzkampf: mensch - maschine, immer die menschen verlieren und millionen für immer arbeitslos werden.

das sind die hintergründe für die 2/3 gesellschaft in der brd, wonach für den kapitalismus mindestens 1/3 der menschen weitgehend überflüssig geworden sind. diese masse von menschen, die ganz aus dem produktionsprozeß rausgekippt worden sind bzw. die die sogenannten unqualifizierten arbeiten machen, sollen relativ ruhig gestellt und hoffnungslos das elend und die ungerechtigkeit und die kapitalistischen werte als naturgegeben hinnehmen.

das system braucht vor allem diejenigen, die sich voll und ganz für seine werte entschieden haben und die in privilegierten stellungen der high-tech-produktion oder der dienstleistungen eingesetzt werden. das sind diese maden im speck, die wir yuppies nennen und deren lebensinhalt sich weitgehend auf "born to shop" reduziert.

nach ihren bedürfnissen läuft die umstrukturierung der städte mit all den schicki-micki-läden, yuppie-kneipen und unbezahlbaren luxussanierten wohnungen - diese korrumpierte yuppie-schicht und die bonzen sind die einzigen, die von dieser aufgestylten scheiße, die überall entsteht und entstehen soll, profitieren.

für die masse der erniedrigten und beleidigten bedeutet diese entwicklung die zerstörung ihrer lebenszusammenhänge. sie sollen abgeschoben werden in beton-ghettos, die nach dem prinzip gebaut worden sind, die menschen zu isolieren.

hier läuft die zerstörung von kommunikativen lebenszusammenhängen schon lange und kommt jetzt zur isolierung und vereinzelung auch auf die menschen in der ex-ddr verschärft zu.

seit auflösung der ddr ist der rassismus gegen flüchtlinge und die schon hier lebenden ausländer und gleichzeitig die frauenfeindlichkeit ganz offen ausgebrochen. faschistische gruppen sind stärker geworden und fast jeden tag laufen brutale angriffe gegen ausländerwohnheime, linke oder frauen aus frauenzusammenhängen.

das hat sicher auch seinen grund darin, daß in der zeit des sed-staates solidarität und gleichberechtigung von frauen staatlich verordnet war. als etwas von außen aufgedrücktes hatten viele unter der oberfläche tatsächlich nichts davon gewollt und gelernt. es war so vorgeschrieben und nichts tiefes, es ging nicht von vielen menschen aus.

auf der anderen seite ist rassismus und frauenunterdrückung im kapitalistischen system nicht wegzudenken. es war und ist die staatliche politik, das propaganda-getrommel von "deutschland einig vaterland", die nationalismus wieder salonfähig gemacht hat und grade in die ex-ddr dieses bekotzt chauvinistische getrommel von:

"jetzt sind sie wieder wer / endlich richtige deutsche" gepusht hat.

es ist die staatliche politik, die mit ihren menschenfeindlichen asyl- und ausländergesetzen den rassisten und faschisten den rücken stärkt. die grenzen der reichen metropole westeuropa sollen für alle, die aus dem trikont oder den verarmenden ländern osteuropas hierher kommen wollen, dichtgemacht werden.

bei den schließungen der ex-ddr-betriebe fliegen als erstes die frauen raus. die kinderkrippen werden dichtgemacht und es soll den frauen die entscheidung darüber, ob und wieviele kinder sie haben wollen, genommen werden. so wie wir es aus der brd schon lange kennen - §218.

rassismus und frauenunterdrückung sind für den imperialistischen großdeutschen staat notwendig, weil er sich davon erhoffen kann, daß sich unzufriedenheit und enttäuschung der menschen nicht gegen das system entlädt, sondern jeweils gegen die, die in der gesellschaftlichen hierarchie weiter unten stehen.

aber faschistische organisationen haben für kapitalistische staaten immer auch den materiellen zweck, daß sie für terroraktionen wie die bomben beim oktoberfest in münchen oder auf dem bahnhof von bologna und auch für gezielte angriffe gegen linke und fortschrittliche menschen wie z.b. die räumung besetzter häuser in frankfurt/oder, eingesetzt werden.

wir begreifen unsere aktion gegen einen der architekten großdeutschlands auch als aktion, die diese reaktionäre entwicklung an einer wurzel trifft. es ist klar und grade an der deutschen geschichte bis zum 3. reich deutlich, daß verarmung, verelendung und massenarbeitslosigkeit nicht von alleine zu einer mobilisierung für menschliche ziele und gegen die herrschenden führt.

die unzufriedenheit und enttäuschung von fortschrittlich denkenden menschen soll vor allem von der gewerkschaften gezielt kanalisiert werden. ihre hauptaufgabe ist es zu verhindern, daß arbeitskämpfe zu politischen kämpfen werden, die das system als verursacher der elenden lage in frage stellen. mit diesem ziel versuchen sich gewerkschaftsbonzen aktuell an die spitze der protestbewegung in der ex-ddr zu stellen - daß sie gleich nach unserem angriff auf rohwedder überlegt haben, ob sie die montags-demonstrationen stoppen sollen, paßt genau in diese linie.

sie nennen unsere aktion "politisch katastrophal", weil sie angst davor haben, daß wir auch von menschen in der ex-ddr verstanden werden. waigel kommt dann gleich mit der drohung hinterher, daß, wen die streiks und demonstrationen dort weitergehen, das ein investitionshindernis für die konzerne ist.

aber damit viele menschen dort überhaupt nicht erst anfangen sich mit der aktion, unserer politik und vorstellung überhaupt auseinander setzen, spuckt der gehirnwäsche-apparat vom ersten moment an diesen quatsch aus, wir würden an der langen leine des stasi laufen.

wir haben es schon in der erklärung zu der aktion gegen neusel gesagt: wir alle, die für ein menschliches leben in würde und frei von herrschaft kämpfen, müssen es anpacken, zur gemeinsamen kraft zu werden.

gerade heute, wo der imperialismus schlag auf schlag landet, um seine neue weltordnung den völkern hier wie im trikont aufzuzwingen (der krieg am golf; die entwicklung zu großdeutschland; die harte haltung gegen die kämpfe unserer gefangenen genossInnen; die versuche des staats, jeden selbstbestimmten raum von

menschen zu zerstören bzw. von vorn herein zu verhindern), muß eine revolutionäre bewegung in der lage sein, überall präsent zu sein.

wir können uns den prozeß der umwälzung der gesamten verhältnisse nur vorstellen als einen prozeß, in dem wir in der durchsetzung konkreter forderungen und ziele gegenmacht aufbauen, eine gegenmacht, die zusammen mit den kämpfen der völker im trikont die notwendigen veränderungen gegen das imperialistische system durchsetzen kann und in einem langandauernden kampf die befreiung der menschheit erkämpft.

die revolutionäre bewegung muß zum realen und spürbaren faktor werden.

real und spürbar darin, daß wir zusammen dahin kommen müssen, zentrale entwicklungen zu blockieren und wirkliche veränderungen für die menschen zu schaffen. für uns heißt das, daß wir in zukunft auch auf angriffe des staates, die darauf zielen, die gesamte entwicklung revolutionärer gegenmacht zurückzudrehen, wie das zum beispiel die brutale räumung der besetzten häuser in der mainzer straße in ost-berlin war, antworten wollen.

überhaupt geht es uns darum, neben den strategischen angriffen wie jetzt dem gegen rohwedder, auch in der lage zu sein, mit konkreten forderungen in aktuelle auseinandersetzungen zu intervenieren - wie beispielsweise mit der aktion gegen die us-botschaft.

wir wollen uns zusammen mit anderen dafür organisieren, kampfphasen zu bestimmen und die gemeinsamen ziele durchzusetzen. das können wir uns mit allen vorstellen, die die wirklichkeit im kapitalismus als erdrückend empfinden und erfahren und die anfangen sich dagegen für ihre eigenen vorstellungen zu organisieren und danach handeln.

die revolutionäre bewegung muß eine reale und greifbare menschliche perspektive entwickeln und dadurch zur anziehung für alle, die dieses system als unterdrückung erfahren, werden.

es muß die keimform einer neuen gesellschaft entstehen, in der die menschen anfangen ohne herrschaft und selbstbestimmt zusammenzuleben. selbstbestimmung heißt für uns z.b. auch, nicht immer bloß zu wiederholen, daß es jede menge fragen darüber gibt, wie der revolutionäre prozeß weitergehen muß; selbstbestimmung heißt auch anzufangen antworten zu suchen. die ganze verantwortung dafür, wie der umwälzungsprozeß weiterentwickelt wird, liegt bei jeder/m und jede/r muß diese verantwortung auch wollen.

wer sich dafür entscheidet, kann die aufgedrückten ohnmachtsgefühle überwinden und sich die wirklichen probleme vorknöpfen, um schritt für schritt lösungen zu suchen und zu finden.

das schließt ein, bei erfahrenen niederlagen nicht am boden liegen zu bleiben, sondern wieder aufzustehen und nach neuen wegen zu suchen; nur dadurch kann kontinuität und identifizierbarkeit einer revolutionären bewegung entstehen.

die niederlage vom hungerstreik 89 der politischen gefangenen, als trotz größter mobilisierung die es hier jemals zu einem streik gegeben hat, der staat an der harten haltung festhielt und die genossInnen mit ihren forderungen nicht durchkamen, wirkt bis heute nach.

die wirkliche niederlage für die linke ist nicht, daß die mobilisierung für die durchsetzung der forderungen zu schwach war, sondern daß die meisten das ziel danach losgelassen haben und deshalb aus dieser erfahrung auch nur ohnmacht ziehen können.

für jede revolutionäre bewegung auf der welt ist es eine frage der eigenen identität, wege zur freiheit der politischen gefangenen zu suchen. eine revolutionäre bewegung, der die gefangenen nicht am herzen liegen, kann es nicht geben.

- der weg zur freiheit der politischen gefangenen führt über die durchsetzung ihrer zusammenlegung

- gegen den sprung der imperialistischen bestie unseren sprung im aufbau revolutionärer gegenmacht

- die bedingungen für menschenwürdiges und selbstbestimmtes leben im kampf gegen die reaktionären grossdeutschen und westeuropäischen pläne zur unterwerfung und ausbeutung der menschen hier und im trikont durchsetzen

4.4.1991

rote armee fraktion

3. Deutsch-polnische Verständigung: Die Begegnung von Untermensch und Herrenmensch

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Antirassismus, Antinationalismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:44

Der polnische Zwangsarbeiter Marian Salita und seine Kollegen wurden im Juni 1942 in Breslau auf dem Weg vom Bahnhof zum Arbeitsamt von einer vorbeikommenden Gruppe Hitlerjungen bespuckt und als "polnische Schweine" beschimpft.

Die neben "polnische Schweine" auch sehr populäre Parole "Polen raus" wurde von der BRD-Regierung im April 89 mit Visumbestimmungen für Polen, die einem faktischen Einreiseverbot gleichkamen, realisiert.

DDR-Bürger, nicht in der Lage, ihre Gestimmtheit als Einreisebestimmungen zu deklarieren, gingen den direkten Weg und forderten im November 89 im Zuge ihres neuen Freiheitsdrangs per Wandparolen "Polen raus".

Und am 8.4.91, dem Tag, an dem die Visumpflicht für polnische Staatsbürger für die BRD aufgehoben wurde, waren die Einreisenden wieder schlicht "polnische Schweine".

So stellt sowohl die Kontinuität deutscher Geschichte wie auch deutsch-deutsche Einheit sich wieder her.

"Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen sind entschlossen, ihre Beziehungen im Gedenken an die tragischen und schmerzlichen Seiten der Geschichte zukunftsgewandt zu gestalten und damit ein Beispiel für gute Nachbarschaft zu geben. (...) Sie befürworten die umfassende Begegnung der Menschen aus beiden Ländern (...) Beide Seiten sind zutiefst überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker für eine friedliche Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt." Diese und viele andere schöne Sätze enthält die "Gemeinsame Deutsch-Polnische Erklärung", die am 14.11.89 von dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki und Kanzler Kohl in Warszawa unterzeichnet wurde.

Eine "umfassende Begegnung der Menschen aus beiden Ländern" war allerdings nicht tatsächlich zu befürchten, hatte die Bundesregierung doch ein halbes Jahr zuvor die Einreisebestimmungen für polnische Staatsbürger in die BRD in ein faktisches Einreiseverbot umgewandelt. Vom 1.4.89 an mußten Polen für jeden Tag Aufenthalt in der BRD u.a. den Besitz von 50 Mark in Devisen nachweisen, wenn sie von der BRD-Botschaft in Warszawa ein Visum erhalten wollten. Diese Summe entsprach seinerzeit rund 80.000 Zloty, dem anderthalbfachen monatlichen Durchschnittslohn.

Die DDR-Regierung erließ im Revolutionsmonat November 89 unter Regierungspräsident Modrow neue Transit-und Einkaufsbestimmungen, die sich faktisch vor allem gegen Polen richteten, von der DDR-Bevölkerung begeistert aufgenommen und schöpferisch weiter entwickelt wurden. Im Bezirk Potsdam wurden polnische Autos zerstört, was allerdings nicht DDR-spezifisch ist: Zwischen Dezember 88 und Dezember 89 waren in München 40 Wagen mit Kennzeichen osteuropäischer Länder beschädigt oder zerstört worden. In Kottbus tauchten Wandparolen "Polen raus" auf. Ludwig Mehlhorn (Demokratie Jetzt) berichtete im Rückblick: "Da wurden auch der Erwerb von Grundnahrungsmitteln und der Zutritt zu Restaurants verwehrt, die Volkspolizei führte auf offener Straße Taschenkontrollen durch. In einem Berliner Betrieb tauchten Aushänge auf, wie lange wohl polnische und vietnamesische Arbeiter wie heilige Kühe in Indien behandelt werden sollen. Anderswo wurde polnischen Kollegen gedroht, man werde sich ohnehin bald im wiedervereinigten Großdeutschland mit Schlesien und Pommern wiedertreffen und dann abrechnen." Die polnische Regierungszeitung Rzeczpospolita berichtete von Überlegungen im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die polnischen Arbeitskontrakte mit der DDR zu unterbrechen, wenn die DDR-Behörden die Maßnahmen, "die auf polnische Bürger zielen und zu ununterbrochenen Schikanen gegen Polen in der DDR geführt haben", nicht aufheben. Aushänge mit der Aufschrift "Verkauf nur an Bürger der DDR", wie sie jetzt in vielen Geschäften zu finden seien, erweckten Assoziationen an die "Zeit der Hitlerokkupation".

Während so DDR-Behörden und -Bürger massiv gegen polnische Kontraktarbeiter und Touristen auf Einkaufstour vorgingen, wurde eine andere und tatsächliche Gefährdung der Versorgung der DDR-Bürger höchstens mit leisem Murren vermerkt: Bundesbürger nämlich, lästiger Einreiseformalitäten nun enthoben,

traten zur großen Absahne an. Nahrungsmittel, Textilien, fototechnische Geräte und Unterhaltungselektronik gingen zu günstigstem Wechselkurs über die Theke. In grenznahen Bezirken machten die westdeutschen und Westberliner "Abkäufe" (DDR-Regierungsjargon) rund zehn Prozent des Einzelhandelsumsatzes aus. Der Umsatzzuwachs in den Gaststätten betrug im Januar 1990 dreißig bis vierzig Prozent, westdeutsche Unternehmen feierten Betriebsfeste in DDR-Lokalen.

In Westberlin bemühte sich derweil insbesondere die SPD um die Aufhebung der von den Alliierten erlassenen Bestimmung, die Bürgern osteuropäischer Staaten die visumfreie Einreise nach Berlin ermöglicht. Dies Bestreben war wiederum vor allem gegen Polen gerichtet, die mit sog. Schwarzarbeit, "Masseneinkäufen" und dem "Polenmarkt" (der, nebenbei bemerkt, nur deshalb florierte, weil zehntausende von Westberlinern dort günstig einkaufen konnten) unerträgliche Zustände in der Stadt herbeigeführt hätten. Die AL in Westberlin warnte demgegenüber vor dem Bau einer "Mauer gegen Polen".

Im ersten Halbjahr 1990 war in der DDR noch heftig Stimmung gegen den polnischen "Einkaufstourismus" und polnische "Schwarzhändler" gemacht worden, dies war aber schnell vergessen, als die DDR-Bürger im Zuge der Währungsumstellung über D-Mark verfügten. 75.000 DDRler passierten an einem einzigen Samstag im August 90 die Grenze bei Görlitz, um in Zgorcelez einzukaufen; 900.000 waren es insgesamt, die im August in Polen auf "Butterfahrt" gingen. Ausgestattet mit der begehrten Deutschmark und einem Einkommen, das rund sechsfach höher ist als das des polnischen Durchschnittsverdieners, waren die polnischen Grenzstädte für DDRler allemal Einkaufsparadiese, die von ihnen in einem Ausmaß und einer Weise erobert wurden, wie es im umgekehrten Falle auf deutschem Boden zu einem mittleren Pogrom gegen Polen geführt hätte. "Sie kaufen alles, und sie verachten uns", kommentierte eine Polin das Benehmen des Brudervolks von ehedem. Westjeans für dreißig Mark, das Pfund Butter für zwei, die Stange Westzigaretten für die Hälfte des DDR-Preises - und der DDR-Bürger, der nun seinerseits zum "Schwarzhändler" werden wollte, konnte größere Warenmengen auch mit sattem Abschlag bekommen.

Mit dem Vollzug der deutschen Vereinigung am 3.10.90 und der damit einhergehenden Aufhebung alliierter Verfügungsrechte unterlagen nun auch Polen, die nach Berlin reisen wollten, den bisher nur für die BRD geltenden Visumbestimmungen. Die polnische Regierung verfügte daraufhin, daß auch die Bürger der (nun ehemaligen) DDR, die bisher visumfrei nach Polen einreisen konnten, ein Visum für die Einreise nach Polen beantragen müssen. Diese Verfügung wurde jedoch schon nach kurzer Zeit auf Grund innerpolnischer Kritik, die sowohl wirtschaftlich begründete wie prinzipielle Einwände vorbrachte, wieder zurückgenommen.

"Reisefreiheit" - das "Wort des Jahres" 1989 nach Mitteilung der Gesellschaft für deutsche Sprache - stellte sich für Polen im Oktober 1990 so dar: Seit April 89 galten für die Einreise in die BRD Visumbestimmungen, die für die meisten polnischen Bürger nicht zu erfüllen waren; mit dem 1.1.90 hob Polen den Pflichtumtausch für Bundesbürger auf, die BRD hingegen forderte weiterhin von polnischen Bürgern den Nachweis von 50 DM in Devisen für jeden Aufenthaltstag; Ungarn und Tschechoslowaken konnten jedoch visumfrei in die BRD einreisen; mit dem 3.10.90 wurde auch die visumfreie Einreise für Polen nach Berlin aufgehoben; Bürger der (ehemaligen) DDR durften nach kurzer Unterbrechung auch weiterhin visumfrei nach Polen einreisen; diese Regelung wurde am 1.1.91 auf alle Bundesbürger ausgedehnt. Kurz: Polen realisierte die Reisefreiheit für alle Deutschen; die Bundesrepublik, für die bis vor kurzem noch der Mangel an Reisefreiheit im "Ostblock" ein beliebtes Argument war, errichtete nun ihrerseits eine "Mauer" gegen Polen. Polen seinerseits ergriff - als Eintrittskarte für "Europa"? - gegen seine östlichen und südöstlichen Nachbarn ähnliche Maßnahmen, wie sie vom Westen gegen Polen eingesetzt wurden. Rumänen unterliegen seit dem 1.12.90 scharfen Einreisebeschränkungen; sie müssen an der polnischen Grenze eine gültige Rückfahrkarte und pro Aufenthaltstag zehn US-Dollar Reisegeld (eine für Rumänen noch größere Summe als für Polen die von ihnen verlangten 50 Deutschmark) vorweisen, Transitreisende müssen im Besitz eines gültigen Visums für das Zielland sein. Die Innenminister Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei verabredete "geeignete Maßnahmen", um gegen einen künftigen Flüchtlingsstrom aus Osteuropa (UdSSR, Bulgarien, Rumänien) gerüstet zu sein. Und im polnischen Volk ist angesichts sog. Schwarzarbeiter aus der UdSSR und der "Russenmärkte" in Polen ähnlich deutscher Gestimmtheit ein "Russen raus" zu hören.

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten steigerte sich die Ausländerhetze in der ehemaligen DDR zum offenen Terror. In der Nacht zum 3.10.90 wurden zwei Busse, in denen polnische Arbeiter aus dem Halbleiterwerk Frankfurt/Oder zurück nach Polen fuhren, mit Steinen beworfen, die Frontscheiben der Busse wurden zerstört; kurz vor Mitternacht gingen am Frankfurter Grenzübergang Jugendliche gegen polnische

Autos vor. In den folgenden Wochen griffen organisierte Jugendbanden Polen auf Straßen und in Zügen an, oft wurden Geld und Wertgegenstände geraubt. Passanten sahen in der Regel teilnahmslos zu. Eine Polin wurde in einem aus Polen kommenden Zug mit brennenden Zigaretten und Messern bedroht, in den Nachbarabteilen schlugen andere Bandenmitglieder auf Polen ein.

Im Lichte dieses Stands der deutsch-polnischen Beziehungen ist das Geschehen an den Grenzübergängen in Frankfurt/Oder und Guben am 7./8.4.91, als nach vielem Hin und Her endlich die Visumfreiheit (für Aufenthalte bis zu drei Monaten) für Polen für Reisen in die Unterzeichnerländer des Schengener Abkommens (neben der BRD Frankreich, Italien und die Benelux-Länder) wirksam wurde, entgegen den Darstellungen von Polizei, Politikern und der Presse alles andere als überraschend oder gar "unvorhersehbar" gewesen.

Am 4.4. erschien in Frankfurt/Oder das kostenlos verteilte Anzeigenblatt "Oder-Anzeiger" (Auflage 96.000 Ex.) mit der Schlagzeile "Neonazis kommen an die Oder". Hunderte von Neonazis aus ganz Deutschland, darunter auch Michael Kühnen, würden sich zu Beginn des visumfreien Verkehrs zwischen Polen und der BRD am Grenzübergang zu einer Protestaktion versammeln und "nicht gerade Frühlingssträuße in den Händen halten", hieß es in dem Anzeigenblatt unter Berufung auf "gut informierte Kreise". Im zuständigen Polizeirevier gab man sich indes gelassen: Natürlich sei dem Zeitungsbericht nachgegangen worden, aber er habe sich "nicht hundertprozentig" bestätigt, man werde mit "verstärktem Dienst" dem höheren Verkehrsaufkommen Rechnung tragen. Gelegentlich komme es zwar zu Rangeleien, aber das seien nur "dumme Kinderstreiche" (vermutlich wie der Steinhagel, der ein halbes Jahr zuvor in dieser Stadt auf die Busse polnischer Arbeiter niederging).

In der Nacht vom 7. auf den 8.4. hatten sich an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt/Oder rund 150 jugendliche Neonazis zusammengerottet, bei denen es sich lt. der Gazeta Wyborcza um Mitglieder der "Deutschen Alternative" handelte. Der Grenzübergang wurde von ihnen blockiert, "Sieg Heil", "Polnische Schweine", "Deutschland den Deutschen", "Polen verrecke" gebrüllt. Zumindest anwesend waren auch etwa 50 Polizisten, die "sozusagen recht passiv" (Gazeta yborca) bzw. "hoffnungslos überfordert" (Süddeutsche Zeitung) waren. Die ersten polnischen Wagen, die erst weit nach Mitternacht die Grenze passieren konnten, wurden bespuckt, mit Raketen und Tränengaskörpern beworfen, die Insassen in landesüblicher Manier beschimpft. Von den umstehenden Zuschauern aus Frankfurt kam kein Wort des Protest gegen die Neonazis, sondern sogar gelegentlicher Applaus. Zwar hatten noch eine Woche zuvor am Osterwochenende 95.000 Bundesbürger (fast doppelt soviel wie Polen, die am Tag des "Polenansturms" an über zwanzig Übergängen in die BRD einreisten) die Grenze in Frankfurt nach Polen überquert, jetzt aber war im Ort von einer "drohenden Flut" der Polen die Rede. Der Polizei gelang es erst mit Hilfe herbeitelefonierter Einheiten aus Eisenhüttenstadt und Eberswalde, zumindest einen Fahrstreifen freizuhalten. Fünfzehn der Neonazis wurden vorläufig festgenommen. Aber auch das auf ganze 200 Mann verstärkte Polizeiaufgebot verhinderte nicht, daß polnische Wagen weiterhin - bis drei Uhr morgens - behindert und mit Raketen beworfen wurden.

Frankfurts Stadtobere ahnten, was geschehen würde. Der nicht gerade ausgefallene Vorschlag eines CDU-Abgeordneten, die polnischen Reisenden um Mitternacht an der Grenze mit Blumen zu begrüßen, wurde abgebügelt. Man habe, ließ Klaus Baldauf, Frankfurts Dezernent für internationale Beziehungen, wissen, "die Emotionen mit einer solchen Aktion nicht unnötig schüren" wollen. Schließlich wurde außerhalb des Blickfelds der Frankfurter Bürger über die Oderbrücke ein Transparent gespannt, auf dem die Ankömmlinge in polnischer Sprache "herzlich willkommen" geheißen wurden. Am Grenzübergang erschien der Frankfurter SPD-Oberbürgermeister Denda nebst anderen Charaktermasken erst am Mittag des 8.4., als sich die Lage "normalisiert" hatte.

Am Grenzübergang Guben/Gubin reichten sogar ganze dreißig junge Rechtsradikale aus, um die Straße über eine Stunde lang effektiv zu blockieren. Hier wurden später zwei der Jugendlichen vorläufig festgenommen. Von den insgesamt einundvierzig Festgenommenen (am Nachmittag des 8.4. hatten Neonazis erneut in Frankfurt polnische Wagen und Passanten angegriffen) stammte nur einer aus dem alten Bundesgebiet.

Die Polizei ließ verlauten, völlig "überrascht" gewesen zu sein; der brandenburgische SPD-Innenminister Ziel verteidigte die Polizei gegen den Vorwurf, sie habe versagt; für einen Leitartikler der Süddeutschen Zeitung hatte es sich um "eine Handvoll unbelehrbare Landsleute" gehandelt; und für Detlev Ewert, den stellvertretenden Oberbürgermeister Frankfurts, waren es "nicht einfach Jugendliche, sondern jugendliche Jugendliche". Ewert hielt sich überdies zugute, daß er, der immer das Gespräch mit Linken wie Rechten führe, die Linke davon habe abhalten können, ihrerseits am Grenzübergang zu erscheinen. Bei den Rechtsradikalen

sei das leider nicht zu erreichen gewesen, da diese viel schneller zuschlügen. Woraus für ihn nur folgt: "Es ist mit Ausschreitungen gegen Ausländer zu rechnen - daß Autos demoliert und Bürger angefallen werden."

Die Pressemeldungen in Polen über diesen 8.4. fielen gemessen an der Schwere der Ereignisse extrem milde aus. Das polnische Außenministerium ermannte sich erst zehn Tage später zu einer Erklärung gegenüber der BRD-Regierung: "Das Vorgehen der deutschen Behörden, vor allem der Polizei, hat nicht die volle Sicherheit für alle Polen gewährleistet, die nach Deutschland einreisen wollten." Veranlaßt war das polnische Außenministerium zu dieser Erklärung durch die sich häufenden brutalen Überfälle auf polnische Bürger auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und die Initiative des Stadtpräsidenten von Gorzow/Wielkopolski, Nikodim Wolski, der alle offiziellen Beziehungen seiner Stadt mit Frankfurt/Oder suspendiert hatte. Er begründete diesen Schritt mit Angriffen auf Bürger seiner Stadt und insbesondere auf einen Bus, der am 8.4. aus der BRD nach Gorzow zurückkehrte. Bei dem Bus waren Scheiben eingeworfen und zwei Passanten verletzt worden, der Fahrer trug einen Nervenschock davon. Wolski hatte gleichzeitig den polnischen Außenminister Skubiszewski aufgefordert, bei den deutschen Behörden offiziellen Protest einzulegen sowie moralischen und materiellen Schadenersatz zu verlangen.

Frankfurts Oberbürgermeister Denda bezeichnete die Protestnote des Gorzower Stadtpräsidenten als "stark überzogen": "Hier wird etwas hochgeputscht, was man im gegenseitigen Interesse anders regeln könnte. Die Stadt kann ja sehr wenig dafür, wenn sich hier ein paar Randalierer austoben." Einen erneuten Angriff auf Polen in Frankfurt am 15.4. tat er als "einfache Kriminalität" ab, und die Frage, was denen geschieht, die den Gorzower Bus mit Steinen angegriffen hatten, interessierte ihn wenig: "Na ja, was passiert mit solchen Dingen. Die Leute werden festgesetzt, Personalien aufgenommen und dann werden sie wieder laufengelassen, denn der Haftrichter sagt, wegen solch unbedeutender Delikte werden wir keine Haft anordnen."

Um - soweit an Polen verübt - unbedeutende Delikte handelte es sich offensichtlich auch an "Führers Geburtstag", dem 20. April, die jetzt nicht einmal mehr eine formale Feststellung der Personalien erforderten. Im Zug von Leipzig nach Lublin terrorisierten etwa zwanzig Maskierte die polnischen Reisenden mit Rufen wie "Polen raus", "polnische Schweine", die Tasche eines Fahrgasts mit Reisedokumenten wurde aus dem Fenster geworfen. Auf die Hilferufe der Polen auf dem Bahnhof Lobau (ehem. DDR) dreißig Kilometer vor der Grenze erfolgte keine Reaktion. Als der Zug anderntags wieder in Leipzig einlief, wurden die polnischen Reisenden von wartenden Neonazis bespuckt und beschimpft, ohne daß die auf dem Bahnhof anwesende Polizei reagiert hätte.

In den zwei Wochen nach Beginn des visumfreien Reiseverkehrs sind neununddreißig (zumeist Raub-)Überfälle, sämtlich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, bekannt geworden. "Die Banditen demolieren Autos, schlagen bestialisch auf die Passagiere ein und rauben sie aus", berichtete die Trybuna. War anfangs von "deutschsprachigen Tätergruppen" die Rede, will die Polizei jetzt, nachdem sie Mitte April einen tatverdächtigen Bulgaren festgesetzt hatte, auf der Spur "ausländischer Tätergruppen" sein.

Übrigens: Bei einer deutsch-polnischen Demonstration mit Transparenten "Keine Mauer an Oder und Neiße" zwei Wochen nach Vollzug der deutschen Einheit wurde von Frankfurter Bürgern eine andere Schweine-Kategorie ausgemacht: Wer solche Forderungen erhebe, hieß es in wiederum ungebrochener deutscher Tradition, sei ein "Kommunistenschwein".

K., Hamburg

Quellen:

Jochen August: Erinnern an Deutschland. Berichte polnischer Zwangsarbeiter. In: Herrenmensch und Arbeitsvölker (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 3). Berlin: Rotbuch Verlag, 1986.

Und - soweit nicht anders angegeben - div. Ausgaben von April 89 bis April 91 von: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Tageszeitung, Zeit und Gazeta Wyborcza (9.4.91), Rzeczpospolita (10.4.91), Polityka (13.4.91)

4. Autonomie für Südkurdistan? Kurdistan-Front verhandelt mit Saddam Hussein

Kurdistan-Front verhandelt mit Hussein

Rubrik: Golfkrieg; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:60

Das weltweite Spektakel um humanitäre Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge übertönt den Tatbestand, daß bisher nicht eine einzige Regierung die politischen Rechte der Kurden zu ihrer Sache gemacht hat. So ist bezeichnend, daß in der diesbezüglichen Erklärung des UN-Sicherheitsrats vom 7. April nicht die Unterdrückung der Kurden verurteilt wird, sondern die Unterdrückung "der irakischen Zivilbevölkerung in vielen Teilen des Iraks, einschließlich in jüngster Vergangenheit in von Kurden bewohnten Gebieten". Peking und Moskau hatten zuvor darauf bestanden, die Kurden als Subjekt aus dem Resolutionsentwurf zu verbannen. Schon die Wortwahl sollte die Existenz einer kurdischen Nation negieren und damit zugleich jedem Gedanken an ein kurdisches Recht auf Selbstbestimmung einen Riegel vorschieben.

Der humanitäre Aktionismus des Westens hat eine doppelte Ursache: Zum einen ließ sich das news management des Golfkriegs, welches uns den Anblick der Opfer und des Elends zu ersparen suchte, im Falle der Kurdenkatastrophe nicht durchhalten. Die Öffentlichkeit sah Bilder und verlangte Aktionen. Zum anderen werden auf der Not der kurdischen Flüchtlinge alle möglichen Süppchen gekocht.

Für Frankreich war das kurdische Leiden der wohlfeile Aufhänger, um sich im Namen der vom Imperialismus zu schützenden Minderheiten ein Recht auf Intervention bescheinigen zu lassen. UN-Resolution 688 wurde als ein historischer Durchbruch gefeiert, da hier erstmals aus einer inneren Unterdrückung eine Bedrohung der internationalen Sicherheit und die Möglichkeit einer UN-gestützten Intervention abgeleitet werden konnte. Schon 1989 hatte Frankreich am Beispiel Rumäniens eine internationale Pflicht zur Einmischung postuliert. Auf die ethnischen Konflikte Osteuropas zielte im April dieses Jahres ebenfalls eine Rede Mitterands, in der aus der Verfolgung von Minderheiten ein Recht auf UN-Intervention abgeleitet wurde. Diese Auffassung ist insbesondere in Bonn wie auch im Brüsseler NATO-Hauptquartier auf heftige Zustimmung gestoßen.

Oder nehmen wir die Türkei, dessen kriegswütiger Präsident schon bei Jahresbeginn von einer neuen Sheriff-Rolle in der Region geträumt und seinem Land die Rolle einer "Garantiemacht" für den Nordirak zugedacht hatte. Wenn im Nordirak mit Hilfe internationaler UN-Truppen eine Schutzgebiet errichtet würde, sollten, so Özal, "türkische Truppen unter die Hoheit der UNO gestellt werden."

Die Bundesregierung, die für die Vernichtung von 13.000 Kurden und 2.000 assyrischen Christen durch Giftgas, made in Germany, zur Verantwortung gezogen und zur Wiedergutmachung gezwungen werden muß, hatte dennoch in den ersten Tagen der Flüchtlingskatastrophe die Türkei sogar darin bestärkt, ihre Grenzen für die Fliehenden nicht zu öffnen. Erst als sich diese Linie nicht mehr durchhalten ließ, wurde die revidiert und zugleich damit begonnen, das kurdische Elend für die Ausweitung deutscher Militäreinsätze zu instrumentalisieren. (siehe nebenstehender Beitrag)

Die Mitglieder der amerikanischen Regierung waren die Hintermänner der Hussein'schen Massaker und sind für die kurdische Katastrophe insofern unmittelbar verantwortlich zu machen. Der Vorschlag des stellvertretenden US-Außenministers Bulton, die Kurden doch einfach in die 15 km breite Pufferzone zwischen Kuwait und dem Irak umzusiedeln, spricht ebenso für sich, wie der zynische Versuch, die kurdischen Flüchtlinge durch gezielte Lebensmittelabwürfe weg von der Türkei und in die südlichen Täler des Iraks zu locken. Während Washington zweimal am Tag betont, die von ihm eingerichteten "Schutzlager" an die Vereinten Nationen übergeben und die eigenen Truppen zurückziehen zu wollen, geschieht in der Realität das genaue Gegenteil: Die amerikanischen Truppen im Nordirak werden auf inzwischen weit über 10.000 Mann aufgestockt, die sogenannten Schutzzonen territorial fortwährend erweitert (zuletzt von der Umgebung um Zakho bis in die Region um Al Amadiya) und der amerikanische Flugzeugträger "Roosevelt" zur Warnung an den Irak in türkische Küstengewässer verlegt.

Auch im ursprünglichen "Schutzzonen"-Konzept Großbritanniens war die Ausweitung jenes Protektorats auf die wichtigen kurdischen Städte sowie "a long-term commitment" der britischen und niederländischen Streitkräfte im Nordirak enthalten und zugleich das Projekt einer WEU-Eingreiftruppe revitalisiert. Worauf die

westliche "Schutzzonen"-Politik letztlich zielt, ist noch nicht ausgemacht: Will sich die NATO auf unabsehbare Zeit und mit eigenen Truppen in den kurdischen Bergen verschanzen? Will man die Vereinten Nationen behutsam in die gewandelte Rolle eines weltpolizeilichen Interventionsorgans hineindrängen? Soll die Türkei unterstützt und zugleich in ihrem Entfaltungsdrang gebremst werden? Geht es darum, den kurdischen Widerstand zu spalten und in den "Schutzzonen" einer kurdischen "Unita" zum Durchbruch zu verhelfen? Oder überwiegen public relations und aktionistischer Selbstlauf?

Wie dem auch sei: Ein politisches Angebot wurde der Kurdistan-Front jedenfalls von keiner Seite gemacht. Mit einer Ausnahme: Das des Schlächters von Bagdad.

Die Autonomieverhandlungen

"Wir wollten die Regierung stürzen und scheiterten. Sie wollten uns zerschmettern und scheiterten. Jetzt müssen wir eine politische und friedliche Lösung suchen. Ich habe hierfür nie zuvor ein so positives Klima vorgefunden", erklärte Jalal Talabani, der Verhandlungsführer der kurdischen Delegation am 24. April nach einer ersten fünftägigen Verhandlungsrunde mit der irakischen Führung. Teilnehmer der Verhandlungen waren neben Sprecher der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), ein naher Verwandter des Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistans/Irak (DPK), Massoud Barzani, sowie zwei weitere Organisationsvertreter aus der Kurdistan-Front. Auf irakischer Seite haben anfangs Verteidigungsminister Hussein Kamal Hassan und der Vizepräsident des Revolutionsrats, Izzat Ibrahim, teilgenommen. Beide befinden sich inzwischen in den Händen kurdischer Rebellen, die mit diesem Faustpfand die körperliche Unversehrtheit ihrer Verhandlungsführer sicherstellen wollen. Ob jene Geiselnahme beidseitig vereinbart oder von kurdischer Seite einseitig praktiziert wurde, ist offen. Über beide Optionen liegen Pressemeldungen vor.

Die erste Verhandlungsrunde wurde mit einer grundsätzlichen Einigung und einer Serie feuchter Umarmungen mit Saddam Hussein beendet. In einer zweiten Gesprächsrunde sollen jene Festlegungen konkretisiert und abschließend von Massoud Barzani unterzeichnet werden.

Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die irakische Regierung will die Forderung nach kurdischer Autonomie im Rahmen einer Mehrparteiendemokratie für den Gesamtirak erfüllen. Die Meinungs- und Pressefreiheit soll gewährt, die Menschenrechte sollen respektiert werden. Allen KurdInnen soll eine Rückkehr erlaubt sein.

Ausgangspunkt der Autonomie-Verhandlungen ist das Abkommens von 1970 (siehe nebenstehender Artikel). In einer Reihe von Punkten wurden die kurdischen Rechte gegenüber der Vereinbarung von 1970 ausgeweitet. So wurde eine Ausweitung der Autonomie auf das gesamte irakische Kurdistan mit Ausnahme der umstrittenen Ölstadt Kirkuk vereinbart, während 1970 nur zwei Drittel von Kurdistan erfasst gewesen sein sollen. (Die Entscheidung über die Zugehörigkeit Kirkuks soll später erfolgen - ein sehr zweifelhaftes Verfahren, war doch gerade an diesem Punkt das Abkommen von 1970 gescheitert.) Anders als 1970 soll darüberhinaus in Kurdistan eine eigene Polizei und ein eigener Sicherheitsdienst existieren können. Ein wesentlicher Fortschritt liegt darin, daß nicht nur über Kurdistan, sondern über die zukünftige politische Gestalt des gesamten Irak (Gleichberechtigung aller Nationalitäten, Durchführung freier Wahlen usw.) gesprochen wurde.

Aus der zweiten, bei Erscheinen dieser Zeitung noch nicht abgeschlossenen, Verhandlungsrunde wurden folgende Einzelheiten bekannt:

Noch vor dem November 1991 sollen im Irak freie Wahlen stattfinden und der Revolutionäre Kommandorat als irakisches Machtzentrum abgeschafft werden. An seiner Stelle soll ein 50-köpfiges Beratergremium (Shura) eingerichtet werden, dessen Mitglieder zur Hälfte von Hussein benannt werden. Die übrigen Shura- und 250 Unterhaus-Mitglieder werden direkt gewählt. Das Unterhaus soll die Regierung wählen. Die Machtbefugnisse des Präsidenten sollen eingeschränkt und seine Amtszeit auf sieben Jahre begrenzt werden. Für die inhaftierten Kurden und Shiiten soll eine Generalamnestie ausgesprochen werden.

Zwei wesentliche Punkte blieben umstritten: Die kurdischen Organisationen verlangen, eigene Sicherheitskräfte und auch eine UN-Truppe auf ihrem Territorium etablieren zu können, was Bagdad jedoch ablehnt. Die Kurden sollen dem Vernehmen nach auf diesem Punkt jedoch bestehen. Umstritten ist ferner, ob Mossul, die drittgrößte Stadt des Landes, zum kurdischen Gebiet zählt oder nicht.

Während sich Hussein mit einer internationalen Garantie über die Einhaltung des Abkommens nach anfänglichen Widerständen abgefunden hat, dürften über den Charakter jener Garantien die Vorstellung zwischen den Verhandlungspartnern wie auch innerhalb der Kurdistan-Front divergieren. Massoud Barzani etwa hatte ohne weitere Spezifizierung vorgeschlagen, die jetzt eingerichteten Schutzzonen auf ganz Kurdistan auszudehnen. Talabani wollte die jetzt im Nordirak stationierten Truppen durch UN-Verbände ersetzen bzw. forderte eine Garantie durch die Vereinten Nationen und die USA. (taz, 3.5.) "Wir hoffen", erklärte wiederum der PUK- Vertreter in der Kurdistan-Front, Kamal Fuad, daß die Präsenz alliierter Truppen im Nordirak "zu einer internationalen Garantie führt, daß UNO- oder andere Truppen im Norden oder Süden des Irak stationiert werden. Eine Garantie brauchen wir in jedem Falle, schon allein deshalb, weil die Flüchtlinge sagen, daß sie sonst nicht zurückkehren. Ein Schutz, am liebsten durch die UNO, würde sich positiv auswirken." (taz, 29.4.) Die kurdische Bewegung habe deutlich gemacht, so schließlich Abdel Hussein Schaaban, Mitglied einer Gruppe ehemaliger KP-Mitglieder, "daß die Alliierten das Land wieder zu verlassen haben, falls ein Abkommen mit Bagdad abgeschlossen wird." (taz, 4.5.)

In einer Frage von absolut zentraler Bedeutung scheint somit eine einigermaßen fassbare Vorstellung nicht einmal entwickelt zu sein! Es macht aber einen Unterschied, ob etwa zur Kontrolle der Einhaltung jenes Abkommens (in Anlehnung an das in der Namibiafrage ausgehandelte Reglement) einige Beobachtungsposten der Vereinten Nationen Stellung beziehen, oder ob eine ganze Armee bzw. massiv bewaffnete UN-Kräfte auf den Plan zu treten haben. Auf diesen Punkt wird weiter unten zurückzukommen sein. Zunächst einige Anmerkungen über die Kritik, mit der sich die Kurdistan-Front seit dem Beginn der Verhandlungen konfrontiert sieht.

Falle oder Chance?

Von einer wichtigen schiitischen Oppositionsgruppe wurden die Verhandlungen scharf verurteilt. Bevor die inneren Probleme des Landes geregelt werden könnten, müsse erst Saddam Hussein gestürzt werden, so der Sprecher der "Versammlung für die islamische Revolution", Abu Majthan Saghir. Auch von anderen Kräften des Anfang März in Beirut etablierten Oppositionsbündnisses "Rat zur nationalen Errettung" wurde der kurdische Alleingang kritisiert, da er Saddam entscheidend entlaste und der Dialog ohne Vorbedingung (Aufhebung der Ausnahmegesetze; Freilassung aller politischen Gefangenen; Auflösung der Geheimdienstapparate) zustandegekommen sei. Nicht einmal die sieben Gruppen der Irakischen Kurdistan-Front hätten eine Gelegenheit erhalten, das Dialogangebot Husseins im Vorfeld zu erörtern, so die Kritik der irakischen KP. Die Talabani-Politik sei kurzsichtig und verhelfe dem isolierten Diktator lediglich aus der Klemme. Die kurdischen Organisationen verweisen demgegenüber mit einiger Berechtigung auf den Umstand, daß der Westen die weitere Herrschaft Saddam Husseins akzeptiere und somit die vorübergehende Schwäche des Diktators auszunutzen sei. In der Tat ist das Kräfteverhältnis für die irakischen Kurden günstiger als je zuvor:

Niemals zuvor ist die kurdische Frage international auf eine vergleichbare Resonanz gestoßen. Nach wie vor kann der kurdische Widerstand, der große Teile des ländlichen Kurdistan kontrolliert und dessen bewaffnete Kräfte sich infolge des Aufstands von 10.000 auf über 100.000 vergrößert haben, aus einer Position der Stärke verhandeln. Demgegenüber erscheint das Saddam-Regime derzeit enorm geschwächt. Kamal Fuad von der PUK: "Der Charakter des Regimes ist der gleiche, aber die jetzigen Bedingungen führen dazu, daß das Regime so zahm ist wie nie und sich gezwungen sieht, eine solche Vereinbarung zu akzeptieren. Wir sehen nicht, daß die irakische Regierung so bald wieder ihre frühere Position der Stärke zurückgewinnt. Auch der Druck der Weltöffentlichkeit spielt eine große Rolle. Das ist für uns der Moment, in dem wir unsere Forderungen stellen können. Was wir bisher erreicht haben, ist in der kurdischen Geschichte noch nie erreicht worden." (taz, 29.4.) Die Situation erscheint paradox: Der kurdischen Befreiungsbewegung wird inmitten des wohl größten Desasters ihrer Geschichte ein vollkommen unverhoffter politischer Geländegewinn offeriert. Saddam Hussein legt ihnen - wenn auch bisher nur rhetorisch - mit einem Schlag auf den Tisch, wofür 30 Jahre und länger gekämpft worden war. Oder ist dies alles nach wie vor nur ein Bluff, der Versuch Saddams, Zeit zu gewinnen, die Nordfront zu neutralisieren, um mit den Schiiten ungestörter aufräumen zu können?

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als gäbe es für die irakischen Kurden beim gegenwärtigen Patt - Saddam wurde durch den Krieg der Alliierten zum Zwerg gemacht und Talabani geschlagen durch die Reste der Republikanergarde - zur tatsächlichen Durchsetzung des Abkommens nur noch ein einziges Instrument: Die Androhung einer internationalen Einmischung. Doch gerade dieser Eindruck trübt. Tatsächlich liegt die

entscheidende Chance für die Durchsetzung und Sicherung der kurdischen Autonomie in der Mobilisierung der irakischen Bevölkerung für die politische und ökonomische Demokratie sowie in der Beibehaltung und Stärkung der bewaffneten kurdischen Einheiten. Wenn auch der Alleingang der vier Organisationen auf berechtigten Ärger stoßen mußte, ist doch eine Chance hierfür noch insofern gegeben, als die Demokratisierung des Gesamtirak bei den Verhandlungen von Anfang an eine Rolle spielte und somit die Interessen schiitischer und anderer Bevölkerungsgruppen wenigstens nicht ausgeklammert wurden.

Eine Einmischung des Imperialismus hingegen könnte in Anbetracht seiner geopolitischen und sozialen Interessenlage kein anderes Resultat zur Folge haben, als die Zerschlagung oder Einhegung der kurdischen Autonomie. Denn diese würde zwangsläufig auf die Innenpolitik der NATO-Macht Türkei ausstrahlen und dort eben jene Erschütterungen forcieren, derenthalben die NATO-Eingreiftruppe und sonstige Interventionsverbände derzeit ausgebaut werden. "Für die Kurden" - so der Kommentar der Neuen Züricher Zeitung vom 28.4. - "ist die neue Weltordnung - wie schon die alte - unter anderem auf den Vertrag von Lausanne 1923 gebaut, welcher die Garantie für einen Kurdenstaat fallenließ und dafür die kriegerischen Anstrengungen der jungen türkischen Republik honorierte." Die zurückhaltenden Reaktionen des Imperialismus auf die Bagdader Verhandlungen bestätigen jene Prognose.

Die NATO muß aus dem Irak verschwinden

Bezeichnenderweise hatte alleine der fundamentalistische Iran auf die Demokratisierungs-Versprechungen Husseins mit Wohlwollen reagiert - wohl in der Erwartung, durch die in Bagdad erzielte Grundsatzvereinbarung Hunderttausenden geflüchteter Kurden die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen zu können. Die amerikanische und die französische Regierung reagierten "zurückhaltend" und Bonn gab sich bedeckt. Zwar hatten die Führer der kurdischen Organisationen immer wieder auf die Notwendigkeit einer internationalen Garantie als Voraussetzung für ein Autonomie-Abkommen mit Hussein hingewiesen und hierbei die EG, die UNO und die USA genannt. Während eben jene Mächte derzeit weder Mühe noch Aufwand scheuen, um mit immer neuen Methoden einige Hundert Kurden in ihre "Schutzzonen" zu bugsieren, wurde den Sprechern des kurdischen Widerstands in dieser Frage nur eins gezeigt: die kalte Schulter. Zu befürchten ist, daß im Falle erfolgreicher Verhandlungen die nordirakische Dauerpräsenz jener Mächte eine Umsetzung der Verhandlungsergebnisse nicht garantieren sondern gerade torpedieren wird. Und der Gedanke erscheint nicht abwegig, daß vielleicht aus eben diesen Gründen eine Dauerpräsenz der NATO im Nordirak - sei es mit nationalen Truppen oder versteckt hinter dem Konstrukt einer schwerbewaffneten UNO-Polizei - in die Wege geleitet wird. Es wird sich immer eine Gruppe von Kurden finden lassen, die eben für jene Präsenz eine medienwirksame Kundgebung organisiert.

Als der reale Völkermord passierte - ob 1988 in Halabja oder 1991 in Kirkuk - schauten unsere sauberen "Beschützer der Kurden" indigniert beiseite - man war ja froh, sich gegen die Aufständischen nicht selbst die Finger schmutzig machen zu müssen.

Jetzt aber, da zumindest die Chance einer Demokratisierung und der kurdischen Emanzipation gegeben ist - jetzt fällt ihnen ein, was den KurdInnen angeblich fehlt: "Beschützer", die sie von der Wahrnehmung der eigenen Interessen abhalten.

max.

Quellen:

Profil, 15.4.; taz, 4.5., 12.4., 29.4.; IHT, 13.4., 4.5.; FAZ, 31.1., 5.4., 9.4., 24.4., 26.4., 5.2., 27.4; SZ, 15.4.; NZZ, 26.4., 28.4.; Wall Street Journal, 9.4.; Guardian, 24.4., 25.4.; WOZ, 3.5.

Hans Branscheid: Die irakische Regierung hat in der jüngsten Vergangenheit mehrfach den geflüchteten Kurden eine Amnestie angeboten und sich im übrigen dazu erklärt, gewisse demokratische Elemente in die Landespolitik einzuführen. Ist das glaubhaft?

Masud Barzani: Demokratische Verhältnisse im Irak wären gleichbedeutend mit dem Ende des Regimes. Daran haben wir keinen Zweifel. Nur wird es dazu nicht kommen, daß diese Regierung mit "Hilfe der Demokratie" sich selber abschafft. Auch die "Amnestie" ist nicht mehr als ein Angebot einer Diktatur, für deren Zusagen es nicht die geringste Garantie gibt. Ein Federstrich des Revolutionären Kommandorates im Irak kann jederzeit alles rückgängig machen, was zuvor verkündet wurde. Unsere Flüchtlinge trauen diesem Angebot

nicht. Einige hundert Menschen, die in den Irak zurückkehrten, wurden auf der Stelle interniert und müssen jetzt mit Deportation rechnen.

(aus: taz vom 19.6.1989)

5. Bundeswehreinheiten im Grenzgebiet Iran/Irak

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Iran; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:45

"Wie in Bonn zu erfahren war, wird die Bundeswehr voraussichtlich 1000 Pioniere und etwa 1000 Fallschirmjäger zur Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge entsenden. Die Bundesregierung werde über diesen ‚humanitären Einsatz' in Kürze entscheiden", schrieb am 23. April die FAZ und setzte die Chiffre "humanitären Einsatz" sicherheitshalber in Anführungszeichen. Am Tage darauf tagten in gemeinsamer Sondersitzung die Parteivorsitzenden der Regierungskoalition und des Bundeskabinetts. Das Ergebnis war ein Beschluß von Tragweite: Wenn auch "angeblich" weder Washington noch London oder Paris einen diesbezüglich Wunsch geäußert hatten, wurde dennoch erstmals die Bundeswehr autorisiert, bei "humanitären Einsätzen" auch auf irakischem Territorium zu operieren. Eine diesbezügliche Zustimmung der irakischen Regierung sei nicht erforderlich. (vgl. FAZ, 25.4.)

Also wurden 240 Soldaten vom Heeresfliegerkommando 3 in Bewegung gesetzt, um vom türkischen Batman aus Hilfslieferungen für die kurdischen Flüchtlinge zu organisieren und zugleich als Schwerpunkt der Bundeswehr-Hilfe ein "out of area"-Standort, das iranische Bakhtarar, angepeilt. Von dort aus wolle Deutschland, so Helmut Kohl in seiner unnachahmlichen Bescheidenheit, etwa so agieren, wie es die USA von der Türkei aus täten. Noch im April wurden 220 Zeitsoldaten nach Iran transferiert und ab dem 30. 4. ein Sanitätslehrbataillon der Bundeswehr sowie ein Gebirgspionierbataillon zum Aufbau eines Flüchtlingslagers hinterherbeordert. 450 Bundeswehrsoldaten sollen derzeit im Iran für zunächst vier Monate, wie es heißt, stationiert sein.

Im Ausland wurde durchaus registriert, was hier geschehen ist: "Mr. Kohl hat entschieden", schrieb am 27.4. etwa die International Herald Tribune, "die Hindernisse für eine Bundeswehr-Aktion beiseitezuschieben ... Truppen in humanitärer Mission zu entsenden - auch wenn diese Mission außerhalb des NATO-Territoriums und insofern jenseits der Grenze stattfindet, die der Kanzler einst selbst für deutsche Aktivitäten festgelegt hat - kann kaum Anstoß erregen und könnte dennoch eine graduelle Expansion der deutschen globalen Rolle in Gang setzen, erklärte ein Berater Kohls." "Massiver als je zuvor", so dasselbe Blatt am 24.4., "wird damit die restriktive militärische Rolle aufgegeben, die seit 1954 für die Bundesrepublik maßgeblich war." Zitiert wird ein Sprecher der offiziösen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit den Worten, daß das humanitäre Ticket die Debatte über die deutsche militärische Rolle zwar nicht ersetze, den Maßstab für Bundeswehraktionen jedoch stetig weiter verschiebe.

Ähnlich geartete Reflexionen über die neue Rolle der Bundeswehr, geschweige denn Proteste hat es in der Bundesrepublik nicht einmal im taz-Milieu gegeben. Wie Karsten Voigt 1989 mit seinem Beifall für den Kohl'schen 10-Punkte Plan hatte diesmal der SPD-"Linke" Freimut Duve mit einer taz-Steilvorlage bisherige Politik-Maßstäbe ins Rutschen gebracht. Zugunsten der Kurden sei, so Duve am 5. April, eine Friedenstruppe unter Kommando der Vereinten Nationen notwendig. "Wenn es ein solches UNO-Kommando schon gäbe, wäre dies auch die Stunde der Beteiligung deutscher Soldaten." Wer wollte da noch zurückstehen? Carl Lamers von der CDU fordert die Beteiligung der Bundeswehr am militärischen Schutz der Flüchtlingslager im Irak, Norbert Blüm verlangte ganz generell eine bewaffnete deutsche Schutzgruppe für die Kurden, während Manfred Wörner - der Würde seines Amtes Rechnung tragend - diesmal noch offen ließ ("Das ist die große Frage"), welches Land seine Truppen in den Irak schicken sollte.

Deutsche Uniformträger und der Rest der Welt

Die Bundeswehr hatte wohlweislich davon abgesehen, auch ihre Fallschirmjäger-Elitetruppen in das Krisengebiet zu entsenden. Zwar waren diese im Rahmen gemeinsamer Übungen mit der NATO- Feuerwehr nicht nur mit den Kurden sondern auch mit den Gebirgsverhältnissen Kurdistans bestens vertraut - jedoch hatte sie stets an der Seite der türkischen Armee und gegen die Kurden agiert. (siehe AK 326, S.4f) Und das hätte bei aller Anstrengung um Feindbildrevision peinlich enden können ...

Schon auf die Zeitsoldaten, die sich freiwillig für den Iran gemeldet hatten, mußte durch das Auswärtige Amt "enormer Druck zu politischem Wohlverhalten" - sprich: ziviler Höflichkeit - ausgeübt werden. Hatte man es in den moslemischen Gefilden doch mit "westiranischen Provinzgouverneuren" und sonstigen "provinziellen

Amtsinhabern" zu tun, die dem deutschen Tatendrang im Wege standen, sprich: "offenkundig überfordert" waren. (FAZ, 29.4.)

Trotz aller Bonner Ermahnungen war das Verhältnis zu den iranischen Autoritäten schon kurz nach Ankunft der deutschen Soldaten vernehmlich getrübt. Die iranischen Behörden hatten, so der Korrespondent der Frankfurter Rundschau, "offensichtlich Probleme, sich an die Anwesenheit einer doch ziemlich fremden Armee zu gewöhnen und woll(t)en" - ist das noch zu glauben! - "beinahe jeden Schritt besprochen und genehmigt wissen - und dies meist zugleich auf mehreren Ebenen." Angesichts jener "Probleme mit der iranischen Mentalität" hatte jener FR-Korrespondent im deutschen Lager zwei unterschiedliche Reaktionsweisen festgestellt. "Man sei hergekommen mit der Vorstellung, denen zu sagen, so und so mache man dieses oder jenes", erklärte ein Bundeswehrvertreter der Softie-Fraktion, "so geht das aber nicht." Andere Offiziere vertragen demgegenüber eine Position, wonach angesichts des Hilfsauftrages "für protokollarische Zickigkeiten und andere Empfindlichkeiten kein Platz" sei. Jene drängten, so der Korrespondentenbericht, "dementsprechend für ein energisches Auftreten gegenüber den Behörden" (FR, 30.4.), was, da es sich ja immer noch um die Behörden eines Verbündeten handelt, erahnen läßt, welche Art des Auftretens bei Feindberührung angesagt sein wird.

Die Möglichkeit realer Feindberührung ist gegeben: Der deutsche Außenminister und seine Regierung fordern im Einklang mit der EG den Aufbau einer UN-Polizei, die im Irak nicht als "peace- keeping" sondern als "peace-making"- Formation - gestützt auf eine Bewaffnung, die Hussein in Schach zu halten vermag - die zukünftige Sicherheit der Kurden garantieren soll. Eine deutsche Beteiligung an jener UN-Polizei sei, so Genscher, in keiner Weise ausgeschlossen, sondern hänge von den Einzelheiten des entsprechenden UN-Mandats ab. Dies ist zutreffend. Innenpolitische Widerstände werden derartigen Einsätzen kaum noch im Wege stehen.

max.

(Verwendete Quellen: IHT, 24.4.; 27.4.; FAZ, 20.4.; 23.4.; 25.4.; 29.4.; 30.4., 2.5.; taz, 15.4.; SZ, 22.4.; FR, 30.4.)

6. Türkei: Der 1.Mai - Nagelprobe für Liberalisierung

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:54

Die Genehmigung von Versammlungen zum 1. Mai hat mit Meinungsäußerungsfreiheit nichts zu tun. Das erklärte der türkische Innenminister Akbulut und kündigte - wie schon in den vergangenen Jahren seit dem Militärputsch von 1980 - ein absolutes Verbot für Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel an. Die Sicherheitskräfte seien darauf vorbereitet, dieses Verbot durchzusetzen.

22.000 Polizisten hielten zu diesem Zweck allein Istanbul besetzt. Am Taksimplatz, zentral im europäischen Teil der Stadt gelegen und vor dem Militärputsch 1980 traditionell für die Maikundgebungen genutzt, waren Sondereinsatztruppen der Polizei und ein Militärkommando aufgefahren und an zentraler Stelle ein Schützenpanzer postiert. Die schon zum letzten 1. Mai aus der BRD importierten Schäferhunde und allgegenwärtige Zivilpolizei ergänzten das Aufgebot. In mehreren konzentrischen Kreisen waren die Zugänge zur Innenstadt durch Kontrollstellen gesperrt. Bereits die Fähranleger am asiatischen Bosporusufer wurden kontrolliert, ebenso die Busse, der PKW- und Fußgängerverkehr an "strategischen" Straßen und Plätzen. Passanten, die nicht ersichtlich in die Kategorie "wohlsituierter Geschäftsmann" oder "Tourist" fielen, wurden abgetastet und mußten ihre Ausweise vorweisen. Wer der Polizei verdächtig schien, wurde zu einer Gefangenensammelstelle am Straßenrand geführt. Von Polizisten mit vorgehaltenem Sturmgewehr bewacht, mußten sie in Kauerstellung verharren, bis ein Polizeibus vorfuhr, um wieder eine Gruppe Festgenommener auf die Reviere abzutransportieren.

Nach offiziellen Zahlen wurden in Istanbul an diesem 1. Mai 2.000 Menschen festgenommen; vermutlich waren es tatsächlich mehr, da die Verhaftung von möglichen Aktivisten bereits Tage vorher begann. Die Polizei riegelte beispielsweise die Avcilar-Universität ab und griff alle anwesenden Studenten beim Verlassen des Geländes ab. Auch in Gecekondus und Arbeiterquartieren gab es eine Reihe von Festnahmen im Vorfeld. Nach Informationen des Istanbuler Menschenrechtsvereins waren am 3.5. noch 175 Menschen in der Gewalt der Polizei. Die Festgenommenen wurden auf den Polizeiwachen geschlagen; bei Linken, die der Polizei bekannt sind, sind Folterungen zu befürchten.

Obwohl auch in den Stadtteilen die Polizeipräsenz massiv war und z.T. ganze Fabriken umstellt wurden, konnte die Staatsmacht Aktionen nicht völlig verhindern. Die mit etwa 1.000 Menschen größte illegale Demonstration im Stadtteil Sarachane wurde von einem linken Zeitschriftenbündnis organisiert. Unter Einsatz von Gummigeschossen und mit brutalem Knüppeleinsatz wurde diese Demo zerschlagen, ebenso eine weitere in Eminönü. Zum Schußwaffeneinsatz kam es an der Yildiz-Universität, wo sich Studenten mit Molotowcocktails gegen die Polizeiübermacht zur Wehr setzten. Kleinere Kundgebungen - z.T. mit heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei - gab es u.a. an der Istanbul-Universität, in Kurtulus, Fatih, Sultanhaman, Harbiye, Kadiköy, Pangalti, Gedikpasa und Kartal.

Daß die Auseinandersetzungen nicht weiter eskalierten - im vorigen Jahr wurde ein Mädchen durch eine Schußverletzung querschnittsgelähmt, 1989 starb ein 18jähriger durch Polizeikugeln - wurde von Beobachtern vor allem darauf zurückgeführt, daß die Linke nicht darauf orientiert hatte, Demonstrationen auf oder in der Nähe des Taksimplatzes unter allen Umständen durchzusetzen. Im Gegensatz zum vorigen Jahr hatten insbesondere die fortschrittlicheren Gewerkschaften nicht zu zentralen Aktionen mobilisiert. Die PKK, die erst zum Newroz-Fest sowohl in Kurdistan als auch in türkischen Großstädten ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt hatte, hatte auf Aktionen zum 1. Mai praktisch ganz verzichtet.

Aktivitäten in anderen Städten

Nicht uninteressant ist, daß in der offenen Fischmarkthalle der Industriestadt Izmir die anscheinend einzige vom Gouverneur genehmigte und von der Polizei kontrollierte 1. Mai-Kundgebung stattfand, an der 15.000 Menschen teilgenommen haben sollen. In Ankara redete der sozialdemokratische Parteivorsitzende Inönü halböffentlich vor 3.000 städtischen Beschäftigten. Izmir gilt als in der letzten Zeit eher ruhig und politisch zurückgeblieben, und Ankara war schon immer mehr Verwaltungsmetropole als industrielles Zentrum. Zugleich wurden auch in diesen Städten illegale Aktivitäten hart unterdrückt. Möglicherweise handelte es sich hier um Versuchsballons, wie vom Regime kontrollierbare 1. Mai-Feiern unter Ausschluß linker Kräfte legal in Szene gesetzt werden können.

Polizeieinsätze zur Verhinderung von illegalen 1. Mai-Aktivitäten wurden dagegen aus Bursa, Kayseri, Trabzon, Mersin, Tunceli und Diyarbakir gemeldet. In Zonguldak, wo der Marsch der Bergarbeiter auf Ankara im Winter die Regierung in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht hatte, beschränkten sich die Führer der Bergarbeitergewerkschaft auf einen Besuch des Arbeiterdenkmals.

Der rechte Gewerkschaftsbund Türk- Is hatte zu einigen Saalveranstaltungen aufgerufen, in Ankara redete Gewerkschaftschef Sevket Yilmaz vor halbleeren Stuhlreihen. Ansonsten sollte nach dem Willen von Türk-Is lediglich in den Betrieben der Text eines 1. Mai-Flugblatts vorgelesen werden, "um ungesetzliche Demonstrationen zu vermeiden". Yilmaz: "Der Friedens- und Solidaritätstag kann nicht mit Bomben, Angriffen und Terror gefeiert werden."

Demos als "Terrorismus"

Ganz im Gegensatz zu dem liberalen Image, das sich die Özal-Regierung im westlichen Ausland mit Schein-Reformen verschaffen konnte, ist es ihr nach innen gelungen, ein Klima der Einschüchterung zu verbreiten. Neben der erschreckenden Tatsache, daß allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres 12 Menschen im Gewahrsam der Polizei starben - zu Tode gefoltert, aus einem Fester des Polizeihochhauses gestürzt, durch angeblichen "Selbstmord" - hat dazu vor allem das neue Anti-Terror-Gesetz beigetragen. Es löst die aufgehobenen Paragraphen 140, 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches ab, geht aber in seiner Reichweite weit darüber hinaus. Terror ist es nach dem Mitte April in Kraft getretenen Gesetz bereits, "unter Anwendung von Druck, Nötigung oder Gewalt" die politische oder wirtschaftliche Grundordnung der Türkei zu ändern. Alle Aktionen - gewaltsam oder nicht - von Mitgliedern einer Organisation oder Einzelpersonen, die darauf abzielen, "die staatliche Autorität zu schwächen", fallen unter diesen Terrorbegriff.

In den Tagen vor dem 1. Mai hatte es mehrfach Erklärungen staatlicher Stellen gegeben, es seien terroristische Aktionen, "einschließlich Mord", am 1. Mai zu befürchten. "Es hat schon immer Anstrengungen gegeben, in der Türkei an bestimmten Tagen terroristische Aktivitäten wiederaufleben zu lassen." (Innenminister Akbulut) Im Istanbuler Menschenrechtsverein wird davon ausgegangen, daß der diesjährige 1. Mai zum Versuchsfeld für die Anwendung des Anti-Terror-Gesetzes wird.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission/Hamburg

7. Stellungnahmen der PKK

Rubrik: Golfkrieg; Kurdistan; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:33

Der Mittlere Osten erlebt eine Phase der Neustrukturierung. Die einflußreichste Kraft bei dieser Neugestaltung sind die USA. Im Golfkrieg haben die USA ihre militärische Überlegenheit hergestellt. Daneben besteht eine politische Ausweglosigkeit, denn bei dieser Neugestaltung treten die oppositionellen Kräfte hervor. Diese bedrohen die Interessen der USA. Daher wird die Auseinandersetzung nun zwischen den USA und den Völkern der Region stattfinden.

Die Fronten werden sich demnächst klären und wieder werden sich Seiten herausbilden - diejenigen, die auf der Seite des Imperialismus stehen und diejenigen, die gegen ihn sind. Langfristig werden die USA keinen größeren Einfluß auf den mittleren Osten haben. Die Kraft, die sich darauf vorbereitet, die eigentlich einflußreiche Kraft zu werden, ist der Westen. Europa ist der Anwärter, sowohl in der Welt allgemein, als auch im Mittleren Osten, die einflußreichere Kraft zu werden.

Kurzum, auch wenn eine Epoche der Entspannung begonnen hat, so wird doch eine innerhalb des Westens widersprüchliche und im Mittleren Osten von Auseinandersetzungen bestimmte Situation fortbestehen.

Die grundlegenden Probleme der Region sind der arabisch-israelische Konflikt und die kurdische Frage. Solange nicht für beide Probleme eine realistische Lösung gefunden ist, kann von einem dauerhaften Frieden nicht die Rede sein.

Der Imperialismus wird versuchen, für beide Probleme Lösungsmöglichkeiten zu finden. Für ihn ist dabei die Unterwerfung die Grundlage. Für den Imperialismus werden die Türkei, Saudi-Arabien und Israel wieder die Grundstützen sein. Europa wird versuchen, toleranter und entspannender zu sein und Druck auf die Türkei und Israel ausüben. Diese beiden Kräfte aber werden nicht Europa, sondern den USA folgen. Daher werden sich beide zunehmend isolieren.

Die Türkei ist vor die kurdische Frage gestellt, die sie jetzt auf irgendeine Weise unbedingt lösen muß. Die Türkei kann keine international und in der Region geachtete Identität finden, ohne dieses Problem zu lösen.

Vor dem Golfkrieg gab es in Nordwest-Kurdistan einen bewaffneten Kampf. Dieser geht weiter und entwickelt sich mit Volksaufständen. Mit dem NEWROZ haben sich die Volksaufstände immer mehr ausgeweitet und weiter entwickelt. Zum ersten Mal wurde ein so großartiges NEWROZ gefeiert. Bei diesen NEWROZ-Feiern wurde vom türkischen Militär auch geschossen und hunderte von Menschen wurden verletzt, hunderte verhaftet und sogar zwei Menschen getötet. Nach dem Krieg begann in Südkurdistan der Volksaufstand und geht weiter. Die Lage ist für die Kurden eine Chance. Es ist notwendig, die Lage richtig zu analysieren. Mit diesem Ziel beteiligen wir uns als PKK militärisch und politisch an der Unterstützung des Aufstandes unseres kurdischen Volkes in Südkurdistan.

Der Widerstand unseres Volkes im Süden geht mit aller Heftigkeit weiter. Aber unser legitimer Widerstand wird von den Kräften, die diesen unterstützen müßten, nicht unterstützt. Sie bleiben Zuschauer. Wir verurteilen dies aufs Schärfste.

Der türkische Staat ist mit seinen Armee-Einheiten am 28.3.1991 vom Dorf Mijin in Uludere aus nach Südkurdistan eingedrungen, um unser im Süden kämpfendes Volk und den Einfluß der PKK zu brechen (sie sind fünf Kilometer weit vorgedrungen, die Resultate sind noch nicht bekannt).

Gleichzeitig bestehen unsere engen und freundschaftlichen Beziehungen zu den Kräften in Südkurdistan weiter. Wir, die PKK, haben gemeinsam mit der irakischen Kurdistan-Front und der KDP- Iran ein Komitee zur Verwirklichung eines kurdischen Nationalkongresses gebildet. Dieses Komitee hat seine erste Versammlung durchgeführt, und die Arbeit geht weiter. Der Nationalkongreß wird umfassend vorbereitet, um die Einheit des Volkes Kurdistans herzustellen. Er zielt darauf ab, daß alle Kräfte in ihm einen Platz einnehmen. Die zu erwartenden Entwicklungen werden der Öffentlichkeit und Ihnen als Presse mitgeteilt.

Wie es auch in der Presse wiedergegeben wurde, war Herr Celal Talabani in Ankara. Wir, die PKK, waren von dieser Reise unterrichtet. Bei diesen Treffen wurde auch über die PKK diskutiert. Wir lassen uns jedoch nicht an den Ausgang der Verhandlungen binden. Für uns haben sie keinen Wert, wir beobachten sie.

Wir sind eine Partei, die sich für die freie Selbstbestimmung unseres Volkes auf den Weg gemacht hat und auf dieser Grundlage einen Kampf führt. Wir sind für den Frieden. Ein dauerhafter Frieden für den Mittleren Osten führt über die freie Selbstbestimmung des kurdischen Volkes. In diesem Sinne sind wir nicht die Verantwortlichen für diesen Krieg. Der Verantwortliche ist der türkische Staat. Wenn der türkische Staat diesen Krieg nicht weiterführen will, muß er sich der kurdischen Frage auf ernsthafte und grundlegende Weise nähern. Dafür müssen zuerst einmal die Bedingungen für einen Waffenstillstand und Verhandlungen geschaffen werden.

Die Bedingungen für einen Waffenstillstand sind:

1. Die Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes, damit zusammenhängend die Aufhebung der Verbote der Sprache u.ä.;

2. Herstellung der Meinungs- und Organisationsfreiheit;

3. Freilassung aller Gefangenen

4. Einstellung des Spezialkrieges, Aufhebung der Ausnahmezustandsgesetze, Abschaffung der Spezialteams, Dorfschützer u.ä. Organe;

5. Wir erklären, daß wir bei der Verwirklichung der oben genannten Bedingungen zur Durchführung eines Referendums bereit sind. Anderenfalls wird unser in Nordwest-Kurdistan geführter Volkskrieg mit aller Gewalt weitergehen.

(Presseerklärung der PKK vom 29.3.1991)

(...) Der Imperialismus versucht seine in Gefahr geratene Herrschaft in der Region und insbesondere in Kurdistan erneut zu festigen.

Zuerst wurde ein blutiger Krieg angezettelt, der Hunderttausende von Menschen das Leben kostete und auch weite Teile Südkurdistans, dem irakisch besetzten Teil unseres Landes zerstörte. Als sich wider Erwarten unser Volk gemeinsam mit dem arabischen Volk gegen die Saddam-Diktatur auflehnte, wurde die Zerschlagung dieses Aufstandes durch dieselbe Diktatur, die angeblich noch kurze Zeit vorher bekämpft wurde, zugelassen und unterstützt. Dem Volk von Südkurdistan wurde zuerst durch die Bombardements der USA, dann durch die des Irak der Tod gebracht. Und jetzt wird eine besondere Art der Besatzung eines Teiles unseres Landes, unter dem Vorwand der Errichtung einer "Schutzzone", übernahmen die USA direkt die kolonialistische Verwaltung unseres Landes, die sie durch die irakischen und türkischen Kolonialisten nicht mehr gesichert sehen. Die physische Existenz unseres Volkes wird zu einer Geisel gegen seinen Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit gemacht. Dafür werden alle Mittel eingesetzt, von der Entwicklung der Kollaboration, der Neugestaltung der Stammesstrukturen bis zu Anstachelung von Widersprüchen in der Bevölkerung. Sie versuchen auch mit der Hilfe der Türkei und des Irak Kurdistan in ein Land zu verwandeln, in dem jede Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben zerstört ist. Um den Unabhängigkeitswillen und den Kampf des kurdischen Volkes darum zu ersticken, ist ihnen jedes Mittel recht. Das kurdische Volk soll in Internierungslager eingesperrt werden, dort in völliger Abhängigkeit gehalten werden und damit der Kampf ein für alle Mal beendet werden. Dies und nichts anderes bedeutet die Stationierung von US-Militärkräften. Denn ein erfolgreicher Unabhängigkeits- und Freiheitskampf in Kurdistan hätte weitgehende Folgen für die gesamte Region und damit für die gesamte Welt. Es würde die Zerstörung des reaktionären Gefüges in der Region mit sich bringen und den Völkern der Region als Beispiel und Bündnispartner dienen. Es würde die reaktionären Strukturen in den Nachbarländern direkt aus den Angeln heben. (...)

(aus: Stellungnahme der Europavertretung der PKK vom 26.4.1991)

8. Das Abkommen von 1970

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:46

"Was sich nördlich von Kirkuk und Mossul abspielt, ist schon längst kein Aufstand mehr", schrieb im Juni 1969 die Welt. "Hier kämpft eine Freiheitsarmee, die drei Viertel des gesamten kurdischen Gebietes kontrolliert, gegen ein Regime, das ebenso wie seine Vorgänger mit dem Kurdenproblem nicht fertig wird."

Das Baath-Regime wurde damals von Ahmed Hassan el Bakr geführt, der sich 1968 per Staatsreich zum Präsidenten des Revolutionsrats ernannt hatte. Sein Stellvertreter und Unterhändler des arabisch-kurdischen Abkommens hieß Saddam Hussein. Im März 1970 wurde nach dreimonatigen Kontakten zwischen den Führungen des Baath-Regimes und der Kurden ein Waffenstillstand erklärt. Noch im Vorjahr hatte der antikurdische Krieg 30% des irakischen Staatshaushalts verschlungen. In einer Grundsatzerklärung des Revolutionsrats wurde die Bewegung der Kurden nunmehr als eine "demokratische Bewegung" charakterisiert, welche sich gegen die reaktionären Kräfte wende und mit der arabischen Befreiungsbewegung durch die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus verbunden sei. In einer Fünf-Punkte-Erklärung des Regimes wurden u.a. die legitime Existenz einer kurdischen Nationalität anerkannt, den Kurden alle sprachlichen und kulturellen Rechte, sowie Publikations-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit angeboten sowie die traditionellen kurdischen Feiertage bestätigt: Der Newroztag wurde Staatsfeiertag der Irakischen Republik. Zudem veröffentlichte der Revolutionsrat ein 15-Punkte-Manifest, dem die kurdische Seite - vertreten durch den legendären Mullah Mustafa Barzani - seine Zustimmung gab. Darin wurden festgelegt:

1. Gleichberechtigung der kurdischen Sprache als offizielle Sprache in mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten. 2. Gleichstellung der Kurden im Staatsdienst. 3. Berücksichtigung der kurdischen Kultur in den Massenmedien und Förderung des Bildungswesens in Kurdistan. 4. Alle Beamten in kurdischen Gebieten sollen Kurden sein bzw. wenigstens kurdisch sprechen. 5. Recht auf kurdische Massenorganisationen. 6. Amnestie für die Peshmerge. 7. Wirtschaftsförderung im Nordirak, Beseitigung der Kriegsschäden, Auszahlung von Pensionen an geschädigte Familien und invalide kurdische Soldaten. 8. Rückkehr ausgesiedelter und verjagter Bewohner von arabischen und kurdischen Dörfern. 9. Liquidierung der feudalen Agrarstruktur und Schuldennachlaß für die Bauern. 10. Verkündung einer provisorischen Verfassung wie folgt: "Das irakische Volk umfasst zwei hauptsächliche Nationalitäten. Das sind die arabische und die kurdische Nationalität." 11. Abgabe der Sendeeinrichtungen und der Waffen durch die Kurden. 12. Ein Kurde wird Vizepräsident der Republik. 13. Gesetzliche Umsetzung des Manifests in den kurdischen Gouvernements. 14. Installierung eines arabisch-kurdischen Oberkomitees zur Überwachung der Ausführung der Bestimmungen. 15. Das kurdische Volk ist gemäß seiner Stärke an der Legislative zu beteiligen. (nach: Fadel Khalil, Kurden heute, Wien 1985)

Daß sich alle diese Vereinbarungen im Laufe der kommenden Jahre als Farce erwiesen hatten und auf M. M. Barzani bereits im Sommer 1971 ein Attentat mit Absender Bagdad verübt worden war, sei an dieser Stelle nur angedeutet.

Als Gegner jeder kurdischen Autonomie hatte sich in den 70er Jahren nicht nur das Baath-Regime sondern auch die Türkei erwiesen, die sich über das Abkommen von 1970 besonders beunruhigt zeigte. "Wenn im Nachbarland Irak die Kurden das zuerkannt erhalten, was sie sich nach harten Kämpfen erzwungen haben, dann kann es in der Türkei leicht dazu kommen, daß die Kurdenstämme ähnliche Rechte fordern", schrieben im März 1970 die "Salzburger Nachrichten". "Vorerst weiß man in Ankara, daß sich in den kurdischen Lagern gerne Emissäre aufhalten, die dafür sorgen, daß das antitürkische Feuer nicht ausgehe." In der hoffnungsvollen Phase der irakischen Kurden erlebten die Kurden der Türkei somit eine weitere schwarze Periode: Im April 1971 verhängte Ankara über das türkische Kurdistan den Ausnahmezustand.

1984 - dem vierten Jahre des Golfkrieges - war es Jalal Talabani gelungen, von Hussein Zugeständnisse zu erhalten, die über das Abkommen von 1970 hinausgingen. Die Autonomie der kurdischen Gebiete wurde ausgeweitet, die Ölstadt Kirkuk in das kurdische Territorium integriert. Den Kurden, die ihren Anteil an den Öleinnahmen gefordert hatten, wurde ein Anteil von 25-30% des Gesamthaushalts Iraks zugesichert. Jenes Abkommen trat aufgrund türkischer Bedenken niemals in Kraft. Der türkische Außenminister war damals nach Bagdad gereist und hatte - unter Verweis auf die durch die Türkei laufenden Öl-Pipelines aus Mossul und Kirkuk - erfolgreich bewirken können, daß das Abkommen nie unterzeichnet wurde. Zugleich wurde der Türkei die Verfolgung der Kurden auch jenseits der türkisch-irakischen Grenze gestattet. (nach: Economist, 27.4.91)

Es ist demnach absehbar, daß auch die laufenden Gespräche zwischen Hussein und der Kurdistan-Front über eine Revitalisierung des Abkommens von 1970 insbesondere von Özal mit äußerstem Mißtrauen beäugt werden. Die Özal'sche Rhetorik hatte sich seit Aufnahme jener Gespräche deutlich verschärft. In Abgrenzung zu allen zur Debatte stehenden UN-Lösungen forderte er Ende April die langfristige Aufrechterhaltung der westlichen Militärpräsenz im Nordirak. (IHT, 30.4.) Zeitgleich kam es zu einer Begegnung zwischen Özal und seinem iranischen Amtskollegen Rafsandschani, den bekanntlich ganz ähnliche Sorgen plagen. Falls sich die Vereinten Nationen und die NATO-Mächte zur Aufrechterhaltung einer westlichen Militärpräsenz im südlichen Kurdistan nicht in der Lage sähen - so das Ergebnis der Unterredung - müsse der Einsatz türkischer, iranischer und syrischer Streitkräfte als Alternative in Betracht gezogen werden. Kurdenschlächter aller Länder, vereinigt Euch! Die neuen Turbulenzen um Kurdistan haben, wie es scheint, gerade erst begonnen.

max.

9. Warum scheiterte der Aufstand in Südkurdistan? (aus "Kurdistan-Report")

Rubrik: Golfkrieg; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:34

Wir dokumentieren im Folgenden eine redaktionelle Stellungnahme des Kurdistan-Report April/Mai 1991. Der Kurdistan-Report (erhältlich über Serxwebun, Postfach 101683, 5000 Köln 1) ist das Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK - Frontorganisation der PKK). Zur Zerschlagung des Aufstandes liegen uns Stellungnahmen anderer kurdischer Organisationen bisher nicht vor. (Red.)

Diese Frage hängt direkt mit der Frage nach dem Ausgang des zweiten Golfkrieges und der Verantwortung zusammen und ist außerdem ein Punkt, der erneut bzw. wieder einmal die Frage nach der richtigen Taktik aufwirft.

Der zweite Golfkrieg war Ausdruck des imperialistisch-kolonialistischen Hochmuts des weißen Mannes. Und dieses Konzept bzw. diese Konzeptlosigkeit wurde den USA zum Verhängnis. Während des Krieges wurde Saddam mit Hitler gleichgesetzt, diente dies doch den Kriegsinteressen. Während des Krieges wurde die irakische Bevölkerung zum Aufstandes gegen Saddam aufgerufen, diente es doch der Destabilisierung des Kriegsgegners. Wäre es den USA und ihren Verbündeten gelungen, eine ihnen genehme Alternative für Saddam zu finden oder aufzubauen, Saddam Hussein hätte diesen Krieg nicht überlebt. Doch dieses Ziel gelang nicht und als sich dann auch noch die Volksmassen im Vertrauen auf die Aufrufe der sogenannten Allierten zum Aufstand erhoben und dieser Aufstand in eine radikale Volksbewegung mit demokratischen Charakter umzuschlagen drohte, mußte Saddam überleben.

Deswegen ist die Unterstützung des Imperialismus bei der Zerschlagung des Aufstandes als ein Grund für die Niederlage zu nennen. Die USA waren vor allem in der ersten Phase des Aufstandes bereit, mit Teilen des Aufstands in Kontakt zu treten und sie eventuell zu unterstützen. Vor allem die traditionell pro-westlichen klassischen kurdischen Gruppen lagen in der Gunst der USA. Dafür mußten sie sich allerdings glaubhaft von den radikalen Schiiten distanzieren. Entsprechende Verhandlungen und Gespräche zwischen Vertretern der kurdischen Opposition und der US-Administration fanden in Washington und Damaskus statt. Es ist kein Wunder, daß der zur gleichen Zeit stattfindende Kongreß der irakischen Opposition in Beirut ein Mißerfolg wurde. Die USA machten den kurdischen Gruppen nach allen Bekundungen Hoffnungen. Wie sich später herausstellen sollte, eine fatale Fehleinschätzung und Teil eines mörderischen Komplotts. Diese Gefahr hat die PKK gesehen und sie hat die Vertreter der irakischen Kurdistan-Front ausdrücklich vor der Reise nach Washington (im Februar 1991) in mehreren Gesprächen gewarnt. Die PKK wußte, warum sie nicht mit nach Washington reiste.

Ein anderer Teil dieses Komplottes wurde in Ankara geschmiedet. Die Türkei, die sich aus diesem Krieg einen großen Nutzen zu ziehen gedachte, wollte mit allen Mitteln an der Neugestaltung der Region beteiligt sein. Für dieses Ziel entdeckte die Türkei sogar ihr Herz für die Kurden. Hintergrund dieser Wende in der türkischen Politik gegenüber den irakischen Kurden ist die Tatsache, daß die Türkei mit einem größeren Einfluß auf die Erdölgebiete im kurdischen Norden des Irak liebäugelt. Gerade zu der Zeit als die USA sich den Kurden näherte, lud Turgut Özal zwei hohe Vertreter der irakischen Kurdistan-Front und zwar, um sie beim Namen zu nennen, Celal Talabani und Kek Dizai, nach Ankara zu Gesprächen ein. Soweit uns bekannt ist, hat die Türkei in diesen Gesprächen erklärt, daß sie keine Einwände gegen eine Autonomielösung innerhalb des Iraks im Falle eines siegreichen Aufstandes habe. Die Vertreter der Kurdistan Front wurden in dem Glauben gelassen, daß die Türkei diesem Aufstand zumindest nicht in den Rücken fallen würde.

Celal Talabani hatte kurz vor seiner Abreise nach Ankara der PKK dieses Vorhaben mitgeteilt. Aus diesem Grund erklärte die PKK, daß ihr dieses Treffen bekannt sei und führte desweiteren aus, daß die Beschlüsse, die auf diesem Treffen eventuell gefaßt wurden, sie nicht binden. Ohne eine grundsätzlich ablehnende Haltung im vornherein zu haben, warnte sie jedoch davor irgendwelche Beschlüsse im Bezug auf den türkisch besetzten Teil Kurdistans zu fassen. Später wies sie auf die Gefahren eines solchen Treffens hin und nahm eine skeptische Haltung ein. Wie sich wiederum später herausstellte, war diese Skepsis mehr als berechtigt.

Kurze Zeit nach diesem Treffen reiste Staatspräsident Turgut Özal in die USA und führte in Camp David Gespräche mit Präsident Bush. Wie die türkische Presse ausführlich darlegte, brüstete Özal sich damit, Bush davon überzeugt zu haben, diesen Aufstand nicht zu unterstützen. Camp David wurde zu einem Komplott mit blutigen Folgen.

Neben diesen äußeren Umständen, die sicherlich bei der Niederschlagung eine Rolle gespielt haben, müssen allerdings auch die klassischen kurdischen Führungen in Südkurdistan wegen ihrer Haltung und ihrer Strategien kritisiert werden. Nachdem der spontane Aufstand ausgebrochen war, setzten sich in wenigen Wochen die klassischen kurdischen Gruppierungen an die Spitze des Widerstandes. Dabei waren fatale Versäumnisse passiert. Anstatt den Aufstand mit einer langfristigen befreierischen und revolutionären Perspektive in notwendige Organisationsformen zu lenken, wurden klassische Peschmergataktiken angewendet und wieder einmal nicht auf die eigene Kraft und die Kraft des vereinigten Volkes vertraut. Stattdessen setzte man sich auf diplomatischer Ebene und in Pressekonferenzen in Szene. Die notwendige Taktik der Stunde lautete die Vorbereitung des langandauernden Volkskrieges auf der Basis einer modernen Guerillaarmee und der politischen Organisierung der Massen. Ohne eine erfahrene Volksarmee und ohne eine umfassende moderne Organisation der breiten Volksmassen war und ist der Widerstand zum Scheitern verurteilt gewesen. Desweiteren ist das Volk die Hauptstütze einer jeden revolutionären Bewegung. Keine Taktik und keine international günstige Konstellation und insbesondere keine imperialistische Unterstützung können diese Rolle übernehmen. In dem die klassischen kurdischen Führungen ihre Hoffnungen und Bestrebungen in diplomatische Verhandlungen setzten anstatt die oben beschriebene Taktik zu verfolgen, haben sie sich mitverantwortlich an dieser Niederlage gemacht. Diese Kritik ist keine Besserwisserei im Nachhinein, sondern die konstruktiven Vorschläge der PKK während der Gespräche mit den Vertretern der Kurdistan Front.

Entsprechend erklärte die PKK auch, daß es jetzt darum gehen müsse, diese Versäumnisse und Fehler gemeinsam zu analysieren und zu überwinden. Ihr Vorschlag zur Bildung gemeinsamer bewaffneter Einheiten und zur Organisierung der Massen auf der Basis des Nationalkongresses bleiben bis auf weiteres auch für die Zukunft bestehen. Weitergehend erklärte die PKK in einem Flugblatt vom 9. April, daß sie auf dieser Basis den Kampf in Südkurdistan fortsetzen und die Niederlage nicht als Schicksal anerkennen werde.

10. "Saddam ist der Verlierer, aber noch an der Macht." Interview mit Karim Habib, Mitglied des ZK der KP Iraks

Interview mit Karim Habib, Mitglied des ZK der KP Irak. Prof.

Rubrik: Golfkrieg; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/corry.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:corry

Interview mit Prof. Dr. Karim Habib, Mitglied der Kommunistischen Partei des Irak. Prof. Habib lehrte als Professor für Volkswirtschaft an den Universitäten von Bagdad und Algier. Seit 1989 lebt er in der Bundesrepublik.

ak: Professor Habib, Sie sind Mitglied der Kommunistischen Partei des Irak. Nun hat die KP des Irak eine recht wechselhafte Geschichte. 1958 beim Putsch der demokratischen Kräfte war die KP die stärkste Kraft im Lande. Sie hat sich dann 1963/64 zunächst dem neuen Kurs der Sowjetunion, die kommunistischen Parteien in die nationalen Regierungen aufzulösen, widersetzt, im Gegensatz etwa zu den KPen Syriens und Ägyptens. 1972 ist sie dann doch in die Regierung der Nationalen Front eingetreten. Man behauptet, auf Anraten der Brüder in der Sowjetunion.

Wie beurteilen Sie diesen Abschnitt nachträglich?

Habib: Also, die Kommunistische Partei des Irak war niemals aufgrund irgendeiner anderen Partei stark. Es gab Diskussionen und Meinungsaustausch, aber daß die Partei ihren Kurs nach einer anderen Partei ausgerichtet hätte, das gab es nicht. 1972 hat die Kommunistische Partei mit der Baath Partei zusammengearbeitet. Es gab den Ratschlag der Sowjetunion, das nicht zu machen. D.h. umgekehrt, nicht wie Sie das gesagt haben. Man sollte vorsichtig sein, mit der Baath Partei zusammenzuarbeiten. Die Kommunistische Partei des Irak hat damals aufgrund ihrer Analyse gedacht, es sei besser für das Volk, eine nationale Politik durchzusetzen.

Die Baath Partei hat eine kurze Zeit mitgemacht, und dann hat sie versucht die kurdische Bewegung zu zerschlagen und danach alle anderen Parteien.

Ja, aber ist es nicht auffällig, daß die Kommunistische Partei, diese Front, dieses Bündnis mit der Baath Partei auch während der Massaker an den Kurden 1974/75 fortgesetzt hat und es erst dann zur Selbstkritik und zum Bruch mit Saddam kam, als auch das Verhältnis zwischen dem Irak und der Sowjetunion Ende der 70er Jahre abkühlte?

Die Kommunistische Partei hat damals versucht, die kurdische Bewegung für eine andere Politik zu gewinnen, denn diese arbeitete mit dem Iran und mit den Amerikanern zusammen. Das hat die Kurdische Demokratische Partei dann 1978 auch selbst kritisiert. Umgekehrt als 1970/71 die Baathisten die Kommunistische Partei sehr stark angegriffen haben, gab es eine Zusammenarbeit zwischen einem Teil der kurdischen Bewegung und der Baath Partei. Das ist eine wechselhafte Politik aufgrund der objektiven Gesetzmäßigkeiten damals. Die Kommunistische Partei hat danach ihre Politik genau analysiert und hat ihre eigene Haltung scharf kritisiert. Ich denke jedoch, wenn man diese Geschichten nochmals aufwühlt, sollte man das nicht tun, um diese oder jene Partei anzugreifen, sondern um daraus die Lehren zu ziehen für die heutige Zusammenarbeit.

Ich habe doch noch eine Frage bezüglich der Politik der KP: Zumindest in der Presse hier wurde im Herbst des Jahres 90 berichtet, daß es Differenzen und möglicherweise auch eine Spaltung innerhalb der KP gibt. Ein Teil der KP soll zur Unterstützung Saddams gegen den US-Imperialismus und die Alliierten aufgerufen haben. Ist das richtig?

Nein, das ist nicht wahr. Die Kommunistische Partei des Irak hat sich gegen die Annexion von Kuwait gestellt, sie hat die Politik Saddams verurteilt. Sie hat verlangt, so schnell wie möglich die irakischen Truppen zurückzuziehen. Die Kommunistische Partei hat zu keinem Zeitpunkt Saddams Politik unterstützt...

... auch kein Flügel?

... überhaupt nicht. Keine Person der Kommunistischen Partei hat sich auf diese Seite gestellt.

Ende des Jahres 1990 hat sich die irakische Opposition zur irakischen Oppositionsfront zusammengeschlossen. Es ist dann im März in Beirut eine Konferenz durchgeführt worden, auf der Saudi-Arabien und die USA versucht haben, ihr genehme Kräfte ins Spiel zu bringen. Können Sie kurz die verschiedenen Sektoren der Oppositionsfront benennen und auf ihre Stärke eingehen?

Also es gibt vier Spektren in der Opposition des Landes: das religiöse, das demokratische, das panarabische und das kurdische Spektrum. Es sind zusammen 17 Parteien, die die Einladung für die Konferenz in Beirut ausgesprochen haben. An der Konferenz haben sich ca. 30 Parteien beteiligt. Es sind verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Beziehungen zu der Masse der Bevölkerung, zu den verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft des Landes und zum Ausland, und man kann jetzt wirklich nicht analysieren, welche stärker ist als die andere. Aber es gibt bekannte Parteien. In Kurdistan zum Beispiel gibt es mehrere Parteien, die stark sind im Vergleich zu den anderen kleineren Parteien. Es gibt kleine Gruppen, es gibt die Kommunistische Partei des Irak, die im arabischen Teil und im kurdischen Teil, aber auch unter den Minderheiten arbeitet. Es gibt andere Parteien. Sie bekennen sich nicht zu Amerika oder zu Saudi-Arabien, aber man kann sagen, daß sie eine Politik betreiben, die im Einklang mit der saudi-arabischen Politik steht oder mit der US-amerikanischen Politik in Übereinstimmung steht. Aber wir sagen nicht, sie seien Sympathisanten der USA oder Saudi-Arabiens. Das kann man selbst analysieren und herauskriegen, aber wir wollen solche Anklagen nicht führen. Wir versuchen zusammenzuarbeiten und die Masse der Bevölkerung soll selbst entscheiden, wer für das Volk arbeitet und wer nicht. Es gibt solche, die Sympathie für Saudi-Arabien, andere für Syrien, wieder andere für Ägypten haben. Es gibt religiöse Parteien, die Sympathien für den Iran haben. Die USA und Saudi-Arabien konnten eigentlich keinen echten Einfluß auf die Konferenz gewinnen und deswegen hat die USA nicht die Oppositionskräfte unterstützt, sondern sie hat versucht, sie zu verhindern.

Es hat in der Vergangenheit zwischen allen Oppositionskräften recht schmerzliche Erfahrungen bis hin zu bewaffneten Konflikten gegeben. Wie gefestigt ist heute die irakische Oppositionsfront? Sind diese Differenzen überwunden, oder ist das in erster Linie ein Bündnis aus der Not heraus?

Es gibt wirklich große Schwierigkeiten, eine solche Zusammenarbeit zu festigen. Aber das Bündnis hat sich auf drei Ziele geeinigt: Das sind der Sturz Saddams, die Bildung einer demokratischen Regierung, um eine allgemeine demokratische Wahl durchzuführen, und die Autonomie für irakisch Kurdistan.

Nach der Konferenz hat Saddam versucht, die Oppositionskräfte zu spalten. Als Saddam damit begonnen hat, hatte er Erfolg.

Lassen Sie uns später auf die Frage der Separatverhandlungen eingehen.

Es ist für mich auffällig, daß diese Konferenz in Beirut zum gleichen Zeitpunkt stattgefunden hat, als im Irak der Aufstand begann. Soweit in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, hat es wenig sichtbare, praktische Initiativen zur Unterstützung des Aufstandes gegeben. Wie ist das zu erklären? Wurde die Opposition vom Aufstand überrascht? War sie noch nicht in der Lage, diesen Aufstand zu führen?

Der Aufstand war spontan. Die Oppositionskräfte waren überrascht von dieser massenhaften Bewegung. Die Oppositionskräfte waren vorher nicht in der Lage, sich zusammenzuschließen und eine solche Aktion durchzuführen. Als dann der Aufstand begann, haben alle versucht, etwas zu tun. Die einen weniger oder mehr als andere. Aber als zwei Kräfte versucht haben, den Eindruck zu erwecken, als ob sie die Führung dieses Aufstands wären, die Schiiten und die Kurden, da hat es etwas weh getan und hat der Bewegung geschadet. Auch die internationalen Medien haben den Eindruck zu vermitteln versucht als ob das nur kurdisch und schiitisch sei. Das war eine Volksbewegung, aber wenn ich spontan sage, will ich nicht ausschließen, daß diese spontane Bewegung mit bestimmtem Bewußtsein behaftet war, daß der langjährige Kampf des irakischen Volkes gegen den Diktator, gegen das Regime im Irak auch seine Früchte, seine Wirkung, Auswirkungen auf die Bevölkerung hatte. Die Volksbewegung beruhte auf drei Hauptursachen: Einmal dieses brutale Regime, unter dem das Volk gelitten hat. Zweitens zwei Kriege, in denen so viele Menschen getötet wurden, der Iran-Irak-Krieg und der Krieg gegen die Kurden, und drittens diese Kuwait-Annexion und doch noch einen Krieg und diese harte Niederlage. Deswegen war die Bevölkerung dort, die große Masse der Bevölkerung von Arabern, Kurden, Turkmenen, Assyrern und so weiter, war nicht mehr in der Lage, das alles zu ertragen, und deswegen kam diese Bewegung. Aber die Oppositionskräfte waren nicht in der Lage mitzukommen, durchzuführen und dann zu leiten.

In den Medien hier, möglicherweise aber auch im Nahen und Mittleren Osten, wurde der Aufstand als ein im wesentlichen kurdischer und schiitischer Aufstand dargestellt. Ist das richtig oder hat es auch in den arabischen Gebieten große Aufstände der Bevölkerung gegeben? Wenn der Eindruck, der hier vermittelt wird, falsch ist, welches Kalkül steckt Ihrer Meinung nach dahinter?

Der Aufstand war ein Volksaufstand, an dem die Massen verschiedener Nationalitäten beteiligt waren. Alle Oppositionskräfte, die es im Ausland gibt, gibt es auch im Inland, und die haben sich spontan beteiligt. Die Kurden haben sich beteiligt, die Schiiten, auch die Sunniten in Bagdad und woanders. Es ist nicht wahr, daß nur die Kurden und Schiiten beteiligt waren. Das Kalkül der Behauptung, der Aufstand wäre schiitisch, ist, daß sein Ziel ein fanatisches Regime wie im Iran wäre, welches eine Gefahr für die anderen Regimes im Nahen Osten sein würde. Zweitens: Es bestand die Angst, daß es eine kurdische Revolution wird. Ein kurdischer Staat im Irak wäre auch eine Gefahr für die Türkei oder den Iran. Regierungen in arabischen Ländern hatten Angst, daß der Irak in einen schiitischen, einen kurdischen und einen sunnitischen Teil zerfällt. Aber so stand die Frage überhaupt nicht. Die Frage war, daß sich das Volk von Saddam befreien wollte. Wir haben versucht, zu zeigen, daß dies ein Volksaufstand ist, der folgende Ziele hatte: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit. Aber sie haben so getan, als verstünden sie dies nicht. Warum? Weil die Amerikaner geglaubt haben, daß sie nicht in der Lage sind, mit den Oppositionskräften zusammenzuarbeiten. Weil die Oppositionskräfte unberechenbar für sie sind. Aber sie sind in der Lage, mit Saddam zusammenzuarbeiten, solange bis sie eine Alternative, eine annehmbare Alternative für ihre Ziele haben, um dann Saddam wegzujagen. Das ist Tatsache, und deshalb haben wir versucht zu zeigen, daß die USA Saddam unterstützen, um nicht mit den Oppositionskräften zusammarbeiten zu müssen.

Einige kurdische Politiker haben in letzter Zeit die USA quasi des Verrats bezichtigt. Sie hätten den Aufstand fallengelassen und die irakische Opposition gegen Saddam nicht unterstützt. Meine Informationen besagen, daß die USA von vornherein der irakischen Opposition kein Gehör geschenkt hat, relativ früh klargemacht hat, daß ihnen Saddam als Bluthund gegen die irakische Opposition allemal lieber ist, als ein im imperialistischen Sinne unkontrollierbarer Irak, ein demokratischer Irak. Während des Camp David Treffens zwischen den Präsidenten Özal und Bush erging sogar offen die Aufforderung an Saddam, nun endlich mit der Opposition Schluß zu machen. Hat es diese Illusionen bezüglich der imperialistischen Staaten in der gesamten Opposition gegeben? Letztlich sind auch die Aufstände im Irak in den zwanziger Jahren von den Briten niedergeschlagen worden. Wie kann so eine Einschätzung zustandekommen?

Also vielleicht gibt es einige Gruppen, die an die USA geglaubt haben. Aber die Oppositionskräfte im allgemeinen haben nicht daran geglaubt. Deswegen waren die Oppositionskräfte gegen den Krieg im Golf. Sie haben geglaubt, wenn ein Krieg kommt, dann wird die USA sich behaupten und wird der Hauptgewinner sein. Das irakische Volk wird geschlagen, seine Volkswirtschaft wird zerstört und nur Ruinen würden bleiben. Saddam wird nicht richtig bestraft, das Volk wurde bestraft durch den Krieg. Und deswegen meine ich, daß die Oppositionskräfte nie geglaubt haben, daß die USA sie unterstützt. Bloß, als der Krieg dann kam, haben einige geglaubt, daß Saddam durch diesen Krieg vielleicht verjagt würde, und sie haben sich davon beeinflussen lassen. Die USA haben versucht, bestimmte Oppositionskräfte zu beeinflussen, um Saddam zu stürzen. Die Oppositionskräfte wollten versuchen, auch diese Möglichkeit auszunutzen. Und dann sagten einige Stimmen, das sei Verrat. Diese Leute sind naiv. Es ist eine Fehleinschätzung, eine Fehlkalkulation, denn sie verstehen überhaupt nicht die Rolle der USA, des Imperialismus in dieser Region.

Nach Beginn des Aufstands, speziell nach der Befreiung der wichtigsten kurdischen Städte, Sacho, Suleymania, Kirkuk, hat sich Talebani in einem Interview mit dem "Spiegel" völlig optimistisch geäußert, Saddam hätte überhaupt keine Überlebenschance, der Aufstand wäre erfolgreich. Aber auch Ihr Parteimitglied und Mitglied des ZK und des Politbüros, Fakhri Karim, hat sich in einem Interview mit der "taz" in der Weise geäußert, daß Saddam außer bei Teilen der Takritis (1) und selbst da kaum eine Unterstützung hätte. Die Niederschlagung des Aufstandes hat gezeigt, daß Saddam sehr wohl über eine Basis verfügt. Wer ist diese Basis?

Saddam ist ja mehr als zwanzig Jahre an der Macht. Diese Jahre haben viel im Irak geändert. Saddam hat sich eine soziale Basis aufgebaut, die Bürokratie, Unternehmer, Händler, die von seinem Regime profitieren und abhängen. Diese Kräfte, die durch Saddam zu Millionären, ja Milliardären wurden, sind bereit, Saddam zu verteidigen. Zweitens hat Saddam ein Sicherheitsapparat von Hundertausenden von Mitgliedern und Unterstützern, deren Überleben ebenfalls direkt vom Überleben Saddams abhängt. Man kann nicht sagen, daß

Saddam ohne eine soziale Basis gegen das Volk vorgegangen ist. Ich kann mich nicht mit Gedanken einverstanden erklären, die sagen, Saddam hat überhaupt keine soziale Basis hinter sich und Saddam findet überhaupt keine Unterstützung im irakischen Volk.

Die Verhandlungen zwischen Teilen der Kurdistan-Front und dem Saddam-Regime haben in Teilen der Öffentlichkeit Erstaunen ausgelöst. Wie beurteilen Sie diese Verhandlungen, und waren Sie darüber unterrichtet?

Vier kurdische Parteien aus der Kurdistan-Front (2) beteiligen sich an diesen Verhandlungen; über Tabani wurden auch wir Kommunisten zu den Gesprächen eingeladen, aber wir lehnen es ab, uns daran zu beteiligen, und stimmen in dieser ablehnenden Haltung auch mit den übrigen Gruppen der irakischen Opposition überein.

Was will Saddam mit diesen Verhandlungen erreichen? Meiner Meinung nach versucht er erstens die Oppositionskräfte zu spalten und zu schwächen; eine gegen die andere auszuspielen, damit es - wie in der Vergangenheit - Kämpfe zwischen den Oppositionskräften gibt. Zweitens will Saddam durch diesen Schritt die Opposition in seiner eigenen Partei ruhigstellen, um eine Atempause für sich zu gewinnen. Drittens hat er nach einem Waffenstillstand in Kurdistan alle militärischen Mittel zur Verfügung, um mit der Opposition in den anderen Landesteilen aufzuräumen. Viertens hat er es durch die Verhandlungen sicher zum Teil erreicht, die internationale Unterstützung für die Kurden zu eliminieren, da viele verwirrt sind über das Vorgehen dieser kurdischen Führer. Dann ist es ein klares Ziel Saddams, über diese Verhandlungen eine Aufhebung des Embargos zu erreichen und seine Isolation zu durchbrechen. Kurz gesagt, er versucht damit, seine Macht im Irak zu festigen. Es ist eine zum Teil schmerzliche Erfahrung zu sehen, vier Wochen nach der Konferenz von Beirut, auf der u.a. die Beseitigung Saddams und andere gemeinsame Ziele festgelegt worden sind, fahren vier Gruppen ohne vorherige Absprache allien nach Bagdad. Ich möchte dies aber nicht verstanden wissen als ein Schlechtmachen dieser Gruppen, wir haben einen Prozeß der Zusammenarbeit und des Dialogs der Opposition eingeleitet, den wir auf jeden Fall fortsetzen müssen. Sicher ist die Haltung dieser Führer auch zu beurteilen und zu verstehen vor der Notlage der Hunderttausenden Flüchtlinge in den Bergen. Wir verstehen unsere Kritik als solidarische Kritik und müssen versuchen, die vier Parteien zu überzeugen, von ihren Verhandlungen abzulassen. Durch diese Verhandlungen hat Saddam die besseren Karten gegenüber den anderen arabischen Kräften und der internationalen Öffentlichkeit.

Wie stellt sich für Sie heute das Kräfteverhältnis im und bezüglich des Irak dar?

Also man muß vom Anfang an beginnen, um zu sehen, warum überhaupt ein solcher Krieg im Golf durchgeführt wurde. Meiner Ansicht nach gab es in dieser Region einen sehr harten Kampf, einen Konkurrenzkampf zwischen den USA, Japan und Europa. Die USA waren nicht in der Lage, diesen Konkurrenzkampf auf wirtschaftlicher Basis zu gewinnen, und deshalb hanen sie den Krieg gewollt, obwohl es wirklich Möglichkeiten gab, um Saddam vom Golf ohne Krieg zu verjagen. Die USA sind die Gewinner, ich meine, die Gewinner in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, nicht aber in politischer. Politisch haben die USA in bestimmter Hinsicht verloren. Kurzfristig sind die USA die Sieger, und mit den USA auch Israel. Jetzt versuchen beide, davon zu profitieren. Mit ihnen haben auch die reaktionären Kräfte in diesem Gebiet gewonnen, die Türkei und der Iran. Jetzt versuchen alle diese Kräfte, für sich etwas zu erreichen und dadurch gibt es wiederum einen Kampf. Europa versucht, den Fuß drinzubehalten, aber es hat Schwierigkeiten. Auf welcher Basis sollen sie herangehen, auf welcher Grundlage? Es ist immer noch im Gange, das ist ein Prozeß, den man wirklich sehr genau beobachten muß. Saddam ist der Verlierer, aber Saddam ist immer noch an der Macht, und die USA versuchen, das Regime zu halten, aber vielleicht ohne Saddam - wenn es geht.

Die Situation sieht doch folgendermaßen aus: Auf der einen Seite gibt es Saddam als Verlierer ...

... und er hat eine Krise.

Ja. Die irakische Opposition hat auch verloren, und es gibt die imperialistischen Kräfte, die zwar militärisch als Gewinner dastehen, die aber kurzfristig kein klares Konzept haben, weder für den Irak noch überhaupt für den Nahen Osten. Und sie agieren zudem in Konkurrenz zueinander. Also der Vorstoß Majors oder Genschers oder Frankreichs bezüglich der Kurden beruht ja nicht auf besonderer Freundschaft gegenüber dem kurdischen Volk, sondern einzig auf dem Kalkül, über die Kurdenfrage einen Fuß an den Mittelost-Verhandlungstisch zu bekommen. Gibt es die Möglichkeit für die irakische Opposition, trotz

Niederlage aus der Krise bzw. der Konzeptlosigkeit der beiden anderen Seiten und der innerimperialistischen Konkurrenz zu profitieren?

Also hier muß ich wirklich sagen, daß Europa und die USA gegeneinander kämpfen, um Einfluß zu gewinnen. Sie einigen sich gegen die Oppositionskräfte im Irak in bestimmter Hinsicht und in bestimmten Punkten. Sie haben es nicht eilig, sie können warten, weil sie die Möglichkeit haben, alles durchzusetzen, was sie wollen, weil Saddam bereit ist, alles zu unterschreiben - zur Zeit zumindest -, und deswegen versuchen sie, langsam vorzugehen. Für den Nahen Osten versuchen sie jetzt eine regionale Konferenz durchzuführen, in der sie die stärkste Macht sind, in der die Kräfteverhältnisse zugunsten der USA und Israels ausfallen, um die Palästinafrage zugunsten Israels zu lösen und nicht zugunsten der Araber und nicht zugunsten der Gerechtigkeit im Nahen Osten, und sie können durch diese Lage noch weiter Waffen verkaufen an alle Seiten, und sie gewinnen auch dabei - warum sollen sie sich beeilen? Die Oppositionskräfte des Irak müssen weiterkämpfen, ob sie wollen oder nicht, sie haben keinen anderen Weg. Aber sie müssen sich zusammenschließen, sie müssen versuchen, diese Spaltung zu vermeiden, die Saddam versucht zu erreichen, und auch andere Kräfte versuchen, die Oppositionskräfte zu spalten, um davon zu profitieren, so daß sie nicht mehr in der Lage sind weiterzumachen. Saddam kann nicht ewig an der Macht bleiben. Und deswegen müssen sie Geduld haben. Saddam hat Schwierigkeiten, wirtschaftliche Schwierigkeiten, soziale Schwierigkeiten, politische Schwierigkeiten, nicht nur mit den Oppositionskräften, sondern auch innerhalb seiner Partei, innerhalb der Armee und innerhalb des Staatsapparates. Auch in der Region sind nicht alle einverstanden mit Saddam. Aber wir müssen uns im klaren darüber sein, daß die Oppositionskräfte im Irak allein auch nicht viel machen können, wenn sie nicht mit anderen demokratischen und nationaldemokratischen Kräften im Nahen Osten zusammenarbeiten, um gegen diese globale Politik der USA gegenüber diesem Gebiet zu kämpfen. Und da glaube ich, gibt es eine Möglichkeit für die irakischen Oppositionskräfte und für andere Oppositionskräfte in den arabischen Ländern und im Nahen Osten, den Kampf gegen Reaktion, gegen die diktatorischen Regimes, gegen die Brutalität und Terror zu führen. Und ich glaube, in naher Zukunft wird es doch ein erfolgreicher Kampf sein.

Wir danken für das Gespräch.

Anmerkungen:

1) Takrit ist die Geburtsstadt Saddams. Innerhalb des Staatsapparates und der Baath-Partei stützt sich Saddam im wesentlichen auf Leute aus Takrit (Takritis).

2) Die gesamte Kurdistan-Front umfaßt acht Organisationen.

Das Gespräch mit Prof. Habib wurde erst am 4. Mai nach einer Veranstaltung in Hamburg geführt. Es bestand daher nach der Abschrift keine Möglichkeit mehr, den Wortlaut autorisieren zu lassen.

11. Der Imperialismus und die Zukunft des Irak

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:35

Der "Hitler von Bagdad" ist nur noch ein Pol Pot. Seine Armee, die die westliche Kriegspropaganda zur "viertstärksten der Welt" verklärte und dabei geflissentlich unterschlug, daß im Zeitalter des High-Tech-Krieges Größe keineswegs gleichbedeutend mit Stärke ist, erwies sich den alliierten Streitkräften als hoffnungslos unterlegen. Nach sechs Wochen des Dauerbombardements waren über 10% ihrer Mannstärke - d.h. mindestens ca. 100.000 irakische Soldaten - vernichtet. Es wäre für die USA ein Kinderspiel gewesen, "den Sack zuzumachen" (General Schwarzkopf) und die irakische Armee auszuradieren. Saddam und seine Armee überlebten nur, weil der Imperialismus dies so wollte.

Dem Diktator sollten außenpolitisch die Flügel gestutzt werden, um sein Projekt regionaler Hegemonie und eines autonomen Gegenpols zur imperialistischen Dominanz im Nahen und Mittleren Osten zu vereiteln. Gleichzeitig galt es jedoch, ein Auseinanderbrechen des irakischen Staates und das Entstehen eines machtpolitischen Vakuums zu verhindern, das die USA am Ende hätten selbst ausfüllen müssen. Der Gedanke an eine US-Militärregierung in Bagdad erfüllte das Weiße Haus jedoch mit Grauen, da eine solche nur neue und im Vergleich zur "Befreiung" Kuwaits erheblich kompliziertere Probleme heraufbeschworen hätte. Die Kunst der Kriegsführung bestand somit in ihrer Beendigung zum richtigen Zeitpunkt.

Die USA ermunterten die Kurden zur Rebellion, um Teile der irakischen Streitkräfte im Norden des Landes - fern dem eigentlichen Kriegsgeschehen - zu binden. Dabei war klar, daß es sich bei diesen nicht zuletzt um Elitetruppen und besser trainierte Armeeinheiten handeln würde, da Saddam die Verteidigung seiner Macht und der staatlichen Einheit des Iraks wichtiger als die Beute Kuwait sein mußte. Das alliierte Timing gelang wunschgemäß: Der Irak konnte zu einem Zeitpunkt aus Kuwait hinausgeworfen werden, als die Aufstände der Kurden und Schiiten noch niederzuschlagen waren und die irakische Armee noch über die hierfür notwendige Stärke verfügte. Die "Mutter aller Schlachten" blieb aus, auch weil Saddam sie offensichtlich nicht wollte. Während in Kuwait vor allem schlecht ausgebildete Wehrpflichtige verheizt wurden, blieben ca. 250.000 der regulären Soldaten der Schlacht fern. Viele Reservisten wurden entlang der irakischen Grenzen zur Türkei und zu Syrien stationiert, vom alliierten Luftterror weitgehend unbehelligt. Und vier der acht Divisionen der Prätorianertruppe "Republikanische Garden" blieben im Raum Bagdad im Zentrum des Landes, wo ihr Überleben garantiert war. Zumindest der kurze Landkrieg erscheint so im nachhinein als ein grausames Ritual: Hussein, dem bewußt war, daß er nicht einmal mehr die Option auf einen längerdauernden, zeitbringenden und diplomatische Kompromisse befördernden Abnutzungskrieg, geschweige denn einen Sieg besaß, tat militärisch exakt so viel, wie nötig war, um sein Gesicht in der arabischen und islamischen Welt nicht vollends zu verlieren. Die USA taten ihrerseits zwar mehr als erforderlich war, um den Irak aus Kuwait zu vertreiben, da das darüberhinausgehendes Kriegsziel ja lautete, den Irak auf ein Niveau abzurüsten, das für seine Nachbarn nicht länger offensive Bedrohung und eine Einengung ihrer außenpolitischen Bewegungsspielräume darstellen würde. Von daher waren die amerikanischen Massaker unter den abziehenden irakischen Truppen keineswegs ein Ausrutscher. Der Zerstörung des irakischen Militärpotentials gebot der Pentagon jedoch in dem Moment Einhalt, wo die Fähigkeit der irakischen Armee, den irakischen Staat zusammenzuhalten und die internen Rebellionen niederzuschlagen, beeinträchtigt zu werden drohte. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß es diesbezüglich bereits vor dem Ausbruch des Landkrieges eine Verständigung zwischen Washington und Bagdad gekommen war.

Wer sich ernsthafter mit dem militärischen Kräfteverhältnis zwischen den kriegführenden Parteien beschäftigt hatte, ahnte den Ausgang dieses ersten Kolonialkrieges am Ausgang des 20. Jahrhunderts bereits bevor die ersten lasergesteuerten Bomben auf Bagdad niedergingen. Die Gefahr, daß die "Befreiung" Kuwaits zu einem "zweiten Vietnam" werden würde, tendierte von Anfang an gegen Null. Sie bestand nur für den Fall eines Vormarsches auf Bagdad und der Etablierung einer US-Militärregierung im Irak. Der Irak war exakt der Wunschgegner, mit Hilfe dessen sich das Vietnam-Trauma, das den amerikanischen Interventionismus zunächst gelähmt und selbst noch in den Jahren der Reagan-Ära erheblich beeinträchtigt hatte, endlich abschütteln ließ. Auf dem Papier stärker als Grenada, Panama und Libyen, so daß niemand behaupten konnte, die USA würden es wieder einmal nur mit einem Zwerg aufnehmen. Aber wie sollte ein Land, das im 1. Golf-Krieg nur dank massiver westlicher Unterstützung dem Nachbarn Iran einen Friedensschluß abringen

konnte, mit dem es sich zuvor acht Jahre lang primär zu Lande bekriegt hatte, eine ernsthafte Herausforderung für die militärische Supermacht USA darstellen? Die ethnische und kulturelle Fragmentierung der irakischen Gesellschaft wie der Minderheitscharakter des Regimes, der sich auch in der Zusammensetzung und internen Rangordnung der Armee manifestiert, mußte dessen Mobilisierungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Der Irak ist nicht der Iran, sondern eine relativ moderne und an westlichen Standards orientierte Gesellschaft, in der Jahrzehnte der arabisch-laizistischen Erziehung, die sich keineswegs nur auf die Eliten beschränkte, bei deutlich geringeren sozialen Unterschieden als im Nachbarland einen massiven Fundamentalismus von vorneherein ausschlossen. Vor allem aber: Die irakische Armee ist eine Armee europäischen Zuschnitts, von den Briten einst aufgebaut, und keine Guerillaarmee wie seinerzeit der Vietcong. Die irakische Armee kämpfte mit Instrumenten und nach Regeln, die den USA nur zu gut geläufig waren und die sie weitaus besser beherrschten. Verlauf und Ausgang des Krieges haben die bestehende Weltmilitärordnung lediglich bestätigt.

Die neuen Militärmächte in der Dritten Welt sind das Ergebnis einer abhängigen Militarisierung, die ihnen zwar die Fähigkeit verleiht, schwächere Nachbarn (Kuwait) oder nahezu unbevölkerte Inseln (Falkland) zu überfallen und in die Knie zu zwingen; mit den führenden imperialistischen Mächten werden es die Argentiniens, Brasiliens, Iraks und Syriens indessen wohl niemals ernsthaft aufnehmen können. Die einzige militärische Option der Dritten Welt, den Metropolen- Armeen die Stirn zu bieten, bleibt der "unkonventionelle" und "irreguläre" Guerillakrieg, der allerdings einen hohen Demokratisierungs- und Vergesellschaftungsgrad voraussetzt. Gegen seine Aufnahme sprach im Falle des Iraks somit allein schon der Minderheitscharakter des Regimes und die diktatorische Verfaßtheit des politischen Systems.

Kurdistan ist nicht Afghanistan

Die Radikalität der USA und ihrer Verbündeten in Sachen Kuwait steht in einem scharfen Kontrast zu ihrer Zurückhaltung gegenüber dem ungleich größeren Unrecht, das Hussein den Kurden und Schiiten zufügt. Die Begründung des Weißen Hauses, man habe sich in interne Angelegenheiten nicht einzumischen, ist nicht weniger eine Instrumentalisierung des Völkerrechts im imperialistischen Sinne wie noch Wochen zuvor die Behauptung, der Krieg gegen Hussein diene der Wiederherstellung nationaler Integrität. Abgesehen davon, daß sich die USA in der Vergangenheit sehr wohl in internen Konflikten engagiert haben (Grenada, Panama - um nur die jüngsten Beispiele von militärischen Interventionen in die innenpolitischen Belange formell souveräner Staaten zu erwähnen); die Souveränität Kuwaits ist historisch betrachtet kaum minder strittig als die Zugehörigkeit der ehemaligen osmanischen Provinz Mosul zum Irak. In beiden Fällen geht es um die Frage interner Herrschaftsverhältnisse, was im Falle Kuwaits die Bestrafung des Diktators, im Falle der Kurden hingegen dessen mehr oder weniger offene Unterstützung erfordert. "Hitler nein, Pol Pot ja", könnte man sagen, ohne damit nun ebenfalls den unsäglichen unhistorischen und verharmlosenden Saddam-Hitler-Vergleich nachbeten zu wollen. Die Ausübung regionaler Hegemonie bedarf der Zustimmung durch die Metropolen, aber was ein Diktator mit seinen Untertanen anstellt, bleibt ihm selbst überlassen, jedenfalls solange wie seine Blutbäder die ökonomischen Interessen des Westens nicht tangieren. Während die 60.000 "first class"-Kuwaiter ein Garant für das Recycling der Petrodollars (d.h. der Reinvestition der Ölrente in die westlichen Ökonomien) und damit eine wichtige Stütze des imperialistischen Systems sind, stehen die über 20 Millionen Kurden im Irak, Iran, der Türkei und Syrien eigentlich nur im Wege und sitzen im Falle des Iraks auch noch überflüssigerweise auf Ölreserven, die zu den bedeutendsten der Region zählen. So wurde in Washington nach der Befreiung Kuwaits unverholen erklärt, man hoffe, daß Hussein die Aufstände der Schiiten und Kurden "möglichst schnell" in den Griff bekommen werde. "Möglichst schnell", diese Formulierung klang nach einem amerikanischen Plazet für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Schließlich handelte es sich bei den Kurden und Schiiten nicht um GIs.

In Afghanistan erhielten die Rebellen von den USA hochmoderne Stinger-Raketen, die im Kampf gegen die Rote Armee letztlich kriegsentscheidend waren. Nicht nur, daß den kurdischen Rebellen diese vorenthalten wurden. Die USA hätten dem Irak im provisorischen Waffenstillstandsabkommen neben dem Einsatz seiner Kampfflugzeuge auch den Gebrauch seiner Helikopter untersagen können. Sie taten dies wohlweislich nicht. Helikopter sind eine ideale Anti-Guerilla-Waffe; jedenfalls solange, wie die Freischärler nicht über Anti-Helikopter-Waffen verfügen. Aber - anders als die irakischen Kampfflugzeuge - stellen sie keine ernsthafte Bedrohung für die alliierten Truppen in Kuwait und im südirakischen Grenzgebiet dar. Und was die "humanitäre Hilfe" anbelangt, hinter der die UNO, die USA und die EG nun ihre Verantwortung für den brutalen antikurdischen Feldzug zu kaschieren trachten, so wurde sie erst freigegeben, nachdem sich das Blatt wieder

eindeutig zugunsten Husseins gewendet hatte. Nicht der Verhinderung einer kurdischen Niederlage und des Völkermordes, sondern bestenfalls der Abfederung der Katastrophe dient das Wenige, was an Hilfsgütern eintrifft.

Den USA und ihren europäischen Verbündeten ist ein einheitlicher Irak unter Husseins Führung, in seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit durch die Reduzierung seines Militärpotentials und die Zerstörung seiner ökonomischen Infrastruktur ohnehin stark eingeschränkt und zur Kooperation verdammt, allemal lieber als dessen Auseinanderbrechen und die Etablierung eines weiteren Staates im Mittleren Osten, der die Bedingungen für imperialistische Politik nur weiter verkomplizieren würde. Ein Kurdenstaat würde sich kaum auf den nördlichen Irak begrenzen lassen, sondern wäre ein Ausgangspunkt permanenter Unruhe und Anschlußwünsche in den kurdischen Gebieten der Türkei, Irans, Syriens und der Sowjetunion. Die Probleme würden aber nicht geringer, würde der unabhängige Kurdenstaat von vorneherein sämtliche kurdischen Siedlungsgebiete in der Region umfassen. Mit über 20 Millionen Einwohnern wäre dieser Staat nach der Türkei und dem Iran der bevölkerungsreichste im Mittleren Osten, und mit den Ölvorkommen im irakischen Norden und den Quellen von Euphrat und Tigris im türkischen Süden käme ihm eine strategische Schlüsselrolle zu. Die Existenz dieses Staates wäre von ständigen Revisionsgelüsten jener Staaten begleitet, die für seine Etablierung einen Teil ihres Territoriums abtreten mußten. Und wer will dafür garantieren, daß der neue, mächtige Staat keine Politik verfolgt, die den westlichen Interessen zuwiderläuft? Sicherlich hat es in Washington und in den westeuropäischen Hauptstädten auch Überlegungen gegeben, sich auf dieses Risiko einzulassen und die Gründung des Kurdenstaates selbst zu vollziehen. Die Kurden wären dem Westen zum Dank verpflichtet gewesen, aber letztlich setzte sich - wie schon so oft zuvor in dieser Frage - die Auffassung durch, daß der Spatz in der Hand doch sicherer ist als die Taube auf dem Dach.

Außerdem bestand die Gefahr, daß der Sezession im Norden ein ähnlicher Prozeß im schiitischen Süden und damit der totale territoriale Zerfall des irakischen Staates oder aber eine schiitische Mehrheitsherrschaft anstelle der sunnitischen Minderheitsherrschaft im Rest-Irak folgen würde. Das sunnitische Zentrum ist jedoch ohne den Süden und den Norden nicht überlebensfähig. Gleiches gilt auch für einen vom Zentrum und Norden abgetrennten schiitischen Süden, der zwangsläufig zu einem Anhängsel des iranischen Staates werden würde. Sowohl im Falle eines aus sunnitischem Zentrum und schiitischem Süden bestehender Rest- Iraks unter schiitischer Mehrheitsherrschaft als auch im Falle eines unabhängigen schiitischer Südens wäre der Iran der eigentliche Sieger gewesen. Der Iran wäre zur dominierenden Macht in Region aufgestiegen, der kein anderer mittelöstlicher Staat hätte Paroli bieten können. Dies ist jedoch nicht im Interesse des Imperialismus, der auch in Zukunft darauf setzt, daß sich irakische und iranische Macht gegenseitig ausbalancieren und in ihrer Wirkung auf die Nachbarstaaten neutralisieren.

Aber auch die türkische Option, wie sie Özal mal kurz ins Gespräch gebracht hatte, kam nicht in Betracht. Eine Annexion der ehemaligen Provinz Mosul durch Ankara hätte den türkischen Staat - nicht nur gegenüber seinen unmittelbaren Nachbarn Syrien und Iran und der arabischen Welt, sondern indirekt auch gegenüber Westeuropa - zu stark werden lassen. Zur Verfügungsgewalt über die Ressource Wasser, deren strategische Bedeutung für die Region in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist und weiter wachsen wird, hätte sich dann auch noch die Verfügungsgewalt über erhebliche Ölvorräte gesellt. Die türkischen Annexionsgelüste waren ein weiterer Grund, warum aus Sicht der USA und ihrer westeuropäischen Verbündeten ein perfektes Timing der Kriegsführung angesagt war. Denn: je länger der Landkrieg gedauert hätte, desto größer wäre die Gefahr eines türkischen Vordringens auf irakisches Territorium gewesen.

Lieber einen Diktator in der Hand als eine Demokratie auf dem Dach

Viele Kurden hatten zunächst geglaubt, ihre Stunde sei endlich gekommen. Erstmals schienen die Interessen des Imperialismus mit ihren eigenen zu koinzidieren, was zwischen Washington und Ankara gar für einen kurzen Moment Irritationen auslöste. Eine nicht minder katastrophale Einschätzung als die der Palästinenser, Saddams Politik würde geradewegs in die Befreiung der von Israel besetzten Gebiete münden.

Die Wahrheit war, daß die Kurden mit der "Befreiung" Kuwaits ihre Schuldigkeit getan hatten. Hussein sollte nun den kurdischen Widerstand in einem Ausmaß zermürben, daß dieser für das, was der Imperialismus für ihn als Maximum bereithält, empfänglich wurde: irgendeine Form von interner Autonomie, die die Grenzen in der Region nicht zur Disposition stellte und in der künstlichen Staatenlandschaft des Nahen und Mittleren Ostens keinen Balkanisierungsprozeß auslöst. Zwar hatten die Kurden dem Separatismus längst

abgeschworen und sich statt dessen für eine Autonomie innerhalb eines "demokratischen Iraks" ausgesprochen, aber der Imperialismus blieb mißtrauisch. Je schwächer und desillusionierter, desto devoter, dachte man in Washington. Zu einem geeigneten Zeitpunkt, d.h. nach der Eindämmung der kurdischen Herausforderung durch Hussein, würde man dann als der vermeintlich große Retter des kurdischen Volkes auftreten.

Der "neue Hitler" Saddam schrumpfte so zum Pol Pot, der im Interesse des Westens die schiitischen und kurdischen Rebellen niedermetzelte. Der Imperialismus setzt auf die sunnitische Minderheitsherrschaft, wie er dies seit der Gründung des irakischen Staates schon immer tat. Seinerzeit - Mitte der 20er Jahre - wurde die Provinz Mosul dem neuen Staatsgebilde nicht nur deshalb zugeschlagen, um einen Kurdenstaat zu verhindern und den Zugriff der Briten auf die nordirakischen Ölvorkommen zu garantieren, sondern auch um eine schiitische Mehrheitsherrschaft zu vereiteln. Die Kurden im Norden (heute ca. 20% der irakischen Gesamtbevölkerung) hatten die deutliche schiitische Mehrheit im Rest des Landes (heute ca. 55% im gesamten Irak) zugunsten der mit dem Imperialismus kollaborationsfähigeren arabischen Sunniten auszubalancieren. Ein Schiiten-Aufstand wurde 1925 mit britischer Hilfe blutig niedergeschlagen.

Aus Washington war zu vernehmen, man hoffe, Saddam würde sich mit seinen Massakern so diskreditieren, daß er anschließend einem internen Putsch zum Opfer fallen würde. Mit anderen Worten: Der "Alte" soll ersteinmal die unvermeidliche Drecksarbeit erledigen, bevor ein dem Westen auch ganz offiziell zugewandter "Neuer" sein Amt übernehmen würde. Denn ein "Neuer", der gleich mit einem Blutbad beginnt, macht sich nicht gut. Auch nicht mit Blick auf die vielbeschworene "Neue Weltordnung". Im übrigen hat Husseins Nachfolger - damit niemand auf den Gedanken kommt, es ginge dem Westen um die Herstellung demokratischer Verhältnisse im Irak - ein "starker Mann" zu sein und nach Möglichkeit aus der Regierungspartei zu kommen, da nur der faschistischen Baath und der mit ihr personell verquickten Armee zugetraut wird, das Land zusammenzuhalten. Wie die irakische Opposition über die Zukunft ihres Staates denkt, hat die USA zu keinem Zeitpunkt der Golfkrise wirklich interessiert. Statt dessen begab man sich mit Saudi-Arabien auf die Suche nach einer Alternative zu Hussein wie zu einer demokratischen Koalitionsregierung, die stets bei ehemaligen irakischen Militärs endete. Direkte und höherrangige Kontakte mit der irakischen Opposition wurde gemieden wie der Besuch beim Zahnarzt. Die USA wollten sich gegenüber der Opposition auf keinerlei Verpflichtungen einlassen. Als potentielle Saddam-Nachfolger war das irakische Oppositionsbündnis, das aus schiitischen und kurdischen Gruppen, säkular-nationalistischen und bürgerlich-liberalen Parteien, den Kommunisten und Baath-Abspaltungen besteht, zu fragil. Die USA befürchteten, daß eine Regierung, in der alle ethnischen, religiösen und politischen Gruppen des Landes personell repräsentiert sein würden, an ihren internen Interessensgegensätzen scheitern und damit ein Auseinanderbrechen des Staates provozieren würde. Hinzu kam, daß die in jeder Hinsicht stärksten Gruppen im Bündnis - Schiiten und Kurden - aufgrund ihrer regionalen Begrenzung und ihres "separatistischen Hintergrundes" als Verwalter gesamtirakischer Interessen ausschieden. Die stärkste irakisch-nationalistische Kraft ist und bleibt die regierende Baath-Partei, die ungleich mächtiger und größer ist, als die gesamtirakisch orientierten bürgerlich-liberalen und säkular-nationalistischen Parteien im Oppositionsbündnis.

Gettoisierung und Kontrolle

Die Idee, auf irakischem Boden Refugien für die vor Saddams Terror flüchtenden Kurden zu errichten, kam vermutlich zunächst vom türkischen Premier Özal, wenngleich auch andere Politiker einen Anspruch auf Urheberschaft reklamierten. Özal wollte das Entstehen von Flüchtlingslagern im türkischen Grenzgebiet vermeiden, da er befürchtete, daß diese, ähnlich den Palästinenserlagern im Libanon, zu ständigen Unruheherden würden. Die irakisch-kurdische Guerilla könnte die Lager nicht nur als Basis für Angriffe im Norden des Iraks nutzen, sondern sich vermutlich auch mit der türkisch-kurdischen Guerilla gegen Ankaras Zentralgewalt wenden. An einer Stärkung des bewaffneten Widerstands im eigenen Land konnte Özal jedoch kaum gelegen sein. Das Problem war auf irakischem Territorium und bei Aufrechterhaltung der Trennung zwischen irakischen und türkischen Kurden zu lösen. Noch immer verhindert Özals Armee, daß die kurdischen Flüchtlinge die Berge auf der türkischen Seite verlassen.

Die Westeuropäer - allen voran der britische Premier Major - griffen Özals Idee auf, während die USA zunächst arg verstimmt reagierten. Denn allzu offensichtlich ging es den westeuropäischen Regierungen weniger um die Kurden, als darum, vor den USA die Initiative zu ergreifen, um so das im Golf-Krieg gegenüber der militärischen Führungs- und Supermacht verlorene Terrain zurückzuerobern. Die westeuropäische

Profilierungssucht war indessen nicht die einzige Sorge in Washington: Refugien oder Enklaven könnten sich zu Keimzellen eines unabhängigen kurdischen Staates entwickeln, und ein neuerliches militärisches Engagement wäre mit dem Risiko belastet, den gerade erst errungenen "großen Sieg" in der Schlacht um Kuwait und deren positive psychologische Effekte auf das öffentliche Bewußtsein ohne Not zu verspielen. Anders als im Falle Kuwaits sind aus der Sicht der USA im Norden des Iraks die Fronten nicht klar gezogen. Die USA wollen keinen Sieg der kurdischen Guerilla, aber sie können auch kaum Schulter an Schulter mit dem Schlächter Saddam gegen sie antreten. Es bliebe die schwierige Rolle, beide Seiten im Zaume zu halten, was einem gewöhnlich kaum gedankt wird und statt dessen im Zweifrontenkrieg inklusive eines militärischen Fiaskos und der Demoralisierung der eigenen Streitkräfte endet.

Aber den militärischen und ordnungspolitischen Risiken einer Einmischung standen die politischen Risiken einer Nichteinmischung gegenüber. Der Verrat an den Kurden und der indirekte Schulterschluß mit dem ehemaligen "Hitler von Bagdad" drohten, den in Sachen Kuwait getätigten politischen und moralischen Imagegewinn (und auch Image ist ein Bestimmungsfaktor von Macht) zu zerstören und die Weltöffentlichkeit an die häßlichen Komponenten amerikanischer Außenpolitik zu erinnern. Galt der Vorwurf der Inkonsequenz noch einige Wochen zuvor den Westeuropäern (und hier namentlich der BRD), so richtete er sich nun plötzlich gegen die USA. Und auch im Kampf um die UNO drohte den USA, soeben gewonnenes Terrain an die westeuropäischen Konkurrenten zu verlieren.

Was aus dieser Zwickmühle aus militärischen und ordnungspolitischen Risiken einerseits und politischen Risiken andererseits erfolgte, war eine kontrollierte "low level"-Intervention, die in erster Linie der Stabilität des Iraks, der Eindämmung des Konflikts zwischen Bagdad und den Kurden, der Zersplitterung und Gettoisierung des kurdischen Widerstandes und der Kontrolle und Entwaffnung der kurdischen Guerilla abzielte. So haben die Kurden, bevor sie die Flüchtlingslager betreten, zunächst ihre Waffen abzuliefern. Die irakische Armee wird von den alliierten Streitkräften (das sind gegenwärtig: 10.000 US-Soldaten, 5.000 Briten und 1.000 Franzosen) aus dem zur Schutzzone erklärten Gebiet herausgehalten, während die kurdischen Flüchtlinge polizeilich kontrolliert werden. Gleichzeitig dient die Besatzung den Allierten als Faustpfand gegenüber Hussein und der Einflußnahme auf die Nachkriegsentwicklung im gesamten Irak und der zukünftigen Außenpolitik des Regimes.

Eine möglichst enge Kommunikation mit Bagdad soll vermeiden, daß es zu direkten Zusammenstößen zwischen alliierten und irakischen Soldaten kommt. Beide Seiten haben ein Interesse daran, daß die alliierte Präsenz möglichst schnell durch UN-Kontingente abgelöst wird. Dem Irak würden die Blauhelme ein wenig von dem Gefühl nehmen, militärisch besetzt zu sein, während die Alliierten nicht länger befürchten müßten, in eine eskalatorische Entwicklung ohne vorhersehbares Ende hineingezogen zu werden.

Völlig verraten und verkauft sind nun die irakischen Schiiten, die weiterhin - und dies vielleicht sogar stärker als jemals zuvor seit dem Ende des Golf-Krieges - Saddams Terror ausgesetzt sind. Das Arrangement mit den Alliierten bezüglich der Schutzzonen für die nordirakischen Kurden und das Treffen zwischen dem kurdischen Rebellenführer Talabani und Hussein haben die irakische Opposition gespalten und Bagdad freie Hand für seinen Feldzug gegen die Schiiten gegeben. Was gemeinhin als kluger Schachzug des "Taktikers" Saddams charakterisiert wird, dürfte in Wahrheit auch den Interessen des Imperialismus entsprechen. Auch auf die Unterstützung durch die Glaubensbrüder in Teheran können die Schiiten kaum mehr bauen, seitdem für die iranische Regierung die Annäherung an den Westen und die Anerkennung ihres Staates als "normales" Mitglied der Völkergemeinschaft von Vorrang sind. Schon während des Vorlaufs zum Golf- Krieg wurde deutlich, daß in Teheran iranisch-nationale Interessen gegenüber panislamischen Ansprüchen ("Revolutionsexport) die Oberhand gewonnen haben.

Im Vergleich zum Leiden der Kurden stößt die Situation der Schiiten in der westlichen Öffentlichkeit nicht auf das geringste Interesse. Bereits seit Jahren assoziiert die hiesige Öffentlichkeit mit dem Begriff "Schiit" in Pavlov'scher Manier "Terrorismus" und "Fanatismus". Die offizielle Propaganda wird daran kaum rühren, da niemand im imperialistischen Lager ein Interesse daran haben kann, daß nun auch noch Schutzzonen für die Schiiten errichtet werden, wie sie von deren Repräsentanten mittlerweile gefordert werden.

Die Friedensbewegung

Die Mobilisierung der Friedensbewegung gegen den antikurdischen Terror fiel erheblich geringer aus als nach dem Ausbruch des Golf-Krieges. Nicht etwa, wie von interessierter Seite unterstellt wird, weil die naiven Friedensfreunde mit Saddam solidarischer sind als mit den Kurden (weil Saddam ja - im Einklang mit unseren geheimsten Sehnsüchten - die Juden vernichten wollte ...). Ganz abgesehen davon, daß die Palästinenser (mit der PLO als bewaffneten Arm unserer Sehnsüchte ...), die z.Zt. in Kuwait verschleppt und ermordet werden (laut "Guardian" inzwischen mehr als 2.000) noch weniger ein Thema sind. So wenig wie die Absichten der kuwaitischen Herrscherfamilie, die Bevölkerung des Landes um ein gutes Drittel zu verringern, um es regierbarer zu gestalten.

Das Problem ist keineswegs neu. Auch im Libanon-Krieg von 1982 gelang es der Friedensbewegung nicht, und viele ihrer Organisationen hatte auch überhaupt kein Interesse daran, auch nur annähernd so große Massen zu mobilisieren wie gegen die Raketenstationierung. Und dies "obwohl" Israel in diesen Krieg - im Gegensatz zum Golf-Krieg - direkt involviert war ...

Die hiesigen Friedensbewegten müssen schon selbst "betroffen" sein, sollen sie in Massen auf die Straße gehen. Bei der Raketenstationierung war dies der Fall: die BRD als atomares Schlachtfeld etc. Was Konflikte südlich von Europa anbelangt, so müssen diese a. zwischenstaatlichen Charakters sein und b. muß ihnen ein globales Eskalationsmoment innewohnen. Beim Golf-Krieg waren beide Bedingungen erfüllt: der gigantische militärische Aufbau der USA, die direkte Beteiligung der Europäer, ein "mächtiger" Gegner, die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen und die Eskalation ihres Einsatzes mit allen Konsequenzen für die Umwelt, die - wie auch die diversen Szenarien bezüglich brennender Ölquellen und in den Golf auslaufenden Öls zu belegen versuchten - auch die Lebensqualität in Europa und der BRD bedrohen könnten etc.

Völlig blödsinnig wird es, wenn die Solidarität mit den Palästinensern gegen die Solidarität mit den Kurden ausgespielt wird, also behauptet wird: wer für die Palästinenser ist, geht nicht für die Kurden auf die Straße, da die Palästinenser ja Saddam unterstützt haben. Zwar sind die Versuche von Kurden, wechselnde Bündnisse einzugehen, Ausdruck einer mit den Palästinensern vergleichbaren Notlage. Festzuhalten ist jedoch, daß in den letzten Jahren ausgerechnet in der autonomen und antiimperialistischen

Szene, die ja nicht erst seit heute - und dies zugegebenermaßen nicht selten zu Unrecht - der Hauptangriffspunkt der Kritik am "linken Antisemitismus" ist, kein Befreiungskampf so hoch im Kurs stand wie der der Kurden. Zumindest für einen Teil der Szene darf gar behauptet werden, daß der Kampf der Kurden den der Palästinenser in den Hintergrund drängte.

Und was ist mit "medico international"? Keine andere Organisation in der BRD setzt sich bereits seit Jahren so vehement für die Kurden UND die Palästinenser ein, wie die in Frankfurt beheimatete Hilfsorganisation.

In Wirklichkeit verhält es sich also genau umgekehrt: Wenn nun einige Kritiker des friedensbewegten Auftretens während des Golf-Kriegs das Kurdenproblem entdecken, was in der Vergangenheit so wenig ihr Thema war wie das der Friedensbewegung, wohl aber der verfluchten "Antiimperialisten" (hier: im über das RAF- und Autonomenspektrum hinausreichenden Sinne) und radikalen Linken, dann ausschließlich deshalb, weil der Gegner der Kurden Hussein heißt und ihre Situation im Irak als geeignet erscheint, uns ein weiteres Mal die westliche Politik als moralisch überlegen und dem Völkerrecht und den Menschenrechten verpflichtet zu verkaufen.

Dietrich Schulze-Marmeling

12. Die unwirkliche Normalität des Lebens. Ein Reisebericht aus dem Irak

Rubrik: Golfkrieg; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:30

On the road again ... Nach drei Tagen elender bürokratischer Hürden haben wir endlich unsere irakischen Visa in den Pässen und sind auf dem Weg nach Baghdad. Der Linienbus Amman - Baghdad ist voll. Alle Sitzplätze sind besetzt und zwischen den Sitzplätzen stapelt sich das Gepäck, das nicht mehr in den Gepäckraum paßt: Größtmögliche Vorräte an Trinkwasser, Brot, Zwieback und anderen Lebensmitteln. Viele im Bus haben Verwandte im Irak, vornehmlich in Baghdad. Stundenlang nichts anderes als eintönige Geröllwüste. Mitten in der Wüste die jordanische Grenzstation und von dort aus nochmal 70 km bis zur Einreise in den Irak. Dazwischen schon irakisches Gebiet, aber als "Sicherheitsgürtel" außerhalb der Straße vermint.

Ab der irakischen Grenze eine sechsspurige Autobahn. Kein Privatverkehr; bis auf einige LKW ist die Straße von und nach Baghdad fast leer. Kurz vor Baghdad muß der Bus einen weiten Umweg (fast zwei Stunden fahren). Die Autobahnbrücke über den Tigris ist zerstört. Allerdings ist sie, wie wir später erfahren, für FußgängerInnen und Autos weiterhin befahrbar.

Nachts um vier erreichen wir Baghdad. Der Bus hält in einem Altstadtviertel, wenige Häuser weiter ist ein kleines, einfaches Hotel. Der erste Eindruck ist das Gegenteil unserer Vorstellungen. Die Straßenbeleuchtung funktioniert, das Hotel ist hell erleuchtet, die Ventilatoren surren und Wasser zum Duschen ist auch vorhanden. Am nächsten Morgen unser erster Blick auf Baghdad vom Dach des viergeschossigen Hotels aus. Das Basarviertel um uns herum ist unzerstört, einige Kilometer weiter ist ein riesiges modernes Gebäude zerbombt, im Moment die einzige sichtbare Zerstörung.

Einige Geschäfte sind leer, die meisten jedoch geöffnet. Auf den Straßen lebhaftes Gedränge, die meisten Frauen tragen einen schwarzen Tschador. Fleisch wird auf Holzkohlen gegrillt, alle paar Meter sitzen ZigarettenverkäuferInnen, kleine Mädchen und Jungen verkaufen Krimskrams und in den Geschäften sind Waren aller Art gestapelt. Uhren aus Hongkong, Schweizer Schokolade, französisches Parfum ...

Aber dieser Eindruck von Normalität täuscht. Nur allmählich, nach und nach, entdecken wir die Folgen des Krieges, die uns durch die (fast unwirkliche) Normalität des Lebens zunächst verborgen blieben: Strom gibt es erst seit ein paar Tagen und in vielen Teilen Baghdads auch nur einige Stunden täglich - Stromausfälle sind an der Tagesordnung. Mit der Wasserversorgung steht es ähnlich. Dazu kommt, daß die trockene Hitzezeit gerade erst beginnt und nicht abzusehen ist wie sich diese auf die ohnehin schon schlechte Versorgung mit Trinkwasser auswirkt. Der Autoverkehr ist für eine Großstadt wie Baghdad extrem gering. Unsere ersten Versuche Kontakte auszumachen scheitern daran, daß im ganzen Irak kein Telefon (vielleicht mit Ausnahme der militärischen) mehr funktioniert. In Jordanien zurück erfahren wir, daß eine jordanische Expertenkommission die zerstörten Kommunikationseinrichtungen im Irak als irreparabel bezeichnet. Vor allem aber wird langsam trotz der Blendung durch das Warenangebot noch etwas klar: Grundnahrungsmittel wie Öl, Mehl und Reis fehlen in den Auslagen der Geschäfte, die anderen Waren sind kaum bezahlbar.

Wir können uns in Baghdad frei bewegen, ein Taxi zu bekommen ist jederzeit möglich, für die irakischen DurchschnittsverdienerInnen allerdings fast unbezahlbar. Von den elf Brücken Baghdads sind drei zerbombt, genau die, über die die Kommunikationsleitungen liefen. Eine dieser Brücken war nach der ersten Bombardierung noch auf einer Fahrspur befahrbar. Die zweite Bombardierung erfolgte bei einem Verkehrsstau, die Zahl der Toten ist nicht bekannt. Direkt an einer der intakten Brücken sind mehrere kleine Wohnhäuser völlig durch Bomben zerstört. Die Gebäude, die bombardiert wurden, unter anderem das Sendezentrum, das Justizministerium und ein Flughafen sind offenbar mehrmals und tonnenweise bombardiert worden. Die gesamte Infrastruktur, Strom, Wasser und Kommunikation ist gezielt kaputtgebombt.

Die Wohnviertel dagegen sind weitgehend unzerstört. Die wenigen zerstörten Wohnhäuser, die wir zu Gesicht bekommen bestärken dieses Bild eher noch. Sie liegen entweder direkt neben Infrastruktureinrichtungen oder sind offensichtlich Fehltreffer falsch programmierter Cruise Missiles.

Kein Fehltreffer, sondern gezielt und mehrmals wurde einer der Bunker bombardiert. Nach Angaben der Ärzte, die die wenigen, schwerverletzten Überlebenden behandelt haben, waren in dem Bunker ausschließlich

ZivilistInnen: Hauptsächlich Frauen mit Kindern und alte Menschen. Über 2.000 Menschen sind bei der Bombardierung dieses Bunkers umgebracht worden.

Die Bilder von Dresden und Berlin nach '45, die auf deutschen Anti-Golfkriegs-Demonstrationen immer wieder heraufbeschworen wurden, um das Ausmaß der vermuteten Zerstörungen vorstellbar zu machen, sind in Baghdad nicht zu sehen. Daß dieser Krieg - wie alle Kriege - die Zivilbevölkerung trifft vermittelt sich in Baghdad gerade nicht durch die sichtbaren Zerstörungen. Vielmehr fällt auf, was nicht zerstört wurde. Nicht nur in Baghdad, sondern auch auf unseren Fahrten im Irak (wobei wir nicht ganz im Süden waren) sahen wir viele Kasernen. Allerdings war dem Augenschein nach keine zerstört oder auch nur beschädigt. Ein Flugplatz bei Fallujah, wo wir im Vorbeifahren einige Düsenjäger auf dem Flugfeld erkennen konnten, war offenbar auch nicht bombardiert worden. Obwohl wir kein Gesamtbild der Situation im Irak zeichnen können drängt sich doch die Vermutung auf, daß die Zielplanung der USA nicht darauf gerichtet war, das irakische Militärpotential zu vernichten, sondern das Militärpotential zu reduzieren und die Infrastruktur des Irak, die diesen als Schwellenland zur Industrialisierung kennzeichnet, als (im westlichen Sinne) modernisiertes Land, zu zerstören. Beides deutet darauf hin, daß hier versucht wurde, einen potentiellen Konkurrenten präventiv auszuschalten und eine weitere Industrialisierung (und damit potentielle Unabhängigkeit) zu verhindern.

Durch die Bombardierung der Versorgungseinrichtungen ist der Zivilbevölkerung weitgehend die Lebensgrundlage entzogen. An der Situation in den Krankenhäusern wird dies am deutlichsten. Die Notstromaggregate reichen nicht aus, um die Stromausfälle auszugleichen, wenn in den jeweiligen Stadtvierteln der Strom ausfällt. Da die Außentemperaturen in absehbarer Zeit auf über 50 Grad steigen, wird in den modernen, nicht klimaangepaßten Betonbauten das Liegen und das Arbeiten ohne die stromfressenden Klimaanlagen nicht mehr möglich sein. Der wenige Strom wird aber für die Gerätemedizin benötigt. Der Wassermangel führt zu untragbaren hygienischen Verhältnissen, die die Gefahr von Seuchen und Epidemien verschärfen. Impfstoffe sind schon seit Monaten kaum noch vorhanden, die letzten Vorräte wurden nach der Bombardierung der Kraftwerke wegen des Ausfalls der Kühlaggregate unbrauchbar. Durch das Embargo gibt es seit Monaten keine Versorgung von chronisch Kranken. Es gibt beispielsweise weder Insulin für DiabetikerInnen noch Medikamente für leukämiekranke Kinder. Eine ausreichende Behandlung von Verletzten ist ebenfalls nicht möglich. Durch die Zerstörung des Telefonnetzes sind die Krankenhäuser in Notfällen nicht erreichbar und haben keine Informationen über die Situation in Bezug auf Seuchen und Epidemien und die medizinische Versorgung außerhalb Baghdads. Die Transportprobleme durch den Treibstoffmangel führen dazu, daß es den Menschen außerhalb Baghdads nicht möglich ist, die immer noch verhältnismäßig gut versorgten Krankenhäuser und Spezialkliniken hier zu erreichen.

Im Kinderkrankenhaus in Baghdad zeigt sich deutlich die katastrophale Nahrungsmittelversorgung. Eine der Hauptaufgaben des Krankenhauses besteht im Moment darin, extrem unterernährte Säuglinge und Kleinkinder zu versorgen. Die Eltern sind aufgrund der extrem gestiegenen Preise nicht mehr in der Lage Milch für die Kleinkinder zu kaufen und die Mütter können die Säuglinge nicht stillen, da sie selbst unterernährt sind. Der Durchschnittsverdienst beträgt 100-150 Dinar monatlich, ein Liter Milch kostet 10-15 Dinar (vor dem Embargo weniger als 0,5 Dinar). Ob und wann die nächsten Hilfslieferungen mit Milchpulver kommen, wissen die ÄrztInnen erst dann, wenn die Lieferungen direkt vor dem Krankenhaus stehen.

Baghdad ist mit der geschilderten Situation noch die bestversorgte Region des Irak, unter anderem weil ein Großteil Lieferungen nach Baghdad geht.

Die Form der Militärpräsenz in Baghdad läßt darauf schließen, daß sich das Regime hier nicht bedroht fühlt. Es sind im Gegensatz zu den Städten im Süden weder Panzer noch schwere Geschütze auf den Straßen. Das Militär an den Straßensperren ist nur teilweise bewaffnet und kontrolliert nur sporadisch Autos. Offiziell gibt es zwar noch eine Ausgangssperre ab 22 Uhr. Diese wird aber weder von Bevölkerung eingehalten, noch versucht das Militär sie durchzusetzen.

Auf dem Weg in den Süden wird die Sonderstellung Bagdhads klar. Wir begleiten zwei LKW mit Mehl, Hilfslieferungen vom jordanischen Roten Halbmond, die eigentlich für Basra bestimmt sind. Die Hilfslieferungen gehen dann aber nach Amara, eine Stadt nahe der iranischen Grenze die zweihundert Kilometer vor Basra liegt. Der Weitertransport sei zu gefährlich, offenbar gibt es in Basra noch Gefechte. Die Transporte gehen über die alte Landstraße, die neue Straße Richtung Süden ist zerbombt und nicht befahrbar. Die Straße ist nicht stark befahren, Zivilverkehr ist nicht vorhanden. Offene, zivile LKW, auf denen Soldaten

dicht gedrängt stehen und sitzen; alle paar Kilometer militärische Straßensperren. Die Industrieanlagen an denen wir vorbeikommen, sind außer Betrieb.

Amara ist eine Stadt im Belagerungszustand: auf den Dächern Militär mit MGs und Schnellfeuergeschützen; Panzer und schwer bewaffnetes Militär auf den Straßen - eine Stadt, der der Bürgerkrieg noch anzumerken ist. Die Brücken und Sendeeinrichtungen sind kaputtgebombt, die meisten Zerstörungen sind aber offenbar durch den Bürgerkrieg entstanden: Ausgebrannte Geschäfte und Autos, durch Granaten teilweise zerstörte Häuser und Verwaltungsgebäude. Die gigantischen Bilder von Saddam Hussein sind alle abgefackelt.

Die LKW werden vor dem teilweise ausgebrannten Wohnhaus des Militärgouverneurs ausgeladen. Auf unsere Nachfrage, wer das Mehl bekommt, wird gesagt, es werde an die Bevölkerung verteilt. Vor dem Amtsgebäude des Militärgouverneurs, das auch zum Teil durch Granaten zerstört ist, geben alte Frauen im Tschador Kalaschnikows ab. Filmen dürfen wir diese Szene nicht. Der Militärgouverneur will jedoch gefilmt werden. Die Propagandashow ist schlecht: Auf die Frage, woher die abgegebenen Waffen kämen, erklärt der Militärgouverneur iranische Militäreinheiten seien in die Stadt eingedrungen, hätten alles verwüstet und als sie von der irakischen Armee zurückgeschlagen wurden, hätten sie die Waffen zurückgelassen. Daraufhin hätte es einen Aufruf an die Bevölkerung gegeben diese einzusammeln und abzugeben.

Nach dieser Veranstaltung gibt es die Genehmigung in der Stadt zu filmen. In Amara sind sämtliche Versorgungseinrichtungen kaputtgebombt - es gibt weder Strom, noch Wasser, noch Telefon. Was die alliierte Militärmaschinerie nicht vernichtet hat, vernichtete der Bürgerkrieg. Auf dem Bazar drängen sich Menschen zwischen Läden, Straßenverkauf und zerstörten, ausgebrannten Häusern. Das Warenangebot ist spärlich: Obst und Fleisch ist vorhanden, Mehl und andere Grundnahrungsmittel fehlen völlig.

Das Gesundheitszentrum ist leer. Es ist kaum medizinisches Gerät zu sehen und es gibt keine Medikamente. Vor die durch Granatbeschuß entstandenen Löcher in den Wänden sind Pappe und Bretter gestellt. In einem der vorderen Räume liegen Haufen von kaputten, teilweise verbrannten, teilweise zerschossenen Medikamenten. Die Ambulanzfahrzeuge sind ausgebrannt.

Ein entsprechendes Bild bietet sich uns bei unserer Fahrt nach Hilla, der Stadt bei den Ruinen von Babylon. Nichts funktioniert außer den ständigen Militärkontrollen.

Auf dem Rückweg nach Amman kommen wir noch durch Fallujah, eine Stadt 50 km östlich von Baghdad. Der Kontrast zu Hilla und Amara ist scharf: Zwar gibt es auch hier - wie im ganzen Irak außer Baghdad - keinen Strom, kein Wasser und kein Telefon, doch fehlen hier (wie in Baghdad) die Zerstörungen des Bürgerkrieges, die Militärpräsenz ist gering und die Kontrollen bei der Ein- und Ausfahrt sind lax. Das Leben in den Straßen gleicht dem Baghdads. Es ist klar zu erkennen, daß der Bürgerkrieg hier nicht stattgefunden hat - es gibt sogar Mehl, Brot und Reis, wenn auch wenig.

Im Irak sind nicht nur die KurdInnen von den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg betroffen, sondern auch die nichtkurdische Bevölkerung, auch wenn diese Tatsache im Moment aus den Medien verschwunden ist oder verschwunden wurde.

P. S.-R. / A. W.

13. Anmerkungen zur Geschichte des Staates Israel (Teil 1)

Rubrik: Geschichte; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:28

"Ohne Auschwitz kein Zionismus", so hieß es 1982 einmal im AK, und max. hat diese These neuerdings im AK 329 (S. 17) - offenbar zustimmend - wieder aufgenommen. Vordergründig betrachtet, ist die These evident falsch, denn der Zionismus entstand als politische Bewegung um 1880; als organisierter Zusammenhang besteht er seit dem ersten Weltkongreß von 1897.

Gemeint sein muß mit "Ohne Auschwitz kein Zionismus" also etwas anderes. Das kann ungefähr so beschrieben werden: Ohne Auschwitz wäre der Zionismus eine folgenlose Episode der Geschichte geblieben, ohne Auschwitz wäre der Staat Israel nicht gegründet worden. Denn ohne Auschwitz wäre der Zionismus unter den Juden nicht mehrheitsfähig geworden, und die Großmächte hätten ohne die deutsche Judenvernichtung die Gründung des Staates Israel nicht unterstützt. (Im Sinne der Erklärung, die der sowjetische Außenminister Gromyko 1948 vor der UNO abgab.)

Soweit wohl ungefähr der Sinn der These. Sie ignoriert, daß Israel vielleicht auch ohne Auschwitz, aber ganz bestimmt nicht ohne das vorangegangene halbe Jahrhundert politischer und praktischer Aufbauarbeit der Zionisten hätte entstehen können. Man kann die Gründung Israels mit Auschwitz rechtfertigen, aber "die Geschichte" per se ist keineswegs gerecht, und die Politik von Staaten ist es ebenfalls nicht. Die Gründung Israels hätte schwerlich die Zustimmung und Unterstützung aller Großmächte gefunden, wenn nicht das zionistische Projekt (real oder scheinbar) in deren jeweilige eigene Interessen und Absichten hineingepaßt hätte - und wenn es sich nicht selbst von Anfang an genau in diesem "weltpolitischen" Kontext definiert hätte.

Eine Begründung und Konkretisierung dieser These soll im folgenden, ausgehend von der Balfour Declaration, versucht werden. Mit diesem Papier bekundete die britische Regierung 1917 ihre Unterstützung für das zionistische Projekt einer "nationalen Heimstätte" in Palästina. Als der Völkerbund (Vorläufer der UNO) 1922 das britische Mandat über Palästina bestätigte, übernahm er die entsprechenden Aussagen der Balfour Declaration in die Präambel des Mandatsauftrags. Damit erhielt die jüdisch-zionistische Präsenz in Palästina erstmals einen völkerrechtlich garantierten Status. Zugleich erreichten die Zionisten mit der Balfour Declaration eine hegemoniale Stellung unter den Juden in aller Welt - mit Unterschieden von Land zu Land, wie in diesem Text ebenfalls dargestellt werden soll.

Eine "nationale Heimstätte in Palästina" ...

Die Balfour Declaration ist in einem Brief enthalten, der auf den 2. November 1917 datiert ist und insgesamt folgenden Wortlaut hat: "Lieber Lord Rothschild, mit großem Vergnügen teile ich Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen mit; sie wurde dem Kabinett vorgelegt und von diesem gebilligt: ‚Die Regierung Seiner Majestät begünstigt die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina; sie wird sich nach besten Kräften dafür einsetzen, das Erreichen dieses Ziels zu fördern. Dabei ist klar, daß nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nicht-jüdischer Gemeinschaften in Palästina oder was die Rechte und den politischen Status, die Juden in anderen Ländern haben, gefährden könnte.' - Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Deklaration der Zionist Federation zur Kenntnis bringen würden." (1)

Unterzeichner war der britische Außenminister Arthur James Balfour - der gleiche, der bereits als Premierminister in den Jahren 1902-04 mit den Zionisten über die Bildung einer jüdischen Kolonie auf britischem Territorium gesprochen hatte. Damals war es um ein Gebiet in Ostafrika (genannt Uganda, nicht identisch mit dem heutigen Staat) oder in Ägypten im Grenzbereich Palästinas (El Arisch, westlich von Gasa) gegangen.

Die Billigung der Deklaration durch das Kriegskabinett war am 31. Oktober 1917 erfolgt, nachdem im September und Anfang Oktober eine Beschlußfassung wiederholt gescheitert war. Das hatte insbesondere an den Einsprüchen des Staatssekretärs für Indien, Edwin Montagu, gelegen. Als etablierter Jude fürchtete er, die Ausrufung einer "Heimstätte für das jüdische Volk" im Nahen Osten könnte den Status der Juden in Großbritannien und überall auf der Welt gefährden.

Die Balfour Declaration war an die Zionist Federation gerichtet, also nicht an die Zionistische Weltorganisation - die durch den Krieg de facto gespalten und handlungsunfähig war -, sondern an deren britischen Landesverband. Der direkte Adressat jedoch war Lord Rothschild, d.h. Lionel Walter, "Oberhaupt" des Londoner Zweigs der großen jüdischen Bankiersfamilie. Er sollte nicht verwechselt werden mit einem noch bedeutenderen Förderer des Zionismus, Edmond de Rothschild, dessen finanzielle Unterstützung seit Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts einen Großteil der frühen jüdischen Siedlungen in Palästina am Leben gehalten hatte. - (Theodor Herzl hatte die Grundgedanken seines Hauptwerks "Der Judenstaat", erschienen im Februar 1896, ursprünglich für ein geplantes Memorandum an den Familienrat der Rothschilds ausgearbeitet.)

Warum adressierte der Außenminister seinen Brief an Lord Rothschild? Er hatte in den Diskussionen, Kontakten und Verhandlungen, die schließlich zur Balfour Declaration führten, eine zentrale Rolle gespielt. Dabei hatte er jedoch immer die führende Rolle des Präsidenten der Federation, Chajm Weizmann - später erster Präsident Israels -, respektiert und betont. Hinter der Adressierung der Deklaration an Lord Rothschild stand wohl auch der Wunsch beider Seiten, das Unternehmen durch die Verbindung mit dem Namen der bekanntesten jüdischen Kapitalistenfamilie in spektakulärer Weise öffentlich aufzuwerten.

... oder Palästina als "Heimstätte"?

Formal war der Brief Balfours an Lord Rothschild vom 2. November eine Reaktion auf ein Schreiben, das dieser am 18. Juli 1917 nach Einvernehmen mit Weizmann - der zu dieser Zeit in politischer Mission außer Landes war - an den Außenminister gerichtet hatte. Dieser Brief lautete: "Lieber Mr. Balfour, endlich bin ich in der Lage, Ihnen die Formulierung zu schicken, um die Sie mich gebeten hatten. Wenn die Regierung Seiner Majestät mir eine Botschaft auf den Linien dieser Formulierung schicken würde, falls sie und Sie diese billigen, würde ich die Botschaft an die Zionist Federation weitergeben und sie auf einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung bekanntgeben. Leider haben unserer Gegner ihre Kampagne mit einem höchst tadelnswerten Manöver begonnen, nämlich einen Tumult anzuzetteln mit dem Schlachtruf britische Juden gegen ausländische Juden. Sie fingen damit am letzten Sonntag an, als sie im Board of Deputies die neugewählten Funktionäre mit der Frage konfrontierten, ob sie alle in England geboren seien (ich selbst auch darunter).

‚Entwurf einer Erklärung

1. Die Regierung Seiner Majestät akzeptiert den Grundsatz, daß Palästina als Nationale Heimstätte des jüdischen Volkes wiederhergestellt werden sollte.

2. Die Regierung Seiner Majestät wird sich nach besten Kräften bemühen, das Erreichen dieses Ziels sicherzustellen, und wird die dazu notwendigen Methoden und Mittel mit der zionistischen Organisation diskutieren.`" (2)

Lord Rothschild erwähnt im Brief an Balfour einen Streit mit jüdischen Gegnern, in dem die Zionisten einige Wochen zuvor, am 17. Juni 1917, einen entscheidenden Teilerfolg gewonnen hatten. An diesem Tag hatte der Board of Deputies - die offizielle Vertretung der britischen Juden - mit der knappen Mehrheit von 56 gegen 51 Stimmen das Vorgehen prominenter jüdischer Antizionisten verurteilt, die mit einer Stellungnahme in der "Times" (erschienen am 24. Mai) öffentliche Kritik am zionistischen Projekt geübt hatten.

Der Beschluß des Board of Deputies war erstens sehr knapp und bedeutete zweitens noch keineswegs eine prozionistische Mehrheit. Es ist daran zu erinnern, daß ungefähr die Hälfte der Juden Großbritanniens erst in den letzten Jahrzehnten (seit den achtziger Jahren) aus Osteuropa eingewandert war und daß primär unter diesen die Sympathisanten des Zionismus waren. Im Gegensatz dazu repräsentierte der Board of Deputies in erster Linie das etablierte Judentum des Landes. Das Abstimmungsergebnis vom 17. Juni 1917 signalisierte, daß es auch in diesem Teil der Juden Großbritanniens keine Mehrheit für eine öffentliche Kritik am zionistischen Projekt gab. Das war von entscheidender Bedeutung, weil die britische Regierung dies zur Voraussetzung einer offiziellen Deklaration gemacht hatte: Sie wollte sich von vornherein des Beifalls der großen Mehrheit der Juden (im Lande und weltweit) für einen solchen Schritt sicher sein und nicht die öffentliche Opposition relevanter jüdischer Kräfte riskieren.

Einwände der Antizionisten

Wie argumentierten in diesem Fall die jüdischen Gegner des zionistischen Projekts? Sie lehnten die Bildung eines nationalen jüdischen Gemeinwesens in Palästina keineswegs ab, sondern waren insoweit auch zur

Zusammenarbeit mit den Zionisten bereit. Eine völkerrechtlich gesicherte Zufluchtstätte für die politisch und wirtschaftlich bedrängten Juden Osteuropas in Palästina machte auch aus dem Blickwinkel der jüdischen Antizionisten durchaus Sinn. Das umso mehr, da sie die massenhafte Einwanderung beispielsweise nach Großbritannien für problematisch hielten. (Soziale Probleme, Zunahme des Antisemitismus etc.)

Ihre Kritik richtete sich in erster Linie gegen die grundsätzliche These des Zionismus, wonach alle Juden der ganzen Welt eine heimatlose Nationalität darstellen, die (vor allem aufgrund des unaufhebbaren Antisemitismus ihrer Umgebung) nicht in der Lage sei, sich in den Ländern, wo sie lebt, zu integrieren, und die daher ein Heimatland in Palästina brauche. Das, so die Kritiker, müsse zwangsläufig dazu führen, daß die Juden überall noch stärker als Fremde abgestempelt würden und daß ihr harterkämpfter Status als Bürger und Staatsangehörige wieder aufs Spiel gesetzt würde.

Ein weiterer Einwand lautete: Für die Juden in aller Welt sei die Forderung nach gleichen politischen und religiösen Rechten lebenswichtig. Daher wäre es ein großer Schaden für die Juden, wenn in Palästina für die jüdischen Siedler privilegierte Rechte gegenüber der arabischen Bevölkerungsmehrheit gefordert würden.

Insgesamt kam diese Kritik selbstverständlich nicht von "links", sondern von liberalen oder auch konservativen jüdischen Bürgerlichen, die sich vom Absolutheitsanspruch und den praktischen Implikationen der zionistischen Weltanschauung in ihrer wohleingerichteten Existenz bedroht sahen, und die fürchteten, daß der Zionismus dem Antisemitismus neuen Stoff liefern würde.

Entwurf und Deklaration im Vergleich

Zwischen dem von Lord Rothschild am 18. Juli übersandten Entwurf und der am 31. Oktober 1917 vom Kriegskabinett gebilligten Deklaration lagen Monate intensiver Diskussion mit zahlreichen Beteiligten verschiedener Bereiche, wobei noch mehrere Zwischenentwürfe produziert wurden. Ein Vergleich der beiden zitierten Texte zeigt, wo die "Knackpunkte" lagen: 1. Rothschilds Entwurf sprach von Palästina als Heimstätte, die Balfour Declaration schließlich nur von einer Heimstätte in Palästina. Im ersten Fall wäre das Land insgesamt gemeint, im zweiten nur ein nicht definierter Teil oder auch nur eine teilweise Souveränität.

Zu keinem Zeitpunkt im Entstehungsprozeß der Balfour Declaration wurde definiert, was exakt unter Palästina verstanden werden sollte. Dieser Name war damals allgemein für die Region gebräuchlich, entsprach aber keiner existierenden Verwaltungseinheit mit definierten Grenzen. Palästina war rund 1500 Jahre früher, in spätrömischer Zeit, der Name einer Provinz des Imperiums gewesen.

Der durchgehend verwendete Begriff "national home" ("nationale Heimstätte") geht wörtlich auf das programmatische Ziel der Zionisten zurück, wie es auf deren erstem Kongreß in Basel 1897 beschlossen worden war. Dieser Begriff ließ den staatsrechtlichen Status des zu schaffenden Gebildes bewußt offen.

2. In Rotschilds Entwurf stand "the national home", in der Balfour Declaration lediglich relativiert "a national home". Vermieden war also der Anspruch, Palästina solle die (implizit ausschließliche) Heimat der Juden werden. Damit war den erwähnten Bedenken von jüdischer Seite Rechnung getragen worden.

3. Die in Lord Rothschilds Entwurf gewünschte britische Zusage, die Methoden und Mittel zur Schaffung der "jüdischen Heimstätte" mit den Zionisten zu diskutieren, wurde in die Endfassung der Deklaration nicht aufgenommen. Das gab der britischen Regierung später freiere Hand, als sie sich in den 20er Jahren von dem Projekt etwas zu distanzieren begann.

4. Der Hinweis in der Balfour Declaration, daß die Rechte und der politische Status der Juden in anderen Ländern nicht beeinträchtigt werden sollten, widerspiegelt ebenfalls Einwände von jüdischer Seite gegen das zionistische Projekt.

5. Daß die arabische Bevölkerung Palästinas (damals immerhin eine Mehrheit von etwa 85%) nur als "non-Jewish communities" in der Balfour Declaration erwähnt wird, und daß lediglich von bürgerlichen und religiösen, nicht aber von nationalen Rechten die Rede ist, entspricht der damaligen gemeinsamen Sicht von britischer und zionistischer Seite. Man geht wohl auch nicht fehl mit der Annahme, daß bei diesem Passus überhaupt weniger an die Araber als Nation, sondern an die Belange der diversen, miteinander konkurrierenden christlichen Gemeinschaften in Palästina gedacht war, über die als Protektoren u.a. Frankreich, Italien und Rußland wachten.

Die Balfour Declaration war das Ergebnis systematischer, strategisch durchdachter und konsequent betriebener Anstrengungen, die von einzelnen Exponenten des Zionismus, in enger Zusammenarbeit mit Funktionären der britischen Regierung, insbesondere im Außenministerium, unternommen wurden. Das Ergebnis wäre nicht möglich gewesen ohne ein gut geknüpftes Netz persönlicher Connections, die teilweise schon etliche Jahre vor dem Ersten Weltkrieg angebahnt worden waren. Im Zustandekommen der Balfour Declaration widerspiegelt sich auch die Tatsache, daß in England während des 19. Jahrhunderts eine Reihe von Juden sich in der Gesellschaft und im Staatsapparat etabliert hatten, hoch geschätzte Partner waren und guten Zugang zu Regierungskreisen hatten.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß schon Herzl - er starb im Juli 1904 - in der strategischen Orientierung auf Großbritannien den Schlüssel zum Erfolg des zionistischen Projekts gesehen hatte. Seit etwa 1902 stand der britische Staat uneingeschränkt im Zentrum der zionistischen Anstrengungen.

Voraussetzungen und Ziele der Deklaration

Selbstverständlich verfolgte die britische Regierung mit der Balfour Declaration primär eigene Absichten. Dabei standen grundsätzliche Ziele neben taktischen Gesichtspunkten, die sich aus dem Kontext des Weltkriegsverlaufs ergaben. Zu den ersten gehört die schon seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder diskutierte These, daß eine jüdische Kolonie am geostrategisch eminent wichtigen Platz Palästina für die imperiale Politik Großbritanniens erhebliche Vorteile bieten könnte.

Zu den taktischen Gesichtspunkten: Die britische Regierung erhoffte sich von einer öffentlichen Erklärung zugunsten der "jüdischen Heimstätte" eine große propagandistische Wirkung auf die Juden in aller Welt, insbesondere in Rußland, in den USA sowie auf der anderen Seite der Front in Österreich-Ungarn und Deutschland.

Die Zionistische Weltorganisation hatte sich vor dem Krieg darauf verständigt, im Fall eines militärischen Konflikts zwischen den Großmächten neutral zu bleiben. Die Praxis zeigte, daß sich dies nicht durchhalten ließ, weil - abgesehen von Rußland - viele Juden mit einiger Begeisterung zu den jeweiligen Fahnen ihres Heimatlandes eilten. Zweitens aber hätte Neutralität den Zionismus seinem Ziel wahrscheinlich keinen Schritt näher gebracht.

Als der Erste Weltkrieg begann, befand sich die politische Zentrale der Zionistischen Weltorganisation in Berlin, während ihre wichtigsten finanziellen Institutionen in London ihren Sitz hatten. Chajm Weizmann plädierte dafür, während des Krieges anstelle der Berliner Zentrale eine provisorische Leitung in den (zunächst neutralen) USA zu bilden. Der Kompromiß war schließlich, daß eine Nebenstelle der Zentrale im neutralen Kopenhagen gebildet wurde. Außerdem wurden zwei russische Mitglieder der sechsköpfigen zentralen Leitung nach London geschickt, um von dort aus tätig zu sein. De facto war damit die Führung der Zionistischen Weltorganisation gespalten; die Zionisten in Großbritannien agierten autonom und konträr zur Zentrale, indem sie sich für die britische Kriegspolitik einspannen ließen und selbst offensiv in diesem Sinne unter den Juden anderer Länder warben. Ein im März 1916 gefaßter Beschluß der Zentrale, sich an keinen Verhandlungen mit einer Regierung zu beteiligen, die im Kriegszustand mit der Türkei war, wurde von den Londoner Vertretern mißachtet. (Palästina gehörte damals noch zum türkischen Machtbereich, und man fürchtete, daß eine antitürkische Politik die in der Region lebenden Juden akut gefährden könnte. Großbritannien hatte im Oktober 1914 der Türkei den Krieg erklärt. Der Beschluß der zionistischen Zentrale von 1916 richtete sich in erster Linie gegen die zu dieser Zeit längst angelaufenen Verhandlungen der Londoner Zionisten mit der britischen Regierung.)

Großbritannien befand sich im Kriegsbündnis mit Rußland. Das warf, was den "jüdischen Aspekt" angeht, große Probleme auf. Die Juden Rußlands, seit Jahrzehnten Opfer von Unterdrückung, Pogromen und wirtschaftlicher Einschnürung, waren zum größten Teil an der Verteidigung ihres "Vaterlands" nicht interessiert. Das aber betraf keineswegs nur Rußland selbst. In den USA waren über 80% der jüdischen Bevölkerung Neueinwanderer, die in den Jahrzehnten seit 1880 aus Osteuropa, in erster Linie aus dem russischen Machtbereich, gekommen waren. In England lag dieser Anteil immerhin bei rund 50%. Hinzu kam, daß von der Minderheit der etablierten Juden in den USA die meisten deutscher Herkunft waren und aus diesem Grund auch nicht als besonders kriegswillig galten.

Das öffentliche Bekenntnis zum zionistischen Projekt wurde von der britischen Regierung als Köder angesehen, mit dem die osteuropäischen bzw. aus Osteuropa stammenden Juden für den Krieg gewonnen werden könnten. Dabei bestanden übertriebene Vorstellungen über die finanzielle und publizistische Macht der Juden in den USA sowie über ihre Bedeutung im revolutionären Prozeß Rußlands. Diese Vorstellungen, die im Grunde antisemitischen Klischees nahe kamen, wurden von den zionistischen Exponenten in London interessierterweise bestätigt und bestärkt.

In diesem Kontext hatte das Jahr 1917 zwei entscheidende Ereignisse gebracht. Erstens waren im April 1917 die USA in den Krieg eingetreten. Die britische Regierung fürchtete aber, daß ein Großteil der amerikanischen Juden immer noch sehr pazifistisch gestimmt sei und daß auch der Eifer jüdischer Kapitalisten, in den Krieg zu investieren, noch zu wünschen übrig lasse.

Zweitens war in Rußland seit Februar 1917 ein revolutionärer Prozeß im Gang, der zum Kriegsausstieg eines wichtigen Verbündeten zu treiben drohte. Vor allem die Juden Rußlands sollten durch die Balfour Declaration positiv beeindruckt werden. Ihnen sollte dadurch demonstriert werden, daß es sich doch lohnte, im Krieg zu bleiben, denn die Realisierung des zionistischen Projekts hing ja nun direkt vom militärischen Erfolg Großbritanniens und seiner Verbündeten ab.

Hinzu kam ein weiteres Argument, das auch von zionistischer Seite unterstützt wurde: Schon seit längerem seien die Juden aufgrund ihrer spezifischen Situation in besonders hohem Maß ein vorantreibendes Element revolutionärer Unruhe. Die Orientierung auf den Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina werde dazu führen, die Köpfe und Herzen der jüdischen Massen weg von destruktivem Revolutionstreiben und hin zu konstruktiver Beschäftigung zu lenken. (Das Problem hatte in ähnlicher Weise schon Herzl beschäftigt. Siehe Abschnitt "Gründe des Antisemitismus" in seinem "Judenstaat".)

Ein bemerkenswerter Zufall in diesem Kontext: Die Balfour Declaration wurde am gleichen Tag veröffentlicht (9. November 1917), an dem die Zeitungen die ersten Meldungen über den Aufstand der Bolschewiki in Petrograd brachten. Im Sinne der Absicht also eindeutig zu spät.

Englisch-französische Konkurrenz

Die Balfour Declaration verfolgte aus britischer Sicht noch einen weiteren Zweck: Sich auf dem selbstlos klingenden Umweg über die "Fürsorge" für das jüdische Volk die Kontrolle über eine ebenso wichtige wie umstrittene Region zu sichern.

Seit etwa 1840 hatte England mit großem Mißtrauen französische Versuche verfolgt, sich im Nahen Osten (Syrien, Libanon) festzusetzen. Mit der Eröffnung des Suez-Kanals (1869), der anfangs zu über 80% von englischen Schiffen befahren wurde, und der Besetzung Ägyptens durch England (1882) verschärfte sich der Gegensatz noch. Ein Ergebnis war, daß die britische Regierung sich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg für den Erhalt des Status Quo im Nahen Osten und die Stabilisierung der türkischen Vorherrschaft einsetzte.

Mit der Kriegserklärung an die Türkei (Oktober 1914) war klar, daß es an die Aufteilung des Imperiums gehen würde. Zu diesem Zweck begannen im Herbst 1915 französisch-britische Verhandlungen, die im Januar 1916 ein unterschriftsreifes Abkommen erbrachten, das schließlich im Mai 1916 ratifiziert wurde. Es ist unter dem Namen Sykes-Picot Agreement bekannt. Unter anderem sollte das südliche Mesopotamien (heute Irak) an Großbritannien gehen, während Frankreich die Küstengebiete des Libanon und Syriens erhalten sollte. Ein nicht exakt definierter "unabhängiger" arabischer Staat sollte gebildet werden, der aber auch in eine britische und eine französische "Einflußsphäre" aufgeteilt wurde.

Für das Gebiet Palästinas wurde vereinbart: Ein Streifen im Norden mit den Hafenstädten Akkon und Haifa sollte unter britische Kontrolle kommen. Der Rest sollte "internationalisiert" werden, worunter damals informell ein britisch-französisches Kondominium verstanden wurde.

Die Balfour Declaration, in Verbindung mit einem britischen Mandat über Palästina, war also auch ein elegantes Mittel, um in diesem Punkt das Abkommen mit Frankreich zu unterlaufen. Großbritannien konnte diesen Weg gehen, weil es bei Kriegsende Palästina militärisch besetzt hielt. Der entscheidende erste Durchbruch durch die türkische Palästina-Front erfolgte am 31. Oktober 1917 - dem gleichen Tag, an dem das britische Kriegskabinett die Balfour Declaration billigte.

Die von London aus tätigen zionistischen Führer, namentlich Chajm Weizmann, setzten sich mit großer Vehemenz und Konsequenz für das ausschließliche britische Mandat, gegen jede Form von "Internationalisierung", ein. Dahinter stand die Befürchtung, daß die Verlagerung des Mandats auf mehrere Träger (mit unterschiedlichen Interessen) zum Zerwürfnis und zu einer "vorzeitigen" Kündigung des Mandats führen könnte. Dann hätte die Gefahr bestanden, daß Palästina unter für die Juden noch sehr ungünstigen Bevölkerungsverhältnissen aufgeteilt oder gar ein arabischer Staat geworden wäre. Es galt in erster Linie Zeit zu gewinnen.

Der Zionismus wird mehrheitsfähig

Die praktischen Folgen der Balfour Declaration für Palästina erwiesen sich in den kommenden Jahren, vom zionistischen Standpunkt aus, als eher unbefriedigend. Enorm aber war die propagandistische Wirkung. Der Zionismus wurde zur stärksten und mit Abstand wichtigsten politischen und weltanschaulichen Strömung unter den Juden der Welt, wenn auch mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land, sowie zum Mittelpunkt jüdischen Diskurses.

Bei diesem Umschwung spielte eine Rolle, daß die jüdische Kritik, auf die der Zionismus von Anfang an gestoßen war, oftmals nicht prinzipiell begründet war, sondern sich mehr von Erwägungen der Opportunität leiten ließ. Die Idee der Rückkehr nach Palästina und Neugründung Israels hatte als phantastisch, lächerlich, anachronistisch und absolut unrealisierbar gegolten. Wozu also für eine solche Idee den mühsam erkämpften eigenen Status aufs Spiel setzen und sich mit den Großmächten anlegen, von deren Wohlwollen man doch abhängig zu sein schien? Viele dieser Einwände brachen mit der Veröffentlichung der Balfour Declaration zusammen wie ein Kartenhaus. Das zionistische Projekt war von einem "Märchen" (Th. Herzl) zu einer völkerrechtlich anerkannten Realität und einem Teil jüdischen Lebens geworden, mit dem sich nun auch bisherige Kritiker des Zionismus einzurichten begannen.

Die Mitgliederzahl der Zionistischen Weltorganisation hatte 1907 bei 164.000, 1913 bei 217.000 gelegen. Zur Zeit des ersten Nachkriegskongresses (1921) aber war sie auf 856.000 angestiegen. Also eine sprunghafte Vervierfachung. (Es gab damals weltweit ungefähr 13 Millionen Juden.) - Im Vergleich damit stieg die Mitgliederzahl zwischen 1921 und 1939 nur relativ flach an, auf rund eine Million. Beim ersten Kongreß nach dem Zweiten Weltkrieg (1946) war dann allerdings wieder eine Verdoppelung festzustellen, auf 2,16 Millionen.

In Rußland waren schon in der ersten zaristischen Duma (Parlament) fünf der zwölf gewählten jüdischen Abgeordneten Zionisten gewesen. Organisatorisch entsprach die Stärke der russischen Zionisten in der Vorkriegszeit immerhin ungefähr der der sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterorganisation Bund, war also schon damals für jüdisches Leben alles andere als marginal. Die Balfour Declaration, die mit Jubeldemonstrationen gefeiert wurde, machte den Zionismus kurzfristig zur hegemonialen Strömung unter den Juden Rußlands. Als kurz darauf die Delegierten für einen Allrussischen Jüdischen Kongreß gewählt wurden, der Anfang 1918 zusammentreten sollte, waren etwa 60% der Gewählten Zionisten. (Der Kongreß konnte oder durfte dann aber nicht mehr stattfinden.)

In Polen, wo neben den USA und Rußland/UdSSR der größte jüdische Bevölkerungsteil lebte, zeigte sich der wachsende Einfluß des Zionismus in den drei ersten Parlamentswahlen nach dem Krieg. Im dritten Sejm waren schließlich unter insgesamt 47 jüdischen Abgeordneten 32 Zionisten. Die Wende zur Diktatur und der verstärkte Einsatz des Antisemitismus machten dieser Form zionistischer Politik Ende der 20er Jahre ein Ende, aber die Zionisten blieben auf der Ebene der Landespolitik die führende Kraft, bis zur Vernichtung der Juden Polens durch Nazi-Deutschland.

Unterschiedlich wurde die Stärke der Zionisten in den USA interpretiert, je nach Interessiertheit. Das reichte in den Monaten November/Dezember 1917 von der Behauptung, die große Masse der amerikanischen Juden stehe in scharfer Opposition zu den zionistischen Führern, bis zur Gegenthese, die zionistische Bewegung repräsentiere 90% aller Juden der USA. Fakt ist, daß die Zionisten schon bei den Wahlen zum American Jewish Congress im Juni 1917 eine deutliche Mehrheit erhielten, und daß auch Meinungsumfragen dieser Zeit sie klar vorn in der jüdischen Gunst sahen.

In Großbritannien geriet bereits im Sommer 1917 zwar nicht unbedingt der Zionismus in die Mehrheit, aber die öffentliche Kritik am Zionismus in eine klare Minderheit unter den Juden - knapp unter den Etablierteren, umso deutlicher unter den Neueinwanderern aus Osteuropa. In den Beratungen des Kriegskabinetts zur Balfour

Declaration im September/Oktober 1917 bezeugten der Oberrabbiner des Landes ebenso wie der Präsident des Board of Deputies, daß die Erklärung von der überwiegenden Mehrheit der jüdischen Bevölkerung des Landes willkommen geheißen würde.

Problematischer blieb die innerjüdische Position der Zionisten nach dem Ersten Weltkrieg beispielsweise in Deutschland und in Frankreich. In Deutschland lag die Mitgliederzahl der Zionisten in der Weimarer Republik bei etwa 20.000. Das klingt nicht sehr bedeutend. Immerhin entsprach das etwa 4% aller Juden des Landes. Was das heißt, wird deutlich, wenn man sich für die BRD eine Organisation mit ungefähr drei Millionen zahlenden AnhängerInnen vorstellt.

Wie gründet man einen Staat?

max. hat im AK 329 (S. 15) seine Ansicht bekundet, "daß erst der Faschismus und die Vernichtung der europäischen Juden der Idee des jüdischen Nationalstaats (innerhalb der zionistischen Bewegung wie auch international) zum Durchbruch verhalf." - Dies beruht, soweit es die Stellung des Zionismus zum Nationalstaat angeht, auf einem Irrtum.

Die Zionisten haben von Anfang an von einem Staat gesprochen, der "so jüdisch sein sollte, wie England englisch ist". Die Balfour Declaration wurde in der gesamten internationalen Presse übereinstimmend als Schritt zu einem jüdischen Staat interpretiert, und das entsprach vollauf internen Äußerungen von Lord Rothschild, Chajm Weizmann und anderen Exponenten.

Indessen warf die Sache praktische und taktische Probleme auf, die sich gut mit den Worten Weizmanns wiedergeben lassen: "Staaten müssen langsam aufgebaut werden, schrittweise, systematisch und geduldig. Deshalb sagen wir, daß zwar die Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens unser Endziel ist ..., aber daß der Weg dorthin über eine Reihe von Zwischenschritten führt. Und einer dieser Zwischenschritte, zu dem es meiner Hoffnung nach als Ergebnis dieses Krieges kommen wird, ist ..., daß Palästina von einer so starken und gerechten Macht wie Großbritannien beschützt wird. Unter den Flügeln dieser Macht werden die Juden in der Lage sein, einen Verwaltungsapparat zu entwickeln und in Gang zu setzen, der - ohne die legitimen Interessen der nichtjüdischen Bevölkerung zu beeinträchtigen -, uns befähigen wird, den zionistischen Plan auszuführen." - So Weizmann am 16. Mai 1917 auf einer zionistischen Konferenz in London.

Die Hauptprobleme liegen auf der Hand: Erstens mußte sich der Zionismus zwangsläufig der imperialen Interessen Großbritanniens bedienen, um überhaupt in Palästina Fuß fassen zu können. Mehr zu fordern als eine "Heimstätte" unter britischem Mandat wäre zu diesem Zeitpunkt absolut unrealistisch gewesen.

Zweitens: Die Juden waren in Palästina auf absehbare Zeit eine Minderheit, weniger als 15% zur Zeit der Balfour Declaration, und selbst bei der Gründung Israels (1948) kaum mehr als ein Drittel. Der Erste Weltkrieg hatte dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, zu dessen Sprecher sich insbesondere der US-Präsident Wilson machte, großen Auftrieb gegeben. Staatliche Unabhängigkeit für Palästina plus Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre in dieser Situation logisch und zwangsläufig auf einen arabischen Staat mit jüdischer Minderheit hinausgelaufen.

Gerade weil die Zionisten langfristig einen Staat in ganz Palästina anstrebten, mußte als Zwischenschritt das britische Mandat akzeptiert und das Endziel Staat zurückgestellt werden. Erst mußte eine jüdische Majorität im Lande oder zumindest in zusammenhängenden Landesteilen hergestellt werden; erst mußten im Schutz der Mandatsmacht eigenständige administrative und militärische Strukturen aufgebaut werden; danach konnte die Frage des Nationalstaats überhaupt erst auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Herzls "politischer Zionismus"

Als Reaktion auf zunehmenden Antisemitismus von Oben und Unten in den Hauptgebieten jüdischen Lebens - Rußland (incl. Polen), Österreich-Ungarn und Deutschland -, war seit etwa 1880 die zionistische Bewegung entstanden. Eine zunächst schmale Emigrationsbewegung nach Palästina hatte begonnen. Der polnisch-jüdische Autor Leon Pinsker hatte bereits in seiner 1882 erschienenen Schrift "Autoemanzipation" die wesentlichen Gedanken von Theodor Herzls "Judenstaat" (1896) vorweggenommen: Der Antisemitismus sei eine unheilbare, unaufhebbare Erbkrankheit aller Völker, der argumentativ nicht beizukommen sei. Das Hauptproblem sei die Anomalität der jüdischen Existenz, die sich aus dem Fehlen eines eigenen Landes ergebe. Die Juden müßten, so Pinsker, einen nationalen Kongreß einberufen und dann ein geeignetes

Territorium für die Ansiedlung von mehreren Millionen Menschen erwerben, für das die Unterstützung der Großmächte gesichert werden müßte. - Herzl hat später geäußert, er hätte seinen "Judenstaat" vielleicht gar nicht geschrieben, wenn er vorher die Arbeit Pinskers gekannt hätte.

Der grundlegend neue Gedanke, den Herzl in den Zionismus einbrachte, war, daß "die jüdische Frage" nur im Kontext der Großmachtpolitik anzugehen und zu lösen sei. Nach Ansicht Herzls konnte, auf sich selbst gestellt, die Einwanderung nach Palästina langfristig nicht zum gewünschten Ergebnis führen, sondern war, solange sie unorganisiert und ungesichert verlief, eher problematisch, da sie den Widerstand der arabischen Bevölkerungsmehrheit mobilisieren würde. Die Juden bräuchten, so Herzl, als ersten Schritt eine international garantierte "Charta", die ihnen klare Rechte in Palästina sichern müßte. Erst danach erhalte auch die Einwanderung einen Sinn.

Herzls diplomatische Sondierungen ergaben jedoch, daß das türkische Regime auf der uneingeschränkten Herrschaft über Palästina bestand, und daß Deutschland als Verbündeter der Türkei keinen Druck zugunsten des zionistischen Projekts ausüben wollte. Danach zeichnete sich ab, daß Palästina nur im Kontext eines militärischen Konflikts zwischen den Großmächten eventuell zur Disposition stehen würde. Bis dahin mußten alle diplomatischen Bemühungen ins Leere laufen oder konnten bestenfalls die Stagnation überbrücken.

Aus dieser Situation entwickelte sich seit dem 6. Zionistischen Weltkongreß (1903) ein nicht sehr fruchtbarer Streit zwischen "politischen" und "praktischen" Zionisten, der definitiv erst auf dem 10. Kongreß (1911) mit dem Sowohl-als-auch der "synthetischen" Richtung endete: Den politischen Ansatz zwar grundsätzlich beibehalten, aber angesichts des Fehlens konkreter Möglichkeiten auf dieser Ebene die Einwanderung und die praktische Aufbauarbeit in Palästina vorantreiben.

Vorposten der Kultur gegen die Barbarei

Aus der Sicht Herzls konnte das zionistische Projekt nur realisiert werden, wenn es gelang, sich einer der interessierten Seiten als idealer Bündnispartner anzudienen: Entweder den Türken, die über Palästina herrschten. Oder den Deutschen, die als Seniorpartner der Türkei über einigen Einfluß in Konstantinopel verfügten. Oder Großbritannien, das am palästinensischen Vorfeld des geostrategisch wichtigen Suezkanals logische Interessen hatte.

Im "Judenstaat" hatte Herzl geschrieben: "Wenn Seine Majestät der Sultan uns Palästina gebe, könnten wir uns dafür anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln. Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhange bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte ...". (3)

Der erste Teil der Konstruktion macht deutlich, warum Herzl ursprünglich dem Familienrat der Rothschilds eine zentrale Rolle in seinen Plänen einräumen wollte. (Nachdem er dort mit seinen finanziellen Wünschen abgeblitzt war, bezeichnete Herzl allerdings das Haus Rothschild als "nationales Unglück für die Juden".)

Der zweite Teil der zitierten Sätze entsprach dem vorherrschenden rassistischen Denken der damaligen Epoche des Imperialismus: Europa gleich Zivilisa- tion, Asien gleich Barbarei. Richtig hatte Herzl erkannt, daß der von ihm projektierte "Judenstaat" nur zu realisieren und zu erhalten war, wenn er sich in aktiver Feindschaft zu seiner "asiatischen", "barbarischen", konkret gesprochen arabischen Umgebung definierte und explizit eine entsprechende Mission im Interesse der Großmächte (oder einzelner von ihnen) übernahm.

Denn Palästina und die benachbarte Region (Libanon, Syrien, Ägypten) waren seit den Anfängen des 19. Jahrhunderts ein Brennpunkt imperialer Interessen und Widersprüche. Hier konkurrierte zunächst vor allem England - für das die Region ein zentraler und hochempfindli- cher Punkt der Kommunikationslinien mit Indien und seinen anderen asiatischen Kolonien und Interessen war - mit Frankreich. Später kamen die Ambitionen des Deutschen Reichs hinzu, das sich starke wirtschaftliche Positionen im türkischen Imperium zu verschaffen wußte. Auch Rußland war zumindest an der Peripherie der Region sehr interessiert. (Türkische Meerengen zum Schwarzen Meer, Konstantinopel, Persien, Afghanistan)

Ausgerechnet im Brennpunkt der widerstreitenden Interessen und im geographischen Mittelpunkt der arabischen Welt den vor 2000 Jahren untergegangenen Staat eines kleinen Volkes wiederentstehen zu lassen, das um 1900 weltweit etwa 10 Millionen Menschen zählte, von denen in Palästina kaum mehr als

50.000 lebten, war ein phantastisches Unterfangen. Losgelöst von den konkurrierenden imperialistischen Interessen und den rasch wechselnden Voraussetzungen der Weltpolitik wäre das Projekt "Judenstaat" nur eine schwärmerische Marotte geblieben. Nur eine bewußte und gezielte Einbettung in das Geflecht imperialistischer Interessen konnte das historisch beispiellose Projekt einer Realisierung näherbringen.

Kt.

Anmerkungen:

1) Die Balfour Declaration lautet im englischen Original: "His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish comunities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country."

2) Englischer Originaltext des Entwurfs: "1. His Majesty's Government accepts the principle that Palestine should be reconstituted as the National Home of the Jewish people. - 2. His Majesty's Government will use its best endeavours to secure the achievement of this object and will discuss the necessary methods and means with the Zionist Organisation."

3) Die Idee, das religiöse Mysterium der Rückkehr des jüdischen Volks in sein Land Israel zu verknüpfen mit machtpolitischen Interessen Englands, war schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von zahlreichen, vorwiegend nichtjüdischen Autoren erörtert worden. Insofern ist Herzls Aussage in einem breiten Kontext zu sehen. In ähnlicher Weise hatte auch Moses Hess in seiner frühzionistischen Schrift "Rom und Jerusalem" (1862) die Sache behandelt, nur daß er den zu schaffenden jüdischen Staat in Palästina nicht mit den britischen, sondern mit den französischen Kolonialinteressen verbinden wollte.

Zwischen 1880 und 1914 reisten über 60.000 Juden in Palästina ein, meist aus Rußland, Galizien, Rumänien und Polen. Die Opfer von Verfolgung und Diskriminierung suchten ein neues Heimatland und eine neue Sicherheit unter türkischer Herrschaft. Viele siedelten auf Ödland, Sanddünen und Malaria- Sümpfen, die sie trockenlegten, bewässerten und bebauten. 1909 gründete eine Gruppe Juden die erste völlig jüdische Stadt, Tel Aviv, auf den Sandhügeln nördlich von Jaffa. Die Juden erwarben ihr Land stückweise von Europäern, Türken und (hauptsächlich) arabischen Grundbesitzern, meist zu extrem hohen Preisen.

JÜDISCHE SIEDLUNGEN IN PALÄSTINA 1880-1914 UNGEFÄHRE BEVÖLKERUNGSANZAHL

1880: 470.000 Araber, 24.000 Juden

1914: 500.000 Araber 90.000Juden

Zwischen 1880 und 1903 kamen über 25.000 Juden, meist aus Rußland, in Palästina an und siedelten in dem Land. Zwischen 1904 und 1914 kamen weitere 40.000 Juden aus Osteuropa, viele von ihnen arbeiteten als Lohnarbeiter sowohl auf dem Land wie in der Stadt. Diese "zweite" Alija bildete die ersten jüdischen Parteien in Palästina und schuf die Grundlagen für eine hebräische Presse und moderne hebräische Literatur.

14. "Neutronenwaffenprinzip". Aus einem Gespräch mit Dr. Arnold Schölzel, Humboldt-Universität

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:19

Was machen die Betroffenen mit den Fragebögen?

Sie füllen sie aus. Es gibt nur ganz, ganz wenige, die die Absicht verkünden, juristische Schritte einzuleiten oder den ganzen Bogen unausgefüllt zurückzugeben. Das sind aber alles Genossen, die sich aufgrund ihres Alters - die sind 60 oder kurz davor und wollen in Rente gehen - sagen: Mich trifft's sowieso nicht, ich kann mir das leisten.

Es gab dann Überlegungen bei uns, ob man das ganze nicht dadurch hinauszögert, daß man die Bögen unausgefüllt zurückgibt, indem man den Brief vom Europäischen Bürgerforum mit dranheftet. Ich sehe aber doch, daß viele Furcht davor haben, das so zu machen, weil sie befürchten, daß sie entlassen werden. Und dann gab es noch den Vorschlag, in einem Anschreiben zu erklären, daß man es unzumutbar findet, wenn Abgewickelte und solche, deren Arbeitsverhältnisse schon pauschal und ohne Angaben von Gründen in befristete umgewandelt worden sind, jetzt so einen Bogen bekommen. Aber das ist natürlich nur ein symbolischer Akt.

Gibt es Widerstand, wie schätzt Du die Auswirkungen ein?

Insgesamt ist die Entsolidarisierung und die Resignation sehr groß. Und die Illusion, man könne schon ungeschoren davon kommen. Und nun sitzt im Grunde jeder einzeln vor dem Fragebogen. Aus einigen Schulen wird erzählt, daß die Schulleiter sich geweigert haben, den Fragebogen auszugeben, und dann sind einige Lehrer hingerannt und haben sich den Fragebogen abgeholt. Und so was ähnliches würde sich hier an der HUB auch abspielen.

Es ist ein Kolonialisierungsvorgang. Dabei ist der Fragebogen schon fast unerheblich, weil es ja um die soziale Existenz geht, bei denen, die entlassen wurden. Da ist zu fragen, was nun noch die spezielle Infamie soll, diesen den Fragebogen hinterherzuschieben. Denjenigen, die jetzt befristete Arbeitsverhältnisse haben, ist schon angedroht worden, daß sie bei Nicht-Ausfüllen des Fragebogens möglicherweise heruntergestuft werden, so daß sie ein geringeres Gehalt haben und später dann geringere Arbeitslosengelder. Und dann kann als erstes die Miete nicht bezahlt werden. Das sind natürlich die Dinge, die es überhaupt nicht erlauben, daß die Leute da groß Widerstand leisten. Die werden einfach gebrochen ...

Wie sieht es in den überführten Sektionen aus?

Uns sagen jetzt die Mediziner, die Physiker und andere, daß bei ihnen Verfahren laufen, die zum Teil sogar noch schlimmer sind als an den abgewickelten Sektionen. An den abgewickelten Einrichtungen werden ja keine hochnotpeinlichen Einzelbefragungen durchgeführt, sondern es werden alle pauschal rausgeschmissen. Bei den anderen finden diese aber statt, mit dem entsprechenden Hickhack, Verdächtigungen und Denunziationen.

Sowohl Abwicklung als auch Befragung gehen nach dem Neutronenwaffenprinzip vor sich, d.h. das System als äußerer Bau bleibt erhalten, aber alles, was da an Lebendigem existiert, muß verschwinden.

Was heißt das für die Zukunft der HUB?

Der Hauptvorwurf des Wissenschaftssenats gegen die HUB lautet: Mittelmaß. Nach allem, was in der Debatte ist über die zukünftige Struktur und Funktion der HUB im Rahmen Gesamt-Berlins sieht es danach aus, daß das eine feine, aber kleine Eliteuniversität werden soll; TU und FU bleiben die Massenuniversitäten, und das schließt für mich ein, daß hier kein gelernter Ossi irgendeine Chance hat.

Wie sieht Deine persönliche Zukunft aus?

Ab Juni bin ich arbeitslos. Von einem ehemaligen Kollegen bin ich neulich schon angesprochen worden, eine gemeinsame Versicherungsrepräsentanz aufzumachen. Aber im Moment verkaufen schon alle Ex-Philosophen, die ich kenne, Versicherungen.

Dr. Arnold Schölzel, Hochschullehrer in Abwicklung des Instituts Philosophie der HUB (das juristisch schon nicht mehr existiert)

15. Warteschleife für rechtmäßig erklärt. Recht nach Kostengründen bei der Neuordnung der DDR

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:07

Am 24.4.91 hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Beschwerde von 304 Betroffenen, unterstützt von der ÖTV, gegen ihre durch die Abwicklung begründete Kündigung im wesentlichen abgewiesen.

"Abwicklung" und "Warteschleife" gehören zu den neudeutschen Wortschöpfungen, die so unnachahmlich den Umbruch der Ex-DDR umschreiben - geht es doch, auch wenn keineR der Beteiligten es aussprach, um die Bereinigung der Verwaltung und des Öffentlichen Dienstes von Personen und Einrichtungen, die tragende Elemente der alten DDR-Verfaßtheit waren oder als solche angesehen werden.

Der Einigungsvertrag sah vor, daß Verwaltungsorgane und sonstige der öffentlichen Verwaltung oder Rechtspflege dienende Einrichtungen in die Kompetenz der Bundes- und Länderbehörden übergehen und von diesen zu überführen oder abzuwickeln sind. Ausdrücklich genannt werden: Einrichtungen der Kultur, der Bildung und Wissenschaft, sowie des Sports und des Hörfunks und Fernsehens, deren Rechtsträger die öffentliche Verwaltung ist.

Die Abwicklung einer Einrichtung setzt ihre Auflösung voraus. Das scheint selbstverständlich, in der Praxis jedoch - so machten die BeschwerdeführerInnen vor dem BVG geltend - würden häufig Einrichtungen abgewickelt, die tatsächlich ihre Aufgaben weiter wahrnähmen. Danach liefert die Abwicklung lediglich ein bequemes Instrumentarium, um den alten Personalbestand loszuwerden und anschließend Neugründungen vorzunehmen. Das ist bei einer Reihe von Universitätsinstituten der Fall, die mit Hilfe westlicher Professoren und unter anderem Namen dann neu installiert werden.

Die Abwicklung versetzt die Beschäftigten in die sogenannte Warteschleife. Das heißt, ihr Arbeitsverhältnis ruht für sechs Monate (bei den über 50jährigen für neun Monate) bei 70% ihrer vorigen Bezüge, anschließend gehen sie in die Arbeitslosigkeit. Die Warteschleife endet also für einen erheblichen Teil zum 1. April und erstreckt sich bis zum 30. September, denn Abwicklungsentscheidungen konnten nur bis zum 3. Januar 1991 getroffen werden. Die Zahl der Betroffenen wird zwischen 300.000 und 600.000 geschätzt.

Die BeschwerdeführerInnen klagten vor dem BVG im wesentlichen auf Gleichbehandlung, Recht auf freie Arbeitsplatzwahl und auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, gegen die Pauschalität der Kündigungen, d.h. gegen den Verlust des Rechtsschutzes und darauf, daß die BRD als Rechtsnachfolgerin der DDR für deren soziale Verpflichtungen hafte.

Diesem letzten Punkt wurde von der Bundesregierung widersprochen. "Die Deutsche Demokratische Republik sei mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 als Staat untergegangen und zugleich als Arbeitgeber der Beschwerdeführer weggefallen. Dadurch seien deren Arbeitsverhältnisse beendet worden. Im Einigungsvertrag sei nur von einer Fortgeltung der Arbeitsbedingungen die Rede. Die Bundesrepublik sei nicht Rechtsnachfolgerin der Deutschen Demokratischen Republik" (BVG- Urteil A,III,1). Dieser Rechtsauffassung widerspricht das BVG interessanterweise (ohne daß davon seine Entscheidung berührt wird): "Die Arbeitsverhältnisse sind nicht durch den Wegfall des ursprünglichen Vertragspartners, der Deutschen Demokratischen Republik, untergegangen ... Insoweit ist die Bundesrepublik damit Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" (BVG-Urteil C,III,2).

Insofern muß sich die Abwicklungsregelung im Rahmen des geltenden Rechts messen lassen. Trotz aller zugestandenen Bedenklichkeit und sozialen Härte tut sie das. Denn sie "dient der Abwehr von Gefahren für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut" (BVG-Urteil C,III,3c). Das BVG führt aus, daß ohne Personalabbau die finanzielle Leistungsfähigkeit von Bund und Ländern völlig überfordert sei - schließlich sei der alte Personalbestand "erheblich übersetzt". Eine moderne, effektive und nach rechtsstaatlichen Maßstäben arbeitende Verwaltung als Voraussetzung für eine leistungsfähige Infrastruktur und die Gesundung der Wirtschaft könne nur unter Aufwendung erheblicher öffentlicher Mittel in den nächsten Jahren erreicht werden. "Ohne Überforderung von Wirtschaft und Steuerzahler können diese Aufgaben nur bei sparsamem Umgang mit den öffentlichen Mitteln bewältigt werden. Diese Lage rechtfertigt grundsätzlich auch Eingriffe in das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes" (ebenda).

Da für die im Falle von "normalen" Kündigungen notwendigen Einzelfallprüfungen die erforderlichen Verwaltungskapazitäten und eine effiziente Arbeitsgerichtsbarkeit in den neuen Bundesländern erst noch aufgebaut werden muß, wären ein Verfahrensstau und erhebliche Zeitverluste und zusätzliche Belastung mit Personalkosten eingetreten. "Die Neuordnung kann so schneller und kostengünstiger durchgeführt werden" (BVG-Urteil, C,III,3d,aa).

Im übrigen sei schon seit Ende 1989 erkennbar gewesen, daß durchgreifende Reformen durchgeführt werden mußten und insofern die Arbeitsplätze schon durch den wirtschaftlichen Niedergang der DDR selbst gefährdet waren. Die Anerkennung, daß ein Fortbestand der alten DDR tatsächlich ein gewisses Maß an Existenzsicherung bedeutet hätte, kommentiert das Urteil mit der Feststellung, "in der Praxis scheint der Arbeitsplatzschutz eindeutig Vorrang vor Effektivitätsaspekten gehabt zu haben. Anders wäre die Überbesetzung des öffentlichen Dienstes nicht zu erklären" (BVG-Urteil, CIII, 3d,cc).

Wie schön, daß dieser Unterschied im Range eines Bundesverfassungsgerichtsurteils noch mal festgehalten worden ist ...

Damit ist die entscheidende Triebkraft der Abwicklung genannt; die Einschränkungen, die vom BVG vorgenommen wurden, betreffen den Mutterschutz, der unangetastet bleibt, und Schwerbehinderte, ältere Arbeitnehmer und Alleinerziehende (solange nicht genügend Einrichtungen für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen), für deren Wiedereingliederung in das Berufsleben "besondere Bemühungen" staatlicherseits zu unternehmen seien. Zugestanden wird auch, daß für zahlreiche Betroffene die Entwertung ihrer bisherigen Qualifikation besonders hart ist, weshalb "Beistand" bei Fortbildung und Umschulung die besondere Pflicht der "Hoheitsträger (sei), in deren Zuständigkeit die abgewickelten Einrichtungen geraten sind" (ja, so heißt es tatsächlich im BVG-Urteil).

Der taz (25.4.91), genügten diese Einschränkungen für eine Titelzeile "Warteschleife wird sozial abgefedert"; auch die ÖTV sprach von einem "wichtigen Teilerfolg" (taz, 25.4.91) und die SPD zeigte sich in Person von Däubler-Gmelin beeindruckt von der klugen Entscheidung. Die BeschwerdeführerInnen (die von der taz offensichtlich gar nicht erst nach ihrer Bewertung gefragt worden waren) äußerten sich enttäuscht und wollen sich nun an die UNO und das Europaparlament wenden. Die PDS kritisiert das Urteil scharf als Ausgrenzung, die DAG forderte, Sozialpläne für die Betroffenen aufzustellen.

Und die FAZ nahm das Urteil mit ihrer Überschrift "Verfassungsgericht erklärt ‚Warteschleife' für rechtmäßig" (FAZ, 25.4.91) als das, was es ist, nämlich als nüchterne Bestätigung der Abwicklungsregelung.

Cl.

Quelle:

BVG-Urteil in Neues Deutschland vom 29.4.91

16. Die Mauer bleibt bestehen. Ein Gespräch in Halle mit einem Vertrauensmann der Buna-Werke

Rubrik: Wiedervereinigung; Imperialismus und Weltwirtschaft; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:05

Die Menschen in der alten DDR fühlen sich als Menschen zweiter Klasse. Ihnen wurde der Wohlstand, die Annehmlichkeiten des Kapitalismus versprochen, gekommen ist er mit seiner häßlichen, seiner brutalen Seite: Arbeitslosigkeit, Vereinzelung, Verarmung. Die groß angekündigten Investitionen westdeutscher und anderer Unternehmen in der alten DDR sind ausgeblieben. Ausnahmen bilden lediglich die Vorhaben in der Automobilindustrie, bei denen es allerdings noch Jahre dauern wird, ehe neue Arbeitsplätze an den alten Produktionsstandorten entstanden sind. Alle anderen Bereiche der DDR-Wirtschaft werden abgewik- kelt, liquidiert.

Im direkten Vergleich der alten BRD mit den fünf neuen Ländern wird das Gefälle deutlich. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden kommt der Osten auf 31,6% des im Westen erwirtschafteten Bruttosozialproduktes oder auf 28,5% des Bruttoinlandproduktes. Pro Kopf beträgt diese Größe im Westen 43.867 DM, im Osten 12.490 DM. Das Bruttoinlandprodukt, der Gradmesser für Produktivität liegt somit im Westen dreieinhalb mal so hoch wie im Osten. Und eine Änderung dieser Teilung ist nicht in Sicht. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Trennung, im Westen wird produziert - im Osten konsumiert, bestehen bleibt und ausgebaut wird.

In keiner Region der alten DDR ist eine Wende zum Positiven zu erkennen; überall ist die Rede davon, daß Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, Werke dichtmachen und höchstens die privat betriebene Pommesbude oder der Videoladen als Alternative zur Arbeitslosigkeit erscheinen. Zwar wurde allerorten eine Zuspitzung der sozialen Verhältnisse prognostiziert, vom heißen Herbst, einem ebensolchen Frühjahr und dergleichen war die Rede, doch außer den zarten Anknüpfungsversuchen an die Tradition der Montagsdemos in Leipzig und nur punktuellen Protestaktionen hat es nichts dergleichen gegeben. Weder die DGB-Gewerkschaften noch die Parteien mobilisieren die Menschen, etwas von ihrer Frustra- tion und Resignation auf die Straße zu tragen, von einer Protestbewegung gar kann keine Rede sein.

Das Ausbleiben des nahtlosen Übergangs in den Wohlstand, dieser Bruch in der gesellschaftlichen wie individuellen Entwicklung in der alten DDR läßt die Menschen in tiefe Resignation fallen. Es sind dies nicht nur die nicht eingelösten Versprechungen der Politiker, es ist die vollständige Umkremplung, Abwicklung des Alltags, der Einbruch des Kapitalismus in die persönlichen Lebensverhältnisse der Menschen, was sie sprachlos macht.

Ein Sturz ins Nichts

Statt Hoffnung und Zuversicht grassieren in der alten DDR Rückzug ins Private, Einstellen jeglicher Initiativen und Aktivitäten, die etwas mit Politik, mit der realen Situation der Menschen zu tun haben. Dies wurde bei einem Besuch in Halle mehr als deutlich. In dieser Region, dem Herz der DDR-Grundstoffindustrie, sind täglich mehrere hundert Menschen von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedroht. Doch nirgends regt sich Protest, jeder hofft, daß er/sie nicht der/die nächste ist. Für die noch in Lohn und Brot stehenden scheint die Arbeit das einzig verläßliche, der klare Orientierungspunkt zu sein. Bei den übrigen weiß mensch es nicht so genau, denn sobald die Menschen arbeitslos sind oder auf Kurzarbeit, verschwinden sie aus den verbliebenen sozialen Zusammenhängen.

Dies ist für den Westen der BRD nichts Neues, doch in der alten DDR stellt die Entlassung oder die Null-Kurzarbeit ein noch größeres Problem als im Westen dar. Denn über die Arbeit wurde in der DDR wesentlich mehr an sozialem Zusammenhang organisiert bzw. hergestellt. Das Arbeitskollektiv war vielfach der Mittelpunkt. Denn eine solche Gruppe aus rund zehn Personen arbeitete fast ein Leben lang zusammen, viele fuhren gemeinsam in Urlaub, schickten die Kinder in denselben Kindergarten. Für viele war das Kollektiv das einzig entscheidende Kriterium für die Beurteilung eines Arbeitsplatzes. Nach einer Untersuchung der Uni Halle/Wittenberg traf diese Beurteilung auf 36% der Befragten bei einer repräsentativen Untersuchung zu. Weitere 41% nannten das Kollektiv das Hauptkriterium für die Beurteilung eines Arbeitsplatzes. Diese Bewertung des Kollektivs, der Gemeinschaft, die sicherlich nicht mit einer positiven Stellungnahme zum

gesamten System der alten DDR gleichzusetzen ist, verdeutlicht, daß der soziale Zusammenhang untereinander wesentlich wichtiger war als in der alten BRD.

Und jetzt stehen die Menschen vor dem Nichts, vor einer Gesellschaft, die ihnen feindlich gesinnt ist. Viele sagen, das ist der Preis, den wir individuell für das zahlen müssen, was wir politisch gewollt haben, für die Vereinigung. Doch aus diesen Worten klingt Selbstaufgabe und Resignation, ein blindes "Sich-in-sein-Schicksal-fügen". Allein gelassen von den großen Worten der Wahlkämpfer, allein gelassen von den DGB-Gewerkschaften, die nur ihre Mitgliederzahlen vergrößern, ihren Einfluß stärken wollten und darüber die Menschen vergessen haben. Viele wenden sich von ihnen ab, sei es nun die IG Chemie in den Buna-Werken oder die IG Bergbau im Braunkohlerevier um Merseburg, die Menschen können den Sinn und Zweck solcher Organisa- tion nicht erkennen, da sie ihnen weder eine Perspektive noch eine konkrete Hilfe im Alltag bieten.

Abwicklung konkret

Die Region Halle war bisher durch die Kombinate der chemischen Industrie und des Braunkohlenbergbaus gekennzeichnet. War, denn davon wird nicht viel übrig bleiben, außer den Halden, dem Gift, den Ruinen. Nach den neuesten Plänen der Treuhand sollen die Belegschaften wie folgt reduziert werden:

* Bitterfeld AG: von 17.500 auf 8.000 Ende 91

* Filmfabrik Wolfen: von 16.000 über 5.000 auf 2.700 Ende 93

* Buna-AG: von 18.200 auf 8.000 Ende 91

* Leuna-AG: von 28.000 auf 14.000 Ende 93

* Stickstoff AG Piesteritz: von 7.600 auf 3.500 Ende 91

* Hydrierwerk Zeitz: von 4.000 auf 1.400 per sofort

* Addinol Lützkendorf: von 3.800 auf 1.500 per sofort.

Zu diesen Zahlen sind noch die Entlassungen im Braunkohlebergbau hinzuzurechnen. Da dieser wahrscheinlich bis zum Ende dieses Jahres aus ökologischen und insbesondere aus Rentabilitätsgründen dichtgemacht wird, erhöht sich die Zahl der Erwerbslosen noch einmal um rund 50.000. Für diese Menschen ist in der Region kaum ein neuer Arbeitsplatz in Sicht, weder kurz- noch mittelfristig!

Ein großer Teil wird erstmal in die staatlich finanzierte Warteschlange - genannt Kurzarbeit - geschickt. Dies sicherlich auch, um die Arbeitslosenquote in der alten DDR optisch erträglich zu gestalten, doch für die Betroffenen ist es abgesehen vom Einkommen ziemlich egal, ob sie auf null Kurzarbeit oder voll Arbeitslosigkeit gesetzt werden. Gleichzeitig wird aber auch den Menschen, die noch Arbeit haben und eigene Initiativen entwickeln, nicht geholfen. Eher im Gegenteil. Diejenigen, die alte DDR-Betriebe in eigener Regie übernehmen wollen, müssen seitens der Treuhand nicht nur ein hieb- und stichfestes Produkt- und Marketingkonzept vorlegen, sie müssen auch die gesamten Altschulden der Betriebe übernehmen. Vollkommen logisch, daß diese Bedingung alle Interessierten abschreckt und weitere Initiativen im Keim erstickt.

In den Buna-Werken gibt es durchaus Leute, die an der Weiterführung und auch Modernisierung von Teilen der Betriebe interessiert sind, doch angesichts der Übernahmebedingungen sieht sich niemand dazu imstande. So fordern viele der Interessierten und manche Wirtschaftsexperten im Westen, daß die Treuhand die Buchwerte der Betriebe auf den symbolischen Wert von DM 1,- festsetzen solle und sie notfalls denjenigen, die in eigener Regie weitermachen wollen, schenken soll, statt die Betriebe auf jeden Fall verkaufen zu wollen. Was in den wenigsten Fällen gelingt, siehe Interflug.

Eine weitere Konsequenz der Treuhand-Politik ist in der Region Halle, daß nach wie vor viele Menschen abwandern. Der Westen ist für viele immer noch golden, und dies ist angesichts der verheerenden sozialen Verhältnisse im Osten auch nicht verwunderlich. Die Menschen in der alten DDR leben zwischen den Welten: Nicht mehr im alten realen Sozialismus, aber auch nicht im Wohlstandskapitalismus des Westens. Sie leben zwischen dem individuellen und gesellschaftlichen Begreifen dessen, was da wie in die Brüche gegangen ist und den Erfordernissen einer Ordnung, einer Gesellschaft, die sie sowohl mit ihren Annehmlichkeiten und

Verlockungen als auch mit ihren dunklen Seiten, sozialer Deklassierung, Arbeitslosigkeit, Armut und Individualismus erschlägt.

as

Quellen

Ein Gespräch mit Thomas Pflügler und Imo Reptehl am 24.4. in Halle; Zahlen nach: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; aufwärts, Belegschaftszeitung der BUNA Aktiengesellschaft, Ausgabe: 4. April und 16. April.

17. Was bedeutet eigentlich Aufarbeitung? Was machen mit Stasi, den Akten und den BRDDiensten

Was machen mit Stasi, den Akten und den BRD-Diensten?

Autor: Michael Pickardt · Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:31

Das Em-Ef-Es, das Ministerium, die Stasi, das Organ, die Firma - seit Wochen wird in der Ex-DDR wieder an dem Thema gestritten und diskutiert, das hier allen Beteiligten - "Tätern" wie "Opfern" - unter die Haut geht.

Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war wie ein Extrakt der gesamten DDR-Gesellschaft, in seiner Konstruktion ballte sich all das, was diese Gesellschaft an Widersprüchlichkeit beherbergte. Angefangen vom Bewußtsein, in der Tradition von Marx und Lenin für eine bessere und friedlichere Welt zu arbeiten, über ein kleinkariert-spießiges Sozialismusverständnis bis hin zum administrativen, gewalttätigen und rücksichtslosen Umgang mit allen abweichenden und eigenständigen Gedanken und Menschen - natürlich immer im Dienste des ersteren - reichten die Standpunkte der hunderttausende MfS-Mitarbeiter. Nicht nur dieser Hintergrund macht eine einfache Bewertung der Stasi-Problematik unmöglich, auch die Widersprüchlichkeit der Kritiker entzieht jedem Pauschalurteil die Grundlage: Wer als "feindliche, oppositionelle u.a. negative Kraft" (MfS-Jargon) mit "den Mitarbeitern" zu tun bekommen hatte, sieht sich heute in einer scheinbaren Front mit denjenigen, die Rache üben wollen für die jahrzehntelange überaus erfolgreiche Wirtschafts- und Militärspionage der Stasi.

Am MfS läßt sich auch all das festmachen, was die DDR für Linke zu einem so widersprüchlichen Gebilde und für den BRD-Staat zum Haßobjekt ersten Ranges hat werden lassen: Das MfS hat genauso akribisch, sorgfältig, bürokratisch, ordentlich und effektiv die eigene Bevölkerung überwacht und drangsaliert, wie es die NATO zum Schweizer Käse und die westdeutschen Geheimdienste zu gläsernen Veranstaltungen gemacht hat.

Ausgelöst wurde die neuerliche Diskussion durch die Veröffentlichung der ersten 10.000 Namen der ca. 100.000 Personen umfassenden Gehaltsliste des MfS, die noch im Januar 90 sichergestellt wurde. Bevor der SPIEGEL dazu kam, die von ihm angeblich für 200.000 DM gekaufte Liste zu veröffentlichen, landete "die andere", eine Wochenzeitung aus den Bürgerbewegungen, den Coup. In vier Ausgaben wurden die Namen der sogenannten "Hauptamtlichen" (HMs, im Unterschied zu den IMs, den "Informellen Mitarbeitern" und anderen), sortiert nach Gehalt bis herunter zum Jahressalär von 20.000 DM, aufgelistet. Die Namen waren ergänzt durch Geburtsdatum und einer internen Schlüsselnummer des MfS, aus der in den meisten Fällen die jeweilige Abteilung und das Arbeitsgebiet abzulesen war. Dazu dokumentierte "die andere" Leserbriefe, redaktionelle Kommentare, Artikel und diverse "Erklärungen" einzelner Personen, deren Namen zwar auf einer der Listen erschienen war, die sich aber mit der betreffenden Person als nicht identisch erklärten. Abgesehen von einzelnen Ungenauigkeiten, z.B. dem Auftreten von Decknamen, scheint die Liste aber im wesentlichen korrekt zu sein.

Die Veröffentlichung erzeugte in den betreffenden Kreisen einen ungeheuren Wirbel, mußte doch jeder der oberen Zehntausend davon ausgehen, daß seine Zugehörigkeit zum MfS für alle Welt offenkundig wurde und damit jahre- und jahrzehntelange Legenden - auch gegenüber Freunden und Bekannten - zusammenbrachen. Inwieweit Firmen und Ämter diese Listen systematisch nutzen, ist nicht bekannt, aber es ist wohl davon auszugehen. Viele müssen befürchten, bei Entlassungen nun ganz oben auf den Abschußlisten zu stehen oder bei Bewerbungen in Zukunft gar keine Chance mehr zu haben.

Die Redaktion der "anderen" mußte sich dementsprechend herbe Kritik gefallen lassen. Die Veröffentlichung sei pauschal und anprangernd, ließe dem Einzelnen gar keine Chance zum differenzierten Umgang mit seiner Vergangenheit, weil er sich ebenso pauschal gegen Unterstellungen wehren müsse. Das Klima in der Gesellschaft sei eh dazu angetan, Sündenböcke zu suchen und alles andere, nur nicht sich selbst zum Verantwortlichen für die Verhältnisse zu erklären. Da böte die Veröffentlichung der Namen genau das gefundene Fressen. Hexen-und Hetzjagden seien die unweigerliche Folge.

In der Tat scheint es einige Vorfälle gegeben haben, die das Problematische einer solchen unkommentierten und unrecherchierten Liste deutlich machen. Es sollen sich Leute Diskriminierungen ausgesetzt gesehen haben, nur weil sie zufällig einen gleichen Namen haben. Es sollen Namen von Toten auf der Liste stehen. "die andere" schreibt selbst: "Der Name reicht, um Schaufenster zu beschmieren, um den Kollegen, mit dem man seit langer Zeit zusammengearbeitet hat, scharf nach dem Geburtsdatum zu fragen.(...) Mit Absurditäten dieser Art haben wir nicht gerechnet. Sie zeigen, wie vergiftet das Klima durch den ständigen Aufschub der Arbeit an der Vergangenheit mittlerweile ist." Insgesamt scheinen aggressive Reaktionen auf enttarnte MfS-Mitarbeiter aber eher unterhalb vieler Befürchtungen gelegen zu haben.

Ein "Element der psychologischen Kriegsführung" und eine "Waffe zur Spaltung der Linken" nannte Walter Janka auf einer Veranstaltung die Namenslisten. Er sei dafür, nun auch die Namen aller BND-, MAD-und VS-Mitarbeiter zu veröffentlichen, dann würde man ja sehen, wen man dann noch auf seiner Seite habe.

Rainer Börner (PDS-Präsidium), der sich bereits in der Volkskammer als ehemaliger IM offenbart und dafür damals PDS-intern reichlich den Kopf gewaschen bekommen hatte, gab in einer Stellungnahme zu bedenken, ob nicht angesichts der gesellschaftlichen Ächtung, der Stasi-Mitarbeiter ausgesetzt seien - so werden sie heute nichteinmal mehr als Gemüsehändler und Nachtwächter toleriert, was die alte Losung "Stasi in die Produktion" weit übererfüllt - eher eine Pauschalsolidarisierung von PDS-Mitgliedern mit MfS-Mitarbeitern die Folge sei. Das würde die notwendige Aufarbeitung eher verschütten.

Auch, so Rainer Börner, stelle sich die Frage, ob "mit einer Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt nicht die gegenwärtige soziale Auseinandersetzung in eine Richtung gedrängt" werde, "die von der Verantwortung der Regierung ablenkt."

In einem hatten die Kritiker der Veröffentlichung sicherlich Unrecht: Daß "die andere" mit ihrem Schritt "keinen Resonanzboden für eine weitere Diskussion schaffen wird" (Michael Schumann, PDS-Präsidium) - er formulierte das als Podiumsteilnehmer auf der ersten öffentlichen Veranstaltung der PDS zu dem Thema, in einem vollen Saal, und widerlegte sich damit gleich selbst. Nie wurde innerhalb und mit der PDS so offen, schonungslos und natürlich auch schmerzhaft über das Problem MfS gesprochen, über die damit verbundenen Einzelschicksale, die Frage von individueller und kollektiver Schuld und Verantwortung, das Problem eines übermächtigen Apparates, in dem man gleichzeitig Opfer und Täter war ...

Gleich mehrmals hintereinander beschäftigte sich das Präsidium über Stunden mit dem Thema, Gregor Gysi veröffentlichte unter Mitwirkung anderer Präsidiumsmitglieder eine ausführliche Stellungnahme dazu (siehe Abdruck), in vielen Basisorganisationen offenbarten sich ehemalige Mitarbeiter, auch im privaten Bereich gab es manche Überraschungen ... Es ist sicherlich nicht gewagt, die Vermutung anzustellen, daß ohne die Veröffentlichung all dies nicht stattgefunden hätte.

Warum die Listen in der "anderen" erschienen

Die wesentliche Argumentationsebene für die Veröffentlichung, wie sie von der Redaktion der "anderen" entwickelt wird, liegt allerdings gar nicht im Bereich linker Aufarbeitung und Debatte. Nicht der Bruch zwischen damaligem staatsrepressiven Vorgehen unter dem Etikett "Sozialismus" und einer heute notwendigen demokratischen und offenen linken Politik wird als Problem gesehen, sondern im Gegenteil die Kontinuität zwischen altem und neuen System. Viele der ehemaligen MfS-Mitarbeiter seien heute über ihre guten Verbindungen und Kenntnisse wieder in hochdotierten Posten - in der Treuhand, in Konzernleitungen, in den Landesregierungen. Man werde also sozusagen inzwischen wieder von denselben Leuten regiert wie in den letzten 40 Jahren. "Wie lange war sie ersehnt, diese freie Wahl, die gute Demokratie, in Prag gewinnt Havel, in Warschau Walesa. Und bei uns? Blockparteien, IMs!" (Jürgen Fuchs). "Jetzt beginnt der dritte Schritt. Die kühle Ahnungslosigkeit von oben erzwingt Selbsthilfe von unten. Die Demokratie wird wieder verbindlich und lebendig. Das ist es, was aus dem Osten kommt. Wir haben es angefangen, wir treiben es weiter", so Klaus Wolfram, Chefredakteur der "anderen".

Bärbel Bohley formuliert es weniger offensiv: "Der neue Rechtsstaat macht dieselben Schritte wie der sozialistische Staat. Das Unkraut gedeiht und wächst in den Himmel. Recht und Gerechtigkeit fallen weit auseinander und zurück bleiben die Opfer, staunend mit offenen Mündern über den Wiederholungszwang der neuen Rechtsverfechter. (...) Wird mein Sohn vielleicht eines Tages vor meinem alten Vernehmer stehen,

wenn er den Kriegsdienst verweigert? Werde ich vielleicht irgendwann wieder von meinen alten Bewachern beschnüffelt?"

Hier offenbart sich ein großer Unterschied im Verständnis von "Aufarbeitung". Während es für uns als Westlinke eigentlich egal ist, von wem wir beschnüffelt werden, d.h. es praktisch keine Rolle spielt, ob der betreffende VS-Beamte früher mal beim MfS oder sonstwo war, beziehen Teile der ehemaligen Bürgerbewegung gerade hieraus ihren Oppositionsansatz. Darin drückt sich ein spezielles Problem von Bündnis 90, Grünen (Ost) und Neuem Forum aus, nämlich unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen der BRD ihre Rolle zu definieren. Der Komplex Stasi ist für sie inzwischen die einzige Klammer, durch die sie sich zusammenhalten können. Insofern ist die Innenwirkung der Listenveröffentlichung im Sinne einer Stabilisierung ihrer Formation nicht zu unterschätzen. Das ist ein Aspekt, der leider in der bisherigen Debatte keine Rolle gespielt hat - was nun nicht bedeutet, daß dies gerade von ehemaligen Mitarbeitern als Argument gegen die Veröffentlichung herangezogen werden sollte. Zum diesem ganzen Thema - Analyse des BRD-Systems und Standpunkt der ehemaligen Bürgerbewegung innerhalb dessen - hat bisher die Diskussion mit Westlinken nicht einmal begonnen. Wenn Wolfram Kempe, ebenfalls Redakteur der "anderen", in einer Begründung für die Veröffentlichung schreibt: "Anders ist die Frage nicht zu lösen, welchen Anteil die Stasi in Wirklichkeit am Zustandekommen des Einigungsvertrags gehabt hat", dann macht das schlaglichtartig den vollkommen unterschiedlichen Ansatz deutlich.

Wie kann es weitergehen?

Die bisherige Art der Aufarbeitung stößt schnell an ihre Grenzen. Wenn jemand ersteinmal den - für ihn persönlich unter Umständen ungeheuer schwierigen - Schritt vollzogen hat und sich in seinen politischen Zusammenhängen oder sogar in der linken Öffentlichkeit zu seinen Aktivitäten bekannt hat, steht dann die Frage: was nun? Die "Anerkennung von Schuld" wird oft aus den Reihen der Bürgerbewegungen eingeklagt. Was ist das eigentlich? Wie kann man das überprüfen? Die Opfer-Täter-Konstellation, von der die Debatte logischerweise stark bestimmt ist, setzt eine Kette von Angriffen und Rechtfertigungen frei, die dann selbst zur Einschnürung der weiteren Offenheit führt. Die Diskussion verschluckt sich sozusagen an sich selbst.

Natürlich liegt in dem Akt der öffentlichen Debatte allein bereits ein Stück Aufarbeitung. Dabei gibt es aber deutliche Unterschiede. In vielen Diskussionsbeiträgen wird eine Art von professioneller Aufarbeitungs-Routine an den Tag gelegt, die im Ergebnis mehr Rechtfertigungscharakter hat. Wenn der eloquente MfS-General und Mielke-Nachfolger Wolfgang Schwanitz auf solchen Veranstaltungen erklärt, es seien zwar viele schwere Fehler gemacht worden, an deren Aufarbeitung er sich gerne beteiligen wolle, sein Amt habe aber aus tausenden von "ordentlichen Mitarbeitern" bestanden, die sich "immer an die damaligen Gesetze gehalten" hätten und für die "Aufrechterhaltung der Ordnung eingetreten" seien, daß "der Einzelne das Gesamte nicht überschaut" und "nur seine Pflicht getan" habe, dann kann man sich unangenehmer Assoziationen kaum erwehren. Auch wenn man davon ausgehen kann, daß er seine Hauptaufgabe darin sieht, seine ehemaligen Untergebenen vor der Verfolgung des BRD-Staates zu schützen und er dafür alles zu tun bereit ist, muß nicht so argumentiert werden. Auch die immer wieder auftauchende Behauptung, man habe im MfS gearbeitet, weil man da immer noch die größte Chance gesehen habe, etwas zu verändern, kann nicht richtig überzeugen. Was hat man dafür alles tun müssen, was die Verhältnisse um so mehr stabilisiert hat?

Überzeugender sind da Stellungnahmen, die auf den politischen und logischen Zusammenhang zwischen MfS und der Konzeption des realen Sozialismus eingehen. "Für mich ist die Sache nicht erledigt, wenn ich feststelle, daß ich selbst keine Verbrechen begangen habe. Ich muß trotzdem davon ausgehen, daß ich durch meine Tätigkeit Menschen Schaden zu gefügt habe. Ich sehe dadurch meine ganze Biographie in Frage gestellt", meinte z.B. Patrice Poutrus, früher Mitarbeiter von Rainer Börner in der FDJ und heute für die PDS auf dem Podium einer Veranstaltung.

Um diese Zusammenhänge zu diskutieren, wäre noch eine ganz andere Art der Aufarbeitung notwendig: eine wissenschaftliche, analytische und ganz konkrete Darlegung aller MfS-Aktivitäten, und zwar nicht aufgrund irgendwelcher Akten-Zufallsfunde oder aus der Gauck-Abteilung, sondern von Kennern und Insidern. Wie hat dieser Geheimdienst funktioniert? Worin bestand der Alltag der hunderttausend HMs und dreihunderttausend IMs? Wie kam es, daß dieser Apparat, ausgestattet mit einer ungeheuren Menge an Informationen, so eklatant unfähig war, seine Lage richtig zu beurteilen? Was ist wirklich dran an der Zusammenarbeit zwischen MfS-Abteilungen und terroristischen Gruppen? Wie kam so etwas zustande, wie paßt das in die politische

Konzeption des MfS? Welche Umstrukturierungen hat der Apparat in den Jahren seines Bestehens erfahren? Und in welchem Zusammenhang standen diese mit den inneren und äußeren Entwicklungen? Welche Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten gab es? Inwieweit entwickelte das MfS als Geheimdienst eine Eigendynamik, die es anderen Diensten sehr ähnlich werden ließ?

Das sind nur wenige von vielen denkbaren Fragen, deren Beantwortung aber einen großen Schritt nach vorne bringen würde, sowohl für die ehemaligen Mitarbeiter selber, die sich an so einer Arbeit beteiligen würden, als auch für die Betroffenen, die davon vermutlich sehr viel mehr an Erkenntnis gewönnen, als wenn sich jeder einzelne "seine" Akte besorgt. Für die Linke bestünde die einmalige Chance, das Thema Geheimdienste mal mit wirklichen Kennern der Materie zu diskutieren und nicht nur auf Enthüllungen über die Gegenseite und entsprechende Spekulationen angewiesen zu sein.

Ein entscheidender Grund für Mißtrauen und Aggressivität gegenüber der PDS und ihrem Umgang mit diesem Thema liegt in ihrer mangelnden Bereitschaft, hier initiativ zu sein. Sie hat sich immer erst dann zu Wort gemeldet, wenn es zu spät war, d.h. wenn von anderer Seite aufdeckt worden war. Hier läge eigentlich eine große Chance, aber es steht zu befürchten, daß sie nicht genutzt wird. Nach wie vor verbunkern sich die ehemaligen Mitarbeiter eher, als daß sie ihre Kenntnisse offensiv nutzen.

Das mag im Einzelnen mit ganz konkreten Befürchtungen strafrechtlicher Verfolgung zusammenhängen, die angesichts des bekannten Verfolgungs- und Rachebedürfnisses des BRD-Staates keineswegs von der Hand zu weisen sind. Man denke nur daran, daß Günther Guillaume seinerzeit ohne auch nur einen einzigen Beweis zu 11 Jahren Haft in einem der übelsten Knäste der BRD verurteilt wurde. Andererseits bieten sich damit die ehemaligen Mitarbeiter, die sich heute noch als Linke verstehen und damit sowieso einer Ausgrenzung unterliegen, geradezu an, als Sündenbock abgestempelt zu werden. Ihre einzige Chance liegt deshalb in einem offenen politischen Herangehen an diese Probleme. Vielfach ist bei ihnen die Hemmung im offenen Umgang mit "Zahlen, Daten, Fakten" mehr ihrer alten "Berufsehre" geschuldet und Ausdruck eines antrainierten Umgangs mit "Geheimnissen" als Folge einer rationalen Überlegung, ob sie damit nun konkret andere Personen gefährden. Es wäre sicherlich auch in den meisten Fällen möglich, das auszuschließen.

Es ist jedenfalls zu hoffen, daß mit der Stellungnahme des Vorsitzenden das Thema von den PDS-Mitgliedern nicht zu den Akten gelegt wird. Die Bundesregierung und alle vier sonst im Bundestag vertretenen Parteien - die sich ja jetzt so wunderbar einig sind - werden es sicherlich nicht tun, dazu bietet sich der Stasi-Dschungel zu sehr als dankbares Ablenkungs- und Sündenbockthema an.

Michael Pickardt, Berlin

Zitate aus: "die andere", Nr.12-15u

18. Ein Verrat an den Opfern! - Erklärung zur Zustimmung der Fraktion GRÜNE/Bündnis 90 zur Vorlage der Regierungskoalition

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:40

Den Konsensbeschluß zum Umgang mit den Stasi-Akten zwischen Regierung und Opposition, den auch die Bündnis 90 Fraktion mitträgt, lehnen wir entschieden ab.

Nach wie vor sind wir der Meinung, daß die durch die Stasi gesammelten Daten Unrechtsdaten sind und deshalb jeder Zugang für die Nachrichtendienste verhindert werden muß. Die "weitestgehende Einigkeit" und "

übereinstimmend positive Bewertung" ist für uns ein Verrat an den Opfern, weil unsere wesentlichen Forderungen nicht erfüllt sind:

- Verfügungsrecht der Opfer über ihre Akten, d.h. Übergabe der personenbezo- genen Akten an die Betroffenen.

- prinzipiell kein Zugang für die Geheimdienste.

Weder ein Bundesinnenminister noch eine parlamentarische Kontrolle werden den Mißbrauch der Akten durch die Geheimdienste und die Ausplünderung der Archive verhindern. So wie die Stasi den Einzelnen als Staatsfeind kategorisiert hat, können dies auch die bundesdeutschen Nachrichtendienste willkürlich tun.

Das Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Akten ist eines der wichtigsten Gesetze, das der Bundestag beschließen wird. An welchem Kuhhandel ist unsere Abgeordnete Ingrid Köppe beteiligt, wenn sie unsere Forderungen nicht mehr eindeutig im Innenausschuß vertritt?

Berlin, 26.4.91 Für das NEUE FORUM

Irena Kukutz (Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus)

Klaus Wolfram (Herausgeber der Zeitung "die andere")

Katja Havemann

Bärbel Bohley (Berliner Sprecherin)

Michael Kukutz (Geschäftsführer des Neuen Forum)

19. Was tun mit 170 Kilometern Stasi-Akten?

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:37

CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90 haben sich nach eigenem Bekunden "grundsätzlich" über den Inhalt eines Gesetzes zum Umgang mit den Stasi-Akten verständigt. Viele gewiß nicht unwichtige Details sind noch zu vereinbaren, aber das Gesetz soll von den beteiligten Parteien so zügig gemeinsam weiterbearbeitet werden, daß es dem Bundestag noch vor der Sommerpause zugeleitet werden kann.

Die Regierungsparteien hatten sich auf das nicht eben normale Verfahren verständigt, das Gesetz möglichst im Konsens mit der SPD und dem Bündnis 90 zu entwickeln, um ihm eine breite Akzeptanz zu sichern. Nur die PDS wurde nicht zu den Diskussionen zugelassen, sondern von vornherein demonstrativ ausgegrenzt.

Dieses Konsens-Verfahren kostet Zeit und erfordert wohl auch Abstriche an Maximalvorstellungen aus der CDU/CSU oder beispielsweise aus den Ämtern des Verfassungsschutzes. Zumindest der Zeitfaktor ist dabei aber überhaupt kein Problem: Schon vor dem offiziellen Anschluß der DDR wurden "kistenweise" Stasi-Akten an die Bundesanwaltschaft und das Bundesamt für Verfassungsschutz übergeben. Die lagern nun dort und können unkontrolliert ausgewertet werden. Je länger sie dort bleiben können, umso besser für die betreffenden Ämter. Denn ein Stasi-Akten-Gesetz, soviel steht schon fest, wird diesen beiseite geschafften Teil des Stasi-Materials der direkten Verfügung der staatsanwaltlichen, polizeilichen und geheimdienstlichen Ämter entziehen. Sämtliche Stasi-Akten sollen dann vom Sonderbeauftragten der Bundesregierung zentral verwaltet werden. Die Nachrichtendienste werden dann alle Akten herausgeben müssen, die bei ihnen "zwischengelagert" wurden, dürfen auch keine Kopien davon behalten - was vermutlich nicht ganz leicht zu kontrollieren sein wird? -, und haben danach nur noch "beschränkte" Zugangsrechte, nämlich "im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags". Daß in der Zwischenzeit auch die Gelegenheit genutzt werden konnte und kann, "zum Selbstschutz" belastende Ermittlungsakten des Stasi, speziell über BRD-Agenten und andere geheimdienstliche Aktivitäten in der ehem. DDR, durch den Reißwolf zu jagen, muß vermutet werden.

Basis der "grundsätzlichen" Einigung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien (minus PDS) ist eine mehr abstrakte als praktikable Trennung des Stasi-Materials in Akten über die Opfer einerseits und Akten der Täter andererseits. Zu den Akten über die Opfer sollen die BRD-Nachrichtendienste keinen Zugang haben. Wohl aber sollen die Betroffenen das Recht auf Einsicht in die über sie angelegten "Vorgänge" haben. Dazu soll das Recht gehören, auch die Namen der auf sie angesetzten Stasi-Mitarbeiter und -Informanten zu erfahren. Angeblich sogar die Namen von "Denunzianten". Dazu könnte dann ungefähr jeder gehören, der im Rahmen einer Ermittlung von der Vopo oder Stasi um seine Meinung über die betroffene Person befragt wurde und damit in den Akten auftaucht.

Nun wird man sich aber vorstellen müssen, daß in so einer Ermittlungsakte nicht nur Angaben über ein Opfer und diverse Denunzianten zu finden sind, sondern auch Stasi-Einschätzungen und private Details über sonstige Bekannte des Betroffenen, darunter einige selbst Opfer oder aus Sicht des Stasi "Verdächtige". Also beispielsweise die Freundin einer Person, die einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Oder Arbeitskollegen, mit denen man sich gelegentlich traf. Diese Angaben unterliegen selbstverständlich dem Datenschutz, d.h. sie gehen die Person, über die der Aktenvorgang angelegt wurde, nichts an. Müßten also, bevor die Person zur Akteneinsicht zugelassen wird, getilgt werden. Heißt praktisch: Berge von Akten müßten von meist westdeutschen Beamten, die dafür nicht kompetent sind und den Stellenwert einzelner Mitteilungen schwerlich richtig einschätzen können, vorgesichtet, sortiert und redigiert werden, bevor sie Betroffenen zur Einsicht überlassen werden können. Natürlich reicht es da nicht, ein paar Namen aus den Kopien zu streichen, wenn die Betroffenen sich aus den übrigen Angaben mühelos zusammenreimen können, daß hier ein Seitensprung ihrer Ehefrau oder dort eine kleine Vorstrafe ihres Stammtisch-Genossen aktenkundig geworden ist. Größere Streichkonzerte werden unvermeidlich sein.

Insgesamt wäre das eine tierische und korrekt wohl gar nicht zu leistende Arbeit, falls dann auch nur Tausend ex-DDRlerInnen auf die Idee kommen sollten, Einsicht in ihre Akten zu beantragen. In jedem Fall wird es lange Wartezeiten geben, aber dafür bringen die Betroffenen ja immerhin ein gutes Training mit. Es scheint, daß dieser Teil der Vereinbarungen, der den Bürgerbewegungen aus der DDR ein Herzensanliegen war, mehr der Beruhigung dienen wird, als daß er massenhaft praktikabel sein könnte.

Zweiter Teil der "grundsätzlichen" Einigung über das Stasi-Gesetz: Die Nachrichtendienste haben Zugang zu den als Akten der Täter definierten Beständen, soweit es um Spionage, politischen Extremismus und Terrorismus geht. Akten der Täter in diesem Sinn sind erstens selbstverständlich alle Personalakten über Stasi-Mitarbeiter und -Informanten. Es gehört dazu zweitens aber auch das sogenannte operative Material, das einen Großteil der Aktenbestände ausmacht. Also beispielsweise Stimmungsberichte über die Lage in Leipzig vor der Messe, analytische Zusammenstellungen über oppositionelle Gruppen/Personen und deren Verbindungen zueinander, sowie - falls nicht von DDR-Funktionären selbst noch rechtzeitig vernichtet - Material über Spionagetätigkeit der DDR, Kontakte zu linksextremen Gruppen usw.

Richtig ist schon in einem frühen Stadium der Debatte darauf hingewiesen worden, daß die Trennung zwischen operativen Akten einerseits und personenbezogenen Ermittlungsakten über Opfer andererseits in der Praxis nicht zu machen ist. Ein Großteil der als operativ eingestuften Akten enthält Daten über Personen, die im Sinne des projektierten Gesetzes nicht an die Nachrichtendienste weitergegeben werden dürften. Also auch hier wieder: Bevor die Akten dem VS oder den Abgesandten des BKA zur Einsicht vorgelegt werden, müßte eigentlich der ganze "Vorgang" erst einmal sorgfältig durchgearbeitet und gegebenenfalls von schutzwürdigen personenbezogenen Daten gereinigt werden. Und wer kontrolliert die Leute, die diese Vorarbeit machen? Aber wahrscheinlich wird in der Praxis alles "nicht so verbissen" gesehen werden?

Oder nehmen wir ein ganz gewiß nicht an den Haaren herbeigezogenes Beispiel: Der westdeutsche Journalist X, der sich selbst zum linken Flügel der SPD hingezogen fühlt, war vor der "Wende" aus beruflichem Interesse oft in der DDR, hatte dort eine Vielfalt persönlicher Kontakte angeknüpft, zu systemkritischen Kulturschaffenden einerseits, zu etwas flexibler und differenzierter als der Durchschnitt denkenden SED-Funktionären auf der anderen Seite. Der Stasi hat über ihn bestimmt eine umfangreiche Akte angelegt, vielleicht sogar einen speziellen Vorgang unter der Fragestellung, ob X womöglich für westliche Nachrichtendienste subversiv tätig sei. Andererseits ist dann beim MfS vielleicht irgendwann ein Vorgang entstanden, der sich mit der Frage befaßte, ob es der Mühe wert sei, X als "informellen Mitarbeiter" zu gewinnen und welche Einstiegsmöglichkeiten, Chancen usw. es dafür geben könnte.

Eine Geschichte, die sich so ähnlich wahrscheinlich hundert-, wenn nicht tausendfach ereignet hat. Denn jeder Besucher aus dem Westen mit halbwegs interessantem Hintergrund wurde von der Stasi auch unter dem Aspekt beäugt, wieweit und womit er vielleicht "perspektivisch" für irgendetwas angeworben werden könnte.

Sind X und die vielen anderen, auf die ähnliches zutrifft, im Sinne der Debatte um das Stasi-Gesetz nur Opfer, oder sind sie vielleicht auch Täter im strafrechtlichen Sinn geworden? Mit anderen Worten: Wieweit haben die zuständigen BRD-Stellen eigentlich Einsichtsrecht in die über solche Personen angelegten Stasi-Akten? Um das in jedem Einzelfall definitiv entscheiden zu können, muß sich jemand mit einer gewissen Sachkompetenz das ganze Aktenmaterial über den Betroffenen erst einmal genau ansehen. Und wer wäre dafür kompetenter als die tüchtigen Beamten von BKA, VS, BND?

Es handelt sich um Aktenbestände des MfS, die - nach unterschiedlichen Angaben - eine Strecke zwischen 170 bis fast 200 Kilometern ausmachen. Ein Aktenordner ist ungefähr 7 cm breit. Auf einen Meter gehen also etwa 14 Ordner. Auf einen Kilometer 14.000. Auf 170 Kilometer also rund 2,4 Millionen Aktenordner, und bei 200 Kilometern wären es sogar 2,8 Millionen.

Nur ein relativ kleiner Teil davon ist vermutlich für VS, BKA usw. interessant. Aber um das erst einmal festzustellen, also sozusagen die Spreu vom Weizen zu trennen, muß buchstäblich das gesamte Material genau und vollständig gesichtet, sortiert und das meiste davon gründlich durchgearbeitet werden. Wer aber macht das, das ist hier die Frage? Man täusche sich bitte nicht: Wenn die Nachrichtendienste Zugang zu allem haben, was in den Stasi-Akten mit Spionage, Terrorismus und politischem Extremismus zu tun hat, und die Justiz sich zusätzlich mit strafrechtlichen Dingen zu beschäftigen hat, dann ist zunächst einmal fast das gesamte riesige Stasi-Material in diesem Sinn relevant, also für die betreffenden Dienststellen zugänglich. Erst recht, wenn man der fatalen Idee des Bündnis 90 folgen würde, das MfS samt Stasi und sonstigen Untergliederungen zur "verbrecherischen Organisation" zu erklären.

Ein wichtiges Wort im Zusammenhang der Diskussion um das Akten-Gesetz lautet "präventiv". Die Nachrichtendienste der BRD wollen ein Recht zur "Akteneinsicht mit präventivem Charakter", und Bundesjustizminister Kinkel assistiert, daß dies "in bestimmten Bereichen hilfreich sein" könnte. Präventiv

meint in diesem Zusammenhang, daß der VS nicht bloß ganz gezielt eine bestimmte Personalakte oder einen operativen Vorgang anfordern kann, nachdem etwas passiert ist, sondern daß er, wie es in der Tat seinem "gesetzlichen Auftrag" entspricht, natürlich schon vorher Bescheid wissen muß, von wo Gefahr droht. Präventiv heißt also, daß VS, BKA und andere "vorbeugend" den gesamten Aktenbestand durcharbeiten werden. Dabei kann es freilich nur nützlich sein, wenn andere, als unverfänglicher geltende Archiv-Stellen schon eine gewisse Vorauswahl übernehmen. Der VS hat ja selbst kein Interesse daran, sich mit Albernheiten aus der Stasi-Kollektion zu belasten: daß A auf einer Betriebsfeier einen Witz über Honecker erzählt hat, daß B in einer nicht ganz stubenreinen kirchlichen Singegruppe war, und daß C schon mal mit Besuchern aus der BRD ins Bett ging.

Abgesehen aber von dem, was die einschlägigen BRD-Stellen gar nicht wissen wollen, werden ihnen, unabhängig von noch zu formulierenden Details des Gesetzes, die Stasi-Akten offenstehen. Da hätte die einzige Alternative in der rechtzeitigen, unterschiedslosen Vernichtung des Materials bestanden, so schmerzlich das auch vom Standpunkt der historisch Interessierten gewesen wäre.

Kt.

20. "Die eigene Verantwortung nicht durch Suche nach "Sündenböcken" verdrängen." Erklärung von Gregor Gysi zum MfS

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:09

1. Zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS

Die Aufarbeitung der Geschichte der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) ist eine bedeutende politische, wissenschaftliche, historische und juristische Aufgabe. Sie kann nicht isoliert von der Analyse des die Gesellschaft der ehemaligen DDR kennzeichnenden Systems staatlicher und gesellschaftlicher Herrschaftsausübung vorgenommen werden. Jedes andere Herangehen verfehlt die Aufklärung des Wesens und der Funktion des ehemaligen MfS und führt dazu, es als eigentliche Ursache von Unterdrückung und Verfolgung zu dämonisieren.

Die PDS hat sich die Aufgabe der Aufarbeitung auch dieses Kapitels der DDR-Geschichte gestellt, aber sie bisher nur unzureichend erfüllt. Erste Schritte waren Aussagen auf der Klausurtagung des Parteivorstandes im Mai 1990, die Erklärung des Präsidiums vom 22. Oktober 1990 und die Stalinismus-Konferenz vom November 1990. In letzter Zeit fanden auch öffentliche Diskussionsveranstaltungen der PDS unter Einbeziehung ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS sowie Betroffener statt.

Insgesamt ist die Bereitschaft zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR, speziell der Geschichte des MfS, gering. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

- Psychologisch verständlich und zu berücksichtigen ist, daß die Beschäftigung mit einer belastenden Vergangenheit schwerfällt.

- In der politischen Öffentlichkeit und in den meisten Medien fehlt eine ausreichende Bereitschaft zu einer differenzierten und die historischen Zusammenhänge beachtenden Einschätzung. Fragwürdige Verallgemeinerungen, unzulässige Vergleiche und unverhohlener Haß erschweren eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschichte.

- Kennzeichnend für den Umgang mit dem ehemaligen MfS und seinen Mitarbeitern in der Öffentlichkeit ist das Bestreben, "Sündenböcke" auszumachen und sich damit der Frage nach der eigenen Verantwortung für das Geschehene zu entziehen. Diese Haltung bedeutet Verdrängung, aber nicht Aufarbeitung von Geschichte.

- Nicht selten wird das Thema von Regierungspolitikern mißbraucht, um vom eigenen Versagen abzulenken oder heutige Fehlentwicklungen durch das angebliche geheime Wirken ehemaliger Stasi-Mitarbeiter "zu erklären".

- Die mit der Anschlußpolitik erzeugte gesellschaftliche Atmosphäre veranlaßt Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR kaum dazu, offen und kritisch mit ihrer eigenen Geschichte umzugehen. Ihre Biographie wird "von außen" bewertet. Ein offenes und ehrliches Verhältnis zur Vergangenheit gerät ihnen zum Nachteil. Sie sehen keine Chance der Aufarbeitung untereinander. Den Menschen in den neuen Bundesländern wird suggeriert, daß in einem Teil Deutschlands die unbescholtenen Demokraten und im anderen Teil die Missetäter und Schuldbeladenen konzentriert sind.

- Die enormen sozialen Probleme und Nöte der Menschen in den neuen Bundesländern führen oft dazu, daß sie keine Bereitschaft zur Beschäftigung mit den Fragen der eigenen Geschichte aufbringen und ihnen eine untergeordnete Rolle beimessen.

- Für Mitglieder der PDS kommen zusätzliche Schwierigkeiten hinzu. Der weitaus größte Teil der Mitglieder der PDS war in der Vergangenheit weder hauptamtlicher noch inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Viele von ihnen verstehen deshalb nicht, weshalb sie eine Mitverantwortung für die Tätigkeit des ehemaligen MfS tragen. Andere bewegt die Sorge, daß die Beschäftigung mit diesen Fragen gerade jenen nützt, die die PDS bekämpfen und sie im Grunde genommen vernichten wollen.

- Schließlich ist unübersehbar, daß viele ehemalige Mitglieder der SED und der anderen Blockparteien glauben, ein radikaler "Schlußstrich" unter die Vergangenheit ermögliche ihnen eine reibungslose Integration in die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Leitung der PDS hat all diese Faktoren unterschätzt und bis jetzt kein ausreichendes Konzept für die notwendige Aufarbeitung der Geschichte des Staatssicherheitsdienstes und der Klarstellung der politischen Verantwortung der SED für die Tätigkeit des MfS entwickelt. Die Aufarbeitung der Geschichte entspricht nicht nur unserer Verantwortung, sondern ist auch unerläßlich für die Entwicklung unserer politischen und persönlichen Identität als demokratische Sozialisten.

2. Zur Einschätzung der Tätigkeit des MfS

Bei der Beurteilung der Entwicklung und Tätigkeit des MfS darf das konkrete historische Umfeld nicht außer Betracht bleiben. Die DDR entstand im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und als Versuch, eine sozialistische Alternative auf deutschem Boden zu gestalten. Ihre Entwicklung war in die Ost-West-Auseinandersetzung eingebunden und wurde von der Politik der sowjetischen Führung dominiert. Erinnert werden muß auch daran, daß die herrschenden Kräfte der früheren BRD nicht zuletzt mit Hilfe von Geheimdiensten von Beginn an einen existenzbedrohenden Kampf gegen die DDR führten. Die Entstehung und die Aktivitäten des MfS waren zunächst auch Reaktion der politisch Verantwortlichen in der DDR auf diese Entwicklung. Zugleich drückte sich in der Tätigkeit des MfS das in der SED vorherrschende stalinistische Staats- und Politikverständnis aus. Es beinhaltete im Kern die Auffassung, daß für die Lösung gesellschaftlicher, darunter zunehmend auch ideologischer Konflikte, der Einsatz staatlicher Gewaltapparate das entscheidende und wirksamste Mittel sei. Diese Auffassung schloß eine zum Teil rechtsnihilistische Haltung ein. Das Recht wurde der Politik untergeordnet und in seiner eigenständigen kulturellen und die Politik normierenden Bedeutung nicht hinreichend gewürdigt. Die Folge war ein oft einseitig politisch geprägtes Verhalten der Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, deren Tätigkeit keiner rechtlich geregelten demokratischen Kontrolle unterlag. Die Verantwortung dafür tragen die maßgeblichen politischen Kreise der ehemaligen DDR und nicht die einzelnen Mitarbeiter der Staatssicherheit und anderer Staatsapparate. Gerade die Geschichte des MfS bestätigt nachdrücklich, daß geheimdienstliche Mittel zur Bewältigung von Konflikten in einer modernen Gesellschaft untauglich und daher abzulehnen sind. Diese Erkenntnis griff offensichtlich nach 1985 - nicht zuletzt unter dem Eindruck bestimmter Elemente der Politik des neuen Denkens von Michail Gorbatschow - auch in bestimmten Teilen des Sicherheitsapparates der DDR Raum, was im Herbst 1989 zu einer zumindest teilweise distanzierten Haltung gegenüber der offiziellen Sicherheitspolitik führte und nach meiner Meinung eine Bedingung war, die die Auflösung des MfS ohne dessen bewaffneten Widerstand ermöglichte.

Von diesen Überlegungen ausgehend halte ich folgende Feststellungen für eine differenzierte Bewertung der Tätigkeit des ehemaligen MfS für erforderlich:

- Völlig inakzeptabel, zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Bedingungen zu rechtfertigen ist die Tätigkeit des MfS, insofern diese sich auf die ideologische Überwachung Andersdenkender und die Zerschlagung demokratischer oppositioneller politischer Aktivitäten richtete und mit Methoden durchgeführt wurde, die entwürdigend bzw. menschenverachtend waren.

- Die Tätigkeit des MfS zur Ausspähung der Stimmungslage in der Bevölkerung, mit dem Ziel, orientierende Erkenntnisse für die politisch Verantwortlichen zur Verfügung zu stellen, muß politisch als Ausdruck eines fehlenden Bewußtseins über die Funktion demokratischer Institutionen in einer modernen Gesellschaft gewertet werden.

- Historisch berechtigt und nicht zu verurteilen ist die Tätigkeit des MfS, soweit sie - zum Teil auch im Zusammenhang mit der Übernahme nicht spezifisch geheimdienstlicher Aufgaben - der Abwehr von Spionage, Sabotage, Terror, Rechtsextremismus, Korruption, Volkswirtschafts-und ähnlichen Verbrechen oder dem international üblichen Personen-und Objektschutz galt. Diese Einschätzung gilt erst recht für die Tätigkeit zur Aufklärung von Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die zwischen 1933 und 1945 im Namen Deutschlands verübt wurden. Auch in diesen Fällen sind allerdings ungesetzliche Methoden bei der Tätigkeit des MfS durch nichts zu rechtfertigen.

- Die Auslandstätigkeit des MfS verlangt eine differenzierte Einschätzung. Die PDS hat prinzipielle Bedenken in bezug auf die gegenseitige Spionage der Staaten, da vor allem die Methode der Informationsgewinnung bei

durchweg allen Geheimdiensten zur Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien führt. Darüber hinaus ist unter heutigen Bedingungen die Auswertung frei zugänglicher Informationen und wissenschaftlicher Analysen im allgemeinen völlig ausreichend, um ein zuverlässiges Bild von der Politik anderer Staaten zu erhalten. Die Informationen, die durch Spionage erlangt werden, haben sich dagegen oft als falsch, unvollständig oder mangelhaft erwiesen und nicht selten zu verhängnisvollen Irrtümern und Fehlentscheidungen von Regierungen geführt.

Spionage sollte abgelöst werden durch Beziehungen der Transparenz, des Vertrauens und durch internationale Kontrolle. Spionagedienste stützen sich immer häufiger auf Menschen, die durch fragwürdige Methoden dazu verleitet werden, geheimdienstlich zu arbeiten. Sie nutzen Schwächen der Menschen aus und erkaufen sich den Verrat. Das alles bedeutet, daß sie in hohem Maße in moralisch negativ zu bewertender Weise tätig sind.

Dennoch kann für die Vergangenheit der DDR deren Spionageaktivität nicht anders beurteilt werden als die anderer Staaten, da Spionage international üblich war und ist. Das bedeutet allerdings nicht, jede einzelne Methode und schon gar nicht die Unterstützung von Gewaltverbrechen im Umfeld von Spionagetätigkeit zu rechtfertigen. Entsprechende Handlungen einzelner legitimieren allerdings keine Verurteilung aller, die mit auslandsnachrichtendienstlicher Tätigkeit zu tun hatten. Soweit die Tätigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MfS ausschließlich in Spionage bestand, kann sie heute grundsätzlich nicht anders beurteilt werden als die des Bundesnachrichtendienstes oder anderer Nachrichtendienste. Gesehen werden muß jedoch zugleich, daß die DDR-Spionage auch in die Überwachung der privaten und geschäftlichen internationalen Kontakte von Bürgerinnen und Bürgern eingebunden war.

3. Zur Bewertung der inoffiziellen Mitarbeit für das MfS

Die Tätigkeit inoffizieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das MfS unterscheidet sich in der Bewertung nicht grundsätzlich von der hauptamtlichen Tätigkeit. Soweit die Tätigkeit hauptamtlicher Mitarbeiter als legitim zu bezeichnen oder als illegitim zu verurteilen ist, gilt das entsprechend für die Tätigkeit der inoffiziellen Mitarbeiter. Dabei sind allerdings zusätzlich die konkreten Umstände und Motive, die zur Mitarbeit führten, und auch die Art der gelieferten Informationen zu beachten. Eine weitergehende Wertung verlangt eine genaue Beurteilung des Einzelfalls.

4. Zur Verbindung von SED und MfS

Die SED war die politisch führende Kraft in der DDR, was seit 1968 auch verfassungsrechtlich festgelegt war. Im MfS waren meines Wissens hauptamtlich ausschließlich Mitglieder der SED tätig, während inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allen Parteien angehörten oder auch parteilos waren. Das MfS war grundsätzlich an die Beschlüsse der SED gebunden und begriff sich selbst als "Schild und Schwert der Partei". Die politische Verantwortung für die Tätigkeit des MfS lag ausschließlich bei der Führung der SED. Verbindungen zwischen der SED und dem MfS gab es auf allen politischen Ebenen. Von besonderer Bedeutung ist allerdings die Tatsache, daß das MfS streng zentralistisch und militärisch organisiert war. Dadurch hatten Kreis- und Bezirksleitungen der SED immer nur begrenzte Einflußmöglichkeiten auf das MfS. Im wesentlichen wurden die Parteileitungen dieser Ebenen von den entsprechenden Kreis- und Bezirksverwaltungen des MfS über politisch relevante Sachverhalte informiert. Die Befehle kamen von den Generälen aus Berlin, insbesondere von Minister Erich Mielke und seinen Stellvertretern. Auswirkungen hatte auch die Personalunion, da Mielke sowohl Minister für Staatssicherheit als auch Mitglied des Politbüros der SED war. Das galt entsprechend für Erich Honecker als Generalsekretär, als Vorsitzender des Verteidigungsrats und Staatsoberhaupt der DDR. Damit hatten diese beiden Personen den größten Einfluß auf Umfang und Art der Tätigkeit des MfS. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS unterstanden militärischer Befehlsgewalt und wurden zusätzlich durch die Wirksamkeit der SED-Organisationen im MfS politisch diszipliniert. Inwiefern die Abteilung Sicherheit des ZK bzw. der zuständige Sekretär (in den letzten Jahren Egon Krenz) die Tätigkeit des MfS unmittelbar beeinflußten, ist im einzelnen nicht hinreichend geklärt.

Trotz dieser politischen Zusammenhänge und Verknüpfungen können die SED als politische Massenpartei und das MfS als Geheimdienst nicht gleichgesetzt werden. Die besondere politische Verantwortung der 2,3 Millionen Mitglieder der ehemaligen SED für die Verhältnisse in der DDR und damit auch für die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes ist unbestritten. Sie läßt sich jedoch keinesfalls auf diejenigen Mitglieder der SED

reduzieren, die heute in der PDS politisch organisiert sind. Die 280.000 Mitglieder der PDS nehmen alle Nachteile in Kauf, die sich aus der Bewertung der PDS durch die heute maßgeblichen und politisch herrschenden Kräfte ergeben. Sie verzichten vielfach auf Karrieren und werden durch die Praxis der Berufsverbote in ihrer sozialen Existenz bedroht. Sie nehmen ein Leben in Kauf, das einer früheren Nähe zum oder einer früheren Tätigkeit für das MfS entgegengesetzt ist. Denn eine solche Nähe oder eine solche Tätigkeit bedeutete, im Einklang mit der Macht zu stehen und dafür gegebenenfalls auch Vorteile, vor allem aber politische und soziale Sicherheit für sich garantiert zu wissen. Weshalb soll die Schuld von ehemaligen SED-Mitgliedern, die heute in der PDS organisiert sind, größer sein, als die der über 2 Millionen ehemaligen SED-Mitglieder, die heute parteilos, bei den Republikanern, in der DSU, der CDU, der FDP, der SPD, dem Bündnis 90 oder bei den Grünen organisiert sind? Moralisch fragwürdig ist für mich in erster Linie das Verhalten solcher ehemaliger Mitglieder der SED, die heute wie früher mit der Macht gehen, ihre Gesinnung nach den jeweiligen Machthabern ausrichten, die nicht ehrlich zu ihrer Biographie stehen und alle Verantwortung auf andere schieben. Und ähnlich verhält es sich mit jenen Mitgliedern der anderen ehemaligen Blockparteien, die heute in etablierten Parteien mitwirken und so tun, als ob sie in der DDR schon immer einer Opposition angehört hätten.

Es ist auch ungerechtfertigt zu übersehen, daß der Stalinismus eine große Zahl von Opfern in den Reihen der in den ehemaligen sozialistischen Ländern führenden Parteien gefordert hat. Ein Blick auf die Namensliste der großen politischen Prozesse der 30er Jahre in der Sowjetunion etwa zeigt, daß die meisten Angeklagten, die zum Tode verurteilt wurden, nicht nur Mitglieder der KPdSU waren, sondern sogar zum Teil führende Funktionen in der Partei innehatten. Auch in der DDR waren viele Opfer des Stalinismus Mitglieder der SED. Nicht wenige von ihnen sind heute Mitglieder oder Sympathisanten der PDS. Sie haben einen Anspruch darauf, nicht anders als andere Opfer des Stalinismus behandelt zu werden.

5. Zur Frage der Amnestie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen MfS

In der politischen Diskussion spielt die Frage einer Amnestie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen MfS seit geraumer Zeit eine Rolle, ohne daß sich die PDS bisher dazu geäußert hätte. Ich vertrete dazu folgenden Standpunkt:

Soweit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen MfS im Zusammenhang mit der Durchführung dienstlicher Aufgaben Strafgesetze der ehemaligen DDR verletzt haben, indem sie sich z.B. der Erpressung oder Nötigung bedienten, bin ich gegen eine Amnestie. Eine rückwirkende Anwendung des heute geltenden Strafrechts ist dagegen unzulässig. Das gilt meines Erachtens insbesondere, wenn es allein um das Delikt der Spionage geht, wenn es nicht mit der Durchführung oder Unterstützung von Gewalttaten verbunden ist. Mit der Vereinigung von zwei Staaten endet die Spionage gegeneinander. In einem solchen Fall muß eine Verurteilung wegen Spionage ausscheiden. Werden dagegen - wie geplant und praktiziert - die Spione der einen Seite verurteilt und die der anderen lediglich einem neuen Einsatz zugeführt, so handelt es sich um das Verhalten von Siegern gegenüber Besiegten, um den Ausdruck einer Besatzermentalität, obwohl das internationale Recht ein solches Vorgehen sogar nach einem Krieg ausschließt. Hinsichtlich des Delikts der Spionage ist eine Amnestie notwendig.

6. Zur Einschätzung des MfS als "verbrecherische Organisation"

In einem Antrag der Bundestagsgruppe der Grünen und des Bündnisses 90 wird das MfS als verbrecherische Organisa- tion eingeschätzt. Das deckt sich mit der Beurteilung von Mitgliedern der CDU/ CSU-Fraktion und wohl auch der FDP- und der SPD-Fraktion. Die Bezeichnung "verbrecherische Organisation" schließt ein, daß in der Sicht der genannten politischen Gruppierungen das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR auf eine Stufe mit Machtorganen des faschistischen deutschen Regimes zu stellen ist. Anders kann der offensichtliche Bezug auf den Terminus der Nürnberger Prozesse kaum interpretiert werden. Dies stellt nach meiner Auffassung eine unglaubliche Bagatellisierung der faschistischen Verbrechen dar. Das MfS der DDR hat sich weder an der Vorbereitung und Durchführung eines völkervernichtenden Aggressionskrieges, noch an der systematischen Ermordung von 6 Millionen jüdischer Menschen beteiligt. Darüber hinaus ist die Charakterisierung einer staatlichen Organisation wie des MfS als verbrecherisch meines Erachtens nur geeignet, die Frage nach der individuellen Schuld zu verdrängen. Wenn die Einschätzung, daß das MfS eine verbrecherische Organisation war, zutrifft, ist jeder, der diesem Ministerium angehörte, ob nun als Kraftfahrer oder verantwortlicher General - völlig unabhängig von seiner konkreten Tätigkeit - ein Verbrecher. Es kommt

dann nicht mehr auf die tatsächlichen Handlungen des einzelnen an, obwohl jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter des MfS die Möglichkeit hatte, die Begehung von Straftaten abzulehnen. Sie waren sogar nach geltendem DDR-Recht dazu verpflichtet. Wenn aber das ganze Ministerium als eine verbrecherische Organisation qualifiziert wird, gehört die Begehung von Straftaten zwingend zur Tätigkeit der Mitglieder dieser Organisation. Eine solche Einschätzung hätte rechtlich katastrophale Folgen. Sie würde einerseits die juristisch Schuldigen ungerechtfertigt entlasten und andererseits die juristisch Unschuldigen ungerechtfertigt belasten. Sie berücksichtigt im übrigen unzureichend die politischen und historischen Zusammenhänge.

7. Der Umgang mit den MfS-Akten

Aus den Grundüberlegungen zur Bewertung der Tätigkeit des MfS ergibt sich auch mein Standpunkt zum Umgang mit den MfS-Akten.

- Soweit Akten Auskunft über Strukturen und Aufgaben des MfS geben, sollen sie der historischen, politischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung zugänglich gemacht werden.

- Soweit Akten Auskunft über hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS geben, ist zu prüfen, ob sie als Beweismittel für Straftaten in Frage kommen. Gegebenenfalls sind sie den Strafverfolgungsbehörden zu übergeben. Im anderen Fall sind sie für eine bestimmte Frist aufzubewahren. Zu einem späteren Zeitpunkt wird über ihre Vernichtung zu entscheiden sein. Eine Übergabe an die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter bzw. an Dritte ist zu untersagen.

- Akten, die Auskunft über Betroffene und Dritte geben, sind differenziert zu behandeln. Die Betroffenen haben Anspruch auf Auskunft und Herausgabe, soweit der Akteninhalt keine oder ein solche Straftat des Betroffenen zum Gegenstand hat, die nach anerkannten Menschenrechten nicht als Straftat hätte verfolgt werden dürfen. Die Akten sind als Beweismittel in Rehabilitierungsverfahren zur Verfügung zu stellen. Bei anderen Personen darf nur ein Auskunftsrecht bestehen. Damit soll u.a. verhindert werden, daß z.B. Kriegs- oder andere Gewaltverbrecher, deren Handlungen Untersuchungsgegenstand des MfS waren, ihre Akten herausverlangen können.

- Die Übergabe von Akten oder eine Erteilung von Auskünften an in- und ausländische Nachrichtendienste oder den Verfassungsschutz sind auszuschließen, um nicht auf diese Art und Weise eine indirekte Fortsetzung der geheimdienstlichen Tätigkeit des MfS zu ermöglichen.

- Ein Mißbrauch der Akten des ehemaligen MfS muß unter Strafe gestellt werden.

8. Zum beruflichen Einsatz der ehemaligen inoffiziellen und offiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS

- Soweit keine strafrechtliche Schuld vorliegt, können sie grundsätzlich nicht anders behandelt werden als andere Bürgerinnen und Bürger, gegen die zwar moralische und politische, aber keine strafrechtlichen Vorwürfe erhoben werden können. Der Grad der moralischen Mitverantwortung für die Verletzung von Menschenrechten wird in der Regel höher, im Einzelfall aber auch durchaus geringer sein als bei anderen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern der DDR. Der ehemalige Kraftfahrer des MfS trägt sicherlich eine geringere politische Verantwortung als viele ehemalige Funktionsträger in Staat, SED und anderen Blockparteien.

Ehemalige Mitarbeiter des MfS dürfen nicht von vornherein - wie dies bereits gang und gäbe ist - in ihren verfassungsmäßigen Grundrechten eingeschränkt und auch nicht sozial diskriminiert werden. Die Eignung für den öffentlichen Dienst kann nur im Zusammenhang mit einer gründlichen Einzelprüfung rechtsstaatlich entschieden werden. Dafür erforderliche Auskünfte sind Parlamenten bezüglich ihrer Mitglieder und öffentlichen Arbeitgebern zu erteilen, nicht jedoch beliebigen Einrichtungen und privatwirtschaftlichen Unternehmen.

- Soweit ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, müssen ihnen für berufliche Integration die gleichen Möglichkeiten offenstehen wie anderen Vorbestraften, die für vergleichbare Delikte zur Verantwortung gezogen werden.

- Die Volkskammer der DDR hatte die Renten früherer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsorgane bereits drastisch gekürzt. Eine weitere Reduzierung der Renten halte ich für unsozial. Sie differenziert nicht nach individueller Schuld, abgesehen davon, daß juristisch eine Verbindung von Schuld und Rente völlig

unüblich ist. Die geplante Reduzierung würde eine soziale Ausgrenzung bedeuten, die verheerende politische Wirkungen haben kann. Menschen, die keine Chance auf soziale Integration sehen, können dadurch dazu verleitet werden, sich entsprechend zu verhalten.

9. Zur weiteren Aufarbeitung der Geschichte in der PDS

Die PDS sollte in die Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der SED stärker auch die Geschichte der Staatssicherheit einbeziehen. Die begonnenen öffentlichen Diskussionen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ehemaligen MfS und mit Opfern des Stalinismus werden fortgesetzt. Ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS, die Mitglieder der PDS sind, fordere ich auf, in ihren Basisorganisationen ehrlich und offen über ihre frühere Tätigkeit zu sprechen. Sie sollten lernen, ihre Biographie anzunehmen und das Gespräch mit Betroffenen zu suchen, denen sie gegebenenfalls Unrecht angetan haben. Ehemalige inoffizielle und offizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS können in der PDS ihre politische Heimat behalten oder finden, wenn sie sich aufrichtig zum demokratischen Sozialismus bekennen und Programm und Statut der PDS anerkennen. Unser Verhältnis zu ihnen werden wir nicht in erster Linie daran messen, wo und in welcher Funktion der einzelne tätig war, sondern wie er sie ausübte. Für uns ist das Maß an politisch-moralischer Verantwortung wichtig. Von allen, die strafrechtlich schuldig oder nicht bereit sind, zu ihrer politisch-moralischen Verantwortung zu stehen, werden wir uns trennen. Aber jeder soll und muß eine Chance bekommen, sich zu seiner Verantwortung und zu demokratischen politischen Zielsetzungen zu bekennen.

An der allgemeinen Hatz gegen ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS, an entwürdigenden Praktiken werden wir uns nicht beteiligen. Dagegen werden wir im Gegenteil auftreten, auch wenn das heute wenig populär ist.

Die Aufarbeitung der Geschichte insgesamt muß deutlicher in den Parteiveranstaltungen aller Art eine Rolle spielen. Dabei gilt es, aus der Vergangenheit zu lernen, indem historische Zusammenhänge, Mechanismen von Macht, Machtmißbrauch und Ohnmacht aufgezeigt werden. Wir müssen sagen, welche Fehlleistungen, aber auch welche Leistungen in der ehemaligen DDR erbracht wurden, welcher Rückschritt eintrat und welche beachtlichen Fortschritte es in vielen Bereichen gab. Nur über die Wahrheit stärken wir unser Selbstvertrauen, leisten wir einen Beitrag gegen Minderwertigkeitsgefühle ehemaliger Mitbürgerinnen und Mitbürger der DDR, gegen devotes und aggressives Verhalten. Daraus können wir Kraft schöpfen im Kampf gegen westliche Arroganz und westliche Besatzungspolitik, gegen ökonomischen, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Kahlschlag, gegen Entsolidarisierung und gegen eine neue tiefe Spaltung der Menschen in den alten und neuen Bundesländern. Aufarbeitung der Geschichte verlangt von uns zugleich, die Verdrängung der Geschichte der BRD, in der es auch zahlreiche Opfer des kalten Krieges und von Berufsverboten gab und gibt und die auch eine Geschichte der Beziehungen zur DDR ist, zu verhindern. Und sie verlangt besonders, nicht zuzulassen, daß über die Geschichte der DDR die Geschichte der Deutschen während des Faschismus verdrängt wird. Die Berge von Akten Mielkes dürfen nicht die Berge von Leichen Hitlers vergessen machen. Aber unstrittig gehört beides zur deutschen Geschichte. Nur wer sie annimmt, kann sich auch auf die Geschichte der Kultur, der Wissenschaft, des Antifaschismus, des Humanismus und des Kampfes um demokratischen Sozialismus in Deutschland stützen.

Länder sind teilbar, Geschichte nicht.

21. Worte statt Taten. Die Aufarbeitung der Geschichte durch die PDS

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:53

Die Diskussion um die Stasi-Akten und die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR haben die PDS veranlaßt, sich wieder einmal zur Aufarbeitung der Geschichte zu bekennen. Die Erklärung des Parteivorsitzenden Gregor Gysi, abgedruckt im "Neuen Deutschland" vom 17. April, dokumentieren wir in diesem AK. Es handelt sich um den ersten Versuch einer zusammenhängenden, die wesentlichen Aspekte des Problems betrachtenden und "einschätzenden" Stellungnahme der PDS zu diesem überaus heiklen, für viele PDS-Mitglieder geradezu traumatischen Thema. Vor diesem Hintergrund verdient der von Gysi namentlich gezeichnete, in der Grundtendenz aber vom Parteipräsidium mitgetragene Text Respekt und Beachtung. Das dialektische Bemühen, die Tätigkeit des MfS einzuordnen in den konkreten Kontext des Kalten Krieges und der BRD-Kampagnen gegen die DDR, ohne Sachverhalte zu verdrängen, zu beschönigen oder gar im nostalgischen Rückblick zu verklären, ist nicht zu übersehen. Ebenso die Absicht, einerseits keinen Beteiligten aus der inneren und öffentlichen Konfrontation mit seiner persönlichen Schuld zu entlassen, andererseits dem politisch motivierten Rachefeldzug der Siegermacht BRD gegen das MfS, seine Führungsoffiziere wie gegen einzelne MitarbeiterInnen, eine Absage zu erteilen. Nicht zu verkennen ist aber auch, daß manche beschwichtigende und relativierende Formulierung des Gysi-Textes wohl dem Versuch geschuldet ist, nicht nur die Partei zusammenzuhalten, sondern auch den gerade an diesem Thema nicht ganz unproblematischen Konsens in der Parteispitze zu wahren.

Wie Gregor Gysi zutreffend konstatiert, ist die Bereitschaft zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR insgesamt immer noch gering. Er nennt dazu eine Reihe von Ursachen, die gewiß alle eine Rolle spielen. Keiner der angegebenen Gründe vermag aber zu erklären, warum auch die PDS-Spitze selbst vor dieser Aufgabe bisher so eklatant versagt hat. Es fehlt seitens des Parteivorstands tatsächlich, um noch einmal Gysi zu zitieren, die Vorgabe eines "ausreichenden Konzepts für die notwendige Aufarbeitung der Geschichte" und für die "Klarstellung der politischen Verantwortung" - es fehlt aber nicht nur in Sachen MfS, sondern für die Geschichte der DDR und der PDS-Vorläuferin SED insgesamt.

Bekenntnisse, daß die Aufarbeitung der Geschichte notwendig sei, hat es seit der SED-Palastrevolte von Anfang Dezember 1989 genug gegeben. Sie sind mittlerweile überflüssig und ermüden nur noch. Die Frage ist: Warum hat die PDS-Führung in den letzten 12-16 Monaten nicht dafür gesorgt, daß diese Aufarbeitung tatsächlich systematisch und gründlich angegangen wird? Gibt es im Gebiet der DDR innerhalb und außerhalb der PDS nicht genug Historiker, denen man Arbeitsaufträge hätte geben können? Die dafür notwendigen Finanzmittel wären gewiß nicht schlecht angelegt gewesen.

Eine Durchsicht des "Neuen Deutschland" und des PDS-"Pressedienstes" zeigt, daß die aus den Reihen der PDS heraus betriebene Aufarbeitung der Geschichte etwa die Gestalt einer steilen Pyramide hat: Den relativ breiten Boden, zu dem es eine große Zahl von Veröffentlichungen gibt, bildet der Zeitraum vor Gründung der DDR. Zur Politik der KPD vor 1933 und zu dem verbrecherischen Wüten der stalinistischen Apparate unter den Kommunisten der UdSSR und der Komintern-Parteien sind viele Texte erschienen. Nach oben hin, je mehr wir uns also der Gegenwart nähern, wird diese Pyramide dann immer schmaler, bis sie - wir sind nun im Jahr der "Wende", 1989 - höchstens noch die Breite einer Nadelspitze hat.

Vergleichsweise viel publiziert wurde von der PDS immerhin noch zur Geschichte der DDR bis zum Tode Stalins und der mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleiteten Abkehr vom Stalinismus. Zahlreiche Mitglieder von KPD und SED, die in dieser Zeit innerparteilich verfolgt und diffamiert wurden, sind mittlerweile von der Schiedskommission der PDS förmlich rehabilitiert worden. Unzureichend bearbeitet sind zentrale Wendepunkte der DDR-Geschichte wie der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961, aber immerhin sind hierzu einige Beiträge publiziert worden. Leider bleiben sie hinter den Einblicken, die Interessierte aus "bürgerlichen", in der BRD erschienenen Studien ziehen können, weit zurück. Daß ein riesiger Fundus neuer, bisher unzugänglicher Quellen aus dem SED-Parteiarchiv jetzt eigentlich zur Verfügung stehen müßte, läßt sich aus diesen Veröffentlichungen noch nicht erkennen.

Geradezu grotesk wird es, wenn man nachschaut, welches denn nun wohl das sozusagen jüngste, gegenwartsnäste Thema ist, das bisher in der PDS-Publizistik "aufgearbeitet" wurde: Das ist die repressive Wende in der Kulturpolitik, die mit dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 eingeleitet wurde. Dazu erschien ein nicht sehr langer Artikel im "Neuen Deutschland" vom 16. Juni vorigen Jahres. Und das war's auch schon!

Der Gedanke liegt nahe, daß diese Form ausgewählter und übervorsichtiger "Geschichtsaufarbeitung" etwas mit den Befindlichkeiten und Empfindlichkeiten in Mitgliedschaft und Apparat der PDS zu tun hat: Je weiter die Sache zurückliegt, umso geringer das Risiko, daß sich jemand persönlich getroffen oder verantwortlich gemacht fühlt. Umso geringer dann aber leider auch der praktische Nutzen für die Politik hier und heute.

Warum beispielsweise hat der Parteivorstand nicht gleich Anfang 1990 eine kompetente Kommission mit dem klaren Arbeitsauftrag gebildet, anhand der Akten aus dem Politbüro usw. den Verlauf des "Wende"-Jahres 1989 oder auch das Verhalten der SED seit Beginn der sowjetischen Perestroika (1985) zu analysieren, zügig eine Dokumenten-Publikation vorzubereiten, und ähnliches mehr?

In engem Zusammenhang mit dieser Frage steht der Umgang der PDS mit den Zeitzeugen, von denen manche vielleicht in Zusammenarbeit mit einer kompetenten Arbeitsgruppe der PDS zur Erhellung dieses Abschnitts erheblich beitragen könnten - und die nun stattdessen ihre privaten Darstellungen und Abrechnungen in bürgerlichen Verlagen publizieren. Krenz und Schabowski, um nur die wichtigsten zu nennen. Die PDS, damals noch SED-PDS, hat sich Ende 1989/Anfang 1990 sehr pauschal durch Ausschlußverfahren von ihnen getrennt, ohne dies öffentlich substantiell zu begründen. Zumindest durch die Art des Vorgehens bleibt das schlechte Gefühl, daß die Partei sich aus rein innerdynamischen und opportunistischen Gründen schlagartig von allen "Sündenböcken" befreien wollte und damit manchem möglicherweise tatsächlich Unrecht getan, manchen wirklich sehr mies behandelt, manchen leichtfertig in die falschen Hände getrieben hat.

Mag auch sein, daß dieser Eindruck ganz falsch ist. Aber eben das läßt sich ja ohne öffentliche Darlegung der Jahre 1985-89 und der Untersuchung der genauen Rolle, die jeder Einzelne der damaligen SED-Spitzenpolitiker gespielt hat, gar nicht beurteilen. Daß man einen Schabowski ausschließt, aber einen Modrow zum Ehrenvorsitzenden macht, ist jedenfalls für Außenstehende nicht nachzuvollziehen. (Wohlverstanden: mir mißfällt nicht die Achtung, die Modrow in der Partei genießt, sondern die Mißachtung, mit der jemand wie Schabowski gestraft wird, ohne daß dies angemessen begründet wird.) Das summarische "Abhängen" eines ganzen Personenkreises einerseits, und das Nicht-Aufarbeiten der letzten Jahre andererseits scheint mir einen völlig logischen, fast zwangsläufigen Zusammenhang zu bilden. Um an dieser Stelle nochmals Gysi zu zitieren: "... das Bestreben, ‚Sündenböcke` auszumachen und sich damit der Frage nach der eigenen Verantwortung für das Geschehene zu entziehen. Diese Haltung bedeutet Verdrängung, aber nicht Aufarbeitung von Geschichte."

Und weiter bei Gysi. Es hört sich wirklich gut an, wenn er verspricht: "An der allgemeinen Hatz gegen ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS, an entwürdigenden Praktiken werden wir uns nicht beteiligen. Dagegen werden wir im Gegenteil auftreten, auch wenn das heute wenig populär ist." - Aber entspricht das dem öffentlichen Tun der Partei? Ist die Haltung nicht nach wie vor so, daß die PDS lieber wegtaucht oder sich tot stellt, wenn die Gegenseite Problematisches auftischt, wie etwa im vorigen Jahr und erst kürzlich wieder die Stasi-RAF-Connection? Als 1990 bekannt wurde, daß die DDR den "Ausstieg" ehemaliger RAF-Leute ermöglicht hatte, war es in der BRD immerhin möglich, dies auch unter dem Aspekt einer sinnvollen Resozialisierung zu diskutieren. Die PDS hingegen brachte öffentlich nichts weiter hervor als Bekundungen, wie furchtbar überrascht, schockiert und enttäuscht man doch sei, daß so etwas unter Honecker und Mielke möglich war. Andererseits aber auch kein erkennbarer Versuch, Sachverhalten nachzuforschen und einen Beitrag zur Klärung und vielleicht auch zur Widerlegung oder Differenzierung von Vorwürfen zu leisten.

Ein Problem, unter dem auch die Einlassungen Gregor Gysis leiden, ist die Verwechslung von summarischen Statements mit Geschichtsaufarbeitung. Wenn Gysi zum Beispiel in seiner wohl wichtigsten Rede zum Thema, gehalten auf der PV-Klausurtagung im Mai 1990, davon sprach, die SED sei etliche Jahre vor der "Wende" schon keine linke Partei mehr gewesen, sondern sei "trotz entgegenstehendem Willen vieler Mitglieder seit längerer Zeit reaktionär gewesen, weil sie Sozialismus verhindert und nicht ermöglicht hat" (ND, 16.5.90), dann

ist der Nutzen fraglich. Geschichtsaufarbeitung bedeutet in erster Linie und zunächst einmal Fragen, Suchen und Forschen, nicht das Vorgeben von Urteilen und Begriffen, mit denen auf die Schnelle ein ganzer historischer Abschnitt "eingeschätzt" und "eingeordnet" wird.

Mag sein, daß so eine Aussage wie "seit längerer Zeit reaktionär" damals als Schockbehandlung der Mitglieder einen innerparteilichen Wert hatte. Langfristig gilt aber, daß es wertvoller wäre, wenn weniger abgeurteilt würde (ob es sich nun um Sachverhalte oder Menschen handelt), und stattdessen möglichst viel Material offengelegt würde, um schließlich zu begründeten Urteilen zu kommen. Hatte die Einordnung der SED als "reaktionäre" Partei - was als Gesamturteil durchaus seine Berechtigung haben mag - nicht auch die negative Funktion, das Problem als "abgehakt" zu betrachten?

Kt.

22. "Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft gestärkt." Interview mit Klaus Wolfram, Hg. der Wochenzeitung "die andere"

Interview mit Klaus Wolfram, Herausgeber der Wochenzeitung "die andere"

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:38

AK: Ich gehe davon aus, daß Ihr vorher lange darüber diskutiert habt, ob Ihr die Listen veröffentlichen sollt. Wie beurteilst Du nun, rund fünf Wochen später, die Ergebnisse, sind sie im Sinne Eurer Intention ausgefallen?

Klaus Wolfram: Ich glaube, im nachhinein läßt sich deutlich erkennen, daß es richtig war, die Listen zu veröffentlichen. Das Wichtigste daran ist, daß wir uns nach der weitgehend verhinderten und gebremsten Aufarbeitung zu diesem Schritt entschlossen haben, um vor aller Augen und allen Beteiligten zu demonstrieren, bis zu welcher Konsequenz Aufarbeitung eigentlich zu gehen hat, daß sie nur in der Öffentlichkeit geleistet werden kann. Ich glaube, daß wir mit der Veröffentlichung der oberen Zehntausend des alten Stasi- Apparates einen geschichtlichen Maßstab gesetzt haben, daß wir zeigen konnten, wie und wo ein Geheimdienst endet, wenn die Gesellschaft sich gegen ihn wehrt.

Zweites Ergebnis: Wir haben erwartet, daß sich Stasi-Leute bei uns melden, das haben sie auch getan. Drittens: Wir haben erwartet, daß sich Betroffene bei uns melden, auch das ist in großer Zahl eingetreten. Viertens: Wir haben geglaubt, das Bedürfnis nach Gerechtigkeit in unserer Bevölkerung zu stärken, das schlägt uns aus vielen Leserbriefen entgegen, daß das auch genauso verstanden worden ist. Und fünftens haben wir den Eindruck, daß unsere Listenveröffentlichung nicht wenig dazu beigetragen hat, daß das Gesetz über den Umgang mit den Akten jetzt in einer Form diskutiert wird, die doch darüber hinausgeht, was man noch im Herbst oder Anfang des Jahres erwarten konnte.

Das sind jetzt fünf Richtungen, in denen wir positive Wirkungen sehen. Es gibt natürlich auch menschliche Probleme, denen glaubten wir aber uns stellen zu müssen, und wir sind darin bestätigt worden, daß es nicht zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen wird. Darüber sind wir natürlich auch sehr beruhigt.

Ich möchte später noch einmal auf die Debatte um das Gesetz und das Vorgehen Eurer Bundestags-Fraktion zurückkommen. Doch zuerst zu einem anderen Punkt: Wie beurteilst Du die Reaktion der PDS und derjenigen PDSler, die früher MfS-Mitarbeiter waren? Du hast ja selbst auf Veranstaltungen mit Ex-Stasi-Generälen diskutiert, welchen Eindruck hast Du davon?

Die Reaktion, die aus der sogenannten Linken kommt, die ist ausgesprochen borniert, sehr eng und für meine politischen Ansichten, für unsere in den Bürgerbewegungen, reichlich ungenügend. Die Reaktion, die aus der Linken kommt, d.h. von Leuten, die selber meinen, daß sie sich politisch links verhalten: das tun sie bei diesem Thema nicht, das ist meine Erfahrung. Es gibt aber viele Stasi-Leute, die das nicht mit ihrem linken Anspruch motivieren, sondern einfach im Zweifel und sich in ihrer eigenen Aufarbeitung befinden, die sich bei uns melden, und als ehemalige Stasi-Leute einfach in ihrem Leben was in Ordnung bringen wollen. Da gibt es positive Reaktionen. Aber in dem Moment, wo die Debatte politisch wird, ist es ganz merkwürdig, daß sie sich immer wieder verdreht. Und dann kommt oft das Lieblingsargument, mit dem Stasi-Thema lenke man von sozialen Auseinandersetzungen ab, das zieht sich also durch alle diese Debatten hindurch. Für jemand aus den Bürgerbewegungen ist das ein grundlegendes Mißverständnis, weil man eben soziale Auseinandersetzungen nicht ohne gegenseitige Offenheit und ohne Gerechtigkeitsgefühl führen kann. Das scheint in diesem linken Spektrum, was zur PDS gehört, immer noch nicht durchgedrungen zu sein.

Siehst Du da Differenzierungen innerhalb der PDS?

Unterschiede sehe ich nur sehr geringe. Einige, und ich glaube wenige, jüngere PDS-Mitglieder oder Sympathisanten der PDS vertreten einen uns verwandten Standpunkt. Die überwiegende Mehrzahl und die durchgehende Stimmung, die mir in Debatten dort immer wieder entgegengetreten ist, ist diese blockierende, verständnislose und im Grunde unpolitische Haltung.

Was würde für Dich Aufarbeitung durch die PDS bedeuten? Was sollen die ehemaligen Mitarbeiter heute machen Deiner Meinung nach?

Woran ich festhalte, ist, daß die politisch Verantwortlichen oder auch bürokratisch Verantwortlichen, also ehemalige hochrangige Staatssicherheitsoffiziere einen Großteil ihrer Informationen aufdecken müßten. Es gibt nicht die Möglichkeit, daß sich der ehemals herrschende Teil der Gesellschaft, der Machtapparat mit seinem Herrschaftswissen, das es damals war und gewissermaßen auch heute noch ist, in eine dunkle Ecke zurückzieht. Die Offenlegung ist nötig. Es gibt da so eine Reaktion, daß uns Stasi-Offiziere oder auch einfach Politiker aus der PDS mit einer privaten, rein moralischen Nachdenklichkeit begegnen und möchten, daß wir mit ihrer in Sorgenfalten gezogenen Stirn nun zufrieden sind, oder die vielleicht glauben, daß sich dadurch politisch etwas geändert hätte. Da sind wir nach wie vor der Überzeugung, es geht darum, sichtbar zu machen und sehen zu können, wie das alte System funktioniert hat. Es geht uns darum, die gegenseitige Betroffenheit behandeln, aussprechen, von mir aus auch auskämpfen zu können. Dazu gibt es kaum einen Schritt. Dazu sind genau sie, die politisch denken, nicht bereit. Ich glaube, daß vor dieser Schwelle keine echte Auseinandersetzung sattfinden kann. Die Stasi-Offiziere müssen ihre IM dazu aufrufen, daß sie sich enttarnen.

Wenn z.B. Hans Modrow im November 1989 eine Anweisung erteilt hat über sieben oder acht Spitzen-IMs aus der Politik, deren Akten zu vernichten sind, dann weiß er heute noch, welche das sind. Diese Anordnung ist in der Gauck-Behörde gefunden worden, Gauck verheimlicht sie auch. Wir haben einige Andeutungen darüber. Danach handelt es sich um heute in allen Lagern tätige, wichtige Politiker. Was soll das Verschweigen? Welche Art von Mündigmachung stellt sich denn der Linke Hans Modrow vor, wenn er nach wie vor an den Staatsgeheimnissen des alten Systems festhält, um jetzt den neuen Staat zu schützen?

Diese Frage würde ich Dir gerne beantworten können, vielleicht gibt es ja bald eine Gelegeheit, sie direkt an Hans Modrow zu richten. Etwas ganz anderes: Sind nach der Veröffentlichung auch in den Bürgerbewegungen Leute enttarnt worden und wie geht Ihr mit solchen Fällen um?

Das hängt nicht mit der Veröffentlichung zusammen, das passiert in unseren Reihen seit Monaten immer wieder mal. Wir gehen damit so um, das ist ja nun ein wichtiges Charaktermerkmal der Bürgerbewegungen, daß wir die gegenseitige Klarstellung suchen, d.h. keine Kriminalisierung beabsichtigen aber die gegenseitige Offenlegung. Und soweit es sich um politisch verantwortliche Funktionen handelte oder um eine tatsächliches Hintergehen, z.B. um ein Ausspitzeln unserer Arbeit, muß die dann natürlich beendet werden. Aber das erleben wir seit vorigem Jahr im Sommer, da hat sich jetzt auch durch die Listen nichts geändert. Der springende Punkt liegt ja immer darin, ob man es selbst bekannt hat oder nicht.

Wenn die Leute nur durch die Auflösungsarbeit herausgefunden wurden, ist natürlich das Vertrauensverhältnis weg. Da läßt sich nicht weiter in politisch verantwortlicher Stellung weiterarbeiten, das wäre dann ein Hintergehen der anderen Mitglieder der Bürgerbewegungen, wenn man das zulassen würde. Es gibt auch Fälle, wo man uns das von Anfang an gesagt hat. Das ist etwas anderes. Wenn das alle wissen und akzeptieren können in der jeweiligen Basisgruppe, dann ist das kein Problem.

Du schreibst im Zusammenhang mit der Listenveröffentlichung von dem "dritten Schritt", der "Demokratie wieder verbindlich" mache. Das ist eine sehr optimistische Formulierung, wie kommst Du dazu?

Der Optimismus, der da vielleicht drinliegt, ist ja erst der zweite Gedanke. Der erste ist: Gibt's diesen dritten Schritt? Ich glaube, daß die Erfahrung der Gläubigkeit an die Marktwirtschaft und an das westdeutsche politische System durch die Erfahrung der großen Entmündigung in allen Lebensbereichen aufgebrochen wird und daß uns dann gar nichts anderes übrig bleiben wird, uns in der ehemaligen DDR, als weiter oder wieder politisch selber zu handeln und das in einem weiteren, einem größeren Maße als im Herbst 89. Der Herbst war der erste Schritt, dann kam diese große Welle der Unsicherheit und der Hoffnung auf einen neuen, besseren Herrn, kam der Übergang in die Bundesrepublik, und ich sehe nicht, daß selbständige, aufrechte Charaktere jetzt was anderes machen könnten, als selber zu handeln. Das ist dieser dritte Schritt, der kommt jetzt, unsere Listenveröffentlichung ist ein Teil davon, sie ist auch eine Abwehr gegen einen Umgang mit der Stasi-Vergangenheit, den man uns anbietet. So optimistisch ist das vielleicht gar nicht. Wir sind gezwungen, selber zu laufen, da werden wir es auch lernen.

Wie paßt das dazu, diesem Kompromiß im Bundestag zuzustimmen?

Nach meiner Ansicht paßt das gar nicht. Unsere Abgeordnete Ingrid Köppe hat nun diesem Grundsatzpapier zugestimmt, das den Geheimdiensten die Tür öffnet zu den Stasi-Akten. Und ich glaube, daß in diesem Türöffnen und in dieser Zustimmung ein Fehler liegt, nämlich eine Legitimierung der Geheimdienste überhaupt. Und das ist etwas, was sich mit dem Grundansatz der Bürgerbewegung gar nicht vereinbaren läßt. Wichtig ist, daß die Bürgerbewegung bei der prinzipiellen Ablehnung von Geheimdiensten bleibt. Das heißt natürlich auch gegen den Zugang für einen neuen Geheimdienst zu den Akten des vorherigen Geheimdienstes. Ich gehe davon aus, daß das Neue Forum bei seiner Ablehnung bleibt. Das wird sich auch zeigen bei Landestreffen in Bernburg Ende Mai. Wichtig ist vielleicht auch die Erkenntnis, daß die parlamentarische Arbeit offenbar große Zwänge zum Verwässern von Prinzipien ausübt.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Interview: Michael Pickardt

23. Aufklärerische Diskussion über Stasi?

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:43

Nach der Veröffentlichung der Stasigehaltslisten in den Beilagen der Ost-Berliner Zeitung "die Andere" gaben Wolfgang Gehrcke, Bundesgeschäftsführer der PDS, und Michael Schumann, Mitglied des Präsidiums der PDS, nachfolgende Erklärung unter dem Titel "Veröffentlichung der Stasi-Gehaltslisten durch die ‚die Andere` ist antiaufklärerisch" ab.

Die Zeitung "die andere" setzt in der Beilage Nr. 4 die Veröffentlichung der Stasi-Gehaltslisten fort und bietet den Lesern zugleich Stellungnahmen und Begründungen zu den Veröffentlichungen. Mensch braucht nicht mehr über Motive zu rätseln. Sie werden genannt und sind insofern nachprüfbar. In Stellungnahmen, die pro Veröffentlichung argumentieren, werden drei Hauptargumente angeführt: Beitrag zur Wahrheitsfindung, Versuch, dem Versteckspielen von ehemaligen Mitarbeitern des MfS ein Ende zu bereiten und die öffentliche Diskussion über die Stasi erneut in Gang zu setzen. Aufklärung wird gefordert und als Kriterium des eigenen Handeln benannt. An diesem selbstgewählten Anspruch ist die Veröffentlichung zu messen und nur an diesem.

Was aber ist an dem Umstand, daß "Meyer auch bei der Stasi war" und was "Meyer verdient hat" aufklärerisch? Null und Nichts außer der Möglichkeit, sich mit Meyer direkt auseinanderzusetzen. Die Veröffentlicher bauen auf Gewaltfreiheit und Toleranz der Menschen - angesichts der täglichen Intoleranz eine gewagte Vermutung. "Meyer" so "die andere", braucht sich nicht mehr zu verstecken. Aber wo ist die Gesellschaft bereit, sich mit Meyer auseinanderzusetzen, indem sie ihn annimmt und nicht aussondert? Im Gegenteil: Selbst die Veröffentlichung in der "anderen" greift zu einer Konstruktion, deren gedankliche Logik Begründungsbasis für viele MfS-Mitarbeiter war: Ein selbstbestimmter höherer Wert rechtfertigt die Mittel. Früher der des Klassenkampfes, jetzt der der Wahrheitsfindung. Das wiederum ist anti-aufklärerisch und versperrt den Weg, sich Wahrheiten zu nähern. Die Gedankenkonstruktion ist inhuman und rückschrittlich.

Die PDS, das sei festgehalten, hat bisher zu wenig zur ernsthaften Aufklärung von Funktion und Wirkungsweise des MfS beigetragen. Die Reaktion von einigen PDS-Mitgliedern auf die Veröffentlichung der Stasi-Gehaltslisten ging oftmals an der Sache vorbei. Es ist unerheblich, ob die Zeit dafür günstig ist oder nicht, die geäußerte Sorge, daß von sozialer Gegenwehr abgelenkt werden könnte, diffamiert Betroffene und Agierende dieser Bewegung und die alte Frage "wem nützt es" kann nur zur Nichtaufarbeitung führen. Eine tatsächliche Aufarbeitung der Stasi-Problematik hat unabhängig von konkreten anderen Erscheinungen und Mutmaßungen zu erfolgen, oder sie wird es nicht geben. Hätte es denn z.B. während der Anti-Kriegs-Aktionen des Golf-Krieges besser gepaßt? Aufarbeitung von Geschichte nach politischen Opportunitätsprinzipien ist ebenso untauglich wie die Veröffentlichung von Gehaltslisten.

Notwendig ist Aufklärung über Aufgaben und Wirkungsweisen eines Sicherheitsapparates in einem repressiven Gesellschaftssystem. Wenn die SED einer, so die Beurteilung in der PDS, konservativen, in Strecken reaktionären Gesellschaftspolitik verhaftet war, und diese gegen das Volk durchsetzte, war das Ministerium für Staatssicherheit einer der wesentlichen Machtträger, das nach innen und außen zu befördern und u.a. Opposition auszuschalten. Notwendig ist eine öffentliche Diskussion, die von den neuen herrschenden Kräften aus durchsichtigen Gründen nicht gewollt wird, ob und welche Einrichtungen und inneren Strukturen, unter welcher Kontrolle ein Staat braucht, um sich vor äußeren und inneren Gefahren zu schützen. Erinnert sei an die Position des PDS-Vorsitzenden Gregor-Gysi: "Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit". Erinnert sei aber auch an die Funktionen und Wirkungsweise des Kalten Krieges, die unmittelbar Deformationen in östlichen und westlichen Gesellschaften zur Folge hatten. Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen waren die Mitarbeiter des MfS einer mehrfachen Disziplin unterworfen: Einer Parteidisziplin der SED, die ebenfalls Kommandozüge trug, einer militärischen und geheimdienstlichen Disziplin und, mehrheitlich zumindest, einer Selbstdisziplin des eigenen Idealismus.

Ernsthafte Aufarbeitung erfordert öffentliche Debatten und Forschungen, politische Bewertungen, die für die einzelnen direkt Betroffenen - Opfer wie Täter - subjektive Verarbeitung möglich macht. Dazu ist Diskussionsbereitschaft notwendig. Die bisherigen Leistungen der PDS reichen dazu nicht aus, obwohl sie in mehrfacher Hinsicht von der Problemstellung betroffen ist: Politisch und moralisch in ihrer Verantwortung aus der Geschichte der SED heraus, in ihrer Verpflichtung gegenüber den Opfern des MfS und gegenüber jenen

ehemaligen MitarbeiterInnen des MfS - besoldeten und informellen -, die heute Mitglieder der PDS sind. Auch das innere Klima in der PDS entspricht nicht den Bedingungen einer aufklärerischen Diskussion über die Stasi. Das zu ändern ist Gegenwarts-Herausforderung.

Was bleibt und Mensch sich nicht rauben lassen darf, ist der Kampf um eine repressionsarme Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Geheimdienste und Spitzelsysteme. Zu ähnlich sind die Strukturen und Wirkungsweisen von Stasi, BND und Verfassungsschutz, CIA und MAD oder wie all die geheimen Dienste heißen mögen. Mit einer demokratischen Gesellschaft sind sie nicht in Übereinstimmung zu bringen. Dazu haben allerdings Bundestagsparteien, die auf Geheimdienste weiter setzen, wenig einzubringen.

24. Gedanken über Hindernisse

von Ursula Goldenbaum

Autor: Ursula Goldenbaum · Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:39

Es war merkwürdig und bemerkenswert zugleich, als der ehemalige Stasi-Oberstleutnant K. Zeiseweis bei der Diskussionsveranstaltung der "anderen" davon sprach, er habe erst jetzt gelernt, wie wichtig Toleranz sei, daß man verstehen müßte, warum andere anders denken. Diese seine neue, gleichwohl späte Erkenntnis war das Ergebnis der bitteren Erfahrung der Ablehnung, der Ausgrenzung, des Hasses durch die Bürger seit dem Herbst 1989. Zuvor war in seinem Weltbild kein Platz für Fragen nach dem Warum, gegenüber "Oppositionellen" galt nur die selbstverständliche Überzeugung "Solche Menschen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft". Folgerichtig war man froh, wenn Unverbesserliche das Land verließen, oder man machte ihnen das Leben so unerträglich, sperrte sie ein, so daß sie endlich gingen.

Dieses Weltbild prägte nicht nur das Denken der Stasimitarbeiter, sondern auch das der meisten SED-Mitglieder. Natürlich hatte man es seltener mit "Staatsfeinden" zu tun, aber das Andersdenken stand auch hier unter Verdikt. "Mangelnde politische Reife" war ein Argument, das schnell über die Lippen kam, wenn Kritik an der Politik der Partei- und Staatsführung geäußert wurde, oder Kritik an anderen Leitungsstrukturen, und es war hinreichend, für Leitungsfunktionen, für Tätigkeiten mit Öffentlichkeitscharakter (Journalist, Lehrer, Hochschullehrer, Autoren aller Art) als nicht mehr tragfähig zu gelten, Berufsverbot, Publikationsverbot und Lehrverbot zu erhalten. Und wenn das so war, dann wurde das von der Mehrheit auch der SED-Mitglieder akzeptiert, ohne zu fragen, was das für die Menschen, auch für ihre Familien, ihre Kinder in den Schulen praktisch bedeutete an Ausgrenzung bis dahin, daß Freunde sich nicht mehr sehen ließen - denn der Abweichler hatte sich ja von ihnen getrennt, indem er anders dachte. Es war die Selbstverständlichkeit des Rechthabens, der Anspruch einer Übereinstimmung mit dem weltgeschichtlichen Fortschritt, der jedes Nachfragen, Mitgefühl mit den Betroffenen ins Abseits stellte (ich werde nie die Leserbriefe nach der Ausweisung von Wolf Biermann im ND vergessen) und die Frage, wieviel Verbitterung, wieviel Haß, wieviel menschliche Enttäuschung durch diese Denkweise in all den Jahren gesät wurde, gar nicht zuließ.

Jetzt, seit dem Herbst 1989, werden wir nun überflutet von all der in Aggressivität verwandelten, angestauten Angst und der Wut, die aus der langjährigen Ohnmacht kommt, sich zu wehren. Und am meisten trifft es die Stasimitarbeiter, denn sie haben selbst den heimlichen Widerstand, die heimlichen Gespräche noch zum Gegenstand ihrer Überwachung gemacht, wenn sie ihrer selbstgerechten Denkweise widersprachen. Jetzt werden die SED-Mitglieder ausgegrenzt, und am meisten die Stasimitarbeiter, und da das geschieht, erlebe ich einen Aufschrei der Empörung, das sei nicht auszuhalten und nicht hinzunehmen. Man finde keine Arbeit, das habe es in der DDR nicht gegeben. Nein? Eine Freundin von mir hat Ende der siebziger Jahre einen italienischen Kommunisten geheiratet, und fand als Diplomphilosophin seit ihrer Antragsstellung keine Arbeit mehr, bis sie nach einigen Jahren ausreisen konnte. Ein Beispiel. - Warum können wir nun nicht aushalten, was wir anderen zumuten konnten?

Ich bin keineswegs der Meinung, daß ein Staat, der sich rechtsstaatlich nennt, jetzt im Recht sei, wenn er Gleiches mit Gleichem vergilt. Ich wehre mich gegen pauschale Berufsverbote gegen Lehrer ab bestimmten Funktionen, ich halte Entlassungen von Stasimitarbeitern, die im Winter 1990 schon als Ehemalige der Forderung nachkamen, in die Produktion zu gehen oder überhaupt eine Arbeit zu verrichten, für kontraproduktiv im Sinne der Aufarbeitung. Aber ich habe kein Verständnis für das jetzt laut werdende Selbstmitleid. Zu allen Klagen, die ich jetzt immer wieder höre, von Stasimitarbeitern und SED-Mitgliedern, wir werden ausgegrenzt, unsere Kinder werden in der Schule abgelehnt, Freunde, Verwandte sprechen nicht mehr mit uns, wir finden keine Arbeit, wir haben bei Behörden Nachteile, fällt mir immer nur ein, das alles haben wir doch selber gemacht, mit anderen. Diese Erkenntnis fehlt mir bei den meisten der Protestierer gegen Berufsverbote und darum fehlt auch die Scham, und vor allem das Nachdenken über die eigene jahrelange selbstgerechte Intoleranz.

Und darum war mir die späte Erkenntnis des K. Zeiseweis ein bemerkenswertes Zeichen, daß da jemand nicht in Selbstmitleid verfällt,im Schmollwinkel alle Vorwürfe abblockt und verbittert ist, sondern den schmerzhafteren Weg gegangen ist und noch geht, die Ausgrenzung und den Haß annimmt als ihn betreffend, nach den Ursachen fragt und damit seine ganzen bisherigen Überzeugungen in Frage stellt.

Vor einem Jahr noch wäre ich entschieden gegen die Veröffentlichung der Listen gewesen, weil ich die damit verbundenen Gefahren sehe. Aber angesichts einer zunehmenden Flucht von Ehemaligen, SED-Mitgliedern und Stasimitarbeitern, in die Abwehrhaltung, ich persönlich habe doch gar nichts Schlimmes zu verantworten, mich trifft der Volkszorn zu Unrecht, kann ich nur fordern, den Volkszorn zu akzeptieren, ihn anzunehmen und zu fragen, wie weit jeder dazu beigetragen hat mit dem ewigen Besserwissen über den Gang der Geschichte. Jeder Einzelne sollte sich das fragen.

Von der anderen Seite, von den früheren Opfern, bleibt zu hoffen, wenngleich nicht selbstverständlich zu erwarten, daß sie die Toleranz aufbringen werden, an einer produktiven Aufarbeitung teilzunehmen, zu verstehen, mit welchen Motiven Leute zur Stasi gingen, was nicht bei allen die Gehälter waren. Ich glaube, daß es vielen schwer fällt, zu verstehen, daß auch sehr viele Stasimitarbeiter und SED-Mitglieder ehrliche Überzeugungen und Gründe hatten, die sie zu ihrer Unfähigkeit zur Toleranz und Akzeptanz führten. Ich begreife die Emotionen, die dieses Verständnis erschweren, aber alles verstehen heißt nicht, alles zu verzeihen. Und sehr hoffe ich, daß die früheren Opfer, die jetzt Abgeordnete oder Bezirksräte o.a. sind, nicht der Gefahr der gleichen Überhebung unterliegen, der viele Opfer der Nazis oder ihre Kinder in den 50er Jahren unterlagen. Sie hatten Widerstand geleistet, die Masse der Bevölkerung war feige und opportunistisch, und die Nazis unterschiedslos die Feinde und Verbrecher, - damals waren die Antifaschisten die einzige moralische Kraft, und doch wurde der Kredit bald verspielt.

Aber vielleicht, so überlegte K. Zeiseweis laut, vielleicht ist Macht mit Toleranz überhaupt nicht vereinbar.

25. Rechts Schwenk Marsch. Rechtsradikalismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR

Autor: Hagen Crszyczek · Rubrik: Wiedervereinigung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:47

Im Vorfeld des 20. April 1991 - nicht nur für Neonazis immer noch "Führers Geburtstag" - überschlugen sich die Gerüchte. Antifa-Gruppen aus Dresden befürchteten eine bundesweite Mobilisierung der rechtsradikalen Szene für ein Treffen in ihrer Stadt. Der Spiegel berichte von polizeilichen Erkenntnissen über "einen Sternmarsch der Rechten nach Dresden". Schon einige Wochen zuvor titelte die andere (Ostberlin) "Dresden - neue Hauptstadt der ‚Bewegung`?" Auch wenn der befürchtete Aufmarsch nicht stattfand, das Thema Rechtsradikalismus war angelegentlich dieses Datums wieder in aller Munde.

Das makabre Jubiläum ist vorübergegangen, ohne daß es zu spektakulären Auseinandersetzungen gekommen ist. Das Erstaunen über diesen Umstand, das in den Tagen danach die Gazetten füllte, ist nur gespielt und verharmlost, wieviel tatsächlich "passiert" ist.

Am Anfang steht der Trotz

Daß Jugendliche sich zunehmend an rechtsradikalen und neofaschistischen Ideen orientieren, ist in der ehemaligen DDR keine neue Erscheinung, also nichts, was man mit dem Öffnen der Mauer in eine ursächliche Verbindung bringen könnte. Spätestens seit dem Überfall von Skinheads auf die Zionskirche in Berlin im Oktober 1987 war dieses Thema auch in der alten DDR nicht mehr totzuschweigen. Während die offizielle Presse aber als Hauptursache den übermäßigen Genuß des Westfernsehens ausgemacht hatte, stand in den Umweltblättern, daß sich die Aktivisten der Berliner Umweltbibliothek plötzlich in die Rolle gedrängt sahen, "das stete Defizit einer Jugendszene an Lebensgefühl (...) zu befriedigen. Erschreckend brach in die Welt (der Friedensbewegten - d.A.) die irrationale Realität des Landes herein." Wurzeln faschistoider Organisationen liegen auch in der DDR in der Skinheadbewegung, deren Anfänge in das Jahr 1981 zurückreichen. Bis heute ist die Gruppe der militanten Fußballfans auch das wichtigste Rekrutierungsfeld für derartige Vereine und Parteien geblieben. Was als Protest gegen das herrschende System beginnt, wird schon bald mit einer ethischen, an den "guten deutschen Werten" ausgerichteten Grundlage versehen. Dazu kommt die Provokation gegen ein zentrales Dogma des Weltbildes à la DDR: den ausgestellten und institutionalisierten Antifaschismus. Die Gesellschaft schweigt diesen Protest tot und reagiert ansonsten restriktiv: als eine der ersten Maßnahmen werden zum Beispiel die Innenstädte für derartige Jugendliche gesperrt, die FDJ-Jugendklubs bleiben ihnen verschlossen. Doch bei diesen rechtsradikalen Jugendlichen handelte es sich nicht um schlichte Gemüter, die in der stillen Kammer Hitler lesen und dann auf die Straße stürzen, um Bürger zu schrecken. Es handelte sich im Gegenteil um junge Leute, die sehr wohl in der Lage waren, gesellschaftliche Zusammenhänge zu analysieren, strategisch zu denken und situationsbedingt zu handeln. Um der zunehmenden Repression zu entgehen, meldeten sich zum Beispiel viele freiwillig für den längerdienenden Wehrdienst. In den Offiziersschülerklassen der Betriebsberufsschulen war der Anteil rechtsradikaler Jugendlicher überdurchschnittlich hoch.

Dies ist kein Widerspruch, denn es gibt eine neue Qualität in diesem Jugendprotest: in seinen moralischen Orientierungen kolportiert er die in der ostdeutschen Gesellschaft in der gesamten Honecker-Ära propagierten Wertemodelle. Die Jugendlichen finden sich in ihrem Protest gegen den Staat in seltsamer Übereinstimmung mit dem Wertekanon, den auch ihre Eltern leben. Die spießige Kleinbürgerlichkeit des "realexistierenden Sozialismus in den Farben der DDR" zeigt im Verhalten eines Teils der Jugend ihre gewalttätige Fratze.

Kontakte zu entsprechend orientierten Jugendgruppen in Westberlin waren schnell geknüpft. Kleinster gemeinsamer Nenner war zunächst die Fußballbegeisterung. Die ideologische, rechtsgerichte Beeinflussung kam dann quasi automatisch. Bereits 1985 schrieb der Aktivist der Nationalistischen Front (Hauptsitz bei Bielefeld) und Mitglied des Herta-Fanclubs "Endsieg", Andreas Pohl, in "Klartext", dem Informationsblatt der NF, vom "festen Bündnis der Freundschaft, das sich leider, bedingt durch die Mordmauer, nur in Besuchen unsererseits ausdrückt".

So sind die Überfälle auf das Punk-Konzert in der Zionskirche nur logische Folge einer Entwicklung. Angenommen werden muß, daß staatlichen Stellen der DDR dieses Aufblühen von Gruppen sich rechtsradikal

orientierender Jugendlicher nicht einmal ungelegen kam. Auf diese Art waren im weitestens Sinne "links"oppositionelle Jugendliche wirksamer und besser im Zaum zu halten, als durch massiven Einsatz offen repressiver Mittel. Für diese Annahme spricht einmal die soziale Herkunft vieler Skinheads: In Berlin (aber nicht nur dort) kommen überproportional viele aus Familien, in denen die Eltern entweder in Sicherheitsapparat oder direkt im Parteiapparat Funktionen bekleideten. Zum anderen erfüllten die Auseinandersetzungen zwischen "linken" und "rechten" Jugendlichen auch die Kriterien der MfS-"Richtlinie Nr. 1/76 zur Bearbeitung Operativer Vorgänge: (...) Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung der feindlich-negativen Handlungen ..." Diese Richtlinie ist besser bekannt unter dem Kürzel "Zersetzung".

Nachdem nichts mehr totzuschweigen war, wurde es in bewußter Verdrehung der Tatsachen als Erfolg gefeiert, daß der "antifaschistisch-demokratische Schutzwall" die Neonazis aus dem Westen fernhielt.

Der Staat reagierte gegenüber seinen ungeliebten Kindern mit drakonischer Härte: Haftstrafen von bis zu vier Jahren wurden gegen die ermittelten Gewalttäter verhängt. Darüberhinaus versuchte man, die durch die Öffentlichkeit peinliche Sache unter den Teppich zu kehren, indem politische Motive gar nicht erst erwähnt wurden. Polizeiliche Arbeitsgruppen, die in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis kamen, daß es sich bei dem Rechtsradikalismus von DDR-Jugendlichen um ein in oben skizzierter Form "genuines DDR-Problem" handele, wurden kurzerhand aufgelöst.

Neofaschistische Avantgarde

Während sich alle anderen politischen Parteien und Gruppen im letzten Sommer darum schlugen, durch irgendeinen Winkelzug in den neuen Reichstag einzuziehen, hatten sich Neofaschisten und Ultrarechte schon seit Anfang des Jahres darauf verlegt, durch organisatorische Neugründungen in der damaligen Noch- DDR ihre politische Basis zu verbreitern. Das galt jedoch nicht nur für die verschiedenen Organisationen der Altnazis - in Sachsen-Anhalt gründeten sich die "Mitteldeutschen Nationaldemokraten", die sich ganz offen als Parallelorganisation der NPD deklarierten - vor allem die Aktivisten aus dem näheren Umfeld der Kühnen-Connection wurden in der DDR aktiv. Die einfallenden Heerscharen aus Westdeutschland und Österreich fanden um die Jahreswende 89/90 in der DDR denkbar fruchtbaren Boden vor. Aus den Skinheadgruppen waren in den großen Städten straff organisierte "Fascho"gruppen geworden, die größere öffentliche Ausschreitungen weitestgehend vermieden. "Harte Kerne" steuerten taktische Plänkeleien auf der Straße und generalstabsmäßige Überfälle auf Opfer. Hinzu kam, daß viele der in den Jahren zuvor zu Gefängnisstrafen verurteilten jungen Rechten um die Jahreswende aus der Haft entlassen worden waren.

Doch die "Herausforderung DDR", die Aufgabe, auf der Grundlage dieser lose miteinander verbundenen "Fascho"gruppen tragfähige rechtsextreme Strukturen zu entwickeln, zwang die westdeutschen Neofaschisten zu neuen strategischen und ideologischen Modellen. Die "Wiedervereinigung" erfolgte dann auch mit aller logistischer und personeller Macht, die das neofaschistische Lager Westdeutschlands aufbringen konnte. Im ersten Halbjahr 1990 war Ostberlin der Hauptschauplatz des Geschehens. Hier wurde Anfang Februar die Nationale Alternative (NA) als erste rechtsextreme Partei der DDR gegründet - und unter der Registriernummer 39/90 ordnungsgemäß ins Parteienregister eingetragen. Grundlage dieser Partei bildete der "Arbeitsplan Ost" Michael Kühnens vom 21. Januar 1990. Das darin entwickelte Konzept einer Deutschen Alternative Mitteldeutschland als Parallelorganisation der in der Bundesrepublik schon seit dem 5.5.89 bestehenden rechten Sammlungspartei Deutschen Alternative (DA) ließ sich in der DDR jedoch wegen Bestimmungen des Parteiengesetzes nicht sofort umsetzen, so daß die NA als Ausweichgründung von Anfang an eine Interimslösung war. So folgte dann das Parteiprogramm der NA auch mit wenigen Änderungen wörtlich dem Programm der DA (West). Ortsverbände dieser DA waren ohnehin schon bereits im Dezember 1989 in Dresden, Cottbus, Rostock und Westberlin gegründet worden, die Partei konstituierte sich am 16.3.90 als DA Mitteldeutschland in Westberlin.

Neben diesen, zunächst mehr oder weniger im Verborgenen ablaufenden organisatorischen Vorgängen erlebte Ostberlin Anfang 1990 eine Welle der Gewalt von rechts, die dann auch für viele Schlagzeilen sorgte. Angriffsziel waren von Anfang an die besetzen Häuser, zunächst im Stadtbezirk Prenzlauer Berg - hier liegt auch das Heimstadion des Stasi-Clubs BFC (jetzt FC Berlin) - und später dann im Stadtbezirk Friedrichshain. Darüberhinaus vertrieben sich die jungen Rechtsradikalen die Zeit mit der Suche nach vergrabenen Naziorden, deren Verkauf in Westberlin bald zu einer lukrativen Einnahmequelle für das von der NA besetzte

Haus in der Weitlingstraße 122 im Stadtbezirk Lichtenberg wurde. Außerdem wurde intensiv die auch schon vor der sogenannten "Wende" betriebene Suche nach alten Wehrmachtswaffen fortgesetzt. In früheren Jahren wurde bei den Aktivisten der rechtsradikalen "Bewegung" made in GDR unter anderem sichergestellt: 2 Maschinengewehre, 5 Karabiner, 2 Maschinenpistolen, 2 Handgranaten, eine nichtgenannte Zahl Panzerfaustköpfe sowie unzählige Mengen Munition.

Gehortet wurde dieses Zeug in dem bereits erwähnten Haus, das die jungen Nazis in Lichtenberg besetzt hatten. Dieses Haus, von dem einer der ideologischen Anleiter - Gottfried Küssel, "Bereichsleiter Ostmark" der VAPO, einer österreichischen Parallelpartei der westdeutschen FAP, und Intimus Michael Kühnens - sagte, es sei "ein Fanal für ganz Deutschland", war unbestritten die Zentrale der Rechtsradikalen in der Noch- DDR. Dort befand sich im Frühjahr und Frühsommer die Parteizentrale der NA, dort gingen namhafte Rechtsextremisten Westdeutschlands ein und aus. Dazu gehörten unter anderem Kurt Hofinger (österreichische NSDAP/AO), vor allem aber die Kader der Nationalen Liste (NL) aus Hamburg wie Christian Worch und Thomas Wulff ("Steiner"). Die NL hatte den logistischen Aufbau der organisatorischen DDR-Ableger zu gewährleisten, während Kader der VAPO (Küssel und Günter Reinthaler, "Gauleiter Salzburg") die ideologische Schulung durchzuführen hatten und darüber wachten, daß die "Kameraden in Mitteldeutschland" nicht vom "rechten" Weg abwichen. Zu den Besuchern zählten aber auch Michael Kühnen selbst, sowie Gerry "Rex" Lauck von der amerikanischen NSDAP/AO. Oliver Schweigert, führender FAP'ler aus Westberlin zog gänzlich in der Weitlingstraße ein und übernahm schließlich auch leitende Funktionen in der NA. Darüber hinaus bestehen aber auch Kontakte zur ANS/AO, über die Deutsch-Nationale Arbeitsgemeinschaft (DNA) zur NPD, zum Movimento Sociale Italiano (MSI - italienische Neofaschisten), zum Hauptschulungsamt Wotans Volk geleitet von Arnulf Winfried Priem aus Westberlin. Sowohl von den REPUBLIKANERn als auch von der DSU gab es Angebote zur Zusammenarbeit mit den jungen Rechtsradikalen aus der Weitlingstraße.

Die Bedeutung der "Hausbesetzung von rechts" liegt aber auf einer anderen Ebene. Erstmals wurden hier nicht mehr alte Strukturen in modifizierter Form wiederholt, sondern Modelle aus der linksalternativen Szene direkt aufgegriffen. Konkret bedeutet dies erstens die Übernahme alternativer Wohn- und Lebensformen, die bisher von Rechtsextremen heftig bekämpft wurden. Zweitens wurden bewußt Versatzstücke der aktuellen politischen Entwicklung in der DDR nach den Oktobertagen in die eigene Strategie eingebaut. Durch die bewußte Aufnahme unorthodoxer Lebensformen und das veränderte Vokabular der politischen Agitation ergaben sich aber zwangsläufig auch veränderte Methoden der Rekrutierung potentieller "Mitkämpfer". So führte das Projekt eines besetzten Hauses folgerichtig zu einer Identifizierung und Solidarisierung innerhalb der "Szene". Andererseits erhöht sich natürlich die Tarnung der eigentlichen politischen Arbeit. Nach außen hin war man Hausbesetzer wie andere Hausbesetzer auch. Nach innen schaffte man den nötigen Freiraum für den Aufbau tragfähiger Strukturen.

Wie sehr dieses Konzept aufging, beweisen die sich über Monate hinziehenden Schwierigkeiten des Rates des Stadtbezirkes und des Magistrates bei der Bewertung der Vorgänge in und um das Haus herum. Über die Kreise von AntifaschistInnen hinaus bekannt wurden das Haus und seine Bewohner überhaupt nur durch einen großangelegten "Sturm" der Diestel-Polizei Ende April 1990. Doch das Ergebnis war eher niederschmetternd. Außer daß sich alle möglichen Gazetten auf die Neonazis stürzten und ihnen auf diese Art einen Popularitätsschub ungeahnten Ausmaßes verschafften, änderte sich gar nichts. Ein zumindest vorläufiges Ende gesetzt hat dem Spuk in Ostberlin erst eine große Demonstration von AntifaschistInnen im Stadtbezirk Lichtenberg im Juni 1990. Mittlerweile steht das Haus in der Weitlingstraße wieder leer, wiewohl es immer noch zu konspirativen Treffs von Neonazis herhalten muß.

Statthalter in den Provinzen

Im Herbst 1990 trafen, zumindest in Berlin, zwei Dinge zusammen.

Einerseits war die antifaschistische Gegenwehr inzwischen so stark geworden, daß die Rechtsradikalen nicht mehr "in aller Stille" ihre Strukturen aufbauen konnten. Zum anderen hatte die NA ihre Funktion verloren, nach dem die "DA Mitteldeutschland" ordnungsgemäß angemeldet worden war.

In der Folge verschoben sich die Schwerpunkte rechtsradikaler Aktivitäten auf dem Gebiet der DDR mehr und mehr in den Osten und Südosten des Landes. Entlang der Grenze zu Polen wurden in größeren Städten wie Frankfurt/Oder oder Cottbus die Aktivitäten verstärkt. Neues Zentrum der "Bewegung" aber wurde Dresden.

Die Chronik der Gewalt in der Elbstadt läßt sich weit zurückverfolgen. Schon seit April 1990 verging in der Hauptstadt Sachsens kein Wochenende, an denen es nicht zu Überfällen auf Alternativ-Cafes, Ausländerwohnheime, "Linke", Passanten gekommen wäre - seit Oktober fanden derartige Übergriffe fast täglich statt. Dabei nahm die Brutalität kontinuierlich zu und eskalierte schließlich im Gebrauch von Waffen. So wurden bei der Erstürmung und Totalverwüstung eines besetzten Hauses mehrere scharfe Schüsse aus einer Kleinkaliberwaffe abgegeben. Andere Hausbesetzer Dresdens gaben aus Erschöpfung durch den permanenten Terror von rechts ihre Häuser von selbst auf. Berliner Aktivisten der NA und ihre westdeutschen Betreuer waren häufig in Dresden mit von der Partie. Das offizielle Signal für die rechtsradikale Szene Deutschlands, ihre Aktivitäten von nun an verstärkt auf Dresden zu verlegen, war der von Michael Kühnen und Gottfried Küssel geführte Aufmarsch von rund 500 Neofaschisten am 20. Oktober in Dresden.

Daß sich in Dresden die Neonazi-Prominenz, neben den schon genannten auch der berüchtigte Wehrsportgruppen-Hoffmann und Christian Worch (NL), aber auch Schlägertrupps aus Schwaben und Norddeutschland ein Stelldichein geben, ist bei der Ausgangslage nicht weiter verwunderlich. Zu dem an sich schon großen, einheimischen rechtsradikalen Potential kommt eine mit solchen Problemen vollständig überforderte Stadtverwaltung und eine durch extremen Personalmangel im Grunde nicht vorhandene Polizei. Der Oberbürgermeister von Dresden, Wagner (CDU), war sich nicht zu schade, nach dem Aufmarsch (der genehmigt worden war) zu erklären, man hätte ja nicht gewußt, um wen es sich da handele: Angemeldet worden sei die Veranstaltung schließlich von einer Initiative für Deutschland, nicht von der DA.

Wie schon erwähnt, war Dresden bereits in Kühnens "Arbeitsplan Ost" als Zentrale für die DA vorgesehen. Im November 1990 wurde der Versuch unternommen, nach dem Debakel in der Berliner Weitlingstraße nun in Dresden ein sogenannten "Braunes Haus" zu installieren. Die von Nazi-Skins unternommene Besetzung wurde aber von der Polizei beendet. Im Januar 1991 wurde die Funkkommunikationszentrale der DA nach Dresden-Cotta verlegt, so daß davon ausgegangen werden kann, daß sich einstweilen das "Zentrum der Bewegung" tatsächlich in Dresden befindet.

Parallel zum Organisationsaufbau quasi "etablierter" neofaschistischer Organisationen der alten DDR fanden auch in Dresden jede Menge Neugründungen statt. Mittlerweile tummeln sich in der Stadt der Verband der sächsischen Wehrwölfe (VdSW), der Jungsturm (JS), der Nationale Widerstand Deutschlands (NWD) und auch zwei Wehrsportgruppen: die Schutzstaffel Ost (SS-O) und die Wehrsportgruppe Hans Joachim Peiper, benannt nach dem gleichnamigen SS-Führer. Zentrale Figur der einheimischen rechtsradikalen Szene ist Rainer Sonntag.

Die mittlerweile auch in der Ex-DDR zu beobachtende Vielfalt rechtsradikaler Gruppen und Organisationen läßt Zersplitterung, Rivalität und Sektierertum vermuten, doch dies wäre ein gefährlicher Irrtum. Wie auch schon früher in der BRD sind die Organisationen untereinander durch Doppel- und Dreifachmitgliedschaften vernetzt. Es sind also vielmehr Teile einer einheitlichen Bewegung an Stelle der verbotenen NSDAP, wobei die parteiähnlichen Strukturen die SA ersetzen und die Wehrsportgruppen die SS.

Die nächste Etappe

Zum Jahreswechsel 90/91 erreichte die Welle der Gewalt in Dresden ihren ersten Höhepunkt. Alternative Cafes werden angegriffen und verwüstet, Anwohner mit Leuchtkugeln beschossen, eines der Cafes geht in Flammen auf, so daß die Bewohner des Hauses durch die Feuerwehr evakuiert werden mußten.

In der Folge werden auch in Dresden die Antifa-Gruppen stärker. Unter anderem der von den Dresdner Antifas ausgehenden Mobilisierung ist zu danken, daß es am 20. April nicht zu dem befürchteten Aufmarsch in der Elbstadt gekommen ist.

Doch Antifa-Arbeit funktioniert auch in Dresden noch hauptsächlich als Reaktion auf neofaschistische Gewalt. So kommt es, daß ungeachtet des wachsenden Widerstandes die organisatorische Reform des neofaschistischen Lagers begonnen hat. Neu auf den Plan getreten ist die Nationale Offensive (NO), über die sich zur Zeit nur sagen läßt, daß sich unter diesem Dach viele alte Mitglieder der NA wieder versammelt haben. Höchstwahrscheinlich handelt sich um einen weiteren Versuch, die ultrarechten Kräfte zusammenzufassen und die internen Streitereien zu überwinden. Die Aktivisten der Berliner NA - in den letzten fünf Monaten war die Gruppierung in die vollständige Bedeutungslosigkeit zurückgefallen - planen, da die Reorganisation offenbar zu schwierig ist, ebenfalls eine Neugründung für den Berliner Raum, von der zu

erwarten ist, daß auch sie Bündnischarakter haben wird. Abzuwarten bleibt, ob der Tod Michael Kühnens sich hemmend auf die gesamtdeutschen Sammlungsbewegungen auswirken wird. Entscheidend wird sein, wer sein politisches Erbe antritt.

In der ehemaligen DDR ist aber auch eine weitere Tendenz zu beobachten. Mehr und mehr bilden sich Gruppen von Rechtsradikalen in Klein- und Mittelstädten. Bekannt sind solche Gruppen mittlerweile in Jüterbog, Königs Wusterhausen, Treuenbriezen, Rathenow, Oranienburg, Neustrelitz, Schwedt, Hoyerswerda, Spremberg, Halberstadt, Stadt Roda, Saalfeld und Glauchau. Hier handelt es sich meist um sehr junge Leute - aus der Altersgruppe der 14 bis 18jährigen -, die Ortsgruppen der Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands (FAP) oder der Nationalistischen Front (NF) bilden, oder lose Verbände von 30 bis 50 Mitgliedern mit einem harten Kern von 10 bis 15 Leuten bei relativ großer Fluktuation. Daneben gibt es aber auch auf dieser Ebene neue Parteigründungen, so zum Beispiel die Deutsche Volkspartei in Arnstadt oder den Deutsch-Nationalen Bund/Völkischer Bund in Eberswalde-Finow. Nicht alle diese Gruppen und Grüppchen sind schon als ausgesprochene Rechtsradikale zu bezeichnen. Doch werden bereits aus einer rechtsorientierten Motivationslage heraus Straftaten begangen, besonders gegen Ausländer. Die Situation ist vor allem auch deswegen prekär, weil in derartig kleinen Städten die Polizei fast vollständig zusammengebrochen ist, Straftaten also gar nicht erst verfolgt werden. Von organisierten AntifaschistInnen auf dieser Ebene ganz zu schweigen. Auf der anderen Seite sind es gerade diese Kommunen, die als erste und in viel stärkerem Maße dem wirtschaftlichen und in der Folge dem sozialen Bankrott erliegen. Niemand kann dort den entwurzelten Jugendlichen so schnell und so umfassend eine neue Orientierung und einen, wenn auch scheinbaren, Halt geben, wie die Demagogen aus dem ultrarechten Lager. Im Kontext eines allgemeinen Rechtsruckes der gesamten deutschen Gesellschaft bekommen diese Erscheinungen eine neue Qualität.

Ob die Organisierung der antifaschistischen Selbsthilfe, letztlich ohnehin das einzige Mittel, auf neofaschistische Aktivitäten zu reagieren, schnell genug erfolgen kann, wird entscheidend sein für den weiteren Verlauf der Entwicklung.

Hagen Crszyczek

Der Autor lebt in Berlin (Hauptstadt der ehemaligen DDR) und arbeitet u.a. in antifaschistischen Zusammenhängen

26. Schiller über alles. Die LaRouche-Connection

Rubrik: Golfkrieg; Rechtsradikale, Altnazis; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:36

Die gegen den Golfkrieg entstandene Friedensbewegung bot der radikalen Linken ausreichend Stoff für Kritik und auch Gelegenheit für internen Streit. Bislang wenig beachtet wurde, daß sie auch ein Tummelbecken für die "Friedens"-Aktivitäten von zahlreichen reaktionären Politsekten und -Parteien wie dem Bund gegen Anpassung oder der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) war. Anders als Gruppierungen der Neuen Rechten bzw. der militanten Neofaschisten-Szene, die ihre Anti-Kriegs-Rhetorik ihrem gewohnten Klientel verkauften, gingen oben Genannte direkt in der Friedensbewegung auf Dummenfang.

Bei diesem Geschäft hervorgetan hat sich eine international agierende, straff organisierte Gruppe, die viele Tarnnamen und mit dem US-Faschisten Lyndon LaRouche einen "Führer" besitzt. Im Rahmen der Friedensbewegung gelang ihnen, was einem Schönhuber nicht erlaubt worden wäre: Sie konnten offen mitdemonstrieren und ihre antisemitische, faschistische Ideologie verbreiten.

Bereits im Herbst `90 tauchten sie in den Fußgängerzonen auf, verteilten Flugblätter und sammelten Unterschriften "gegen den Krieg". Das eine Mal traten sie als Schiller-Institut, dann wieder als Patrioten für Deutschland, seltener als Europäische Arbeiterpartei/EAP oder mit einer Neuschöpfung als Komitee Americans Against the War/AAW (nicht zu verwechseln mit einer linken Organisation, die sich Americans for Peace nennt), manchmal auch als Club of Life auf. Doch egal wie sie sich jeweils nannten, immer war auch dieselbe Zeitung an ihren Ständen zu finden: die Neue Solidarität. Ganz spezielle "Friedensfreunde" waren hier am Werk. Fungiert diese Zeitung doch als das inoffizielle Zentralorgan eines eng verflochtenen Netzes von Organisationen, Vereinen und Firmen. Während dieses Geflecht mit einem Begriff, egal ob Sekte, faschistische Partei oder Nachrichtendienst, immer nur unvollständig zu fassen ist, haben alle Unterorganisationen als Gemeinsamkeit, daß sie sich eng auf einen Mann, den US-Faschisten Lyndon LaRouche beziehen (1). Welche Gründe die - im folgenden LaRouchies - genannten hatten, in der hiesigen Friedensbewegung Fuß zu fassen, und mit welchen Inhalten und Methoden sie dies versuchten, soll hier dargestellt werden. Es war für sie nicht schwer, in der diffusen Bewegung auf Dummenfang zu gehen.

Ungehindert konnten sie auf der zentralen Demo in Bonn, wie schon zuvor bei zahlreichen lokalen Aktionen, mit ihren Transparenten mitlaufen, Infostände machen und mit Flugblättern in sehr hohen Auflagen für sich werben. In den Pamphleten, die übrigens gezielt in Universitäten verteilt wurden, werden die Angesprochenen, in einem an US-amerikanische Kampagnen erinnernden Stil, zunächst aufgefordert, bei verschiedenen Regierungsstellen der BRD und der USA telefonisch zu protestieren und weitere Unterschriften zu sammeln. Für Interessierte gab es Einladungen zu Veranstaltungen, die in mehreren Städten der alten und neuen Bundesländer organisiert wurden. Ein zentrales Seminar, hochtrabend "Gesamteuropäische Konferenz - Frieden durch Entwicklung" genannt, fand dann am 1.-3. März 91 in Berlin statt. Ihre Versuche, direkt in die Friedensbewegung hineinzuarbeiten, sind lokal unterschiedlich verlaufen. So wurden sie, die gerade in Bayern sehr aktiv waren, auf einer Demonstration in München von der Demo-Leitung als Faschisten denunziert, und der Stand der "Patrioten" von aufmerksamen Antifas umstellt. Verschiedentlich erschienen Gegenflugblätter, die auf den Charakter der Gruppierung aufmerksam machten. In Berlin mußten die Späher des Schiller-Institutes, nachdem sie versucht hatten, dem AusländerInnen-Referat des AStA der FU ihre Teilnahme an Veranstaltungen zum Golfkrieg anzubieten, erfolglos abziehen. Dagegen gelangen ihnen auch gewisse Erfolge, z.B. als sie auf einer Podiumsdiskussion verschiedener Parteien in Wiesbaden im Januar weiterreden durften, obwohl sie enttarnt worden waren, oder als sie in Plauen in einer eher linken Kneipe tagen konnten. In Bonn konnten sie wochenlang ungestört eine "Mahnwache" an der Bannmeile abhalten. Nach ihren eigenen Angaben konnte eine Vertreterin der "Amerikaner gegen den Krieg" in Erfurt auf einer Kundgebung vor 5000 Menschen sogar einen Redebeitrag halten.

Manche gutgläubig gegebene Unterschrift dürften die LaRouchies schon allein dadurch erhalten haben, daß sie in einigen Städten die Ersten waren, die zum Golfkrieg aktiv wurden. Den wenigsten ihrer "Opfer" wird wohl klar gewesen sein, wem sie da eine Unterschrift leisten. Mit welchen inhaltlichen Aussagen konnten sie sich in der Friedensbewegung bewegen ? In ihrer Zeitung und in den inhaltsgleichen, aber etwas "softer" gehaltenen Flugschriften ihrer diversen Tarnorganisationen findet sich neben oberflächlicher Anti-Kriegs-Rhetorik, an die

Friedensbewegung angelehnte Forderungen, ein bißchen Verschwörungstheorie und immer einige Elemente der Ideologie von LaRouche. Diese Mischung von Halbwahrheiten und Paranoia erschwert zwar eine kritische Darstellung, hat aber bei diesen Leuten eben gerade Methode.

Mit dem Papst (und LaRouche) gegen das anglo-amerikanische Establishment

Auf den ersten Blick ähneln ihre Texte den Aufrufen und Flugblättern der Friedensbewegung: Da wird der sofortige Truppenrückzug der US-Army gefordert, ein Waffenstillstand verlangt, an die zahllosen Opfer dieses Krieges erinnert und schließlich mit Horrorszenarien ("Vernichtung von 20 - 25% der Weltölproduktion - Ausweitung zum Weltkrieg (...) -Wirtschaftsdepression bei uns") an Ängste appelliert, die während des Krieges massenhaft verbreitet waren. Neben Forderungen wie "Eine arabische Friedenskonferenz zur diplomatischen Lösung der Krise", mit der die idealistischen Hoffnungen vieler Friedensbewegten bedient werden, gebärden sich die LaRouchies aber im Vergleich zur Friedensbewegung verbal meist aggressiver und bisweilen auch geradezu radikal: "Und Bushs `neue Weltordnung' ist ein widerlicher Hobbesscher Albtraum, wofür das Adjektiv `imperialistisch' noch eine viel zu schwache Bezeichnung ist" (2). Dieselben, die in den USA beste Kontakte zum faschistischen Ku-Klux-Klan pflegen, geben sich gar anti-rassistisch, und heben hervor, daß "Über 60 Prozent unserer Soldaten (...) Schwarze, Hispanier oder Mitglieder anderer Minderheiten (sind). Bush und seine Freunde in der weißen angloamerikanischen Elite wollen `Bevölkerungskriege', um die Zahl der Schwarzen und Farbigen zu senken (...)" (3).

Mit diesem Zitat verlassen wir die Versuche der LaRouchies, Anknüpfungspunkte an den Diskurs der Friedensbewegten zu formulieren, und begeben uns zugleich in ihre wundersame Geisteswelt. Taucht doch in diesem Zitat nicht nur die erste verschwörungstheoretische Andeutung auf, sondern es wird mit der Wortschöpfung "angloamerikanisch" ganz nebenbei ein zentrales Moment ihrer Ideologie eingeführt. Während solche düsteren Andeutungen in den Flugblättern nur kurz durchscheinen, finden sich in der "Neuen Solidarität" in breiter Form Hinweise auf das geheime Wirken von erstaunlichen Kräfte-Allianzen wieder. Die Produktion phantasievoller Gerüchte, die ihnen schon in normalen Zeiten gelingt, steigern sie vor dem Hintergrund der offiziellen Medienzensur während des Golfkrieges zu "wahren" Meisterleistungen. Da erfährt mensch, daß "Die Umstände des Angriffsbeginns (...) auf eine besondere Infamie (hindeuten). Es gibt glaubwürdige Hinweise, daß im Moment des Angriffsbefehls von George Bush eine intensive Geheimdiplomatie arabischer Staaten, der PLO, des Vatikans, Frankreichs und möglicherweise der Sowjetunion mit dem Irak im Gang war." Auch die Frontberichterstattung wird durch Neue Solidarität erst richtig spannend: "Darüber gibt es glaubwürdige Hinweise, daß `exotische' Vernichtungsmittel angewandt wurden. Nachrichtendienstliche Experten mehrerer Staaten gehen davon aus, daß gegen die Bereitstellungsräume mehrerer Elitedivisionen im Südirak entweder `elektromagnetische Waffen' oder sogar Neutronenwaffen eingesetzt wurden." (4) Unter der Überschrift "Trügerische Geheimpolitik der Supermächte" wird vage spekuliert, es habe zwischen den USA und der UdSSR bezüglich des jeweiligen Vorgehens am Golf bzw. im Baltikum direkt Absprachen gegeben. Die überhaupt sehr enge Verknüpfung beider Themen ermöglicht ihnen, neben antikommunistischer Hetze und der Behauptung einer gleichen Distanz zu Kapitalismus und Sozialismus, gerade in Deutschland aber auch ein Anknüpfen an nationalistische, antiwestliche Stimmungen.

Kommen wir zu dem, was die Politsekte zur Hauptursache nicht nur des Golfkrieges sondern für alle Übel dieser Welt erklärt: das Wirken der sogenannten "angloamerikanischen Kräfte". In einem Grundsatzartikel von Helga Zepp-LaRouche, die als Ehefrau des US-Faschisten den meisten der deutschen Organisationen, so u.a. dem Schiller-Institut vorsitzt, heißt es unter der Überschrift "Wer hat recht, Margaret Thatcher oder der Papst ?" (5) zunächst: "Die historische Wahrheit, die sich zweifellos irgendwann durchsetzen wird, ist, daß die Anglo-Amerikaner diesen Krieg geplant, manipuliert und inszeniert haben, um die wirtschaftliche Macht des wiedervereinten Deutschlands und damit des europäischen Kontinents einzudämmen." Die von Bush verkündete "neue Weltordnung" ist für sie ein "altes Projekt": "

Die `neue Weltordnung' ist der Plan für eine anglo-amerikanische kontrollierte Weltdiktatur, zu deren geistigen Vätern Männer wie Bertrand Russell und Leo Szilard gehören, und die in ihren wesentlichen Komponenten bereits in den 70er Jahren u.a. von Henry Kissinger ausgearbeitet wurde. Der Plan basiert im wesentlichen auf der Idee, daß die Entwicklungsländer von jeder industriellen Entwicklung abgeschnitten werden und die Anglo-Amerikaner die volle Kontrolle über die strategischen Rohstoffe (...) bekommen." Weiter geht es mit "Kissinger-Kräften", der Trilateralen Kommission und "Deckmäntel" die gelüftet werden. "Von Anfang an

existierte die Idee, die Vereinten Nationen praktisch zu einer supranationalen Regierung auszubauen, die natürlich in Wirklichkeit vom anglo-amerikanischen Establishment kontrolliert werden würde." Kurz zusammengefaßt war dann der Golfkrieg die Antwort, mit der das wiedererstarkte Deutschland und die Länder Osteuropas wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden sollten.

Doch bei so viel Ungerechtigkeit auf der Welt ist auch der Prophet mit der erlösenden Heilsformel nicht weit: "Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und politische Gefangene der USA, Lyndon LaRouche, legte mit dem Konzept des `produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien' das Programm vor, das zum raschen Aufbau der Infrastruktur des Ostens nötig war und ist". Großzügigerweise gibt es für die Region des Nahen Ostens auch einen eigene Entwicklungsplan - sinnigerweise "Unternehmen Oasis" genannt - denn, so die Autorin weiter: "der neue Name für den Frieden ist Entwicklung". (6)

Antisemitische Hetze

Gegen wen es geht ist also klar, bzw. eben auch nicht. Selbst wenn bisweilen konkrete Personen diffamiert werden, bleiben die "Anglo-Amerikaner" seltsam anonym und ungreifbar. Für die Erfüllung der ihnen zukommenden Funktion ist das aber gar nicht notwendig, ihrer vielseitigen "Verwendbarkeit" geradezu abträglich. Die Rede ist von der speziellen Variante des Antisemitismus der LaRouchies: Ohne daß die JüdInnen (hier deutlicher: "die Juden") offen benannt werden, meist auch ohne den "Umweg" über die Kritik an "dem Zionismus", verbirgt sich hinter dem Bild des "anglo-amerikanischen Establishments" das alte Ressentiment aller Antisemiten. Das ganze Gerede von den verschiedenen "Weltverschwörungen", die hinter dem Rücken der Öffentlichkeit Intrigen schmieden, um die Menschheit ins Verderben zu ziehen, die Hetze von einer "supranationalen Regierung", von "Kräften" die aus Machtgier dem fleißigen Bürger schaden und die Schuldzuweisung ausgerechnet an ein "Establishment", lassen keinen anderen Schluß zu: Die Assoziation mit Begriffen wie der "jüdischen Weltverschwörung", dem "Kosmopolitentum", den "brunnenvergiftenden Juden" und dem "internationalen Finanzjudentum" ist gewollt und Ziel der Rede der LaRouchies. Als Ersatz für den "ewigen Juden" führen sie schließlich "die `ewige' britische Politik" (7) ein.

Nicht erst der Umstand, daß diese Leute den deutschen Völkermord an den europäischen JüdInnen leugnen und die Ausgaben der "Neuen Solidarität" immer wieder offene antisemitische Ausfälle enthalten, macht die LaRouchies zu Antisemiten. Sie sind es, weil sie sich praktisch jedem Thema mit dieser Methode und diesen Begriffen zuwenden, die beschriebene Variante eines "Antisemitismus ohne JüdInnen" also den zentralen Kern ihrer gesamten Ideologie ausmacht.

Abschied von "Frieden schaffen durch Strahlenwaffen"?

Zumindest in den alten Bundesländern der BRD ist vielleicht noch einigen der einprägsame Slogan "Frieden Schaffen durch Strahlenwaffen" im Kopf, mit dem die LaRouchies noch zur Zeit der Friedensbewegung gegen die sog. "Nachrüstung" zur Bundestagswahl kandidierten. Damals waren sie sich nicht nur nicht zu blöd, für SDI Wahlkampf zu machen, sondern sie waren wohl die an Eifer nicht zu übertreffenden Gegner der Friedensbewegung und der Grünen. Diese wurden, wegen ihrer angeblichen Technologiefeindlichkeit als Nazis diffamiert und in Schriften demagogisch vor einem "Neuen grünen `33" geredet. Damals erklärte Feinde der Friedensbewegung, und heute ein Bestandteil derselben? Hat diese dubiose Politsekte also wieder einmal, wie schon so oft in ihrer Geschichte, einen politischen Schwenk um 180 Grad vollzogen ?

Schon ihr damaliges Werben für den Sternenkrieg war begründet mit der Floskel "Frieden durch Entwicklung". Schon 1985 wurde vom Schiller-Institut in Bonn eine Demonstration für ein "Menschenrecht auf Entwicklung" veranstaltet, und wurden großkotzige "Entwicklungspläne" erstellt, mit denen Naive beeindruckt werden sollten. Und auch heute taucht in ihren Flugblättern neben den genannten "Friedenslosungen" wieder Altbekanntes auf, wie: "Eine europäische Initiative zur massiven Entwicklung von Infrastruktur und agro-industriellen Projekten am Golf und im Nahen Osten, die die ganze Region aus ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit herausführt" (8). Diese Losung, die manche/r FriedensfreundIn sicherlich spontan sympathisch gewesen sein wird, ist aber nicht weniger als die Eintrittskarte in die bekannte LaRouche-Ideologie, die u.a. gekennzeichnet ist durch einen Technologie- und Machbarkeitswahn. Der "neue Name für den Frieden" (s.o.), ist also keineswegs so neu. In den eigenen Begründungen für ihr plötzliches Engagement in der Friedensbewegung, finden sich auch keine Anzeichen einer inhaltlichen Neubestimmung: "Die verspätete Mobilisierung gegen den Golfkrieg hat u.a. damit zu tun, daß diese neue Bewegung sich

praktisch neu, von der Basis her, formieren mußte. Denn mit der alten KGB-pazifistischen `Friedensbewegung' der 80er Jahre hat sie so gut wie nichts gemein". Auch die Behauptung "Die neue Friedensbewegung im Westen geht nahtlos über in die Widerstandsbewegung gegen Gorbatschows Präsidialdiktatur" (9), und das Zurechtbiegen der politischen Hauptaussagen der Bewegung, bis sie ins eigene Weltbild passen, legitimiert ihre praktische Umorientierung nur dürftig, spricht aber eher für inhaltliche Kontinuität als für einen Bruch. Wenn sich an den inhaltlichen Positionen der LaRouchies so gut wie nichts geändert hat, handelt es sich also nicht um eine prinzipielle Neuorientierung, sondern lediglich um einen geänderten taktischen Umgang mit der Friedensbewegung. Die Gründe für diesen taktischen Schwenk sind allerdings nicht in einer qualitativ veränderten Friedensbewegung zu finden, sondern, wie so vieles bei den LaRouchies, in ihrem Stammland, den USA.

LaRouche quietly invades anti-war movement

Bereits im Januar sahen sich dortige Linke veranlaßt, die Anti-Kriegs-Bewegung vor den Infiltrationsversuchen dieser Organisation zu warnen (10). Mit den identischen Inhalten und Methoden, wie bereits für die BRD geschildert, traten die US-Organisationen des weltweit koordinierten LaRouche-Netzes auch dort auf.

Dieses auch in den USA neue Vorgehen ließ sich dort leichter nachvollziehen. Zahlreiche LaRouche-Anhänger gelangten nämlich noch unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan zu Posten in der Administration, und zum Teil zu aufsehenerregenden Wahlerfolgen auf Listen der Republikaner. Diese Teilhabe an einem Zipfelchen der Macht war für sie jedoch nach dem Wahlsieg von George Bush zu Ende. (11) Dieser Umstand wäre allein schon ausreichend, um das unterschiedliche Herangehen an Friedensbewegungen zu erklären, richtete sich doch die Bewegung in den 80er Jahren noch gegen die "eigene" Reagan-Administration ... Ein weiteres Moment ist für die LaRouchies aber wohl ausschlaggebender: Sitzt doch ihr "Führer" endlich dort, wo er hingehört, nämlich im Knast. Zu Fall brachte Herrn LaRouche aber nicht seine rassistische, antisemitische Politik oder etwa das organisierte Kesseltreiben gegen ausgemachte "Feinde", sondern das Finanzgebaren seines weitverzweigten Polit/Firmen-Geflechts. So wurde er schließlich wegen diverser Finanz- und Steuerdelikte am 27.1.89 zu 15 Jahren Haft verurteilt, mit ihm sechs seiner engsten Anhänger. Die Existenz von Märtyrern, die Nazi-Gruppen für ihre Selbstfindung immer schon nötig hatten, bringt eine psychisch/ideologisch derartig auf eine Person ausgerichtete Gruppierung erst richtig in Rage. Eine 1986 ins Leben gerufene Internationale Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, deren einzige Aufgabe darin besteht, die Strafverfolgung von LaRouche als Menschenrechtsverletzung zu verkaufen, war eine erste Antwort. Daß ihr "Führer" nicht nur als "politischer Gefangener der Regierung Bush" erhoben, sondern zudem Opfer von "ferngelenkten Schauprozessen und Terrorurteilen" wurde, weil "Moskaus langer Arm schon ebenso tief in die Gerichtssäle von US-Bundesstaaten reicht wie der der Mafia in die Gerichtssäle Siziliens" (12), verwundert da wohl keine/n mehr. Doch mit solchen Tiraden lassen sich vielleicht antiamerikanisch gesinnte Alt-Offiziere mobilisieren, aber noch nicht genügend Druck für eine Freilassung erzeugen.

Die neue Friedensbewegung kam den Anhängern LaRouches da also wie gerufen. Zum einen versuchten sie, die weltweiten Proteste als ein massenhaftes Aufgreifen der Ideen LaRouches darzustellen und dadurch eigene Stärke vorzuspielen, zum anderen befriedigte es ihr angeschlagenes Ego, der Bush-Regierung endlich mal "eins auszuwischen". Mit der simplen Logik "Ihr seid gegen Bush, und LaRouche ist sein stärkster Gegenspieler", sollte Solidarität eingefordert und die Freilassungs-Kampagne endlich auf breitere Füße gestellt werden.

Obwohl der Hintergrund dieser Leute in den USA einer breiteren Öffentlichkeit bekannt ist, gelang es ihnen immer wieder, an Aktionen und Demonstrationen teilzunehmen, in den UnterstützerInnenlisten aufgeführt zu werden und z.T. auch in örtliche Anti-Kriegs-Bündnisse hineinzugelangen. Ihre Mitarbeit beispielsweise in der "African-American Anti- War/Peace Coalition" in St. Louis führte nicht nur bei den jüdischen Organisationen zu Bestürzung. Nachdem Dokumente über ihre rassistische und antisemitische Politik bekannt wurden, wurden sie aus dem Bündnis geschmissen. Oft arbeiteten die LaRouche-Leute dabei mit Mitgliedern der "Nation of Islam" zusammen. Dieser enge Kontakt zu der von Lois Farrakhan geführten Organisation, die einen schwarzen Rassismus vertritt, erklärt die eingangs festgestellte Heraushebung des hohen Anteils von schwarzen Soldaten in der Army durch die LaRouchies. Ein weiteres interessantes Detail ist, daß sie in dem ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark einen "seriösen" Mitstreiter präsentierten. Clark, der sich auch im LaRouche-Prozeß engagierte, kündigte übrigens ein "internationales Kriegsverbrechen Tribunal" gegen die

USA an (13). Die Aktivitäten der "LaRouchians" wurden in der US-Presse zur Diffamierung der gesamten Bewegung benutzt, wurden aber auch von Linken als ein Problem begriffen, welches die Bewegung diskreditieren kann.

Vom Nahen in den nahen Osten

In der deutschen Friedensbewegung wurde es diesen Leuten wahrlich leicht gemacht, sich, durch die Verknüpfung von vagen Friedensforderungen und lautstarkem Getöse gegen die Bush-Regierung mit den alten LaRouche-Mustern, in ihr breit zu machen.

Es wäre falsch, den LaRouchies einen nennenswerten Einfluß auf die Friedensbewegung zuzuschreiben, den sie, bei aller hektischer Aktivität, die sie in diese Richtung entwickelt haben, nicht hatten. Auch steht, bei dem konspirativen und abgeschotteten Gebaren, das diese Gruppe auszeichnet, kaum zu befürchten, daß die Masse derjenigen, die gutgläubig irgendwo eine Unterschrift leisteten, zu mehr als nur ideellen Opfern wurden. Das eigentliche Problem besteht vielmehr darin, daß die Friedensbewegung ein derartig unklares politisches Profil entwickelte, das solche Scharlatane geradezu einlud. Festzuhalten bleibt auch, daß sich solche reaktionären Gruppierungen dann problemlos in Massenbewegungen tummeln können, wenn die Linke schwach, oder aber sich "zu fein" ist, in ihnen zu agieren. Durch die fehlende inhaltliche und praktische Distanzierung wurde es - nicht nur dieser Gruppierung - ermöglicht die Mobilisierungen als ihren Erfolg zu verkaufen, in diesem Fall, einen Teil des "weichen Wassers" auf ihre Mühlen zu leiten.

Doch auch nach Ende des Golfkrieges sind die Aktivitäten der LaRouchies nicht abgeebbt. Interviews in der Neuen Solidarität mit Parlamentsabgeordneten aus baltischen Sowjetrepubliken und aus Armenien, die Teilnehmer der Berliner Konferenz waren, zeigen, daß sie im zerfallenden Osteuropa eines neues Betätigungsfeld gefunden haben (14). In der ehemaligen DDR wirbt eine Europäische Landwirtekommission unter Vorsitz einer Rosa Tennenbaum um die LPG-Bauern. Auf Seminaren wie Ende Januar `91 in Erfurt hält Ehemann Dr. Jonathan Tennenbaum für den privaten Nachrichtendienst EIR (Executive Intelligence Review) Vorträge über das "produktive Dreieck Paris-Berlin Wien". Zuhörer dieser LaRouche-Klamotte sollen diesmal Vertreter der Lokalpresse, der Stadt- und der thüringischen Landespolitik gewesen sein. Ideologisch aufnahmefähig ist das neue Klientel allemal: Die Vorstellung "vom Sozialismus verraten" und vom "Kapitalismus ein zweites mal betrogen" worden zu sein, vor allem aber die reale katastrophale wirtschaftliche Situation, bestimmt diesen Personenkreis geradezu, um Opfer der LaRouchies zu werden. Die von ihnen behauptete gleiche Distanz zu Kapitalismus und Sozialismus, das Schüren von Existenzängsten, der Antisemitismus, aber vor allem das Vorgaukeln einer schnellen Lösung der wirtschaftlichen Probleme über "Entwicklungspläne", macht den LaRouchies ihr Geschäft im nahen Osten jedenfalls leicht. Ob ihnen das weiterhin so problemlos gelingt, gilt es zu beobachten, hängt aber auch davon ab, welchen Raum ihnen die Linke freiwillig überläßt.

Antifa-Kommission Worms

Anmerkungen:

1) Den besten Überblick zum Thema gibt das Buch "Deckname: Schiller", von Lorscheid u. Müller, Rowohlt-Taschenbuch 5916; siehe auch ak 329, S.28 "Psychosekten und die Linken". Die Patrioten für Deutschland erhielten bei der Bundestagswahl im Dezember 90 insgesamt 4707 Stimmen.

2) Neue Solidarität (NS), 6.2.91

3) Flugblatt "Amerikaner gegen den Krieg"

4) NS, 23.1.91

5) s.2) auch die folgenden Zitate

6) Wer bei diesem Kapitel den Papst vermißt hat, dem sei gesagt, daß sich die LaRouchies gern mit fremden Federn schmücken, und er in dem NS-Artikel als Stellvertreter LaRouches sozusagen, als Mann des Friedens auftritt.

7) Flugblatt der Patrioten "Nein zum Krieg im Mittleren Osten"

8) s.3)

9) s.2)

10) s. den gleichnamigen Artikel von Chip Berlet, in IN THESE TIMES, 30.1.-5.2.91 USA

11) Während der Regierungszeit Reagans nannte sich das bundesdeutsche Schiller-Institut "Institut für republikanische Außenpolitik", mittlerweile hat es sich bescheiden "Vereinigung für Staatskunst e.V." unterbetitelt

12) Oberstleutnant a.D. Hans J. Gries, in der Dokumentation "Das Terror-Urteil von Alexandria", Februar 89

13) FR, 16.3.91,

14) NS, 10.4.91,

27. Kein schöner Land...

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer); Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:20

"Offene Wunden von Anfang an. Restauration einer Großmacht mit Vergangenheit?" - so war ein Hearing überschrieben, zu dem Claudia Roth, Europa-Parlamentsabgeordnete der GRÜNEN am 12. November 1990 im Gebäude des Deutschen Bundestages eingeladen hatte. Das öffentliche Interesse war gering, mittlerweile ist die Dokumentation dieser außergewöhnlichen Veranstaltung erschienen.

"Die Deutsche Wiedervereinigung aus der Sicht von WiderstandskämpferInnen und Nazi-Opfern" - was Menschen, die in Holland, in Polen gegen die deutsche Besatzung gekämpft haben, die Auschwitz, Buchenwald überlebt haben, die als Zwangsarbeiter bei großen deutschen Firmen bis heute nicht entschädigt wurden, dazu zu sagen haben könnten, interessierte ein Jahr nach dem Fall der Mauer offensichtlich nur wenige Deutsche: um die hundert hatten sich in Bonn eingefunden, nicht nur die Presse, auch die Parteien des Bundestags (einschließlich der GRÜNEN) fehlten. In der von Claudia Roth und Petra Hanf herausgegebenen Broschüre läßt es sich jetzt nachlesen.

Zum Beispiel Myriam Ohringer aus den Niederlanden. Sie war als jüdische Verfolgte aktiv im Widerstand und arbeitet heute u.a. im Mauthausen-Komitee und für die niederländische Anne-Frank- Stiftung in der antifaschistischen Bildungsarbeit. "Als vor einem Jahr die Mauer fiel und die Rufe nach `Deutschland - Einig Vaterland' immer lauter wurden, stand mir fast das Herz still. Das habe ich nämlich schon einmal gehört ... Da sind sie wieder, dachte ich ... Die Politiker schwingen große Reden über Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Vertrauen. Aber ich frage mich: Woher sollen wir Vertrauen haben, wenn ehemalige SS-Leute öffentlich auftreten und stolz erklären dürfen `Ich war dabei'? Können wir einer Regierung Vertrauen schenken, die so etwas gestattet und die Verbrechen der Nazis gleichzeitig vergessen machen will? Ich muß sagen, ich habe wenig Vertrauen."

Oder Rose Goldstein, Belgierin jüdischen Glaubens, im Widerstand gegen die deutsche Besatzung, Überlebende von Auschwitz, heute aktiv im Internationalen Auschwitz-Komitee. "Wir, die wir Auschwitz überlebt haben, die wir die Vernichtungslager, die Konzentrationslager der Nazis überlebt haben, haben bisher den Eindruck, daß die Vereinigung in Deutschland hauptsächlich als Schlußstrich unter die Vergangenheit angesehen wird."

Oder Esther Bejarano, die mit 19 nach Auschwitz deportiert wurde, dort im Mädchenorchester war, seit 1960 wieder in der BRD lebt, im Vorstand des bundesdeutschen Auschwitz-Komitees mitarbeitet und als Musikerin mit der Gruppe "Coincidency" Stücke aus dem antifaschistischen Widerstand sowie jiddische Lieder aus den Ghettos und Konzentrationslagern aufführt: "Der wachsende Nationalismus und Antisemitismus wird erschreckend deutlich in den zahlreichen Schändungen und Verwüstungen der jüdischen Friedhöfe auf dem Gebiet der BRD sowie der ehemaligen DDR. Diese Vorfälle führten nicht zu einer angemessenen Reaktion in den Medien und in der Bevölkerung. Im Gegenteil. Es gibt einen zunehmenden nationalistischen Konsens in den Medien. Manchmal fühle ich mich in die Zeit des `Stürmers' zurückversetzt."

Zwei Anhänge, die spärlichen Pressereaktionen sowie Informationen über und Texte von den Beteiligten, ergänzen die Broschüre. Sie sind auch für sich genommen lesenswert, machen sie doch noch einmal deutlich, wie wenig in diesem Land die Stimmen derjenigen eine Rolle spielen, die zu seinen Opfern geworden sind.

Wenn auch das Lesen dieser und der anderen Redebeiträge die Veranstaltung nicht ersetzen kann, so kann es doch dazu beitragen, einen Gedanken deutlich zu machen, den Roth im Vorwort der Dokumentation so formuliert hat: "Die Wiedervereinigung ist nur möglich, weil sie mit einer Verdrängung und einer Relativierung der im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen einhergeht. Die Spur von der Wiedervereinigung heute führt über den sogenannten Historiker-Streit, beharrliche Vergleiche von Nationalsozialismus und realsozialistischen Staaten, zurück zu Helmut Kohls Gedenkrede in Bitburg. Die Deutschen streifen sich das Büßerhemd endgültig ab, Auschwitz soll nur noch eine polnische Gedenkstätte sein.

kla.

Kein schöner Land - Offene Wunden von Anfang an. Dokumentation eines Hearings der GRÜNEN IM EUROPAPARLAMENT. Herausgegeben von Claudia Roth und Petra Hanf. 110 Seiten. 3,50 DM.

Zu bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1 (Tel. 0228/726130). Bei größeren Mengen Rabatt.

28. "Wir können nicht der Motor der kritischen Öffentlichkeit sein ..." Interview mit Menschen aus autonomen Anti-Repressions-Gruppen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:02

Nach knapp zwei Jahren Verhandlungsdauer ist im März der Startbahnprozeß zu Ende gegangen: 15 Jahre Haft für Andreas Eichler wegen Totschlag und Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung und fünf Jahre Knast für Frank Hoffmann, der nach Ende des Verfahrens entlassen wurde, wegen Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung sind ein Ergebnis, das die hardliner in der deutschen Justiz nicht ganz zufriedenstellen wird.

Mit dem Startbahnprozeß ist eine ganze Serie von Verfahren beendet, die 1986/87 begann und sich hauptsächlich gegen Leute aus Sozialen Bewegungen und dem Widerstand richtete: "radikal"-Verfahren, Strobl-Prozeß, der Prozeß wegen des Anschlags gegen MBB am Bodensee ... Eines der damaligen Verfahren - gegen Bärbel Perau, Thomas Thoene und Norbert Hofmeister - wird gerade in der Revision abgehandelt. Die drei wurden 1986 verhaftet und 1989 wegen eines angeblich von ihnen begangenen Anschlags auf eine BGS-Kaserne in Swisstal-Heimerzheim sowie wegen Mitgliedschaft in der RAF zu zehn bzw. neun Jahren Knast verurteilt. Bezogen auf den Vorwurf der RAF-Mitgliedschaft hat der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil aufgehoben, die Bundesanwaltschaft (BAW) will es jedoch genau an diesem Punkt bestätigt sehen und geht darüberhinaus von einem "Fortbestehen der RAF-Mitgliedschaft" im Knast aus, was sie mit den Prozeß-Erklärungen der drei belegen will. "Der Staat hat schon mehrfach versucht, die Gefangenen im Knast wegen ihrer Hungerstreiks für die Zusammenlegung als ‚RAF im Knast' zu kriminalisieren. Bisher ist ihm das nicht gelungen. Jetzt im Revisionsverfahren versucht er die Handhabe zu bekommen, um ganz offen politische Ansichten kriminalisieren zu können", heißt es dazu im Prozeß-Info I.

Oliver Tolmein hat mit Leuten aus der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe/Rhein-Main, der autonomen Prozeßgruppe NRW und dem Prozeßplenum Duisburg über den Stand ihrer Diskussion zum 129a, über den Ausgang des Startbahn-Prozesses und die Perspektiven im Duisburger Revisionsprozeß gesprochen.

Red.

Tolmein: Habt ihr mit dem Urteil im Startbahn-Prozeß das Ziel eurer Solidaritätsarbeit erreicht?

L.U.P.U.S.: Wenn wir nochmal drei Jahre zurückgehen, uns an das damals geschürte Klima, an die Verhaftungswelle und die darin produzierten Aussagen erinnern, an die Schwierigkeiten, die verblieben, Strukturen und Zusammenhänge zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, dann haben wir mehr erreicht, als wir uns damals noch vorstellen konnten - das gilt nicht nur für die Höhe der verhängten Haftstrafen, sondern gleichermaßen für die erfolgreiche Entlastung Frank Hoffmanns und für die von der Bundesanwaltschaft nicht durchsetzbaren Verurteilungen nach 129a.

Als die Schüsse am 2.11.1987 als Vorwand für diese Repressionswelle benutzt wurden, waren wir weder - im klassischen Sinne - richtig Bewegung, noch - im militanten Sinne - autonomer Widerstand. So mußten wir erst nach vielen Streiterereien und einigen Handgreiflichkeiten ein gemeinsames Selbstverständnis formulieren, damit die besagte "Anna und Arthur halten`s Maul"-Kampagne überhaupt greifen konnte. Der Erfolg hat sich nicht nur in der von vielen getragenen Aussageverweigerung ausgedrückt, sondern gerade auch in der Rücknahme fast aller bereits erfolgten belastenden Aussagen. Für die Zukunft sind wir allerdings eher skeptisch, was die Erfahrungen und die daraus gezogenen Konsequenzen in diesem Prozeß angeht. Meist gehen sie mit dem Ende einer Bewegung verloren, anstatt jenseits von Bewegungen lebendiges Gedächtnis organisierten Widerstands zu werden. Nur der Staatsschutz lernt aus Erfahrungen.

Hat es denn bei euch, was das Duisburger Verfahren angeht, eine ähnlich lange und kontroverse Auseinandersetzung über die Prozeßstrategie gegeben, wie bei den Frankfurtern, oder lief das ganz anders, weil bei euch nicht eine Bewegung vor Gericht gestellt wurde, sondern sich der Prozeß mit dem Anschlag einer "Kämpfenden Einheit" beschäftigt?

Kai, Prozeßplenum zu den Duisburger Gefangenen: Als die Verhaftungen 1986 gelaufen sind, hat das in der Stadt dazu geführt, daß die bestehenden Widersprüche zwischen den verschiedenen politischen Gruppen hier zum Knallen kamen, weil wir plötzlich mit etwas konfrontiert waren, was wir uns in so einer Schärfe nicht gedacht haben: Die Möglichkeit, für unsere Politik hier jahrelang in den Knast einzufahren.

Karl, Prozeßplenum: Und anstatt an dem Punkt, wo der Staatsschutz kam und sagte, "du, du, du, - ihr seid jetzt RAF", gemeinsam zu intervenieren, ist es zu einem dogmatischen Vorgehen gekommen: Manche haben z.B. direkt nach den Verhaftungen 1986 gesagt, die sind eingefahren, damit müssen wir jetzt unsere Politik vorantreiben, das ging soweit, daß andere Zusammenhänge gesagt haben, Solidarität läuft nur, wenn ihr unsere Politik und die der Gefangenen akzeptiert, können wir uns gemeinsame Solidarität vorstellen. Die Forderungen Zusammenlegung oder Freilassung standen damals ja auch noch gegeneinander.

Autonome Prozeßgruppe NRW: Das Problem war, daß es bis dahin unter uns eben keine Diskussion über eine solche Repression gab. Und aus einer spontanen Betroffenheit heraus gab es eben bei manchen die Position: Wir müssen die drei rausholen und versuchen, der Staatsschutzkonstruktion juristisch was entgegenzuhalten; auf der anderen Seite ging es darum, die Politik, für die die drei eingefahren sind, muß jetzt breiter durchgesetzt werden. Das war problematisch und mißverständlich, weil die ersten Hausdurchsuchungen ja nicht mit dem Vorwurf RAF-Mitgliedschaft, sondern mit einem Anschlag auf eine RWE-Beratungsstelle begründet worden sind.

Das ist ähnlich wie in Frankfurt, wo auch die Schüsse und die Aktionen gegen Strommasten in das Startbahn-Verfahren gepackt worden sind. Die Schwierigkeiten, die ihr jetzt beschrieben habt, sind Schwierigkeiten von 1986/87 - mittlerweile gibt es ja leider sehr umfangreiche Erfahrungen mit und auch Auseinandersetzungen über 129a-Verfahren. War denn die Vorbereitung des jetzt begonnenen Revisionsverfahrens gegen Bärbel Perau, Thomas Thoene und Norbert Hofmeister dadurch einfacher?

Karl, Prozeßplenum: Seit 1986 hat sich ja sehr viel getan. Die Linke ist insgesamt in die Defensive geraten. Viele Zusammenhänge haben sich aufgelöst, andere sind kleiner geworden. Das war ja auch eine schmerzhafte Erfahrung während des Golfkriegs. Auf der anderen Seite hat sich seitdem auch das Verhältnis zu den politischen Gefangenen und zu der Forderung nach Zusammenlegung in großen Gruppen verbessert. Mit dem letzten Hungerstreik ist diese Angst, instrumentalisiert zu werden, weggefallen, und das ermöglicht auch mehr gesellschaftliche Breite. Aber trotzdem: Die zwei Wellen von 129a-Angriffen und -Verfahren in Duisburg speziell, die erste 1986 mit dem RAF-Konstrukt u.a. gegen die drei, die jetzt wieder vor Gericht stehen, und dann 1987 die zweite Welle gegen Leute, wegen Mitgliedschaft in der Roten Zora bzw. der RZ, verbunden mit Verfahren gegen Leute, die Zeugenaussagen verweigert haben und deswegen in Beugehaft gekommen sind, haben dazu geführt, daß viele eingeschüchtert und in die Vereinzelung getrieben worden sind.

Autonome Prozeßgruppe NRW: Viele von uns haben sich damals aufgrund der Streitigkeiten aus der Prozeßarbeit zurückgezogen. Das ist jetzt anders. Wir haben jetzt angefangen, uns mit den Gefangenen, die ja nicht aus autonomen Zusammenhängen kommen, zu schreiben und uns intensiver mit ihrer Politik auseinanderzusetzen. Die Arbeit soll dann auch über den Prozeß hinaus weiterlaufen, weil wir langfristig eine eigene autonome Position zu Knast und Repression genauso wie zum Kampf für Zusammenlegung brauchen.

L.U.P.U.S.: Das war bei uns im Rhein- Main-Gebiet ähnlich: Knastkampf und Prozesse waren eine Domäne der antiimperialistischen Gruppen - wir hatten damit wenig zu tun, außer einem oft schlechten Gewissen, sich zum Beispiel zu den verschiedenen Hungerstreiks verhalten zu müssen, wobei wir oft zwischen der Angst, politisch vereinnahmt zu werden und der Schwierigkeit, eigene autonome Positionen zu entwickeln, hin und herpendelten. Mit dem Startbahn-Prozeß haben sich auch eigene Ansätze für einen Anti-Repressions- und Knastkampf entwickelt: Wir haben versucht, den Knast, und zwar insgesamt, also nicht nur bezogen auf die Gefangenen aus unseren Reihen, als Teil des Repressionsapparats zu sehen und Anti-Repressions-Aktionen, wie z.B. das "Knastbeben" zu organisieren und damit einen praktischen Bezug zu ganz unterschiedlichen Gefangenen, politischen und anderen, herzustellen.

Autonome Prozeßgruppe NRW: Für uns war auch ganz wichtig die persönliche Auseinandersetzung mit "Knast": Wo schränkt das Bild, das wir vom Knast haben, unser Denken und Handeln draußen ein? Wieso ist Knast so wenig Teil unserer Politik, obwohl dort doch alles, wogegen wir hier draußen kämpfen,

Fremdbestimmung, Überwachung, Hierarchie am konzentriertesten spürbar wird? Und gleichzeitig wollen wir diesem Knastbild ein Stück weit den Schrecken nehmen, indem wir viel stärker die Gefangenen und was sie schreiben und sagen, in unsere Diskussionen einbeziehen. Damit dieser von uns selbst mitproduzierte Automatismus, wer in den Knast kommt, ist weg, durchbrochen wird.

Mich irritiert, daß die Diskussion der Prozeßgruppen- und der Solidaritätsarbeit sich als fast ausschließlich nach innen orientiert zeigt: Wie gehen wir Autonomen mit der Repression um. Das Verhältnis zur Öffentlichkeit, die Zusammenarbeit mit Gruppen und Leuten außerhalb des linksradikalen Spektrums kommt gar nicht vor. Haltet ihr die für unwichtig?

L.U.P.U.S.: Da ist die alte Diskussion wieder. Das klingt so, als seien wir an vollen Regalen abschätzig vorbeigezogen, um uns ganz ungestört der Eigenliebe hinzugeben. Aber wir haben im Startbahn-Prozeß, und nicht nur dort, die Erfahrung gemacht, daß diese liberale, kritische Gegenöffentlichkeit, die in den Siebziger und Anfang der Achtziger Jahre tatsächlich existierte, heute weitgehend in sich zusammengebrochen ist. Nach den Schüssen und der anschließenden Verhaftungs- und Verhörwelle hatten wir mit der massivsten Kampagne gegen die Startbahnbewegung überhaupt zu kämpfen. Diese kam aber nicht wie gewohnt von rechts, sondern von denen, die man allgemein als "linke, kritische Öffentlichkeit" bezeichnen würde: wobei sich die Ex-Sponti-Szene und die "taz" bei der Treibjagd auf die "Polizistenmörder" sicherlich besonders verdient gemacht haben. Es war nicht von ungefähr gerade die "taz", die mit ihrer linken Vergangenheit Leute, Gerüchte und Spekulationen für sich sprechen ließ, was weder dem Staatsschutz noch der rechten Presse glaubhaft abgenommen worden wäre. Mit dem inszenierten Bild von einer paranoiden autonomen Startbahn-Bewegung sollte die Aufgabe der eigenen oppositionellen Haltung legiti- miert werden. Es war also nicht möglich, wie man sich das klassischerweise vorstellt, unter Anerkennung der politischen Unterschiedlichkeiten zusammen mit Linken und Liberalen gegen die Repression vorzugehen - im Gegenteil, die linke Öffentlichkeit nahm die Repression als Gelegenheit wahr, ihre Staatsloyalität unter Beweis zu stellen. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war und ist die Golfkriegs-Berichterstattung, die Umschmelzung der eigenen linken Vergangenheit in intellektuelle Kriegskredite. Für uns fand damit die Beerdigung des Modells einer kritischen, liberalen Gegenöffentlichkeit vor aller Augen statt. Die zum Teil berechtigte Kritik an der pazifistischen Anti- Kriegs-Bewegung zielte nicht mehr auf die Entwicklung einer gemeinsamen Opposition gegen imperiale Kriege und Neuordnung. Die als kritische Streitkultur getarnte Debatte über olivgrüne oder atomare Kriegsszenarien, von der "Frankfurter Rundschau" über die "taz" bis hin zu "konkret" geführt, verteidigte und rechtfertigte mehr als diesen Krieg dort. Sie verteidigte und rechtfertigte vor allem die eigene vollzogene Teilhabe am Staatskonsens hier.

Selbst dort, wo es früher gelungen ist, eine relativ breite Öffentlichkeit zu mobilisieren, wie beim Prozeß gegen Ingrid Strobl, ist das Urteil von fünf Jahren Knast alles andere als ermutigend gewesen. Der wirkliche Erfolg, den wir so erzielen konnten, lag jenseits der Gerichtssäle, dort, wo es in der Tat erreicht werden konnte, anschlagsrelevante Themen wie Gen- und Reprotechnologie über den Expertinnen-Kreis hinaus zu verbreiten. Aber auch diese breite, kritische Öffentlichkeit konnte nur hergestellt werden, weil es um die Verteidigung des "kritischen Wortes" ging und eben nicht um die Verteidigung der sich daraus ergebenden militanten Praxis. Die militante Praxis war, im Gegensatz zum Ingrid-Strobl- Prozeß im Startbahnverfahren kein Konstrukt der Bundesanwaltschaft, sondern ein Teil unsrer Lebensgeschichte und der der Angeklagten.

Wie erklärst du dir dann, daß der Repressionsapparat im Startbahn-Verfahren nicht einfach kurzen Prozeß gemacht hat? Ihr habt doch in der Solidaritätsarbeit eine ganz traditionelle Linie, nämlich Demontage der Anklagevorwürfe, gefahren: Das zielt doch ebenso auf öffentliche Wirkung wie die Aussagen der beiden Zeugen, die Frank Hoffmann entlastet haben (siehe KONKRET 2/91).

L.U.P.U.S.: Ich glaube nicht, daß sich das klägliche bißchen Öffentlichkeit, das wir im Startbahn-Verfahren hatten, auf die Art und Höhe der Verurteilungen ausgewirkt hat. Wieso der Staatsschutzsenat so geurteilt hat, wird sich ganz genau nicht erklären lassen - man darf dabei aber auch nicht vergessen, daß die Urteile gar nicht das einzig Entscheidende an so einem 129a-Verfahren sind. Was mit einem 129a-Verfahren gesammelt wird, was sich in Staatsschutzarchiven an Wissen und Material über die radikale Opposition akkumuliert - das wird ja selbst bei einem Freispruch nicht vernichtet, sondern steht für die nächste Intervention gegen eine Bewegung zur Verfügung.

Kai, Prozeßplenum Duisburg: Das ist nur die eine Seite. Die Auswirkungen auf die Angeklagten ist die andere. Wir haben in der Prozeßarbeit nochmal ganz konkrete Erfahrungen gemacht. Unser Ziel war ja eine gemeinsame Diskussion zum Revi- sionsprozeß mit den drei Gefangenen zu organisieren. Und da sind wir auf Grenzen gestoßen: Die briefliche Diskussion unter den Gefangenen und nach draußen, wird durch die Zensur dermaßen verzögert, daß kaum was zusammen geht. Dazu kommen die Isolationsbedingungen für die Gefangenen. Ohne die Zusammenlegung in große Gruppen ist eine Auseinandersetzung fast nicht möglich.

L.U.P.U.S.: Das stimmt natürlich. Bezogen auf den Startbahnprozeß bin ich mir ziemlich sicher, daß die Kampagne, keine Aussagen zu machen und die bereits gemachten zurückzuziehen, sicher einigen Einfluß auf den Gang des Verfahrens hatte. Diese Kampagne war ja, was auch die sogenannten kritischen Medien nicht berichtet haben, überaus erfolgreich: Es gab am Schluß kaum mehr Aussagen, die aufrecht erhalten wurden. Von außen konnten wir ansonsten auf das Verfahren kaum Einfluß nehmen: Weder konnten wir die Gefangenen befreien, noch war ein öffentlicher Druck vorstellbar, der dem Gericht klargemacht hätte, daß der politische Schaden einer Verurteilung viel höher ausfallen würde, als der politische Nutzen. Auf diesem Hintergrund wurde seit Monaten unter uns über Möglichkeiten gestritten, direkt mit unserem Wissen in den Prozeß zu intervenieren. So wenig die beiden Zeugen für Frank Hoffmann unsere "autonomen Joker" waren, so wenig fiel unsere politische Entscheidung, ihre Ausagen zu unterstützen, vom Himmel. Diese Momente, in denen wir uns, wenngleich zähneknirschend auf die Spielregeln des Gerichts eingelassen haben, waren es viel eher, als der Einfluß der Öffentlichkeit, die verhindert haben, daß die Bundesanwaltschaft ihre Linie durchziehen konnte.

In dem Prozeß-Info zum Revisionsprozeß in Duisburg klingt das optimistischer. Da steht: "Bei entsprechender Öffentlichkeit sollte es möglich sein, die Konstruktion des Staatsschutzes zu demontieren."

Kai, Prozeßgruppe: Diese Trennung von Arbeit nach innen und nach außen, die macht keinen Sinn. Wir müssen unsere Defizite aufarbeiten, das aber auch, um dann mit dieser neuen Klarheit besser nach außen gehen zu können. Das Problem ist, daß wir bisher in beiden Bereichen ziemlich dogmatisch und ungenau vorgegangen sind.

Karl, Prozeßplenum Duisburg: Wir fanden auch, daß wir während des ersten Prozesses zu stark nach innen geguckt haben. Deswegen kam es am Anfang der Solidaritätsarbeit zum Revisionsverfahren, zu dieser starken Orientierung auf die Öffentlichkeit. Und in den acht Monaten, in denen wir das vorbereiten, merken wir auch, daß sich da so viel nicht rührt. Ich denke mittlerweile: Öffentlichkeit, gut und schön. Aber wir können nicht der Motor dieser kritischen, liberalen oder sonstwie Öffentlichkeit sein - die Leute befinden sich in einer ganz anderen Lage, mit ganz anderen Interessen als wir. Die meisten haben ihren Frieden mit diesem System geschlossen. Wir können sie auf was aufmerksam machen, sie informieren - aber mehr geht auch nicht: Das ist dann ihre Sache, ob sie das aufgreifen, da können wir ihnen nicht ständig hinterherlaufen.

L.U.P.U.S.: Die kritische, liberale Öffentlichkeit hat heute auch, anders als in den siebziger Jahren kein positives Verhältnis mehr zu ihrer Vergangenheit - sie unterstützt Leute auch dann nicht, wenn es z.B., wie im Startbahnverfahren, um Strommastknacken, also um Sachen geht, die sie selber noch vor einiger Zeit gut fanden. Wo es noch Chancen gibt, diese Öffentlichkeit zu erreichen, ist gerade mal dort, wo sie befürchten müssen, durch ein "Versehen" selbst zu Betroffenen werden zu können, wo Repression also überschwappt und ohne genaues Ziel zuschlägt.

Autonome Prozeßgruppe NRW: Die Solidaritätsarbeit in Prozessen hat ja immer zwei Ansatzpunkte: Was erreichen wir für die Angeklagten und was erreichen wir für unseren Kampf hier draußen. Und unsere Erfahrung ist, daß eine starke, gute Bewegung draußen auch in Prozessen ein ziemlich wirkungsvoller Schutz ist, weil sie kritische Öffentlichkeit sichert - und zwar, ohne daß jetzt gegeneinandersetzen zu wollen, besser als die reine Anklage-Enthüllungsarbeit. Und wenn eine Bewegung zerfällt, hat das ein entsprechendes Ergebnis: Die Öffentlichkeit zieht sich auch zurück.

L.U.P.U.S.: Das sehe ich auch so und das hat auch noch einen anderen, wichtigen Grund: Entgegen dem auch von vielen Autonomen gern gepflegten Mythos schafft Repression kein Bewußtsein von den Verhältnissen, in denen wir hier leben, sie klärt die Leute nicht auf, sondern schüchtert sie ein. Deswegen ist Repression auch nichts, womit wir jemanden mobilisieren können. Ich finde es auch falsch, Politik mit den Opfern aus unseren Reihen zu machen. Viel wichtiger ist, daß wir Leuten, die in Bewegungen aktiv sind, klar

machen können, wofür wir kämpfen, und sie dadurch gewinnen und nicht versuchen, sie auf unsere Seite zu ziehen, weil wir so gemein verfolgt werden. Dann, wenn Leute kapiert haben, worum es uns geht, wer wir sind, dann haben wir eine viel bessere Basis dafür, um gemeinsam was gegen die Repression zu machen - auch wenn wir uns, was die militanten Mittel angeht, vielleicht nicht einig sind.

Wenn ihr den Gefangenen schreiben wollt:

Bärbel Perau, JVA Essen

Norbert Hofmeier, JVA Düsseldorf

Thomas Thoene, JVA Düsseldorf

Bei allen geht die Post über:

c/o OLG

6. Strafsenat

Cecilienallee 3

4000 Düsseldorf 30

Die nächsten Termine:

17.5., 27.5., jeweils 9 Uhr 15

Solikonto:

B. Thoene, Postgiroamt Essen,

Konto 44 2236-438

29. Verweigert den Kriegsdienst! Aktionen zu den Einberufungen am 2. April in der BRD

Aktionen zu den Einberufungen am 2. April in dreißig Städten der BRD

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Militarismus; Golfkrieg; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:03

Nach der Anti-Golfkriegsbewegung tut sich - vielen Unkenrufen zum Trotz - weiterhin etwas. Zum Rekruteneinzug der Bundeswehr am 2. April fanden Aktionen in dreißig Städten der Bundesrepublik statt; dreißig Städte, in denen öffentlichkeitswirksam deutlich gemacht wurde, daß das Militär kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten ist.

Die meisten der 56.000 Rekruten, die an diesem Tag dem Stellungsbefehl folgten, sammelten sich an Bahnhöfen, um gemeinsam zu ihrem Einsatzort gebracht zu werden. Die Bahnhöfe sind ein markanter Ort, denn sie sind für die Rekruten die letzte Station vor ihrem Eintritt ins Militär. An den Reaktionen der jungen Männer zeigte sich, daß den wenigsten wohl dabei zumute war. Die AktivistInnen gaben ihnen Stoff zum Lesen und Nachdenken mit, die "Informationen für unzufriedene Soldaten". In dieser Broschüre werden die Rekruten über die legalen und illegalen Wege, die Bundeswehr zu verlassen, informiert. Die Freundinnen und Mütter der Rekruten wurden ebenfalls mit Informationen darüber bedacht, wie Frauen für Kriegsdienste eingeplant sind und der Aufforderung, diese zu verweigern.

Die Verteilaktion gehört in manchen Städten schon zur gewohnten Begleiterscheinung eines jeden Einzugstermins. Diesesmal jedoch entschlossen sich einige Aktionsgruppen zu einer härteren Gangart. Das Aktionsbündnis "Kein Krieg am Golf!" hatte dazu aufgerufen, die Abfahrt der Militärsonderzüge zu blockieren. Und genau dies gelang auch in einigen Städten.

Im Ostberliner Hauptbahnhof konnte ein Zug, in dem hauptsächlich Rekruten saßen, erst mit zweistündiger Verspätung abfahren. 300 BlockiererInnen standen auf den Gleisen. Zwölf mobile Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerung waren im Einsatz. Und das mit Erfolg. Während der zweistündigen Wartezeit entschlossen sich zwei der Rekruten, ihrem Stellungsbefehl nicht Folge zu leisten. Zwei der drei Sonderzüge, die aus Köln abfuhren, wurden jeweils für eine Viertelstunde aufgehalten. In Hannover blockierten circa 100 Leute für eine halbe Stunde einen Sonderzug. In Freiburg hatte die Polizei zwei Hundertschaften aufgeboten, die alle Eingänge zum Bahnhof abriegelten und jedeN ReisendeN kontrollierten. Den AktivistInnen gelang es dort nicht, auf das Bahnhofsgelände zu kommen. Der Zug, der auf diese Weise unbehelligt von Freiburg abfuhr, wurde später auf offener Strecke doch noch angehalten. Zwischen Emmendingen und Offenburg hingen Transparente über den Bahngleisen, und die Weiterfahrt des Zuges wurde um einige Zeit verzögert. In Stuttgart bestiegen zehn Menschen den Sonderzug, um ein Stück mit den Rekruten mitzufahren. Sie wurden allerdings wieder aus dem Zug herausbefördert, wodurch sich die Abfahrt um zehn Minuten verzögerte. Eine Zugbegleitung gelang in Hamburg. Am Bahnhof Altona stieg eine Gruppe ein und begleitete die Rekruten flugblattverteilend und diskutierend bis zur nächsten Station. In einigen Städten wurden die Rekruten mit theatralischen Mitteln angesprochen. So wurde ihnen in Bielefeld ein Apfel überreicht - zusammen mit der Frage, ob die Rekruten tatsächlich in diesen sauren Apfel (das Militär) beißen wollten. In Marburg wurden Särge getragen, in denen das Grundgesetz und das selbständige Denken beerdigt wurde. Praktischerweise wurde mit den Särgen auch gleich noch ein Bus aufgehalten, der Rekruten zum Bahnhof bringen sollte.

Die Zahl der TeilnehmerInnen an den Aktionen war sehr unterschiedlich. Während in Lüneburg jeweils zwei Menschen die ankommenden Rekruten "begrüßten", waren es in Berlin 300, die die Aktion zu einem medienwirksamen Ereignis werden ließen. Aus mehreren Städten wurde von vereinzelten Festnahmen berichtet. In Hannover und in Freiburg wurde jeweils eine Person von einem Polizeihund gebissen.

Mit den Aktionen wurde die geplante Umstrukturierung der Bundeswehr kritisiert. Diese zielt darauf ab, die Bundeswehr unter UNO-Befehl, im Rahmen der Westeuropäischen Union oder der NATO einzusetzen. Darüber hinaus werden auch Einsätze allein unter bundesdeutscher Hoheit ins Auge gefaßt. In den Ländern der sogenannten Dritten Welt sind die nächsten Kriegsschauplätze zu erwarten. Mit hochtechnisierten Eingreiftruppen sollen sowohl überfallartige Kommandoaktionen wie etwa in Panama durchgeführt werden können, die den Gegner massiv einschüchtern, erpressen und bestrafen sollen, als auch Einsätze gegen

hochgerüstete Regionalmächte wie den Irak. So sollen westliche Interessen mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden. Die geplante Grundgesetzänderung macht den Weg für solche Operationen frei. Bei den Aktionen zum Rekruteneinzug wurde statt der Umstrukturierung der Bundeswehr deren Abschaffung gefordert.

Die AktionsteilnehmerInnen machten deutlich, daß sich die Aktionen in keinerlei Weise gegen die Rekruten richteten. Im Gegenteil, Fokus der Kritik war die Wehrpflicht und der in ihr vollzogene Herrschaftsanspruch des Militärs, Menschen für seine Zwecke zu beanspruchen. Mit der Blockade der Rekrutenzüge wurde dieser Zugriff des Militärs auf uns Menschen blockiert. In den Flugblättern wurden alle Formen von Kriegsdiensten kritisiert, insbesondere die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht.

Das Aktionsbündnis "Kein Krieg am Golf!" kündigte an, daß die Aktionen an den Bahnhöfen und die Blockaden der Sonderzüge an diesem Tag nur der Auftakt zu weiteren gewaltfreien Aktionen gegen die Bundeswehr sein werden.

Mehr darüber ist in der Graswurzelwerkstatt zu erfahren (Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Telefon 0221/765842).

30. Aufruhr. Widerstand gegen Repression und 129a

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:41

Das die Paragraphen 129 und 129a des Strafgesetzbuches bekämpft gehören, das sie Bestandteile politischer Justiz sind, das eine wirksame Antirepressionsarbeit nötig ist, das es gilt, Solidarität mit Menschen zu üben, gegen die nach diesen Paragraphen ermittelt und verhandelt wird - über all' diese allgemeinen Aussagen besteht in der Linken sicherlich Einigkeit. Wenn es allerdings konkret wird, dann ist das meistens eine Sache von kleinen, oft von vornherein oder aber sehr schnell hochspezialisierten Gruppen: wer kann schon sagen, welche 129a-Verfahren derzeit verhandelt werden, welche Anklagekonstruktionen benutzt werden, welche Urteile in der letzten Zeit gesprochen wurden, in welcher Höhe und mit welchen Begründungen? Wer weiß schon darüber Bescheid, worin die Unterschiede zwischen dem 129/129a und anderen Staatsschutzparagraphen liegen? Und wer hat eine Vorstellung davon, wie der staatlichen Repression besser zu begegnen wäre? Mal ganz abgesehen davon, wie sie einzuschätzen ist: wird sie eingesetzt in einer Situation der Schwäche staatsfeindlicher Bestrebungungen oder ist Repression eine Reaktion auf die Stärke bewaffneter/militanter/systemoppositioneller Gruppen und Bewegungen? Und dabei nimmt die Zahl von Ermittlungsverfahren und Prozessen, die in einem politischen Zusammenhang zu sehen sind, andauernd zu, wird Solidaritätsarbeit geleistet ...

Das Buch "Aufruhr - Widerstand gegen Repression und §129a" hat es sich zur Aufgabe gemacht, Grundlageninformationen über den 129a - "die schärfste Waffe der Staatsschützer" - zu vermitteln, vor allem aber, in die Auseinandersetzung um die vielen offenen Fragen einzusteigen. Eine breite Diskussion in der Linken soll angeregt werden über Repression, deren Wirkung und Funktion, verschiedene Analyseansätze werden vorgestellt, um "mögliche Perspektiven einer effektiven Anti-Repressions-Arbeit zu entwickeln, die über reine Prozeßarbeit hinausgeht", perspektivische Theorieansätze herauszubilden.

Es wurde zusammengestellt und bearbeitet von der Gruppe "*wüster haufen*" aus Hamburg und ist entstanden aus einer Ringvorlesung an der Uni Hamburg im Sommersemester 1990 unter dem Titel "§129a - wider Repression und Gesinnungsjustiz". Diese Ringvorlesung - mit einem erstaunlich breiten ReferentInnenkreis von linksliberal bis hin zum Widerstand - war Produkt des Versuchs, einen Lehrauftrag für Ingrid Strobl durchzusetzen.

Um seinem hohen Anspruch, dazu beizutragen, ein breites Bündnis gegen die Kriminalisierung radikalen Widerstands zu entwickeln gerecht zu werden, hat der Band mehrere Teile.

Im ersten Teil geht es in drei recht kompakten Aufsätzen um den Paragraphen selbst: Falco Werkenthin (Humanistische Union Westberlin, Redakteur bei CILIP) beschreibt seine rechtshistorischen Wurzeln, die immerhin bis ins Jahr 1794 zurückreichen; Heinz Giering (Jura-Professor an der Uni Hamburg) nähert sich dem Thema aus rechtstheoretischer Sicht und untersucht die Stellung des 129a innerhalb des geltenden Rechtssystems; Josef Gräßle-Münscher (Rechtsanwalt in Hamburg) schließlich untersucht das 129a-Verfahren selbst, also Anklage und Verhandlung.

Gerade weil es sich nicht um ein juristisches Fachbuch, sondern um die Auseinandersetzung mit einem der zentralen Instrumente politischen Strafrechts handelt, scheinen mir diese Texte gut dazu geeignet zu sein, um einen Einblick (natürlich keinen vollständigen Überblick) zu bekommen.

Der zweite Teil besteht aus drei Beiträgen, die sich mit Polizei und Geheimdiensten befassen, also der Anwendung des Paragraphen als Instrument der Ermittlung. Nikolaus Tiling (Germanist aus Hamburg) beschreibt die Entwicklung des BKA zur Polizeizentrale der BRD und EDV-gestützte Fahndungsmethoden, wie SPUDOK und Rasterfahndung, als Mittel der "Beweiserstellung", die aus Polizeisicht vorzüglich mit dem 129a harmonieren. Dieter Hummel beschäftigt sich mit der zunehmenden Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren im Staatsschutzbereich. Ein Text der Gruppe "*wüster haufen*" zum Stand der politischen Repression in Westeuropa beschließt diesen Teil.

Im dritten und vierten Abschnitt finden sich die Texte, die wohl am meisten zur Diskussion beitragen können. Zunächst werden verschiedene Prozesse dargestellt, um anhand solcher Beispiele die tatsächlichen

Auswirkungen der Repression und die möglichen Reaktionsweisen darauf darzustellen und die Bedeutung des 129a am konkreten Einzelfall herauszuarbeiten.

Neben Beiträgen von Fritz Storim und Ruth Stasny (SABOT-Prozeß in Hamburg 88/89), Edith Lunnebach (Strobl-Prozeß) und Eberhardt Schultz (PKK-Prozeß) soll hier vor allem auf zwei sehr ausführliche Artikel zur Kriminalisierung radikalen Antifaschismus' (Ermittlungsverfahren gegen Andreas, Anke, Burkhardt, Renate u.a. aus autonomen Antifa-Zusammenhängen) hingewiesen werden: in ihnen wird exemplarisch deutlich, wie radikale, militante soziale Bewegungen in die Visiere der Staatsschützer kommen, welche Akribie darauf verwendet wird, eine Bewegung zu spalten, zu kriminalisieren und zu (zer-)stören, die so ganz und gar nicht im Licht der Öffentlichkeit steht - anders als zum Beispiel die Startbahnbewegung. In den beiden Texten der Antifa-Prozeßgruppe HH und der Antifa-Soligruppe HH wird durchaus kontrovers nicht nur die Frage diskutiert, welche Politik da angegriffen wird, sondern auch, in welchem Moment die Kriminalisierung zuschlägt, wie eine geeignete Öffentlichkeitsstrategie aussehen könnte und nicht zuletzt, welche Rolle die Aussageverweigerungskampagne in diesem Zusammenhang spielt. Ich halte diese beiden Beiträge aber auch deshalb für zentral, weil sie versuchen, den gesamten Komplex zu diskutieren, mit dem sich Anti-Repressionsarbeit zwangsläufig beschäftigen muß: die Inhalte einer radikalen Politik (in diesem Fall Antifaschismus), die Funktion von Repression und Integration und ihre Auswirkung auf die nichtreformistische Linke, die Gegenstände der Verfahren selbst, ihre Widersprüche, Ungereimtheiten und Lügen, sowie die verschiedenen, möglichen Umgehensweisen mit der Kriminalisierung linksradikaler Politik. Es zeigt sich aber auch, wie groß der Diskussionsbedarf weiterhin ist - nicht nur anhand der unterschiedlichen Ansätzen dieser beiden Gruppen, die ja immerhin zu genau dem gleichen Anlaß entstanden sind, sondern auch daran, wie wenig Kenntnisse über diesen Bereich der Kriminalisierung in der Linken vorhanden sind.

Die Briefe aus dem Knast von Andrea Sievering, Christian Kluth, Luitgard Hornstein und Rico Prauss fallen etwas aus der Reihe. Sie beschreiben darin die Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten, als Gefangene einen gemeinsamen Beitrag zu Isolationshaft und Prozeßstrategien zu schreiben - genau die Bedingungen jedoch, die sie beschreiben sollten, verhinderten diesen Versuch - womit deutlich wird, wie wichtig Antirepressionsarbeit, speziell der Kampf für Zusammenlegung, für die Lebensbedingungen der politischen Gefangenen ist.

Den vierten und letzten Teil bilden mehrere Beiträge, die zum Teil zusammenfassend-diskutierenden, aber auch einschätzenden Charakter haben. Oliver Tolmein beschäftigt sich mit dem Thema Öffentlichkeit und §129a und stellt dabei am Beispiel des "Deutschen Herbstes" 1977 fest, in welcher Weise der Paragraph auch auf Berichterstattung rückwirkt - v.a. aber, daß es zur Zeit nicht angemessen wäre, von dem Vorhandensein einer "Demokratischen Öffentlichkeit" zu reden, daß es aber in Einzelfällen gleichwohl möglich ist, so etwas wie "Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Die Bunte Hilfe Nürnberg beschreibt die politischen Bereiche, gegen die der 129a bisher eingesetzt wurde und versucht einzuschätzen, wie "erfolgreich" seine Anwendung - aus der Sicht des Staates - bisher war. Der "*wüste haufen*" ergänzt diesen Teil mit einem Text zum Thema Aussageverweigerung und Prozeßstrategie sowie einem Schlußwort unter dem skeptischen Titel "Dem Morgenrot entgegen?".

Ein Anhang ergänzt das Buch: neben Literatur- und Adressenhinweisen finden sich dort eine Chronologie der wesentlichen 129a-Prozesse in der Geschichte der BRD sowie eine Reportage über die Methoden des Staatsschutzes, von einem schwerverletzten mutmaßlichen RZ-Genossen Aussagen zu erlangen - ein weitgehend unbeachtet gebliebener Skandal, der ein deutliches Licht auf Strukturen und Vorgehensweisen der bundesdeutschen Verfolgungsorgane wirft.

Alles in allem also nicht nur ein sehr informatives, "brauchbares" Buch (nebenbei: ganz und gar nicht nur für "SpezialistInnen" lesbar), sondern vor allem eins, das geeignet ist, eine weitgehend fehlende oder auf InsiderInnen beschränkte notwendige Debatte über die Perspektiven von linksradikaler Antirepressionsarbeit zu eröffnen.

kla.

Aufruhr - Widerstand gegen Repression und §129a. Materialien und Texte zur Diskussion. Zusammengestellt und bearbeitet von der Gruppe *wüster haufen*. Herausgeber: ID-Archiv im Internationalen Institut für

Sozialgeschichte, Amsterdam. 290 Seiten, 26 DM. Erhältlich im guten Buchhandel oder bei: AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorferstraße 8, 1000 Westberlin 19.

31. Spendenaufruf (für "Diario Latino", El Salvador)

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:22

Genau ein Jahr nach Aufnahme von ernsthaften Unterredungen begann am 4. April in Mexiko-Stadt die zehnte und entscheidende Verhandlungsrunde zwischen der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN) und der ultrarechten Regierung Cristiani. Am 11. April schien der Abbruch der Gespräche nahe, als die Armee einen wichtigen Kommandanten der FMLN, Jesus Rojas (FPL) und zwölf weitere Guerillas in einen Hinterhalt lockte, sie verwundete und dann mit Schüssen aus kurzer Distanz ermordete. Das zähe Ringen in Mexiko ging dennoch weiter und zog sich über drei Wochen hin. Schließlich wurde ein Abkommen über Armee- und Verfassungsreformen unterzeichnet. Nun dürfte in El Salvador das Ende der bewaffneten Konfrontation in absehbarer Zeit bevorstehen.

Wir stellen die aktuellen Verhandlungspositionen beider Seiten vor und geben einen Überblick über die Ergebnisse der Parlamentswahlen, die am 10. März stattfanden.

Am 4. April eröffneten unter der Führung von Shafik Handal 16 Delegierte der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN), 15 Regierungsvertreter und 11 UNO-Experten unter Aufsicht des UNO-Beauftragten Alvaro de Soto die wichtigste Gesprächsrunde, die je zwischen einer Regierung El Salvadors und den Aufständischen stattgefunden hat. Die Tatsache, daß neben den üblichen Delegationen auf Regierungsseite auch vier hohe Armeeoffiziere unter Führung von Oberst Mauricio Vargas und auf Seiten der FMLN vier wichtige Frontkommandanten (Salvador Guerra, Raul Hercules, Rogelio Martinez und Jorge Meléndez) teilnahmen, deutete darauf hin, daß die militärischen Kontrahenten nun direkt über eine Einstellung der Kampfhandlungen debattierten.

Auch die Dauer der streng vertraulichen Gespräche war einzigartig: vom 4. April bis zum 27. April tagten verschiedene Arbeitsgruppen nahezu pausenlos. Drei Themen standen zur Diskussion: Streitkräfte, Verfassungsreform und Waffenstillstand. Nach Übereinkünften in der Frage der Streitkräfte, der Verfassungsreform und der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch die UNO ist nun der Weg offen, die Bedingungen für einen Waffenstillstand auszuhandeln. Noch im Mai soll ein weiteres Treffen stattfinden. Bis dahin werden jedoch die Kampfhandlungen fortgesetzt.

Position der FMLN

Die Befreiungsbewegung hatte den seit Monaten festgefahrenen Verhandlungsprozeß mit ihrer schon mehrfach angewendeten Doppelstrategie wieder in Gang gebracht: sie verstärkte seit November 1990 den militärischen Druck erheblich (siehe AK Nr. 328, März 1991) und signalisierte in Managua mit ihrem neuen Vorschlag vom 26. März 1991 gleichzeitig die Bereitschaft zu weiterer politischer Flexibilität.

Dabei sind im Vergleich zu den in Genf (April 1990) und Caracas (Mai 1990) zwischen Regierung und FMLN getroffenen Vereinbarungen von FMLN-Seite folgende Zugeständnisse bezüglich der Verlaufsform der weiteren Unterredungen zu nennen:

- Die FMLN schlug am 26. März 1991 in Managua den Außenministern der Europäischen Gemeinschaft, den Außenministern Mittelamerikas, Mexikos, Venezuelas und Kolumbiens eine Vereinfachung und damit die Beschleunigung der Gespräche vor. Anstatt wie in Caracas (Mai 1990) auf Drängen der FMLN festgelegt, wonach die vereinbarten Themen (Armee, Menschenrechte, Justizsystem, Wahlrecht, Verfassungsreform, wirtschaftliche und soziale Probleme und Verifikation der Abkommen) nacheinander Punkt für Punkt abgehakt und die Ergebnisse jeweils in Abkommen fixiert werden sollten, wurden nun drei Themen gleichzeitig verhandelt.

- Die FMLN ist nun bereit die bewaffneten Aktionen einzustellen, wenn über drei Punkte (Armee, Verfassungsreform, Waffenstillstand) Vereinbarungen abgeschlossen sind. Die restlichen vier Punkte sollen ab Mai 1991 in einer nächsten Phase, die von der FMLN als "bewaffneter Friede" bezeichnet wird, einvernehmlich geklärt werden. In Caracas war noch die Forderung der Guerilla festgeschrieben worden, erst müsse eine Einigung in allen Punkten erzielt sein, um erst danach einen Waffenstillstand zu paktieren.

Die Regierungsseite wollte sich mit der Parole "Waffenstillstand sofort" jedoch schon seit Mai 1990 den militärischen Druck vom Hals schaffen, was die Guerilla unter Verweis auf die unterschriebenen Abkommen

bisher immer verweigert hatte. Die FMLN argumentierte, daß die Ultrarechten in Militär und Regierung in den umstrittenen Fragen nur zu Zugeständnissen bereit seien, wenn sie aufgrund der militärischen Stärke der Guerilla dazu gezwungen werden könnten.

Diese Zugeständnisse der Befreiungsbewegung bezüglich der Verlaufsform der Gespräche führten dazu, daß nun in Mexiko schon über eine Feuereinstellung verhandelt werden konnte. Feuereinstellung bedeutet jedoch weder die völlige Demilitarisierung des Landes - die zentrale Forderung der FMLN - noch die Waffenniederlegung der Guerilla, der lang gehegte Wunsch der Armee. Der Waffenstillstand würde zuerst einmal "nur" die Einstellung offensiver militärischer Aktionen, die räumliche Trennung der beiden bewaffneten Kräfte und deren Sammlung in speziell dafür eingerichteten Zonen bedeuten. Die Einhaltung des Waffenstillstands soll von UNO-Beobachtern verifiziert werden.

Nun zu den inhaltlichen Positionen, mit denen die FMLN in die Verhandlungen ging:

- Bezüglich der Armee forderte die Guerilla als ersten Schritt die gerichtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen und Korruption durch Armeeangehörige, die Säuberung der Armee, deren Verkleinerung, die Auflösung der Todesschwadronen und der paramilitärischen Zivilpatrouillen. Darüberhinaus sollen die Sicherheitskräfte (Nationalgarde, die militarisierte Finanzpolizei und die militarisierte Nationalpolizei) und die Spezialbataillone zur Guerillabekämpfung aufgelöst werden. Das Ziel der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" bleibt die völlige Entmilitarisierung des Landes, auch "wenn dies vielleicht erst in ein, zwei, drei oder fünf Jahren erreicht werden kann", wie der Guerillasender "Radio Venceremos" vermutete.

- Die Bedingungen für einen Waffenstillstand sind eng mit dem Punkt Armee verknüpft. Die FMLN fordert, daß sich beide Armeen in bestimmten Territorien sammeln. Für die Guerilla heißt das, daß sie ihre KämpferInnen in einigen Departaments, vor allem in Chalatenango, Morazan und Usulutan zusammenziehen will, zu denen die Armee vertragsgemäß keinen Zugang hätte. Die geographische Festlegung dieser Zonen, die Mobilität zwischen diesen Zonen, die Frage von Korridoren etc. müssen im einzelnen geklärt werden. Dies steht bei der nächsten Zusammenkunft im Mai erneut auf der Tagesordnung. Die Aufständischen betonen, daß es ihnen nicht um eine Teilung des Landes in dem Sinn gehe, die staatlichen Behörden völlig von den Sammlungszonen der Guerilla fernzuhalten. Man sei bereit staatliche Dienste (Schulen, Gesundheitsversorgung, Gemeindeverwaltungen), die freie Arbeit politischer Parteien und "in der Theorie" sogar eine zivile Polizei zuzulassen. Die Guerilla akzeptiere in ihren Zonen aber weder Kasernen noch Posten der Armee. Die gegenwärtige Landverteilung - die ehemaligen Großgrundbesitzer verließen ihre Güter in aller Regel - und die neugegründeten Kooperativen der Zivilbevölkerung in diesen Zonen müßten respektiert werden.

- Die derzeit gültige Verfassung von 1983, die der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera, zutreffend als "eine Verfassung für den Krieg" bezeichnete, soll reformiert werden. Solange nämlich diese Verfassung ihre Gültigkeit behält, könnten sämtliche Ergebnisse, welche die Guerilla am Verhandlungstisch festschreiben kann, vom ARENA-kontrollierten Verfassungsgericht als verfassungswidrig deklariert und damit auf Eis gelegt werden. Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei der Art. 248 der jetzigen Verfassung. Er regelt das Procedere der Verfassungsänderung selbst. Darin heißt es, daß eine Verfassungsänderung nur dann Gültigkeit hat, wenn sie in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden vom Parlament in der ersten mit einfacher Mehrheit beschlossen und dann vom folgenden Parlament mit 2/3-Mehrheit bestätigt wird. Die aktuelle Legislaturperiode lief am 30. April 1991 aus. Darum drängte die Zeit, wenigstens diesen Verfassungsartikel zu ändern, um dann die Änderung in der folgenden am 1. Mai beginnenden Legislaturperiode bestätigen zu können. Gelingt dies nicht, verzögere sich der Reformprozeß um weitere drei Jahre. Dazu ist jedoch in beiden Fällen die Zustimmung von Abgeordneten der ultrarechten ARENA-Partei erforderlich, die gegenwärtig die absolute Mehrheit hat und im neuen Parlament mit der rechtskonservativen PCN erneut die Mehrheit bildet. In El Salvador läuft eine breite und heftig vorgetragene Kampagne des Todesschwadronen-Flügels der ARENA, die alle Abgeordneten als "Vaterlandsverräter" abstempelt, die der Verfassungsänderung zustimmen.

Am 19. April legte die FMLN eine ausführliche Erklärung zur Verfassungsreform vor, die sich mit ihrem sehr moderaten Tonfall unverkennbar an die Rechte des Landes richtet. Darin betont sie die Begrenztheit der von ihr geforderten "punktuellen Reformen". Ihr Ziel sei die "Modernisierung des Landes, ein gerechtes und harmonisches soziales Zusammenleben und die Schaffung eines Rechtsstaats". Die FMLN suche Lösungen "im Interesse der Nation", um die "Demokratie zu stärken, die Instabilität und die politische und soziale

Konfrontation zu überwinden". Dann führt die Guerilla die von ihr als nötig erachteten Verfassungsänderungen im einzelnen auf. Diese betreffen die Armee, Justizsystem, Wahlrecht, Volkssouveränität und -partizipation. In dieser Erklärung, wenige Tage vor dem Stichtag 30. April, signalisiert die Guerilla, daß auch der Art. 248 nicht unbedingt geändert werden müsse, sofern es "eine Übereinkunft über ein kompaktes Paket von "punktuellen Reformen" gäbe, "die nicht nur formal oder irrelevant" seien. Diese Reformen müßten noch 1991 ratifiziert werden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die FMLN zu sehr weitgehenden inhaltlichen Zugeständnissen bereit ist. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die FMLN in dieser ersten Phase ihre bewaffneten Kräfte nicht demobilisiert. Bei der gerade abgeschlossenen Gesprächsrunde in Mexiko-Stadt unterzeichneten beide Seiten zwar ein Abkommen über eine Verfassungs- und Armeereform. Es wurde jedoch noch keine Einigung über die Modalitäten des Waffenstillstands erzielt, so daß die bewaffneten Auseinandersetzungen weitergehen. Die genannten Forderungen sind Vorbedingungen für den Eintritt in eine erste Nachkriegsperiode, die "Phase des bewaffneten Friedens". Die Einhaltung der Abkommen kann von der Guerilla überprüft werden. Sofern notwendig, bliebe die Möglichkeit bewaffneter Verteidigung/Gegenschläge offen. Die Wiedereingliederung der Aufständischen in das zivile Leben muß dann in dieser Phase des "bewaffneten Friedens" ausgehandelt werden. Hier hat die Guerilla die Möglichkeit, als Preis für die Waffenniederlegung weitere Zugeständnisse und Garantien zu verlangen.

Ihr Programm heißt Demokratie, Entmilitarisierung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unter Einbeziehung der Bevölkerungsmehrheit. Die Beendigung des Krieges und die Schaffung wirklich demokratischer Rahmenbedingungen mit politischen Garantien für die Linke sind ihre unmittelbaren Ziele. Dafür sucht die Guerilla einen breiten gesellschaftlichen Konsens, der auch Teile der ARENA und der Militärs einschließt. Das bedeutet nicht, daß die FMLN nun ihre Vorstellungen einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation aufgegeben habe. In ihrem Kommuniqué vom 19. April heißt es dazu: "Die FMLN hat wie jede politische Partei ein Programm, das über die "punktuellen Reformen" hinausgeht, die Ergebnis des Verhandlungsprozesses sein könnten. Im Frieden und unter den Bedingungen von Gleichheit und politischen Garantien wird die FMLN für dieses Programm mit demokratischen Mitteln gemeinsam mit anderen Kräften kämpfen."

Position der ARENA-Regierung

Die Analyse der Regierungsposition kann sich nicht auf veröffentlichte Dokumente stützen. Seit jeher war ein Merkmal der Regierungsposition, mögliche inhaltliche Zugeständnisse nicht positiv zu formulieren und einigermaßen klar zu umreißen. So blieb letzlich immer unklar, mit welcher Verhandlungsmasse die Regierungsdelegation überhaupt in die Gespräche ging. Wir beziehen uns im Folgenden auf eine wegweisende Rede des Präsidenten Cristiani, die bei Beginn der aktuellen Gesprächsrunde am 4. April über Radio und Fernsehen des Landes verbreitet wurde. Außerdem berücksichtigen wir Äußerungen von Calderon Sol, ARENA-Gründer und Bürgermeister von San Salvador. Beide sind wohl die herausragenden Köpfe des derzeit dominierenden Dialog-Flügels in der ARENA-Partei. Der Todesschwadronenflügel äußert sich in erster Linie über öffentliche Kampagnen, vor allem in der großen Tageszeitung "Diario de Hoy", und über einflußreiche Militärs und ARENA-Parlamentarier wie D'Aubuisson.

Eins vorweg: Es ist davon auszugehen, daß die ultrarechte ARENA und die Armee überhaupt nur zu Friedensgesprächen bereit sind, weil sie einsehen mußten, daß sie den Krieg gegen die FMLN militärisch nicht gewinnen können und daß ihr ursprüngliches Ziel, die politische und physische Liquidierung der revolutionären Kräfte, deshalb nicht erreichbar ist. Dazu kommt die abnehmende Bereitschaft des US-Kongresses über Jahre hinaus weiterhin einen Krieg zu finanzieren, der nicht zum gewünschten Ziel führt. Als drittes wesentliches Element ist die Einsicht vieler Unternehmer El Salvadors zu nennen, daß die Wirtschaft des Landes nur unter Bedingungen des Friedens wieder in Gang zu bringen ist. Ein andauernder Krieg führte zur weiteren Zerstörung der Infrastruktur und zur Lähmung der Produktion.

Der ARENA-Bürgermeister von San Salvador, Calderon Sol, faßte diese Sichtweise zusammen: "Wir verstehen, daß der Frieden für die Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung unerläßlich ist." Er äußerte sich hinsichtlich der laufenden Gespräche "optimistisch, daß wir Erfolg haben werden".

Präsident Cristiani richtete am 4. April sich in einer gemäßigten und den Friedenswillen betonenden Rede an die Guerilla und an die Ultrarechte des Landes. Er hob gegenüber der FMLN die Gesprächsbereitschaft hervor und suchte die Befürchtungen der Ultrarechten zu zerstreuen, die Regierung würde zu weitgehende Zugeständnisse machen.

Cristiani betonte, daß die Armeeführung über die Dialogpolitik der Regierung "immer breit informiert wurde" ebenso wie die "Notwendigkeit der Reform einiger Verfassungsartikel mit der Armee diskutiert" wurde. Deshalb sei der Vorwurf der Rechten ungerechtfertigt, seine Regierung habe "hinter dem Rücken der Armee" gehandelt. Auch der Vorwurf des "Verrats" sei falsch. Zu den Themen, die in Mexiko auf der Tagesordnung standen, sagte er:

- Verfassungsreform: "Die Regierung ist bereit, jene Verfassungsreformen durchzuführen, die notwendig sind, der nationalen Realität entsprechen und die Ergebnis von Verhandlungen sind. Die in der Verfassung selbst festgelegten juristischen Normen werden dabei nicht verletzt." (Regierungserklärung vom 19. April 1991) Es sei Realitätssinn nötig, um alle Reformen einzuleiten und dem Parlament zur Verabschiedung vorzuschlagen, welche die "Demokratie in unserem Land konsolidieren" und zur "nationalen Versöhnung" beitragen könnten. Cristiani nannte am 4. April konkret "Justizreformen" und andere "punktuelle Reformen spezifischer Artikel", schloß aber eine "breite Verfassungsreform" aus.

- Zur Armee: "Die Restrukturierung und institutionelle Weiterentwicklung der Armee" sei wichtig. Die Armee "muß sich innerhalb eines friedlichen und demokratischen Modells der Gesellschaft weiterentwickeln und verwandeln". Aber "die Existenz der Armee selbst ist kein Punkt, der zur Verhandlung steht".

- Zum Waffenstillstand: Cristiani wies die Vorwürfe der Ultrarechten zurück, er lasse eine "Teilung des Landes" zu, indem der Guerilla gewisse Zonen zur Sammlung ihrer bewaffneten Kräfte zugewiesen würden. Es gebe entgegen der FMLN-Propaganda überhaupt keine "kontrollierten Gebiete der Guerilla". "Die Regierung hat die Kontrolle über das ganze nationale Territorium" behauptete Cristiani kategorisch. Was es gebe, seien lediglich "Zonen mit dauernder Guerillaaktivität" ("zonas de persistencia guerillera"). Diese scheinbar sinnlose und an der Realität vorbeigehende Begriffsklauberei ist für Cristiani wichtig, um gegenüber der Ultrarechten nicht als Vaterlandsverkäufer dazustehen, der Teile des Landes per formellem Vertrag dem ungehinderten Einfluß der marxistischen FMLN unterstelle. Der Präsident meinte weiter, es sei aber notwendig, "daß sich die FMLN in einigen Zonen konzentriert, damit die UNO überprüfen kann, daß es zwischen der FMLN und der Armee keine Gefechte gibt". Dies sei in der "ersten Phase des Prozesses, der Einstellung der bewaffneten Kämpfe, notwendig. Die zweite Phase ist die Entwaffnung und die vorherige Eingliederung der FMLN in das nationale Leben."

Eine mögliche Lösung und offene Fragen

Vergleicht man diese Äußerungen des Präsidenten mit den Forderungen der FMLN und bezieht man den Druck der USA auf beide Seiten mit ein, so deuteten sich durchaus denkbare Kompromißlinien an. Die Differenzen hinsichtlich einzelner Themen scheinen weniger qualitativer, denn quantitativer Natur. Da die Alternative zum Scheitern der Gespräche die Verlängerung des Krieges wäre, den auf Jahre hinaus keine Seite definitiv zu ihren Gunsten beenden könnte, war und ist der Zwang zur Einigung noch größer. Das weiß die Guerilla genausogut wie Präsident Cristiani.

Zwei zentrale Fragekomplexe können jedoch noch nicht abschließend beantwortet werden:

a) Ist die Todesschwadronenfraktion in der ARENA-Partei bereit, die legale Arbeit der revolutionären Kräfte zu akzeptieren? Ist die Oligarchie zu gewissen sozialen Zugeständnissen (Agrarreform) bereit? Ist die Armee bereit, ihren Verlust an gesellschaftlichem Einfluß hinzunehmen? Betrachtet man die Geschichte dieser Kräfte, muß man zu einer pessimistischen Antwort kommen. Aber es darf nicht unterschätzt werden, daß diese Kräfte keinerlei eigene strategische Option dahingehend haben, wie ein gangbarer Ausweg aus der gegenwärtigen Krise aussehen könnte. Hierin liegt ihre zentrale Schwäche. Darüberhinaus verfügen sie nur über sehr wenige Verbündete auf dem internationalen Parkett.

b) Wie sieht die US-Politik der neunziger Jahre für Mittel- und Lateinamerika aus? Streicht sie bis auf weiteres ihr altes, von Reagan programmatisch formuliertes Ziel, die revolutionären Kräfte in Mittelamerika militärisch niederzuschlagen? Sucht sie, wofür viel spricht, ausgehandelte Konsens-Lösungen, weil die militärische

Vernichtung der mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen nur unter direkter Beteiligung von US-Marines und unter großen politischen Kosten möglich wäre? Oder fühlt sie sich vom Erfolg am Golf und angesichts einer sich anbahnenden weiteren Verelendung Lateinamerikas mit unabsehbaren politischen Konsequenzen ermuntert, erneut Stärke zu zeigen? Für beide Varianten gibt es Anzeichen.

So wird die nicaraguanische Regierung Chamorro von den USA finanziell kurz gehalten, weil sie den Sandinisten gegenüber zu Zugeständnissen bereit sei. Gleichzeitig wird der neuen guatemaltekischen Regierung Serrano, die von der Befreiungsbewegung URNG bedrängt wird, die Auszahlung der geringen Militärhilfe verweigert, weil sie die Menschenrechte nicht achte. Für El Salvador wurde bekanntlich nach den Jesuitenmorden vom November 1989 die Auszahlung von 42,5 Mio US-Dollar, der Hälfte der Militärhilfe für 1990, "eingefroren", dann nach der FMLN-Offensive vom November 1990 wieder "aufgetaut", aber bis heute noch nicht ausbezahlt. Unlängst beantragte die Regierung Bush nun für das im Oktober des Jahres beginnende Haushaltsjahr 1991/1992 für El Salvador weitere 294,2 Mio US-Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe für das Cristiani-Regime.

Insgesamt deuten die Fakten darauf hin, daß die US-Regierung zwar gegenwärtig einer politischen Lösung in El Salvador den Vorzug gibt, sich jedoch gleichzeitig militärische Optionen offenhält.

Die Wahlergebnisse

Die Parlaments- und Kommunalwahlen vom 10. März sind angesichts der geschilderten Verhandlungsdynamik von recht eingeschränkter Bedeutung. In ak 328 (März 1991) stellten wir fest, daß diese "Wahlen im Krieg" von ihrer Anlage her völlig undemokratisch und von ihrem Wesen her ein Element der Aufstandsbekämpfung waren. Dennoch nahm die demokratische Opposition daran teil, weil sie sich erhoffte, mit einer Parlamentsmehrheit positive Akzente zugunsten der Verhandlungslösung setzen zu können. Nachfolgend beschränken wir uns auf die Analyse der Parlamentswahlen.

Der Urnengang selbst war mehr als in den Vorjahren von vielen technischen Unzulänglichkeiten und Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet: Die Armee hielt Wahlberechtigte an den Straßen auf; Wahllokale wurden ohne jegliche Vorankündigung kurzfristig verlegt; Stimmzettel der Opposition fanden sich auf der Straße und die Stimmauszählung, die unter Ausschluß der linken Opposition stattfand, dauerte fast zwei Wochen; in etwa 25 Gemeinden (von 284), die völlig unter Kontrolle der FMLN stehen, fand keine Stimmabgabe statt. Die Opposition sprach von "Wahlbetrug". Die Beobachter der "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) stellten zwar "ernsthafte Defizite im Wahlprozeß" fest, zogen die Gültigkeit der Wahlergebnisse jedoch nicht in Zweifel. Das entscheidende Demokratiedefizit lag in der Tat nicht, hier ist den OAS-Beobachtern zuzustimmen, in den von der Opposition penibel aufgelisteten Unregelmäßigkeiten, sondern vielmehr in der repressiven Gesamtsituation und im undemokratischen Wahlsystem des Landes. Das dürften auch die linken Parteien "Demokratische Konvergenz" (CD) und die der Kommunistischen Partei nahestehende UDN so gesehen haben. Denn sie protestierten zwar heftig gegen den "Wahlbetrug", forderten jedoch nicht deren Annullierung.

Zu den Wahlergebnissen: Die Zahl der Wahlberechtigten stieg im letzten Moment von 2.180.000 (mit Wahlausweis) auf 2. 581.593 an. Auf Druck der Opposition wurde allen erlaubt mit dem Personalausweis zu wählen, denen kein Wahlausweis ausgestellt worden war. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1989 hatten erst 1.834.000 Personen einen Wahlausweis ("carnet electoral") und waren damit wahlberechtigt.

Insgesamt wurden zu diesen Parlamentswahlen 1.153.013 Stimmen abgegeben, von denen 91% gültig waren; die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen lag 1991 nur um ca. 150.000 höher als 1989, obwohl die Zahl der Stimmberechtigten um 700.000 Personen zugenommen hatte. Damit stieg 1991 die Stimmenthaltung auf mittlerweile 59% der Wahlberechtigten weiter an. 1988 waren es noch 30.2% Wahlenthaltungen und 1989 bereits 45,3% Enthaltungen gewesen.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen bekam ARENA 44,3% (1989: 53,8%) und 39 Mandate. Die Christdemokratie erhielt 28,0% (1989: 36,0%) und 26 Abgeordnete. Die alte Militärpartei PCN erzielte 9% (1989: 4,1%) und 9 Mandate, während die Rechtsabspaltung der Christdemokraten MAC 3,0% und 1 Mandat erzielte. Die linkssozialdemokratische "Demokratische Konvergenz" (CD), mit langjährigen Bündnispartnern der FMLN wie Rubén Zamora, konnte gegenüber 1989 beträchtlich zulegen und erzielte 12% der Stimmen (1989: 3,8%) und 8 Abgeordnetensitze. Die KP-nahe UDN, die zum erstenmal seit 1977 wieder an Wahlen teilnahm, wählten 2,7% was 1 Mandat einbrachte.

Es fällt auf, daß ARENA, deren Gewicht im Land recht gleichmäßig verteilt ist, 10% verlor, die Christdemokraten, die sich als demokratische Opposition zu erneuern suchen, ebenfalls weiter auf dem absteigenden Ast sind und gegenüber 1989 weitere 8% abgeben mußten. Die "Demokratische Konvergenz" (CD) gewann fast 10% dazu, wobei sie in San Salvador mit 19,8% fast schon die Stärke der Christdemokratie erreicht hat. Aber im östlichen Departement La Union, wo die Christdemokraten mit 42,7% ihr bestes Ergebnis holten, kam die "Demokratische Konvergenz" erst auf läppische 2,4%. Die großen Mängel in der Organisation der linkssozialdemokratischen Partei, die erst seit gut zwei Jahren überhaupt öffentlich im Land tätig ist, kamen hier negativ zum Tragen. Das Ergebnis von 2,7% für die KP-nahe UDN kann als Achtungserfolg gewertet werden, zumal diese eine noch größere Vorsicht walten lassen muß, als die "Demokratische Konvergenz". Insgesamt haben ARENA und auch die Christdemokratie, bei Zunahme der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, relativ und absolut an Stimmen verloren, während die "Demokratische Konvergenz" relativ und absolut kräftig zulegen konnte.

Dies ist umso bemerkenswerter, als zwar die Guerilla zu ersten Mal nicht offensiv zum Wahlboykott aufforderte, jedoch auch keine Wahlempfehlung zugunsten der Oppositionsparteien abgab. Dennoch wird ARENA mit Hilfe der alten Militärpartei PCN eine Mehrheit im 84-köpfigen Parlament haben. Der oppositionelle Block (Christdemokratie, Demokratische Konvergenz, UDN) kann auf 35 Abgeordnete zählen. Für die nächsten Präsidentschaftwahlen, die 1994 stattfinden, rechnet sich die Opposition gute Chancen aus. Bis dahin wird den Rio Lempa noch viel lehmiges Wasser hinabfließen.

Das Abkommen von Mexiko, das uns aufgrund des Redaktionsschlusses noch nicht im Originaltext vorlag, brachte einen Fortschritt in der entscheidenden Frage, der Armee. An diesem Punkt waren die Gespräche nahezu ein Jahr stillgestanden. Es spricht viel dafür, daß nun auch Vereinbarungen zu den übrigen Fragen erzielt werden können.

Al., Nürnberg (30.4.1991)

32. Nachruf auf Antonio Cardenal (Jesús Rojas). El Zapotazo oder: der Schlag von El Zapote

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:23

Antonio Cardenal, Sohn einer reichen, "hundertprozent bürgerlichen Familie Nicaraguas", kam erstmals in der christlichen Basisgemeinde Ernesto Cardenals auf Solentiname mit revolutionärer Literatur in Berührung. Er brach sein Ingenieurstudium in den USA ab, um in Nicaragua "mit denen zu arbeiten, denen es am dreckigsten ging". Im Nachbarland El Salvador trat er 1970 an der Jesuitenuniversität (UCA) ins Priesterseminar ein. 1973, mit vierundzwanzig Jahren, schloß er sich der Stadtguerilla der FPL an. Das Priesterseminar ließ er sausen. 1977 ging er in den Untergrund.

Bei der "Endoffensive" im Januar 1981 sollte die Guerilla in Chalatenango unter seiner Leitung die Kaserne der 4. Heeresbrigade angreifen. "Ich vergesse es nie, es ist, als ob es gestern gewesen wäre. Als wir losmarschierten, kam die Nachricht, daß wir Chalatenango angegriffen hätten, schon in allen Radiosendern. Als unsere Kolonnen an die Kaserne kamen, hatte die Armee schon ihre Scheinwerfer und Maschinengewehre installiert und Panzerwagen auf den Straßen ..." In den folgenden Jahren lernte die FMLN, erfolgreich Kasernen einzuäschern, der US-Einmischung und dem Bombenkrieg zu widerstehen und die enthauptete Massenbewegung wieder aufzubauen. Antonio Cardenal, der mit dem Priester und Dichter Ernesto Cardenal und mit der nicaraguanischen Präsidentin Violetta Chamorro verwandt ist, war unter dem Pseudonym "Jesus Rojas" federführend mit dabei.

Im vergangenen Herbst sprach ich für den ak ausführlich mit dem mittlerweile Vierzigjährigen über dessen Erfahrungen in zehn Jahren bewaffnetem Kampf. Das Interview wurde in ak Nr. 322 (September 1990) veröffentlicht.

Seit dem 11. April 1991 ist Jesus Rojas tot. Er wurde mit 12 weiteren FPL-Genossinen und -Genossen bei El Zapote (Arcatao) in einen Armeehinterhalt gelockt, verletzt und mit vier Schüssen aus nächster Nähe ermordet. Fünf FPL-Guerillas konnten unverletzt entkommen. Eine Einheit des als Jesuitenmörder zu trauriger Bekanntheit gelangten Bataillons "Atlacatl" unter Generalleutnant José Eduardo Angel Orellana ist für dieses Massaker verantwortlich. Die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) verloren aufgrund dieses schweren militärischen Schlags mehrere wichtige Führungskader. Wenige Tage vor den Morden waren zwei US-Militärberater in Arcatao aufgetaucht, deren Mitverantwortung für die Untat von der FMLN nicht ausgeschlossen wird. Das Ziel war klar: die FMLN sollte provoziert werden, den in Mexiko laufenden Verhandlungsprozeß platzen zu lassen.

Der Anschlag gegen Jesus Rojas und seine BegleiterInnen war ein Anschlag gegen den Friedens- und Dialogprozeß selbst. Erst vor knapp drei Wochen hatte er in Arcatao im Auftrag der FMLN eine Mission der UNO empfangen, die vor Ort die Einrichtung eines Menschenrechtsbüros zur Verifikation der Abkommen zwischen FMLN und Regierung vorbereiten sollte. 1990 hatte er als Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" nahezu an allen Verhandlungsrunden mit der ultrarechten Regierung teilgenommen.

Die sterblichen Überreste Antonio Cardenals wurden nach Nicaragua überführt, wo er neben seinem Bruder beerdigt ist, der im Kampf gegen Somoza starb.

Ich verabschiede mich traurig von einem Genossen.

Al., Nürnberg (29.4.1991)

33. Cholera -Tod der Armen

Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:32

Aufgeweckte Zeitgenossen kannten die Cholera bislang vor allem als Staffage für herzzerreißende Liebesepen von Gabriel García Márquez, bis Anfang Februar erstmals nach über hundert Jahren in Lateinamerika aus Peru das Wiederausbrechen einer Cholera-Epidemie gemeldet wurde. Zwischen 1.000 und 3.000 PeruanerInnen sind seitdem an dieser Seuche gestorben. Weil die Cholera etwas neues war, somit Nachrichtenwert hatte, wurde sie zum Medienereignis. Wären sie z.B. an Malaria, Typhus, Gelbfieber, Tollwut - alles Krankheiten, die sich in Peru und in anderen lateinamerikanischen Ländern epidemisch ausbreiten - gestorben oder wären sie einfach verhungert, niemand hätte sich dafür interessiert. Jährlich über 2.000 Verschwundene, vom Militär Gefolterte und Ermordete in Peru, wären höchstens eine kleine Meldung Wert gewesen.

"Die Hauptursache der Cholera-Epidemie liegt bei der von den internationalen Finanzorganisationen geforderten Austeritätspolitik, die so hoch verschuldete Länder wie Peru zwinge, Sozialprogramme abzubauen und auf lebensnotwendige Infrastrukturmaßnahmen wie Trinkwasser- und Abwasserprojekte zu verzichten." So urteilte der Präsident der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Hiroshi Nakajima während eines Aufenthaltes in Lima. "Mit einer Investition von nur 60 Millionen Dollar hätte die explosionsartige Ausbreitung der Epidemie in Peru und in die Nachbarländer verhindert werden können." In den letzten zehn Jahren wurden in Peru unter Anleitung des IWF die staatlichen Ausgaben für die Gesundheitsversorgung von 800 Mill. Dollar auf 150 Mill. Dollar gekürzt. Noch im Februar diesen Jahres teilte die peruanische Regierung mit, daß sie kein Geld für die Bekämpfung der Cholera hätte, während man gleichzeitig eine fällige Rate von 200 Mio. Dollar an internationale Banken überwies.

Wieviele Menschen in Peru jährlich an Infektionskrankheiten und/oder in Folge von Unterernährung sterben, darüber gibt es keine Angaben. Aber die Zahl geht wohl in die Hunderttausende. Lediglich für die Kindersterblichkeit gibt die Regierung an, daß 1990 59.000 Kinder vor dem ersten Lebensjahr gestorben sind. Weitere 23.000 haben das 5. Lebensjahr nicht erreicht. (Da die Regierung solche Angaben in der Regel nach unten manipuliert, liegen die wirklichen Zahlen wohl weit darüber) Von den PeruanerInnen im erwerbstätigen Alter müssen über 30% mit weniger als 600 Kalorien am Tag auskommen (bei einem tägl. Bedarf von 2.500 Kal.). Weniger als 10% der erwerbstätigen PeruanerInnen haben eine adäquate Beschäftigung.

Gelbfieber, Malaria, Leishmania (Lepra ähnlich), Denguefieber, Typhus, Tuberkulose, alle diese (und andere) Krankheiten haben sich in Peru in den vergangenen Jahren dramatisch und unkontrolliert ausgebreitet. Gegenüber diesen Krankheiten, die zum Teil sehr langwierig und schwer zu behandeln sind, ist Cholera eher harmlos und leicht in den Griff zu bekommen.

Wird Cholera in den ersten acht Stunden nach Ausbruch diagnostiziert, reicht es, große Mengen Flüssigkeit mit Salz und Zucker zu sich zu nehmen. Danach kann Cholera relativ unkompliziert mit Infusionen oder Antibiotika behandelt werden. Nach 2-4 Tagen ist die Krankheit dann überwunden. Aber nur etwa die Hälfte der PeruanerInnen verfügt über Wasser aus Leitungen. Wasser vom Wasserwagen oder das zum Abkochen notwendige Kerosin sind für die meisten Menschen unbezahlbar. Eine Subvention der Brennstoff- und Wasserpreise lehnt die Regierung unter Verweis auf das vom IWF diktierte Wirtschaftsprogramm ab. (Um über 6.000% wurde im Rahmen des wirtschaftlichen Schockprogramms im vergangenen August der Preis des Kerosins erhöht.) Eine ärztliche Behandlung, die lediglich 100 Dollar kosten würde, übersteigt das Monatseinkommen von über 75% der Erwerbstätigen.

Internationalen Hilfsorganisationen ist es inzwischen zwar gelungen die Sterberate in Lima auf weit unter 1% der an Cholera Erkrankten zu senken, aber in den Provinzen gibt es weiter kaum medizinische Hilfe. Eine wirkliches Eindämmen der Cholera und der anderen Krankheiten würde jedoch eine langfristige Strategie erforderlich machen, welche die Lebensbedingungen in den Slums grundlegend verbessert.

Daß sich die Cholera so explosionsartig ausgedehnt hat, liegt neben der Verelendung weiter Teile der Bevölkerung und der Tatenlosigkeit der Regierung vor allem an der Zählebigkeit der Cholera-Erreger. Während sich andere Krankheiten auf bestimmte Zonen oder auf Slums begrenzen lassen und sich nur langsam in andere Gebiete ausdehnen, überleben die Cholerabakterien relativ lange außerhalb des

menschlichen Körpers zum Beispiel im Abwasser, an Pflanzen oder noch besser im Fisch. Da es in allen lateinamerikanischen Ländern üblich ist, mit Fäkalien Felder zu bewässern und Abwässer ungeklärt in Flüsse oder ins Meer geleitet werden, können sich die Cholerabakterien schnell über große Gebiete ausbreiten, wenn es die hygienischen Zustände ermöglichen.

Es gibt zwar noch keine genauen Erkenntnisse wie und wie lange die Bakterien in Fischen überleben, aber allein der Verdacht hat ausgereicht, um die peruanische Fischindustrie nachhaltig zu schädigen. Der Export von peruanischem Fisch kam zum Erliegen und auch im Land selber ging der Absatz stark zurück.

Der peruanische Gesundheitsminister, der vor dem Verzehr von rohem Fisch warnen wollte, mußte zurücktreten. Die Regierung dagegen plante mit einer Öffentlichkeitskampagne die Fischindustrie zu stützen. Im Fernsehen aßen sowohl der Präsident als auch der Fischereiminister Ceviche (ein peruanisches Nationalgericht aus rohem Fisch), um die Unbedenklichkeit von hygienisch zubereitetem Fisch zu demonstrieren. Aber der Fischereiminister erkrankte daraufhin an Cholera.

Dennoch bleibt Cholera eine Armutskrankheit, in der Mittel- oder Oberschicht gab es bislang so gut wie keine Choleraerkrankungen. Wenn doch, ist es für sie kein großes Problem. Denn was für die Slumbewohner eine Frage von Leben oder Tod ist, kann von ihnen schnell wirksam behandelt werden. Auch der Fischereiminister war nach vier Tagen wieder auf den Beinen.

Als der im letzten Jahr überraschend gewählte Präsident Fujimori im August sein Amt übernahm, hofften auch viele Linke in Peru, daß sich die Situation des Landes verbessern würde. Selbst das wirtschaftliche Schockprogramm (mit Subventionsstreichungen, Preiserhöhungen von durchschnittlich 400% und Massenentlassungen), welches der Präsident auf Weisung des IWF und entgegen seinen Wahlversprechen durchführte, hielten viele für notwendig, um die wirtschaftliche Situation des Landes zu verbessern. Aber schon nach einem dreiviertel Jahr gilt das Programm als gescheitert. Zwar konnte die monatliche Inflation um ein Drittel gesenkt werden, aber nur um den Preis einer brutalen Rezession, von der sich das Land nicht wieder erholt hat. Die Reallöhne fielen um 30% und das Bruttoinlandsprodukt um fast 20%. Im Dezember trat der Wirtschaftsminister Hurtado Miller, nachdem sein Scheitern offensichtlich wurde, zurück. Aber auch weiterhin hält die Regierung an ihrem Wirtschaftskurs fest. Der Ausbruch der Cholera tat dann ein Übriges, um die peruanische Wirtschaft weiter zu ruinieren. Schon im Monat Februar sollen die Exporteinnahmen peruanischer Unternehmen um 190 Mio. Dollar zurückgegangen sein.

Nichtsdestotrotz ist der neue peruanische Wirtschaftsminister Bolona Behr weiterhin der Meinung, daß die sozialen Kosten ein zwangsläufiger Faktor bei der Sanierung und Liberalisierung der Wirtschaft seien.

Nachdem deutlich geworden war, welche unmittelbaren Auswirkungen die Cholera auf die Wirtschaft in Peru hat sowie unter weltweitem öffentlichen Druck unternahmen die anderen lateinamerikanischen Länder zahlreiche Aktivitäten, um das Übergreifen der Cholera auf ihre Länder zu verhindern. Zunächst sperrte man die Grenzen nach Peru und unterband den Import peruanischer Lebensmittel. Hektisch und öffentlichkeitswirksam beseitigte man ein paar Kloaken und wilde Müllkippen, verbot das Bewässern von Feldern mit Abwässern. Da dies alles das Übergreifen der Cholera nicht verhindern konnte, versuchen die Nachbarstaaten nun das wirkliche Ausmaß der Ausbreitung zu verschweigen, um nicht die eigene Wirtschaft zu gefährden. Inzwischen hat die Cholera auf Kolumbien, Ecuador, Brasilien und Chile übergegriffen. Zwar hat sie in diesen Ländern bei weitem nicht das Ausmaß angenommen wie in Peru, aber auch dort wird sich die Krankheit endemisch in den Slums ausbreiten.

Mit der Unterstützung der weltweiten Medienöffentlichkeit forderten die lateinamerikanischen Staaten internationale Hilfe oder einen teilweisen Schuldenerlaß, um die Bekämpfung der Cholera und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten finanzieren zu können. Aber die Industriestaaten haben zunächst abgewinkt. Einen Schuldenerlaß, wie ihn Polen jetzt erhielt, damit können die lateinamerikanischen Staaten derzeit nicht rechnen.

Ca. 500 Mio. Dollar jährlich, so schätzt die WHO, seien in Lateinamerika erforderlich, um zumindest die notwendigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität, d.h. Einrichtung einer Basisgesundheitsversorgung, Bau von Trink- und Abwassersystemen, einzuleiten. Aber solange sozialstaatliche Maßnahmen und Subventionen in den neoliberalen Wirtschaftskonzepten Lateinamerikas verpönt sind und Menschenleben sowie Lebensbedingungen für die Statistiken der Wirtschaftstechnokraten

keine Rolle spielen, solange wird sich nichts Wesentliches ändern. Sobald sich die internationale Öffentlichkeit an Cholera in Peru gewöhnt hat und Verfahren entwikkelt worden sind, wie man chilenische Äpfel oder peruanisches Fischmehl wirksam gegen den Choleraerreger behandeln kann, wird die derzeitige Betriebsamkeit wieder den lateinamerikanischen Alltag weichen. Dann wird Cholera eine Krankheit sein, die wie Typhus, Malaria oder Tuberkulose zu den Elendsquartieren Lateinamerikas gehört.

cs, Berlin

34. "Es gibt keinen Grund zur Euphorie - aber die Lage ist auch nicht aussichtslos." Von Claudia Gohde

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:10

Ein dreiviertel Jahr ist das Projekt PDS/Linke Liste alt und schon erledigt? Rückläufigkeit im Osten und Stagnation im Westen scheinen dieselben Ursachen zu haben: Die Partei kreist um sich selbst. Im Osten heischt das zerbrochene Selbstbewußtsein der PDSlerInnen nach Anerkennung - vom Staat, von den anderen Parteien, von den Bürgerbewegungen, von den Medien und von den Westlinken; die nicht vorhandene gesellschaftliche Alternative läßt DDR- Nostalgie aufkommen, die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist in den Hintergrund geraten. Allerorten die Parole: Die PDS muß Kompetenz beweisen, muß konstruktiv sein. Im Westen ist die Attraktivität der PDS(/Linke Liste) auf dem Nullpunkt angekommen. Aus dem seinerzeit propagierten Projektcharakter sind mit den Landesverbänden ganz unterschiedliche kleine Parteikeimzellen geworden, die mehr (Hamburg) oder weniger (Rheinland/ Pfalz) um sich selbst kreisen. Das unbeholfene Agieren der PDS-Ost, das sie von Fettnapf zu Fettnapf tapsen läßt, hat teilweise Gründe, die in den Westverbänden nur Verzweiflung auslösen, ohne aber eingreifen zu können, zumal gemeinhin die guten Ratschläge erst kommen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Ein Aspekt der Begründung etwa, der in der Verfügung von Hans Modrow gegen das Buch "Tatort Politbüro" eine Rolle spielte, war die Überlegung, gerade die PDS müsse ihre Rechtsstaatlichkeit durch besonders strenge Befolgung des Bundesarchivgesetzes (das verbietet, personenbezogene Daten vor Ablauf von 30 Jahren herauszugeben) beweisen. Ein Beispiel dafür, wie verschiedene politische Welten und Erfahrungen von Ost- und West-Seite bis zur Sprachlosigkeit aufeinanderprallen. Selbstverständlich auch ein Beispiel dafür, daß Kritik scharf geübt werden muß und dennoch keine Belehrung sein soll, dafür, daß 0,2% Westmitglieder der PDS es in diesem Fall besser wissen müssen, aber sich nicht verständlich machen können.

Die Westverbände sind in ihrer Entscheidungskompetenz weitgehend autonom. Sie agieren der West-Realität entsprechend als das, was sie sind, als marginale Kleingruppen. Damit fehlt das Zutrauen, die Freiheit zum experimentieren, zum Fehler machen, denn jeder Mißgriff könnte schon das Ende des Ganzen bedeuten, da sowohl Mitgliederverluste als auch falsche Richtungsentscheidungen sofort an die Substanz gehen. Dennoch wäre gerade die Experimentier- und Bündnisfreudigkeit, das Suchen nach politischen Zusammenhängen mit Linken, die keineswegs zum Eintritt in die PDS überredet werden wollen, so notwendig. Ähnlich problematisch stellt sich die Aufgabe, wie auf die Jugendlichen zuzugehen ist. In der Ex- DDR läßt sich erahnen, daß die wirklich jungen Leute auf neue, andere Art Bezug nehmen auf die Nach-DDR- Gesellschaft. Die werden weder durch fürsorgliche Bildungsangebote noch durch peppige Partys von den Parteien angesprochen. Die im Westen während des Golfkrieges aufgeflammte SchülerInnenbewegung hat ein überraschendes Selbstbewußtsein gezeigt; die in der Linken versammelten über Dreißigjährigen, bereits im Niedergang der Linken politisiert und daher teilweise desto jünger, desto verbissener an der Tradition festhaltend, wissen nicht darauf einzugehen, die Stimmung zu deuten.

In der PDS-Ost wird derzeit viel über das Stichwort Regionalpartei diskutiert. Viele Hoffnungen schwingen in der Debatte mit, sich von der einen oder der anderen Realität ein Stück befreien zu können. Weder schafft es die PDS derzeit, den westlinken Ansprüchen gerecht zu werden (was in der Parteibasis auch nicht absehbar durchzusetzen wäre), noch ist sie in der Ex- DDR in der Lage, maßgeblich an der Organisierung sozialer Proteste mitzuwirken oder Orientierungen zu geben (wobei die z.T. totale politische Isolierung ein wichtiger Faktor ist).

Vielleicht ist es die Zeit, wo die Parteien aussterben, die Kampfparteien sowieso. Die Menschen allerdings, dort wo sie sich als politische Subjekte verstehen, werden Formen für Kollektive zur Durchsetzung ihrer Interessen finden müssen, wenn sie sich mit den herrschenden Zuständen nicht abfinden wollen.

Wir dokumentieren zwei Bestandsaufnahmen zur Ost- und Westseite der PDS, die auf der April-Parteivorstandstagung referiert wurden, und Spotlights auf zwei Landesverbände der PDS im Westen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, daß wir heute mal etwas eingehender über die Situation in den Landesverbänden der PDS/Linken Liste im Westen diskutieren können.

Ich möchte Euch zunächst ein wenig die vorgelegten Daten erläutern. Es ergibt sich eine Gesamtmitgliederzahl von 500, die inzwischen bei 600 liegen dürfte. Das ist arg wenig, aber doch nicht alles: Unter SympathisantInnen haben wir alle die gezählt, die regelmäßig zu Landesversammlungen oder Arbeitsgruppen oder örtlichen Initiativen kommen.

Für alle Landesverbände gilt, daß ein Großteil der TrägerInnen der PDS/Linken Liste nicht Parteimitglieder sind. Z.B. in Flensburg besteht die örtliche Initiative PDS/Linke Liste nur aus Nicht-Mitgliedern. Gerade in Arbeitsgruppen arbeiten vielerorts mehrheitlich Nicht-Parteimitglieder. Der Wahlkampf wäre ohne die Mithilfe von Sympathisantinnen und Sympathisanten gar nicht denkbar gewesen.

Nun fragt Ihr natürlich, warum diese Menschen, wenn sie schon mitarbeiten, denn nicht Mitglied werden wollen. Eine Erklärung liegt in der Geschichte des ganzen Projekts (da komme ich noch drauf zu sprechen), aber diese Frage führt schon zu einem besonderen Problem: Ich behaupte, es gibt bis heute keine eigene PDS/Linke Liste-Identität im Westen. Wir verfügen im Westen nur über rudimentäre Kerne, die von sich aus weder fest gefügte Strukturen anbieten können noch ein eindeutiges Profil haben. Wir sind auf diese Leute, die mal reinschnuppern, ihre Fachkenntnisse und Ideen einbringen, und dann aus Interesse langsam anfangen, politische Verantwortung zu übernehmen, angewiesen. Da finden sich zum Beispiel Einzelpersonen aus der Friedensbewegung, die verteilen mal ein Flugblatt mit, kommen zu Diskussionen, arbeiten dann an einer Broschüre mit und gestalten so zunehmend ein politisches Arbeitsfeld und fangen langsam an, sich über diese Arbeit mit der PDS/Linken Liste zu identifizieren. Über die PDS im Osten müssen sie da noch gar nichts wissen, und sie können ihre Politik auch sehr gut entwickeln, ohne mit der "Befindlichkeit" der PDS-Ost konfrontiert zu sein. Das ist im übrigen auch Ausdruck der unterschiedlichen Situation, in der sich die beiden Teile - Ost und West - der PDS nach wie vor befinden, und wir werden uns überlegen müssen, wie wir das ändern.

Die westlichen Landesverbände sind nach wie vor in der Aufbauphase, wir stekken in den Kinderschuhen. Eine Gruppierung, die noch in der Entstehung ist, braucht genau diese Offenheit und Entfaltungsmöglichkeit für interessierte Menschen, ohne sie gleich vor die Entscheidungsfrage einer Mitgliedschaft zu stellen. Dieser Sachverhalt ist von uns mit dem Stichwort "Offene Strukturen" beschrieben worden.

Der Statistik ist auch zu entnehmen, daß Mitglieder aufgenommen werden - um mit diesem weitverbreiteten Vorurteil aufzuräumen. Und zwar - wenn man mal die Mitgliederstärke in Bezug setzt zum Zeitpunkt der Öffnung - läßt sich da kein ursächlicher Zusammenhang ableiten. Rheinland/Pfalz z.B. hat seit Beginn Mitglieder aufgenommen und hat heute keinen höheren Bestand als Hessen, die erst seit Anfang Dezember aufnehmen. Ich würde zwar im nachhinein sagen, daß es falsch war, so zögerlich mit der Mitgliederaufnahme umzugehen, aber es ist einfach auch Stimmungsmache, wenn immer behauptet wird, in Berlin oder anderen östlichen Landesverbänden lägen Mitgliedsanträge aus dem Westen zu Hunderten vor - es waren im Dezember genau 12, die uns weitergereicht wurden. Und auch die Zahl derjenigen, die in den östlichen Landesverbänden eingetreten sind, liegt im zweistelligen Bereich. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß uns der anfängliche Aufnahmestopp beträchtlich geschadet hat.

Ein weiteres signifikantes Ergebnis der Statistik ist der erschreckend niedrige Anteil von Frauen. Es stimmt, wir haben im Westen eine "Mackerpartei", und das korrespondiert damit, daß viele Frauen im Westen noch skeptischer sind, weil sie in den herkömmlichen Parteien noch leidvollere Erfahrungen gemacht haben als Männer, und daß sie es leid sind, wieder einmal um ihre frauenpolitischen Ansätze, um ihr Recht auf selbstbestimmte Politik zu streiten - anders als die LISA-Frauen, die in dieser Hinsicht erheblich kämpferischer sind.

Formal haben alle Landesverbände ordentliche Vorstände, in der Regel werden aber die Geschäfte von gewählten Arbeitsausschüssen (von 10 bis 20 Personen) oder Koordinationssausschüssen geführt (in denen die Vorstandsmitglieder gleichberechtigt mitarbeiten). Das geht auf ein größeres Bedürfnis nach kollektiven Entscheidungsstrukturen zurück und auf den Wunsch, möglichst viele GenossInnen an der verantwortlichen Gestaltung der Politik zu beteiligen.

Soweit einmal zu der Statistik - wie sieht es nun mit der inneren Verfaßtheit der westlichen PDS-Landesverbände aus: Ich komme noch mal auf meine Behauptung zurück, daß wir im Westen noch keine PDS/LL-Identität entwickelt haben. Uns gibt es - nimmt man mal die Kölner Konferenz Ende Juli 1990 als

Startpunkt - gerade ein knappes dreiviertel Jahr. Und diese kurze Geschichte war immerhin schon sehr wechselvoll. Wir sind letztes Jahr angefangen mit zwei Grundüberlegungen:

Die eine war, dem Zerfallsprozeß der Linken in der alten BRD entgegenzuwirken mit einem neuen Projekt, das in dieser ganzen Umbruchsituation die linken Kräfte neu bündeln sollte. Wir haben uns vorgestellt, Linke aus verschiedenen Spektren zusammenzuholen, und ohne die Differenzen zu verkleistern und auch ohne einfach alle unterschiedlichen Ansätze nur zusammenzuwerfen, zu addieren, einen gemeinsamen Politikansatz zu suchen, in dem die PDS einen positiven Bezugspunkt darstellen sollte. Das Modell, mit dem wir das versucht haben, war das Personenbündnis. Das stand in seinem Ansatz alternativ zu den Organisationsbündnissen, wie sie von den Roten Tischen oder auch von der DKP propagiert wurden. Es ging uns nicht nur darum, einfach die bestehenden linken Organisationen mit ihren verschiedenen Programmen, so wie sie schon immer waren, zusammenzuwerfen. Daraus entsteht noch keine neue Qualität. Sondern wir wollten mit den Personen, die aus ganz unterschiedlicher Geschichte und politischer Sozialisation Bereitschaft zeigten, an ganz bestimmten Schnittstellen neu zu diskutieren und eine neue linke Idee zu entwickeln, ein ausstrahlungsfähiges linkes Projekt im allgemeinen Niedergang schaffen. Diese Schnittstellen waren: die Verknüpfung der Ökologie mit der sozialen Frage, die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und dem Scheitern des Realen Sozialismus und der Bezug auf die sich anbahnenden katastrophalen Folgen des Anschlusses einerseits und den deutschen Triumphalismus andrerseits und gegen die Vernichtung der sozialistischen Idee.

Die andere Grundüberlegung für das Zustandekommen der Linken Liste war die Solidarität mit der PDS und die Ablehnung der totalen Verteufelung der alten DDR. Das war ein Gedanke, der bis weit in die Sozialdemokratie und liberal-demokratische Kreise trug und auch in der linken Bewegung allgemein eine Rolle spielte. Es gab eine ganze Reihe von Menschen, die kein Verständnis dafür hatten, daß der PDS der Weg in den Bundestag versperrt werden sollte, die den Anschluß schlicht ablehnten und die eine gewisse Sympathie für die PDS hatten, die aber dafür nicht in in die PDS eingetreten wären. Die Linke Liste sollte daher ein Konstrukt sein, um der PDS über Solidaritätsstimmen im Westen in das Parlament zu verhelfen. Unter diesem Aspekt wurde zunächst über das Modell einer reinen Wahlpartei diskutiert, in die Mitglieder aus der PDS, unabhängige Linke aus der DDR und der BRD eintreten sollten. Was scheiterte, denn das PDS-Statut verbietet eine Doppelmitgliedschaft und so hätten PDS-Mitglieder aus der PDS austreten müssen, um Mitglied der Wahlpartei zu werden.

Diese zweite Ausgangsüberlegung hatte natürlich noch gar nichts mit einem Parteiaufbau im Westen zu tun - im Gegenteil, von vielen an der Linken Liste Beteiligten wurde das abgelehnt, sie wollten ihre aus Solidarität begründete Unterstützung der PDS-Kandidatur nicht gleich als Zustimmung zur PDS-Politik verstanden wissen. Es gab auch viele gut begründete Vorbehalte dagegen, auf die Schnelle wieder eine neue Partei zu gründen; gerade in den Kreisen der ErneuererInnen, die aus der DKP kamen, wünschte man sich mehr Zeit und wollte sich nicht gleich wieder in den nächsten Parteiladen stürzen.

Schon vorher waren im Westen die PDS-Initiativen und -Freundeskreise entstanden, die auf einen schnellen Parteiaufbau im Westen drängten. Diese konnten unter den eben ausgeführten Grundüberlegungen nur ein Bestandteil des Projekts sein, denn unter dem Aspekt des Personenbündnisses und der Solidaritätskandidatur wollten wir ja mehr erreichen, als "nur" diejenigen, die sich mit der PDS relativ vorbehaltlos identifizieren konnten. Daß es uns nicht gelungen ist, diese Ansätze zu integrieren, aber auch, daß die PDS-Initiativen wenig Bereitschaft zeigten, in diesem Rahmen mitzuarbeiten, müssen wir heute selbstkritisch sehen. Die Ausgrenzungsvorwürfe haben uns geschadet, und wir hätten da vielleicht etwas besonnener und flexibler verfahren können.

Letztendlich sind aber beide hier dargestellten Ausgangsüberlegungen gescheitert: Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war das Motiv der Solidaritätskandidatur erledigt. Es war klar, daß es die PDS alleine schaffen würde, und das Wahlergebnis ist eine deutliche Quittung dafür gewesen. Wir haben damals eine sehr hektische Diskussion geführt, in den westlichen Landesverbänden, aber auch im Beirat. Ihr könnt das auch im Reader noch mal nachlesen. Da wurde kurzerhand die Namensänderung der Partei in PDS/Linke Liste beschlossen und wieder revidiert. Im Westen entschieden sich zwar letztlich alle Landesverbände der Linken Liste, sich in PDS-Landesverbände umzuwandeln, aber unter dem Druck der Zeit war das nicht gründlich diskutiert. Ich weiß heute nicht, ob es eine echte Alternative gab, aber sicher ist, daß wir diesen Einschnitt in seiner Tragweite nicht ausreichend erkannt haben. Eine Weile wurde ja auch noch an den alten Ideen festgehalten, daher das anfängliche Sperren gegen eine Mitgliederpartei, gegen die Beteiligung an den

Parteistrukturen, das Bestehen auf Autonomie und die Angst, von der Ost-PDS übergeschluckt zu werden. Es war im Grunde die Entscheidung, nun doch einen richtigen Parteiaufbau im Westen zu betreiben. Insbesondere von den GenossInnen der Vereinigten Linken ist das wohl am deutlichsten so gesehen worden und der warnende Zeigefinger immer ganz hoch gehoben worden, allerdings ohne daß auch sie einen Gegenvorschlag hatten. Denn bei den wenigen Leuten im Westen gab es eigentlich nur die Möglichkeit, entweder Landesverbände zu gründen oder weiter die Linke Liste als ein Bündnisfeld für die PDS, dann aber ohne Wahlbeteiligung aufzubauen.

Auf der anderen Seite war damit auch das Personenbündnis als Modell erledigt, denn der Form nach waren und sind wir nun eine Partei, zu der Mitglieder und SympathisantInnen kommen, weil sie auf die Politik eben dieser Partei - alternativ zu anderen Parteien - Bezug nehmen.

Und das neue linke Projekt, die Herausbildung einer neuen linken Kraft im allgemeinen Umgruppierungsprozeß? Auch da müssen wir heute konstatieren, daß uns das nicht gelungen ist. Der Begriff "Umgruppierung" beschreibt die Situa- tion der Linken im Westen beschönigend und damit falsch. Tatsächlich haben wir es mit einem anhaltenden Zerfallsprozeß zu tun. Linke Organisationen lösen sich reihenweise auf, ohne daß daraus neue Kerne entstehen. Nehmen wir nur die Strömungen, aus denen die InitiatorInnen der Linken Liste selbst stammen und die sie vor allem ansprechen wollten:

Die wirklich große Gruppe der aus der DKP ausgeschiedenen ErneuererInnen hat sich aus der Politik praktisch verabschiedet, was nicht heißt, daß man Einzelne von ihnen für bestimmte Arbeitsfelder wieder gewinnen kann. Aber als politikfähige Strömung, die von sich aus in die Diskussion eingreift, sind sie einfach nicht vorhanden. Der PDS/Linken Liste stehen viele von ihnen skeptisch bis sympathisierend gegenüber, z.T. wie gelähmt von ihren Parteierfahrungen in der DKP.

Der gewerkschaftliche bis linkssozialdemokratische Bereich ist nach wie vor in seiner Mehrheit nicht bereit, sich aus der Anbindung an die SPD zu lösen. Weder die PDS, und noch weniger die PDS/Linke Liste ist für sie eine organisatorische und inhaltliche Alternative, mit der sie Chancen sehen, gesellschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Ich bin allerdings auch nicht der Meinung, daß bei der ganz traditionellen Bindung dieses Spektrums an die Sozialdemokratie kurzfristig Brüche und eine schnelle Umorientierung herbeizuführen sind. Das ist ein langwieriges und auf lange Zeit angelegtes Unterfangen, das wir auf jeden Fall angehen sollten und wofür eine Rolle spielen wird die Frage, inwieweit es der PDS im Osten gelingt, in den sozialen Kämpfen präsent zu sein.

Auch die Entwicklung der Grünen gibt wenig Anlaß zur Hoffnung, daß aus den ausgetretenen Linken noch einmal Impulse für einen neuen Anlauf kommen. Von den Grünen, die sich auf dem Weg zu einer rein ökologischen Bürgerrechtspartei befinden, wurde eine ziemlich schroffe Ablehnung der PDS/Linken Liste betrieben. Die Linken, die im übrigen diesen Kurs in ihrer Mehrheit mitgetragen haben, verlassen einzeln die grüne Partei und ziehen sich frustriert zurück.

Insgesamt haben wir es in der alten Linken der West-BRD mit einem Prozeß der Individualisierung, des Zerfalls gewachsener linker Strukturen zu tun. Und es ist nicht absehbar, wie lange das noch anhält. Um es ein bißchen nachvollziehbarer zu machen, welche Faktoren da unter anderem mitwirken, nur mal ein Beispiel: Es hat in der ganzen Phase des Ost-West-Gegensatzes immer ein größeres Potential an Menschen gegeben, die sich der Logik des sogenannten Blockdenkens widersetzt haben. Die etwa die SPD-Politik an diesem Punkt nicht geteilt haben und sich für ein friedliches Miteinander, für freundschaftliche Beziehungen zu den Staaten des RGW und für die Anerkennung der DDR einsetzten, ohne daß sie AnhängerInnen des Realen Sozialismus waren. Das gilt für eine Reihe von Friedensorganisationen wie die DFU oder z.B. den SHB (Sozialistischen Hochschulbund), denen mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sozusagen eine Existenzberechtigung verloren gegangen ist, ohne daß schon etwas anderes an diese Stelle getreten ist. Diese politisch denkenden Menschen gibt es ja noch, wir müßten einmal genau untersuchen, unter welchen Umständen wir sie wieder für die Politik gewinnen können. Dabei geht es gar nicht darum, gleich Mitgliederwerbung zu betreiben, das kann man auch tun und sollte es auch. Sondern wir sollten das ganze Feld der Linken genauer ins Auge fassen, um herauszubekommen, wo BündnispartnerInnen für unsere Politik in Einzelfragen zu gewinnen sind. Dazu gehört auch, sich die verbliebenen Organisationen und Grüppchen anzuschauen, ihre politischen Eigenarten und Differenzen zu begreifen, um herauszufinden, mit wem in der Politik vielleicht Übereinstimmung zu erzielen ist und um überhaupt die politische Landschaft der alten Bundesrepublik zu verstehen.

Ich weiß, daß es zu den großen Schwierigkeiten der PDS gehört, die als "ewige Streiterei" wahrgenommenen Auseinandersetzungen der Westlinken nachzuvollziehen. Wir - das heißt auch der Beirat der PDS/Linken Liste, alle eingeschlossen - haben es versäumt, ausreichend die Entscheidung für das Zusammengehen von Linker Liste und PDS verständlich und nachvollziehbar zu machen. Vielen von uns Westlinken ist es erst sehr spät klar geworden, daß das Präsidium nicht die Partei ist, und in der Partei ein ziemliches Unverständnis gegenüber unseren Politikvorstellungen herrschte und immer noch herrscht - und umgekehrt ist es wohl oft auch so. Das ist etwas, was wir nachholen müssen. Es gibt nur ziemlich magere Kontakte zwischen den westlichen und den östlichen PDS-Landesverbänden. Ein ziemliches Hindernis waren und sind auch die gewachsenen guten Beziehungen und Freundschaften zwischen PDS- und DKP-Gliederungen, weil sich aus der Konkurrenz zum Bündnis mit der Linken Liste scheinbar nicht das Eine mit dem Anderen verbinden ließ. Ich wünsche mir, daß es hier ein offeneres und vorbehaltloseres Aufeinanderzugehen gibt und würde es als eine unserer Hauptaufgaben ansehen, den Informations- und Erfahrungsaustausch und das Verständnis für einander zu verbessern.

Doch nun zurück zu den westlichen Landesverbänden. Nach dem Exkurs zur allgemeinen Situation der Linken im Westen müssen wir auf der objektiven Seite feststellen, daß offensichtlich aus den alten linken Zusammenhängen nur ein sehr, sehr kleiner Teil für die Mitarbeit in der PDS/Linken Liste zu gewinnen ist und eine richtige Bündnisarbeit noch nicht begonnen sind. Aber auch auf der subjektiven Seite - darunter fasse ich die Ausstrahlungsfähigkeit und das Profil der PDS/Linken Liste - haben wir ziemliche Schwächen. Ich habe zu Anfang schon gesagt, daß wir so etwas wie eine PDS/Linke Liste-Identität im Westen noch nicht ausgeprägt haben. Und wenn Ihr Euch die Brüche in der kurzen, knapp dreivierteljährigen Geschichte vor Augen führt, ist das auch kein Wunder. Aber das Profil der PDS ist kein spezielles Westproblem, denn auch im Osten hat die PDS ihren Weg noch nicht gefunden. Wir haben zwar in der Haltung zum Krieg inhaltlich ein Signal setzen können, aber ohne daß es uns gelungen ist, das öffentlich wirksam werden zu lassen. Das ist unter anderem ein Problem der Medienblockade, ich will auf die Gründe nicht weiter eingehen. Ein nächster Schritt wird hoffentlich die Aktion am nächsten Wochenende vor der Treuhand sein. Ich denke schon, daß ein Schlüssel für die weitere Entwicklung der PDS ihr Agieren in den sozialen Kämpfen in den neuen Bundesländern sein könnte, ohne jetzt in eine Diskussion zu kommen darüber, ob das Schicksal der PDS, ihr Überleben sich im Westen oder im Osten entscheidet. Darüber muß diskutiert werden, ich beschränke mich erstmal auf die westlichen Bundesländer.

Ist nun alles gescheitert, was wir ursprünglich einmal überlegt haben? Sagen wir mal, wir haben uns den veränderten Bedingungen, die wir aus subjektiven und objektiven Gründen nicht richtig vorausgesehen haben, immer den Sachzwängen folgend, einigermaßen flexibel angepaßt. Es gibt keinen Grund zur Euphorie, aber die Lage ist auch nicht aussichtslos. Wir müssen allerdings endlich davon Abstand nehmen, zu glauben, daß wir über das Erfolgsmittel verfügen, über ein Patentrezept, mit dem wir absehbar den großen Wurf landen werden. Wir werden ganz viel experimentieren und ausprobieren müssen. Über Bündnisarbeit, über die Arbeitsgruppen, über Mitgliederwerbung, Veranstaltungen und mit verschiedenen Gruppen von Menschen, die wir ansprechen. Der Erfolg wird unterschiedlich sein, es wird nicht alles klappen. Darum setzt so ein Herangehen auch voraus, daß verschiedene Versuche toleriert werden einerseits, und daß der Austausch über Erfahrungen und die Auswertung funktioniert andrerseits, man muß ja nicht jeden Fehler mehrmals machen.

Wir haben vor zwei Wochen darüber diskutiert, wo wir Ansätze sehen, die politische Entwicklung der westlichen Landesverbände voranzubringen. Wir sehen folgenden Stärken: Erstens, wir verfügen im Gegensatz zu anderen linken Gruppierungen über eine Bundestagsfraktion. Zweitens hat die PDS eine Reihe von ExpertInnen mit hoher Sachkompetenz, die sowohl für Veranstaltungen, für die inhaltliche Zuarbeit für Arbeitsgruppen als auch für die eigene Qualifizierung einsetzbar sind. Drittens sind die internationalen Beziehungen der PDS - gerade im europäischen Rahmen nutzbar zu machen. Und viertens haben wir eine Schlüsselfunktion zwischen West und Ost - es gibt keine andere politische Gruppe im Westen, die eine solche Verankerung im Osten hat. Wir verstehen es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, über die soziale, kulturelle und politische Situation in den neuen Bundesländern zu informieren, und wir bitten Euch, uns dabei zu unterstützen, indem z.B. GenossInnen aus Betrieben oder von den Hochschulen zu uns kommen und uns berichten.

Wir waren uns bei unserem Treffen darin einig, daß es keinen Zweck hat, weiter darauf zu hoffen, daß aus den alten linken Zusammenhängen die Menschen für uns zu gewinnen sind, sondern, daß wir uns eine soziale Basis neu erschließen müssen.

Es wäre daher ein besonderes Gewicht auf den Jugendbereich und den betrieblich/gewerkschaftlichen Bereich zu legen. Zu letzterem hab ich schon was gesagt. Die Jugendlichen, vor allem die SchülerInnen haben sich gegen den Golfkrieg in besonderer Weise engagiert. Vereinzelt ist es uns gelungen, Kontakte herzustellen, z.B. jetzt zu dem SchülerInnenkongreß gegen den Golfkrieg, wo ja auch einige junge GenossInnen hingefahren sind. Ich könnte mir vorstellen, daß man mit einer Verweigerungskampagne, wie sie in der AG Entrüstung schon angedacht worden ist, einen Zugang in diese Gruppe finden könnte. Ebenso sollten wir verschiedene Konzepte an den Hochschulen probieren. Dort, wo es GenossInnen von uns an den Hochschulen gibt und wo es sich anbietet, kann man es mit Hochschulgruppen probieren, so gibt es in Tübingen einen neugegründeten SDS, in Hamburg und Bremen Linke Listen an den Unis. Man kann aber auch immer das Forum einer Hochschule nutzen als besonders aufgeschlossen und empfindlich gegenüber Veränderungen und Bewegungen in der Gesellschaft, für Fragen und Probleme, die wir selber auch diskutieren und damit Veranstaltungen zu bestimmten Themen durchführen. Und man kann es auch ruhig mal mit einer richtigen Werbeveranstaltung mit PDS-Prominenz probieren. Bei allem sollten wir das Ziel überlegen, wo wollen wir Mitglieder gewinnen, wo Bündnispartner - und es wird davon abhängen, ob wir in den Diskussionszusammenhängen und bei den aktuellen und brennenden Fragen präsent sind.

Aus der bisherigen Geschichte der PDS/Linken Liste hat sich eins ergeben, nämlich daß es keinen Sinn hat, einen Streit zu führen um Versprechungen: "Wenn wir diesen einen Weg einschlagen oder eingeschlagen hätten, dann gewinnen wir den großen Zustrom". Es hat niemand dieses Rezept, und es liegt auch gar nicht in unserer Hand, es zu haben. Also werden wir uns mit Hilfe unserer Erfahrungen ausprobieren, um wirklich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Politikfähigkeit zu gewinnen, und ich möchte Euch bitten, das auch wirklich als Versuche zu begreifen und diese Experimente in dem Sinne zu unterstützen, daß wir gemeinsam einen Weg suchen müssen.

35. Zur Kritik der Bündnispolitik der PDS

von Rainer Börner

Autor: Rainer Börner · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:11

Oberflächlich betrachtet könnte man/frau meinen, die Bündnisarbeit der PDS sei gar nicht so erfolglos. Die Isolierung der PDS mit ihrer Vergangenheit sei in weiten Bereichen der politischen Arbeit durchbrochen.

Vera Wollenberger sieht in einem Artikel der Zeitung "Bündnis 2000" sogar die Gefahr eines starken linken Bündnisses, dessen Gravitationszentrum die PDS bilden könnte, und dem die Bürgerbewegung große Teile der Grünen mit ihrem Politikverständnis entgegenstehen. Dabei sei, so Vera weiter, über die Rolle der Vereinigten Linken und auch des Unabhängigen Frauenverbandes nachzudenken, die mit wichtigen Vertreterinnen wie Jutta Braband, mit deren Vergangenheit, der PDS eine Glaubwürdigkeit zu attestieren versuchen, die sie nicht hat. Soweit Vera Wollenberger. (Darauf einzugehen, behalte ich mir jetzt vor, verweise auf einen Artikel von Thomas Klein in "Die Andere" 6/91.)

Ja, könnte man sagen, wir haben eine gemeinsame Bundestagsfraktion mit Mitgliedern der Vereinigten Linken, Mitgliedern des Unabhängigen Frauenverbandes, weiteren Nicht-PDS-Mitgliedern, mit westdeutschen Linken, ebenso einige Fraktionen in Landtagen und im Berliner Abgeordnetenhaus als Linke Liste. Es gibt im Verhältnis zu vor einem Jahr punktuell gewachsene Bereitschaft, die PDS bzw. PDS-Mitglieder zu akzeptieren, zumindest zu tolerieren. Es gibt Beispiele für relativ gute Zusammenarbeit von Fraktionen der PDS und Bündnis '90 z.B., wie in Ansätzen in der alten Volkskammer oder im Landtag von Sachsen/Anhalt. Es gibt Zusammenarbeit in Friedenskreisen, es gibt Zeichen für Akzeptanz und teilweise sogar mehr als Zeichen in christlichen Kreisen, es gibt Bereitschaft, die PDS als Oppositionspartei und potentiellen Unterstützer außerparlamentarischer Opposi- tion zu betrachten bzw. gar zu erwarten. Und die Auseinandersetzung um den Krieg am Golf und seine Folgen, aber auch die sozialen Konsequenzen des durch die Regierung betriebenen Anschlusses zeigen bereits qualitativ neue Ansätze für die Zusammenwirkung in verschiedenen Bewegungen, Organisationen, Gruppierungen und Persönlichkeiten, unter ihnen der PDS. Also könnte man/frau meinen, ja, eine positive Einschätzung. Ich denke, daß der Ausgangspunkt, Bündnisfähigkeit daran zu messen, ob die PDS durch ihren aktiven wirkungsvollen Beitrag in politischen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft Ausstrahlungskraft unter politisch und sozial aktiven Menschen und Bewegungen besitzt, dann muß man/frau im Moment klar einschätzen, die Bündnisfähigkeit der PDS, ihre Ausstrahlungskraft stagniert, und teilweise muß man/frau auch sagen, sie ist rückläufig.

Welche Symptome sehe ich dafür?

1. In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, vor allem in den sozialen Auseinandersetzungen in den fünf neuen Ländern, aber auch schon in den Wochen davor in den Friedensbewegungen, gab es eine kaum nennenswerte Bezugnahme auf die Politik der PDS.

Zwei Beispiele dafür: Unter den AktivistInnen der Friedensbewegung, den SchülerInnen und Schülern hat es, zumindest hier in Berlin, kaum eine Bezugnahme auf die Politik der PDS gegeben. Wenn es überhaupt unter Schülerinnen und Schülern eine Bezugnahme auf politische Parteien und Bewegungen gegeben hat, dann am ehesten noch auf die Bürgerbewegungen und Bündnis '90.

Zweites Beispiel: In den Gewerkschaften gibt es kaum eine Bezugnahme auf die Politik der PDS. Solange wir hier diskutieren, daß wir in unseren Positionen nicht hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurückbleiben dürfen, versuchen müssen, diese wirklich drin zu haben, und es nicht umgekehrt ist, daß wir soweit mit unseren Positionen in der Diskussion drin sind, daß gewerkschaftliche Kämpfe und soziale Kämpfe auf der Straße unsere Forderungen mit aufgreifen, solange sind wir als PDS kaum drin in der Diskussion.

2. Symptom: Es gibt eine rückläufige Bezugnahme anderer Linker in der ehemaligen DDR auf die Politik der PDS, also z.B. Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauenverband, Jugendorganisationen, Jugendverbände.

3. Symptom: Der Bündnischarakter der Bundestagsfraktion PDS/Linke Liste und ich glaube, sicherlich graduiert, auch der Landtagsfraktion Linke Liste ist einfach nicht spürbar. Dieser Bündnischarakter ist nicht spürbar als Diskussionsprozeß unter Linken, und von dieser Bundestagsfraktion geht kein Diskussionsprozeß

aus. Auch im Selbstverständnis in der PDS ist der Bündnischarakter der Fraktion nicht spürbar. Diese Fraktionen werden als PDS-Fraktionen betrachtet, in allen Denkweisen und auch im Auftreten nach außen, und nicht als Bündnisfraktion Linke Liste. Das ist ein Denken der ganzen Partei, einschließlich "unseren" Mitgliedern in den Fraktionen.

4. Symptom: Die Nichtakzeptanz im Westen, die Ansätze für Personenbündnis Linke Liste sind eingegangen. Und das nicht wegen der inneren Querelen oder zumindest nicht in erster Linie wegen innerer Querelen oder Probleme, sondern auch in erster Linie wegen eines Rückgangs der Bezugnahme auf die PDS, respektive der Ausstrahlung der PDS, im Vergleich zum Frühjahr vorigen Jahres.

5. Symptom: Das scheint ein innerparteiliches zu sein, ist aber auch ein starker Ausdruck für Ausstrahlung der PDS und kaum diskutiert in der Partei; das ist ein Rückgang junger Mitglieder in der PDS. Die Statistik weist einen Rückgang des Anteils von 10 auf 8 Prozent aus. Auch der Rückgang von aktiven Mitgliedern ist zu konstatieren. Christine Ostrowski (bis dahin Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, d. R.) ist in der letzten Vorstandstagung darauf eingegangen, hat gesagt, es sind eher weniger geworden als mehr. Das sind AktivistInnen in der Partei, die gerade auch ehrenamtlich mitarbeiten. Das ist zwar ein Problem, vor dem nicht nur wir allein stehen, auch Bürgerbewegungen, Bündnis '90, Vereinigte Linke u.a. haben ein Abbröseln von Aktiven deutlich zu spüren. Aber wir müssen es selbst problematisieren, darauf eingehen und wenigstens unsere hausgemachten Probleme erkennen und beseitigen.

Zu einigen Ursachen, die ich sehe. Und hier will ich noch einmal sagen, ich spitze bewußt zu und bitte, nicht so sehr die Begrifflichkeiten auf die Waagschale zu legen, und ich weiß, daß manches vielschichtiger ist, aber mir geht es darum, die Widersprüche deutlicher zu machen.

1. Die Nichtpräsenz in den geistigen Auseinandersetzungen in diesem Land. Es ist ein sehr unzureichender inhaltlicher Vorlauf zu konstatieren. Das ist das, was ich an dem Beispiel Gewerkschaften schon gesagt habe. Das gleiche gilt für das Beispiel Golfkrieg. Wir haben uns in dieser Debatte kaum bekannt, weder zur Israelposition noch zu der Frage gerechter Krieg/nicht gerechter Krieg, zu der Führbarkeit von Kriegen. Das sind alles Diskussionen, die zumindest unter Intellektuellen ziemlich stark geführt wurden in den letzten Wochen. Die PDS oder Mitglieder der PDS, RepräsentantInnen der PDS waren kaum dabei. Da stelle ich dann auch die Frage, wo bleibt denn die Kompetenz der PDS, wenn das nicht in dieser Diskussion eingeführt wird, auch bei den sozialen Auseinandersetzungen?

2. Die Nichtpräsenz in Bewegungen, also die Nichtpräsenz von Mitgliedern unserer Partei in Bewegungen. Das hat Ursachen in dem alten Verhältnis unserer Mitglieder, die zum größten Teil SED-Mitglieder waren, zur Friedensbewegung, zur Menschenrechtsbewegung, zur Umweltbewegung. Das waren Oppositionsbewegungen, die also wir, wenn überhaupt, gesehen und toleriert, in den meisten Fällen jedoch als Gegner betrachtet haben. Und es gab eine Menge inhaltlicher Positionen, wo wir uns völlig drehen innerhalb von anderthalb, zwei Jahren und das ist schwierig. Das schaffen die meisten unserer Mitglieder nicht und deshalb sind wir in diesen Bewegungen wesentlich weniger präsent als eben traditionell dort fußende Bürgerbewegungen wie Bündnis '90. Es geht also um ein inneres Verhältnis zu dieser Oppositionsarbeit.

3. Ursache, die ich sehe, ist die Handlungsunfähigkeit der Partei. Und das ist ein Problem der ganzen Partei, glaube ich, nicht nur des Parteivorstandes, da mache ich es an einem Beispiel deutlich, aber auch in einigen Basisgruppen gibt es desgleichen. Und zwar im Sinne des fehlenden Gefühls und Verständnisses, wann man/frau welche Position wie in die Debatte einbringt. Das beginnt bei den Fraktionen der Landtags- und Bundestagsebene im Sinne der Parlamentsdebatte, geht weiter bei der Unfähigkeit und Unkenntnis, in welche Streitschriften welche Positionen einzubringen sind, und es geht dann, wie man/frau mit Flugblättern, Transparenten neue Positionen in die Diskussion auch reinbringt. (...)

4. Ursache, die ich sehe: Mangelnde Vergangenheitsbewältigung. Und das nenne ich bewußt jetzt nicht als ein Thema, das abstrakt für sich steht, sondern als ein Thema, das im Prinzip für alle inhaltlichen Fragen immer wieder steht und immer wieder mit angegangen werden muß. Z.B. bei dem Verhalten in Bewegungen: Wenn wir uns z.B. in Friedensbewegungen in Diskussion begeben, müssen wir zumindest darauf eingehen, welche Position unsere "Vorgängerpartei", aber auch wir persönlich jeder einzelne noch vor anderthalb Jahren vertreten haben. Es sind viele eben anders als jetzt, als wir jetzt vertreten wollen und müssen. Da kann

man/frau nicht einfach so darüber hinweg gehen, das muß man/frau auch so in die Diskussion einbringen. Also in dem Sinne ist auch Vergangenheitsbewältigung notwendig.

Und ich will hier auch auf eine Tendenz hinweisen, die mich sehr beängstigt. Die Tendenz, die ich sehe, ist: Je stärker die Probleme werden in den fünf neuen Ländern, die sozialen Probleme, um so stärker wird eine Verklärung der DDR. Es ist jetzt schon spürbar: Rein psychologisch nimmt die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich kritisch auseinanderzusetzen, mit dem, was SED war, mit dem, was DDR war, ab. Und damit, wenn das eintritt, wenn das massenhaft eintritt, nimmt auch unsere Bündnisfähigkeit extrem ab.

5. Ursache sind alte Denkweisen, die nachwirken. Ich habe einige schon genannt, Verhältnis zur alten Opposition. Als Beispiel: Es gibt sehr viele Genossen, die gesagt haben, weiße Laken hängen sie nicht raus, weiße Armbinden machen sie nicht um, weil das ein Vorschlag vom Neuen Forum war. So wirkt sich das teilweise dann auch aus in der Friedensbewegung.

Die Frage "staatstragende Partei" im Denken habe ich eigentlich schon erwähnt. Das wäre ein Thema für sich, würde ich gern noch darauf eingehen, das lasse ich jetzt auch mal weg, bin ich teilweise schon eingegangen ...

Eine weitere alte Denkweise, die nachwirkt und auch Probleme bringt, ist eben, daß in uns drin ist, auch wenn wir mehr oder weniger kritisch damit umgehen, die Frage des Parteiverständnisses, der Einheit und Geschlossenheit der Partei, die innere Ablehnung und das Unverständnis für offene geistige Auseinandersetzung und die Erwartung, immer fertige Antworten zu haben. Das hemmt uns in der Zusammenarbeit mit anderen und nicht nur im inneren. Ich verweise auf den Artikel von Udo Wolf und Vera Vordenbäumen und auf den Antwortartikel von Uwe-Jens Heuer im ND, wo ich nur kurz sagen will: ich denke nicht, daß wie Uwe-Jens Heuer meint, es darum geht, Alte rauszudrängen, sondern es geht einfach darum, sich des Problems bewußt zu werden, damit umzugehen.

6. Ursache ist: Eine auf sich selbst, also auf die PDS bezogene Politik. Das war im November ein großes Thema: Partei als Selbstzweck. Das ist eigentlich nie weiter thematisiert, schon gar nicht überwunden worden. Als Beispiele dafür, wie sich das auswirkt, würde ich einfach nur mal nennen: Positionen wie die im August: Wenn Jens Reich (Neues Forum, d.R.) bereit ist, ein Personenbündnis, z.B. mit PDSlern einzugehen, dann kann er doch auch auf der Liste der PDS antreten"; Beispiel Anfrage von Jutta Braband (Vereinigte Linke, d.R.) auf dem Parteitag: "Du bist so eine gute Politikerin, warum trittst du denn nicht in die PDS ein"; Beispiel Bundestagsfraktion: Verständnis als Bündnisfraktion absolut unterentwickelt. (...)

36. "Es geht auch anders, so geht es aber auch." Der Landesverband NRW der PDS/Linke Liste stehend k.o.

Autor: Anja Krüger · Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:27

Nicht erst seit der verheerenden 0,2% Wahlniederlage der PDS/Linken Liste am 2. Dezember befindet sich der nordrheinwestfälische Ableger in der Krise. Wenn auch die Ost-PDS für die meisten Alt-BRD- Linken eine unschluckbare Kröte ist und die westlichen PDS-nahen oder reinen PDS-Zusammenhänge schon von daher derzeit eine ähnliche Attraktivität haben, sind doch die existentiellen Probleme der PDS/Linken Liste in NRW hausgemacht.

Mit dem Anspruch angetreten, explizit kein PDS-Parteiprojekt und weitaus progressiver als die angestaubten Ostis zu sein, stellte sich gerade in NRW die Linke Liste schnell als Mogelpackung heraus. Die logische Fehlleistung, mit einem explizit autoritären Modell und einer sich selbst isolierenden Ausführung gerade undogmatische, anti-autoritäre Linke erreichen zu wollen, sagt viel über die Geistesgegenwart der selbsternannten TrägerInnen des Projekts am Vorabend des neuen Großdeutschland.

Nach der Wahlrechtsänderung im Oktober wurde die erst so gefeierte Idee des Personenbündnisses kurzerhand ad acta gelegt, eine öffentliche Problematisierung fand hier wie auch bei anderen brisanten politischen Ereignissen nicht statt. Zwar wurde der provisorische vorrübergehende Charakter der PDS-Werdung und der damit entstandenen Gremien - vor allem des Landesvorstandes - oft beschworen und für rein formal erklärt, aber rückgängig zu machen war die Landesverbandsgründung nicht.

Denn das war weder von der Ost-PDS noch vielen Leuten - nicht nur im Dunstkreis der sog. PDS-Initiativen - in NRW gewollt. Dies vor Augen betrieb der bis Ende Januar amtierende Landesvorstand eine Politik der verbrannten Erde: Der Landesverband NRW sollte aufgelöst werden, und um das durchzusetzen, sollte der bis dahin geltende Mitgliederaufnahmestopp für einige Auflösungswillige aufgehoben und nicht linientreue Mitglieder ausgeschlossen werden.

(Einzig ein Landesvorstandsmitglied - übrigens das einzig noch im PDS/LL-Umfeld aktive - lehnte diese Vorgehensweise ab, konnte sich aber nicht durchsetzen.) Das Scheitern dieses Vorhabens begründete sich denn auch auf der Einsicht in die Satzung, nicht in die Notwendigkeit.

Die Reibungsverluste der autoritären Gründungsphase der Linken Liste, die Hau-Ruck-Parteiwerdung des einstigen Personenbündnisses sowie die diversen Machtspielchen und Ausgrenzungsversuche sind heute noch bemerkbar. Bisher ist die PDS/Linke Liste NRW über ihren provisorischen Charakter als Sammelbecken all derer, die sich irgendwie auf einen sozialistischen organischen Zusammenhang im allgemeinen oder auf die PDS im besonderen beziehen, nicht hinausgekommen.

So stehen sowohl eine politische Standortbestimmung wie auch die Findung eines minimalsten Grundkonsens noch aus. Einzig einigendes Element scheint das "links sein" zu sein - ohne daß allerdings je der Versuch gemacht wurde, dies für sich kollektiv zu definieren.

Die vergangenen Landesversammlungen im Januar und Februar dieses Jahres bewiesen, daß weder ein größeres Interesse an einer selbstkritischen Ursachenforschung der derzeitigen miserablen Lage noch die Bereitschaft einer konstruktiven politischen Grundsatzdiskussion über die Zukunft des (un)geliebten Landesverbandes besteht.

Da über die diversen politischen Vorstellungen nicht diskutiert wurde, konnte es nicht verwundern, daß die vorletzte NRW-Landesversammlung kurz vor Schluß scheinbar unvermittelt vor der Spaltung stand. Die sich als Nicht-Parteiaufbau-Strömung Verstehenden verweigerten ihre Kandidatur mit dem Hinweis darauf, daß sie noch nicht wüßten, ob sie mit diesem Projekt überhaupt noch etwas zu tun haben wollten, da die (vermeintlichen) ParteiaufbauerInnen so dominant seien. Die Landesversammlung wurde nach einer längeren Diskussion ergebnislos vertagt.

Der PDS-Ost kann das nur recht sein, wird sie doch von mit sich selbst beschäftigten Landesverbänden nicht gefordert und auf die Unsinnigkeit ihrer selbstgefälligen West-Ausdehnungsgelüste und fatalen Sozialdemokratisierung nicht hingewiesen.

Noch immer ist die PDS den Nachweis schuldig geblieben, daß sie eine linke Oppositionspartei ist; eine gesamtdeutsche Daseinsberechtigung hat sie für Linke in der alten Bundesrepublik noch nicht und wird sie ausschließlich über die Ostschiene auch nicht bekommen.

Von daher wird es langsam Zeit, das sich diejenigen Linken aus der alten BRD, die sich (noch) wie auch immer positiv auf die PDS/Linke Liste beziehen, endlich artikulieren und Kriterien entwickeln, die es überprüfbar machen, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen mit der PDS im Westen überhaupt etwas anzufangen ist.

Anja Krüger, (aus: LiMo, April 1991)

37. In jedem Fall eine Testwahl. Die PDS beteiligt sich in Hamburg erstmals an einer Landtagswahl im Westen

Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:52

Wie schon in AK 328 berichtet hat der Landesverband Hamburg auf einer Mitgliederversammlung beschlossen, mit einer eigenen Kandidatur an den Bürgerschaftswahlen am 2. Juni teilzunehmen. Die ist die erste Wahlbeteiligung im Westen, nachdem die Landesverbände Hessen und Rheinland Pfalz jeweils entschieden hatten zu den Landtagswahlen im Januar und April nicht zu kandidieren.

Der Hamburger Verband besteht zur Zeit aus ca. 80 eingetragenen Mitgliedern und einem Kreis von ca. 100 bis 120 UnterstützerInnen. Die Mitglieder rekrutieren sich zum größeren Teil aus der DKP bzw. früheren DKP-Zusammenhängen, einigen Mitgliedern der SoSt, wenigen ehemaligen GALierInnen, einigen wenigen Mitgliedern des ehemaligen KB sowie einer Handvoll bisher Unorganisierter.

Die Entscheidung für die Wahlbeteiligung wurde bei 56 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern mit 29:18:9 getroffen.

In der Befürwortung der Kandidatur trafen sich unterschiedliche Stränge. Zunächst einmal diejenigen, für die es unabhängig von der konkreten politischen Situation selbstverständlich ist, daß eine Partei wie die PDS sich zur Wahl stellt. Bei dieser Argumentation spielt es gar keine Rolle, ob die Partei einige zig oder einige zig tausend Mitglieder hat, ob sie Chancen auf Prozente oder Promille hat, denn wichtig ist, daß sie ihr Programm in den Wahlen vorstellt. In dieser Hinsicht gibt es ein ungebrochenes Wahlverständnis aus den seligen DKP-Zeiten. Der zweite Strang liegt in der Betonung der Notwendigkeit des Parteiaufbaus. Wenn, so wird argumentiert, die PDS 1994 erneut eine Chance haben soll, bei den Bundestagswahlen über 5% zu kommen, müsse jetzt mit Kandidaturen begonnen werden. In Hamburg wurde am 2. Dezember mit 1,1% das beste Ergebnis im Westen erreicht. Wenn nicht hier, wo soll dann überhaupt das Wagnis einer Kandidatur eingegangen werden. Der dritte Strang argumentiert damit, daß es mit der PDS gelte, eine Reformalternative aufzubauen, dies vor allem aus den Reihen der SoSt.

Die Gegenargumente waren: Eine Kandidatur habe keine Aussicht auf Erfolg. Zu befürchten sei, daß das Ergebnis niedriger ausfallen werde als bei den Bundestagswahlen. Da mit einer Verbesserung nicht zu rechnen sei und die PDS/Linke Liste außer dem Namen, und den geborgt aus dem Osten, keine politische Verankerung hat, auch nicht auf der Welle einer nach Veränderung rufenden Bewegung schwimmen kann, sollte auf eine Kandidatur verzichtet werde. Ein Abwärtstrend bei der ersten Wahlbeteiligung würde darüberhinaus die Chancen auf 1994 hin gesehen eher noch verschlechtern.

Bei einem Teil der Gegner einer Wahlbeteiligung spielten auch Gründe der Rücksichtnahme auf die GAL eine Rolle. Falls es dieser gelingen sollte, eine chancenreiche Kandidatur auf die Beine zu bringen, sollte die PDS/Linke Liste diese Chance nicht durch eine eigene Kandidatur gefährden. Diese Meinung blieb jedoch in einer krassen Minderheit.

Dies ist der auf die Organisation bezogene Teil der Debatte. In Hinblick auf die Inhalte schälten sich wiederum zwei Linien heraus: Die Anhänger eines Kurses der "Reformalternative" und des authentischen Sozialismus (Sozialismus wird als Programm zur Wahl gestellt) einerseits und die Befürworter der linken Oppositionsrolle für die PDS andererseits. Beide Strömungen haben sich schon im Bundestagswahlkampf gegenüber gestanden. Damals setzte sich im Gründerkreis der Linken Liste/PDS die Richtung "linke Opposition" mehrheitlich durch. In Hamburg ist diese Strömung, wie wahrscheinlich insgesamt in der PDS und der PDS/Linken Liste (so nennen sich die Westverbände), in die Minderheit geraten. Das Programm, so forderte es diese neue Mehrheit, mußte also reformorientiert sein.

Die Überraschung kommt dann für jedeN AußenstehendeN, wenn daraufhin die Kandidatenliste durchgesehen wird. Hier dominieren wiederum die Personen, die für den Ansatz der PDS/Linken Liste als neue linke Oppositionskraft gestanden haben. Dies trägt einfach dem Umstand Rechnung, daß Persönlichkeiten für eine dem Wahlprogramm entsprechende Politik überhaupt noch nicht herausgebildet worden sind, die

Organisationsstrukturen rein intern, aber nicht nach außen wirken. Der Landesverband hat nach außen bisher kein eigenes Profil entwickelt, sondern lebt vom Namen der PDS/Berlin und von einigen Personen, die in der Hamburger Linken einen Namen haben. Mensch verrät kein Geheimnis mit der Behauptung, daß nicht wenige der KandidatInnen eher zu den ZweiflerInnen oder den GegnerInnen der Kandidatur gehört haben.

Die Entscheidung für die Wahlbeteiligung entsprang einer Logik der Not. Getrieben von der Aufgabe, alle Chancen für eine sozialistische Organisationsbildung zu erhalten, ist die Partei gar nicht mehr frei in ihren Entscheidungen. Auf die Wahlbeteiligung zu verzichten hätte geheißen, eine monatelange Debatte zu haben, welche Chance damit verpaßt worden sei. Sich beteiligt zu haben wird nach einem nicht befriedigenden Ergebnis unweigerlich die Diskussion bringen, daß man sich immer noch nicht genügend als konstruktive Kraft präsentiert habe.

Die PDS/Linke Liste tritt zu einem Zeitpunkt an, wo die GAL das linke Feld räumen will, nicht nur weil sie woanders Stimmen holen will, sondern weil sie endlich Hand anlegen will beim "konstruktiven Mitwirken" in der Gesellschaft. Dies wäre ein freies Feld, nur wird es die PDS/Linke Liste nicht besetzen können, da sie die GAL gerade nicht von links her angreifen will. Dies wird an einer kleinen Zwischenepisode deutlich: Der Bezirksverband Mitte der Alternativen Liste, der linken Abspaltung von der GAL, bot der PDS/Linken Liste eine gemeinsame Kandidatur für das Bezirksparlament an. Nach anfänglicher Bereitschaft wurde dieses Angebot von der PDS/Linken Liste abgelehnt, u.a. weil die AL nicht "politikfähig" sei, d.h. beispielsweise für Rotation und gegen Koalition ist. Entschieden wurde diese Frage von einer Mehrheit der Unsicheren, die einfach kein Zutrauen haben, sich auf ein solches Bündnis einzulassen und sich lieber in die eigenen Zusammenhänge zurückziehen, obwohl die Widersprüche da ebenso groß sind. (Dies ist im Übrigen eine Parallele zum Verhalten der PDS-Mitglieder zum Wahlprojekt Linke Liste/PDS.) Gleichzeitig war in der PDS/Linken Liste bekannt, daß diese Vertreter der AL am ehesten zu einer Zusammenarbeit auch über den 2. Juni hinaus bereit wären. Es ist ein Hauch von traurig-komischer Überheblichkeit, der zu der Überzeugung führt, diese Organisation habe ein Zusammenwirken mit anderen Parteien nicht nötig. Es ist nicht die alte Parteiladenlogik, aber es ist der gleiche Geist, der da immer noch wirkt.

he., Hamburg

38. Randerscheinungen. Zum GRÜNEN-Parteitag

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:50

Hamburger Intermezzo. Die Hamburger Parteitagsdelegation, deren Matadore in der Vergangenheit oft genug die Linksgrünen zu Beifallsstürmen hingerissen hatten, war in Neumünster Anlaß für einen ungewohnten Eklat. Nach dem Zusammenbruch des ökosozialistischen Lagers wagen sich auch in Hamburg grüne Stammtischpolitiker mit Positionen an die Öffentlichkeit, die an Baldur Springmann und seine grünbraunen Kumpane erinnern. Daß die Hamburger Wende in Neumünster thematisiert wurde, ist Jutta Ditfurth zu verdanken. Schon kurz nach Beginn der Bundesversammlung brachte sie den Saal zum Kochen, als sie eine Passage aus dem Programmentwurf des Grünen Forums zitierte: "Die schönen Tage sind vorbei. Hamburg wird, nach allen Regeln der ökonomischen und politischen Entwicklung, in den nächsten Jahren eine führende Stellung in Mittel- und Osteuropa einnehmen. Hamburg wird auch als prosperierende Großstadt ein vorzügliches Ziel für Einwanderer aus dem Osten werden. Juden, Zigeuner, deutsche Ossis und Russen aller Arten werden uns auf den Straßen begegnen ... Hamburg muß die Auswanderung von jungen Menschen in den Ostteil Deutschlands und nach Osteuropa fördern. Ostdeutschland und Osteuropa sind nicht zu reformieren ohne neue Menschen aus dem Westen" (zitiert nach taz, 29.4.91). Autor dieses bemerkenswerten Papiers ist Martin Schmidt, Kandidat der GAL zur Bürgerschaftswahl. Schmidt bemühte sich in einer per Geschäftsordnungsantrag durchgesetzten persönlichen Erklärung vergeblich um Richtigstellung. Lang und breit verteidigte er die Verwendung des Schimpfwortes "Zigeuner", sagte aber buchstäblich kein Wort zu seiner Forderung, Scharen von jungen Kolonisatoren in den unterentwickelten Osten zu schicken. Jutta Ditfurths Assoziation, das sei die "Lebensraumpolitik" der Nazis und "neofaschistische Ideologie" konnte oder wollte Schmidt kein Argument entgegensetzen.

Das Buch zum Parteitag. Im Kampf um Verkaufszahlen stand Jutta Ditfurth auf verlorenem Posten. Ihr jüngstes Buch ist schon von außen als Papier gewordene Glaubwürdigkeitslücke zu identifizieren. "Lebe wild und gefährlich" - ein bombastischerer Titel ließ sich wohl nicht finden. Realistisch und bescheiden gibt sich dagegen das von Ralf Fücks herausgegebene rororo-aktuell Bändchen "Sind die Grünen noch zu retten?" Die verkniffenen Gesichter von Antje Vollmer und Udo Knapp auf dem Einband schließen Etikettenschwindel von vorneherein aus: Dieses Buch ist unlesbar. Ich bin jedenfalls trotz äußerster Willensanstrengung nur bis Seite 23 gekommen. Bemerkenswert ist auf diesen wenigen Seiten eine Passage aus Otto Schilys "Ratschlägen eines Ehemaligen". Schily geißelt die "starke ideologische Fixierung" linker Grüner, die "die USA als das `Reich des Bösen' und zum Hauptfeind der Menschheit erkoren haben" und sich gar "ihrer guten Beziehungen zu Fidel Castro rühmten und über die Menschenrechtsverletzungen in Kuba großzügig hinwegsahen". Letzteres geht gegen den neuen Bundesvorstandssprecher Ludger Volmer, der im Mai 1986 Kuba bereiste und sich anschließend in einem AK-Interview (AK 271) recht positiv über das kubanische "Beispiel" äußerte. Schilys eigene "ideologischen Fixierungen", die ihn im ersten Golfkrieg für den Irak Partei ergreifen ließen (unter den Parolen "Solidarität mit Frankreich in seiner Auseinandersetzung mit Khomeini" und "striktes Waffenembargo gegenüber dem Iran"), sind dem ehemaligen grünen Schattenaußenminister keine Zeile wert.

Js.

39. Grüner Parteitag in Neumünster. Auf Gedeih und Verderb: Neuer Mehrheitsblock vor glücklichen Zeiten?

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:49

"Tumultartige Auseinandersetzungen", "Heulen und Zähneknirschen", "Ausbrüche nahe der Tumultgrenze", "Hitziger Streit", "Tumulte, Trillerpfeifen und Tränen" - schon der erste Blick auf eine beliebige Tageszeitung vom Tag danach belegt: Die Grünen unterscheiden sich, allen linksradikalen Unkenrufen zum Trotz, immer noch erheblich von den anderen Parteien. Auf die Verwendung von Wasserpistolen, Trillerpfeifen und vollen Biergläsern im politischen Meinungsstreit mögen sie auch vor laufenden Fernsehkameras nicht verzichten. Die mitternächtlichen Turbulenzen, die in den Presseberichten breiten Raum einnehmen, müssen den Grünen - egal ob Realo, Aufbruch oder Linkes Forum - keine schlaflosen Nächte bereiten. "Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter", pflegte ein heute nur noch selten zitierter Führer der kommunistischen Weltbewegung vergleichbare Vorgänge zu kommentieren. Mögen sich einige linke Querköpfe zu Wutausbrüchen knapp außerhalb der Gewaltfreiheitsgrenze hinreißen lassen - gegen die "strategischen Entscheidungen (von Neumünster; Anm. Ak), die den Grünen glückliche Zeiten eröffnen können", waren sie machtlos. Udo Knapp, der diese Formulierung fand (taz, 30.4.), schreibt mit seinem Parteitagskommentar gegen die Weltuntergangsstimmung im Realo-Aufbruch-Lager an. "Nerven behalten", mahnt er seine verbitterten StrömungsfreundInnen Antje Vollmer und Hubert Kleinert. "Schade für die beiden und für die Partei" findet er deren Niederlagen. Aber: die Unterlegenen von heute sind die Sieger von morgen. "Aufbruch und Realos haben in allen Sachentscheidungen mit nur knapp verfehlten 2/3-Mehrheiten stabilen Rückhalt für eine pragmatische, ökologische Reformpolitik gefunden ... Entscheidend aber für die Grünen ist der Abschied der Linken um Ludger Volmer und nahezu aller Grüner vom fundamentalistischen Geschwätz einer Jutta Ditfurth ... Ihr Auszug zwingt die verbleibende Ex-Linke auf Gedeih und Verderb an die Seite der Realos."

Die Sieger von Neumünster, Christine Weiske und Ludger Volmer, nimmt Knapp als Übergangserscheinungen gern in Kauf: "In spätestens einem Jahr werden die Grünen auch die personellen Konsequenzen aus ihrem Schritt ins Offene ziehen." Es empfiehlt sich nicht, dagegen zu wetten. Jutta Ditfurth kommt aus entgegengesetzter Position zum gleichen Ergebnis und begründet damit den Parteiaustritt der "Ökologischen Linken" (vormals "Radikalökologen"). Nebenbei: Ein Vergleich der Parteitagsanalysen von Udo Knapp und Klaus Hartung zeigt deutlich den Unterschied zwischen Politiker und Schwätzer. Hartung bringt außer Lamentieren - "die Bundesgrünen sind am Ende" - nichts zustande. Knapp schafft es dagegen nicht nur, aus einer Teilniederlage seiner Strömung einen strategischen Sieg zu machen. Er nutzt die Gelegenheit auch noch zur Werbung für seine ganz speziellen Visionen: die Grünen als "pragmatische, staatsferne, mehrheitsbewußte und westliche Partei in der Mitte der Gesellschaft", die "diesen Prozeß steuern". Gemeint: "die ökologische Zähmung des Kapitalismus und die weltweit gedachte Durchsetzung und Verteidigung der Freiheit".

Karrieren gehen zu Ende

Das Realo-Aufbruch-Lager hat im Vorfeld des Parteitages gravierende taktische Fehler gemacht. "Die grüne Seele ist unberechenbar" schrieb taz-Redakteur und Realo-Freund Gerd Nowakowski schon in seinem Kommentar zum letzten Grünen-Kongreß (Dortmund, Juni 1990). Damals war der von Antje Vollmer und Bernd Ulrich angedroht "Durchbruch" gar nicht erst versucht worden. Ein "ökologisches Manifest" und ein "Personalpaket" für den Bundesvorstand waren klammheimlich zurückgezogen worden, weil der grünen Basis nach den Wahlerfolgen von Niedersachsen und NRW der Sinn nicht nach "Entscheidungsschlacht" stand. Der Dortmunder Parteitag verlief "in verstörender Harmonie" (Süddeutsche Zeitung). Aufbruch-Exponent Ralf Fücks wurde als Vorstandssprecher abgewählt.

Für diesen Rückschlag wollten sich die Realo-Aufbruch-Strategen offenbar in Neumünster schadlos halten. Sie gingen aufs Ganze. Das "Personalpaket" wurde neu verpackt auf den Tisch gelegt. Über die Presse wurde die Partei in Kenntnis gesetzt: Antje Vollmer, Hubert Kleinert und Vera Wollenberger werden das Kommando übernehmen. Daß die "unberechenbare grüne Seele" sich einem solchen Verfahren widersetzen würde, war nur allzu berechenbar. Sind die Realo-Aufbruch- Anführer, die alle anderen als Dilettanten, sich selbst aber als die echten Profis sehen, auf einen feindlichen Einflußagenten hereingefallen? Oder ist hier jemand aus den

eigenen Reihen am Werk, der sich in einem Jahr selbst an die Stelle der durch die Niederlage diskreditierten Hoffnungsträger setzen will? Klaus Hartung schreibt: "Das Signal, das die Grünen hätten geben müssen, wäre vor allem die Wahl von Antje Vollmer gewesen - und zwar eine Wahl mit überwältigender Mehrheit" (taz, 29.4.). Schon ist sie weggelobt, die Kandidatin, der nur überwältigende Mehrheiten zumutbar sind. Für die zu erwartenden Hieb- und Stichwahlen der nahen Zukunft werden sich andere finden.

Für Ludger Volmer und Christine Weiske dürfte der Parteitag von Neumünster der einmalige, nicht wiederholbare Höhepunkt ihrer politischen Karriere gewesen sein. Von nun an geht's bergab. Christine Weiske bläst wegen eines obskuren ostgrünen "Finanzskandals" (taz, 2.5.) heftiger Wind aus der Heimat entgegen. Ludger Volmer, der "wandelnde Kompromiß" (ZDF, 28.4.), scheint sein Taktieren mit politischer Vereinsamung bezahlen zu müssen. "Der gemäßigte Linke Volmer als allzu eilfertiger und demonstrativer Verfechter eines programmatischen Zusammengehens mit dem beinharten Realo Fritz Kuhn" ist für taz-Redakteurin Ferdos Forudastan fast schon erledigt. Volmers mangelnde Standfestigkeit ist für Forudastan der eigentliche Grund dafür, daß die Abschaffung der Trennung von Parteiamt und Parlamentsmandat an ganzen neun Stimmen scheiterte, linken Stimmen: "Taugt der Exponent des eigenen Lagers nicht, die politische Identität zu bestätigen, dann muß notfalls eine alte Stifterin links-grüner Identität herhalten: die herrschende, angeblich basisdemokratische Struktur".

Wenn die Grünen tatsächlich den Weg gehen, den Jutta Ditfurth unterstellt und den Udo Knapp will, wären unbekannte Personen aus der Tiefe des Raumes ihre adäquaten Repräsentanten. Menschen, wenn nicht "ohne Eigenschaften" dann zumindest ohne peinliche linke Vergangenheit. Selbst Antje Vollmer kommt irgendwie nicht davon los. Ein Lenin-Zitat als Artikelüberschrift (1) - der Yuppie wendet sich mit Grausen. Für eine Übergangszeit wird das Realo-Aufbruch- Lager ohnehin auf glanzvolle Persönlichkeiten verzichten müssen. Was liegt da näher als die Linken mit ihren eigenen Waffen zu schlagen? Was gestern noch als grausame "Mißtrauenskultur" gebrandmarkt wurde, kann heute schon ein legitimes Mittel sein, die eigene programmatische Mehrheit in praktische Politik umzusetzen. Des direkten Zugriffs auf eine "kontrollierbare, gewählte Führung mit Handlungskompetenzen" beraubt, müssen Aufbruch und Realos eben den "informellen Funktionärsapparat" ins Rennen schicken, "der Macht hat, ohne sie offen zugeteilt bekommen zu haben".

Js., Hamburg

Anmerkungen

1) Alle folgenden Zitate aus "Das Privileg der ersten, viele Fehler zu machen"; Beitrag von Antje Vollmer in "Sind die Grünen noch zu retten?", Herausgeber: Ralf Fücks.

40. Emanzipation ist künftig ein Fremdwort. Jutta Ditfurth auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Neumünster am 28.4.1991

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:29

Eine Mehrheit von Realos und Aufbruch hat auf dieser Bundesversammlung die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat beschlossen, erstmal für den Länderrat, das Multifunktionärsgremium.

Die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat für den Bundesvorstand folgt demnächst. Bundesvorstände können lebenslänglich im Amt bleiben. Die private Bereicherung von Grünen Abgeordneten in Höhe von mehr als 2,5 Millionen D-Mark wurde locker abgesegnet. Die praktizierte Solidarität mit der "Dritten Welt" will sich diese Partei nur noch 1/10 davon kosten lassen, lächerliche 250.000 D-Mark. Die Grünen haben gestern ihre feministischen Positionen zu Gunsten von angepaßten frauenpolitischen Vorstellungen gekippt. Aus der Forderung nach der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen wurden - ohne daß hier heftiger Protest stattfindet - teilweise sogar die Forderung nach Atomenergie für eine Übergangszeit. Und der Einzug rechtsradikalen Gedankenguts in die Grünen (siehe GAL Hamburg) war diesem Parteitag keine klare antifaschistische Ablehnung wert. Parteigremien werden in Zukunft auch für Mitglieder nicht-öffentliche, geschlossene Veranstaltungen sein können.

Damit sind die Grünen eine autoritäre, dogmatische, hierarchische Partei. Sie sind kein basisdemokratisches Projekt mehr, nicht einmal mehr radikaldemokratisch. Emanzipation in Programm und Struktur ist künftig ein Fremdwort.

Die Grünen haben sich damit, unter Anführung erfahrener DogmatikerInnen aus Ex-KBW, Ex-KPD/AO, Revolutionärer Kampf und ähnlichen Gruppen für eine politische Konstruktion in der ätzenden Trostlosigkeit zwischen leninistischem Modell und autoritär bürgerlichem Modell verspätet an die 70er Jahre angepaßt.

Die endgültige Zerschlagung der basisdemokratischen Restkultur in den Grünen schlägt sich auch in den beschlossenen Inhalten nieder. Auch in den programmatischen Grundlagen bewirkt der Pakt zwischen Joschka Fischer und Antje Vollmer, der Schulterschluß zwischen Realos und Aufbruch eine äußerst dramatische Rechtsverschiebung der Grünen Partei. Der erste öffentliche Höhepunkt ist der Einzug offen rechtsradikalen Gedankengutes und der Kandidatur von inzwischen vier ÖDPlern in Hamburg-Harburg - im Namen der Grünen.

Die Leute um Ludger Vollmer spielen noch die traurige Übergangsrolle, Aufbruch und Realos zu helfen, den Medien vorzuspielen, es gäbe noch ein paar Linke. Es wird sein wie immer in der Geschichte der angepaßten Linken: Ihr seid die Nächsten, die rausgespalten werden und dann werdet ihr weinen und jammern und euch noch schneller weiter nach rechts anpassen, um eure kleinen, erkungelten Pöstchen nicht zu gefährden.

Die Grünen haben sich heute gegen die Menschen entschieden, die ökologische, soziale, feministische und basisdemokratische Veränderungen erarbeiten und erkämpfen wollen. Linke GewerkschafterInnen, die für Selbstbestimmung und für Arbeitszeitverkürzung kämpfen, radikale ÖkologInnen, die die soziale Frage mit der ökologischen verbinden und wissen, daß wirkliche ökologische Politik ran an die Produktion muß und Menschen, die gegen das herrschende System der Ausbeutung des Trikont und der Plünderung der Natur weltweit kämpfen - all diesen Menschen und Initiativen sind die Grünen an diesem Wochenende zur Gegnerin geworden.

Das ist endgültig, das ist nicht mehr rückholbar.

Es wird eine neue außerparlamentarische Opposition geben, eine interventionsfähige feministische, ökologische, basisdemokratische Linke in der einen oder der anderen Form. Die Grünen sind seit diesem Wochenende für wirkliche gesellschaftliche Veränderungen verloren.

Grüne Politik ist so degeneriert wie das Niveau der üblichen politischen Sprache. "Die politische Verantwortung" bedeutet nicht mehr Verantwortung für Menschen und Natur sondern bettelnde Unterwerfung in die Logik sozialdemokratischer Kabinette. "Kompromisse" sind nicht mehr das verantwortbare Ergebnis

politischer Auseinandersetzungen sondern Synonym für ein gebrochenes politisches Rückgrat und steigende Tendenz zur innergrünen Korruption. "Reformbereitschaft" hat nichts mit substantiellen Reformen zu tun, denen eine konkrete Utopie Richtung und Qualität gibt, sondern mit blinden, kreisförmigen Schrittchen, die ins Nichts führen, allenfalls bestimmten restgrünen Cliquen Karrieren, Posten und Pensionsberechtigung verschaffen. Trostlos.

Wenn wir gehen, nehmen wir mit, auf was die Grünen freiwillig, kriminell verantwortungslos verzichten: Vielfalt, Lebendigkeit, den ganzen politischen Schatz der programmatischen Erfahrung und entwickelter basisdemokratischer Strukturen, politische Kultur, Kontakte und Bündnisse. Wir wünschen euch mit dem traurigen Rest viel Vergnügen.

Ihr habt an diesem Wochenende Spaltungsbeschlüsse gegen die Ökologische Linke gefaßt. Wir werden bei unserem bundesweiten Treffen der Ökologischen Linken - zu dem wir alle ähnlich denkenden Menschen herzlich einladen - am 11./12. Mai in Frankfurt die politischen und formalen Konsequenzen ziehen.

Es ist vorbei.

Die Grünen sind nicht mehr unsere Partei.

41. Die politische Eintagsfliege von Neumünster. Zum GRÜNEN Parteitag (Dokumentation des Konsenspapiers "zur Lage der Partei)

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:48

Nach stundenlangen Debatten und nächtlicher Knochenarbeit der Antragsteller von "P5" (Ludger Volmer) und "P9" (Fritz Kuhn) war es schließlich erreicht: Der Versammlung wurde ein Konsenspapier "zur Lage der Partei" präsentiert, das einer breiten Mehrheit sicher sein konnte. Der Inhalt der gemeinsamen Erklärung interessiert nach dem unerwarteten Ergebnis der Vorstandswahlen offensichtlich niemanden mehr. Wie nicht unüblich bei den Grünen hat auch diese politische Erklärung wesentlich Vertragscharakter: Durch ihre Unterschrift bilden Linkes Forum und Realo-Aufbruch eine Interessensgemeinschaft. Warum die neu begründete Partnerschaft schon am zweiten Tag harten Belastungsproben ausgesetzt war, erläutert Antje Vollmer der taz (30.4.): "Die Realos haben gedacht, mit dem Konsens zum Papier - der Erklärung von Neumünster - könne man die Linken einbinden, die dann bei der Personenfrage hätten zurückstecken müssen. Nur: Das ‚Linke Forum` hat genau dasselbe gedacht. Die Linken haben praktisch für eine Verhinderungswahl votiert, also nach meinem Rücktritt nicht einmal Kleinert gewählt. Mit anderen Worten: Die Realos haben auf eine Fairness gesetzt, die bei den Linken offensichtlich nicht vorhanden war."

Als zeitgeschichtliches Dokument zur Lage der Grünen - vor allem derjenigen unter ihnen, die immer noch Linke sein wollen - verdient die Erklärung dennoch zumindest in kurzen Auszügen zitiert zu werden:

"I. Ortsbestimmung

Wir Grünen werden für unseren spezifischen Platz in der Parteienlandschaft weiterkämpfen. (...) Wir sind deshalb weder Volkspartei noch Linkspartei im traditionellen Sinne, auch wenn wir uns gemessen an der herkömmlichen Parteienlandschaft im linken Spektrum bewegen - sofern links bedeutet, daß die großen sozialen und ökologischen Fragen solidarisch und nicht nach der Logik der Ellenbogengesellschaft gelöst werden sollen.

Auf der anderen Seite gehen viele Elemente grüner Politik über das traditionelle Links-Rechts-Schema hinaus. Deshalb wollen wir mit unseren politischen Initiativen und Ideen den Dialog und die Auseinandersetzung auch über die Lagergrenzen hinweg führen." (Das hier sichtbare "einerseits/andererseits" zieht sich fast durch die gesamte Erklärung. Es ist schon in Ludger Volmers Antrag angelegt und wird durch das Zusammenfügen zweier Anträge zu einem auf die Spitze getrieben).

"Wir werden als kreative, dialogfähige und dialogerzwingende Opposition auftreten. Wo die Mehrheitsverhältnisse es zulassen, werden wir weiterhin rot-grüne Koalitionen anstreben; Voraussetzung aber ist gerade dann eine Schärfung unseres politischen Profils gegenüber der SPD.

Die Grünen verstehen sich zur Durchsetzung dieser Ziele und Aufgaben als ökologische Reformpartei. Sie sind überzeugt, daß in unserer Gesellschaft der einzige Weg, den Industrialismus zu bändigen und unsere Wirtschaftsweise auf ökologische und soziale Gleise zu bringen, der Weg von tiefgreifenden Reformen ist. (...)

Wir wollen unsere praktische Politik nicht aus vorgefertigten Weltbildern ableiten, sondern, von den vorfindbaren Problemen ausgehend, radikal die notwendigen und angemessenen Lösungen suchen; dabei kann das Überschreiten heutiger ‚Systemgrenzen` weder ein Ziel an sich, noch ein Tabu sein. (...)

II. politischer Wille

In den Grünen bündeln sich unterschiedliche geistesgeschichtliche Strömungen. Wir werden uns auf die Chance besinnen, die positiven Elemente aus den wertkonservativen, liberalen, feministischen, sozialistischen und freidenkerischen Traditionen zu filtern und im offenen Diskurs weiter zu entwickeln. Nicht Strömungen an sich sind das Problem, sondern das Predigen von Vielfalt und das gleichzeitige Beharren auf der eigenen als der einzigen Wahrheit. Vielfalt darf aber nicht länger zur Beliebigkeit führen und den Versuch, eine einheitliche Identität zu erarbeiten, verhindern. Auch grüne Toleranz und Streitkultur kann überstrapaziert werden. (...)

Einige unserer politischen Grundwerte Ökologisierung, Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit stehen im Spannungsverhältnis zueinander. Einseitige Auflösungen oder das Ausklammern einzelner Elemente zerreißen das Netz ganzheitlichen Denkens, das die grüne Partei geprägt hat." (Die letzten beiden Sätze stammen von Ludger Volmer. Das "ganzheitliche Denken" soll ohne Einschränkung gelten, also auch im gesellschaftlichen Bereich. Wer immer noch meint, die Arbeiter könnten auch ohne Kapitalisten auskommen, ist hoffnungslos altmodisch).

"(...) Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz und soziale Gerechtigkeit müssen ohne pauschales Wachstum, d.h. durch Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, in der Regel (!) von oben nach unten, und durch eine gleichermaßen ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung des Wirtschaftens und in einem Umbau der Struktur des Sozialstaats geleistet werden. (...)

Wir lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. Das betrifft sowohl unser eigenes Verhalten als auch das anderer Akteure. Wir erkennen an, daß im innenpolitischen Verhältnis das Volk die notwendige Exekutivgewalt an den Staat delegiert. Damit bleibt der Staat aber an den Volkswillen gebunden und kann nicht von sich aus ein Gewaltmonopol definieren. Wir wollen die dem Staat übertragene Gewalt vermindern und besser demokratisch kontrollierbar machen." (Auch diese originelle Neudefinition von "Gewaltfreiheit" hat der Wortführer des Linken Forum erfunden).

"Im außenpolitischen Verhältnis lehnen wir Krieg als Methode der Konfliktlösung ab. Wir streiten für eine ökologisch-solidarische Weltordnung, die die wirtschaftlichen und sozialen Motive für Militäraktionen abbaut und die Grundlage für nichtmilitärische Formen der Friedenssicherung bilden kann. Gewaltbereiten Diktaturen muß mit zivilen Mitteln wie Embargos, Boykotts und Isolierung als Kernelementen eines Systems kollektiver Sicherheit begegnet werden. (...)

Die herrschenden Gesellschaftsformationen, zentralgelenkte Planwirtschaften wie auch die ungebremste Geltung privatwirtschaftlicher Interessen, haben sich als untauglich erwiesen, ökologisch zu produzieren und strukturelle Armut zu verhindern. Die berechtigte und notwendige Kritik an den einen kann deshalb keine Zustimmung zu den anderen bedeuten. Wir Grünen suchen jenseits der gescheiterten real-sozialistischen Wege und der hemmungslosen Durchkapitalisierung der Welt einen neuen Weg. (...)

III. Aufgaben für die 90er Jahre

(...) Die sich abzeichnende Neuordnung der Welt erfordert von uns eine Überprüfung unserer außenpolitischen Positionen: Während wir bereits umfassende Thesen für eine ökologisch-solidarische Neuordnung weltweiter Wirtschaftsbeziehungen entwickelt haben, warten unsere Kernaussagen zur Friedenspolitik auf eine Aktualisierung. Wie kann ein abstrakter Pazifismus, wie kann unsere Forderung nach Auflösung der NATO zugunsten einer gesamteuropäischen und globalen Sicherheitspartnerschaft einmünden? Wie müssen - gerade im sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt - nichtmilitärische Formen von Sicherheitspolitik auf der Basis einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft aussehen? Wie müssen wirtschaftliche Konversionsprozesse bei uns und anderswo aussehen, die unumkehrbar die Waffenproduktion abbauen?

IV. Partei des ökologischen Humanismus

Gerade das zukünftige Deutschland braucht eine Partei des ökologischen Humanismus, eine Partei, die Großmachtansprüchen entgegentritt und die globale Versöhnung von Nord und Süd, von Mensch und Natur an die Stelle expansionistischer Weltmarktstrategien setzt." ("Ökologischer Humanismus" - das klingt nach einer eigenen grünen Philosophie. Vermutlich wird sich aber auch an diese linksgrüne Begriffsschöpfung in spätestens drei Wochen kein Mensch mehr erinnern).

42. Flugschrift der RL zum Golfkrieg

Rubrik: Golfkrieg; Radikale Linke; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:58

Die im letzten AK für den 4./5. Mai angekündigte Konferenz der "Radikalen Linken" mußte verschoben werden. Die Gründe sind organisatorische Schwierigkeiten und zu wenig Zeit für eine inhaltliche Vorbereitung. Die Konferenz findet jetzt am 22./23.6.91 in 6 Frankfurt 71, Haus Niederrad, Goldsteinstr. 33/35 H, Beginn Samstag 13.00 Uhr, statt.

Die Konferenz wurde am 2. Tag des Antikriegsrates der RL am 23./24.3. beschlossen und soll zur Bilanzierung von 2 Jahren RL-Ansatz dienen. Es wird bei dieser Konferenz auch darum gehen, wie die RL weitermachen kann/soll. Ideen, Kritiken und Vorschläge für Projekte (auch von außerhalb der RL und von ihren KritikerInnen!) sollen vorher in einem Rundbrief veröffentlicht werden. Schickt eure Papiere bis zum 7. Juni an die Rundbriefredaktion: (PLN 59387, 2 HH 50)

Flugschrift der RL zum Golfkrieg.

In der Aprilnummer der konkret wurden verschiedene Publikationen der Linken zum Golfkrieg vorgestellt. Das dem Rezensenten die Flugschrift nicht gefallen hat, war offensichtlich, andere Lektüre ist seiner Meinung nach ergiebiger. Aber schon Gremlizas Leitkommentar im April beschäftigt sich ausschließlich damit, die Flugschrift und ihre ProduzentInnen zu verreißen, in der aktuellen Nummer wird die Flugschrift (nach grober Zählung) mindestens 5mal in verschiedenen Artikeln erwähnt oder sich darauf bezogen. Wenn einem Produkt soviel Interesse widerfährt, sollte dies doch genug Anreiz für Linke sein, selbst zu entscheiden, ob die Flugschrift eine ergiebige Lektüre zum Golfkrieg ist.

Kriegsende. Vorkriegszeit.

"Flugschrift" der Radikalen Linken zum Krieg am Golf:

* New World Order = Imperialistischer Krieg

* Deutschland zu kurz gekommen? Nach der Reichsgründung die Kriegsfähigkeit erlangt

* Israel und die deutsche Linke: aus Solidarität für Krieg?

* "Wehrhafte Zivilität gegen arabische Nation" - das linke Coming out für den Krieg

* Internationalismus und Befreiung im Zeichen der One World - aussichtslos?

* Kritik der Friedensbewegung: "Die Welt ein Schlachthaus - brennt Kerzen ab!"

März 1991, DM 4

Bestellungen: Radikale Linke, Postlagernummer 59387, 2 Hamburg 50 (Ab 5 Exemplare portofrei. Einzelbestellungen plus Porto: bis 2 Exemplare DM 1,80; bis 4 Exemplare DM 2,40)

43. Annäherungen an einige Gründe für das Scheitern des KB. Kongreß-Referat von Hr. (Minderheit)

Rubrik: KB und AK; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:06

Der folgende Beitrag wurde von einem Genossen aus der KB-Minderheit zur Eröffnung der KB-Auflösungsdebatte auf dem 4. KB-Kongreß gehalten.

Vor exakt 13 Monaten haben wir hier an gleicher Stelle das erstemal auf einer KB-Konferenz die Struktur- und Leitungskrise diskutiert. Nicht wenigen erschien dies überflüssig, bzw. nur insoweit notwendig darüber zu diskutieren, als daß einige wenige diese "überflüssige" Debatte angerührt hatten. Kernpunkt der damaligen Mehrheitsreaktion war die Bewahrung der Organisation vor solchen Veränderungen, die vermeintlich ihren Bestand gefährden könnten. Die Mehrheit stimmte für Bewahrung und Blockbestätigung der Angestellten bis zu diesem Kongreß.

Obwohl das Gebäude KB Risse hatte und Teile aus seinen Mauern rausgebrochen waren, sollte wider alle Vernunft auf Baumaßnahmen verzichtet werden. Heute treffen wir uns auf den Trümmern wieder, und es wäre angemessen, der Organisationsrealität entsprechend und der guten Seiten der KB-Tradition würdig, wenn wir ihn auflösen und nicht zum Gegenstand von taktizistischen und machtpolitischen Raufereien und Mehrheitsentscheidungen um die Übernahme seines Namens und die Fortsetzung seiner wahren Traditionen machen würden.

Strukturkrise

Was war die Strukturkrise? Sie berührte eine traditionelle Seite von undemokratischen KB-Strukturen seit seiner Gründung, sowie innere Verkrustungen, die das organisierte linke Dasein in unübersichtlichen Zeiten sich rasant vollziehender politischer Veränderungen erschweren.

Auch der KB konnte der - insbesondere an der norddeutschen Küste bekannten Lebensweisheit - nicht entgehen, daß der Fisch am Kopf zu faulen beginnt. Als die Strukturdebatte als Debatte der Verkrustung im Apparat begann und der Unfähigkeit, Diskussions- und Arbeitsprozesse der Organisation als Ganzes einzuleiten, die den äußeren Veränderungen der Politik entsprechen könnten, da gab es nicht nur Abwehr im Apparat, der diese Debatte zu recht als Infragestellung der bisherigen Arbeit begriff, da wurde, was - ich zitiere die Frankfurter Ausgetretenen - "als maßvolle Reform gedacht war, als ‚liquidatorische Absicht' denunziert, weil sich einige für unersetzbar hielten." Das paarte sich mit Reaktionen von Teilen der KB-Mitgliedschaft, die für sich reklamierten, die Basis zu sein, und die Kritik an der Leitungsstruktur mit der selbstkritischen Reflexion des Versagens der Basis gegenüber der Leitung beantworten wollten. Das hätte glaubhaft sein können, hätte dieser Konter nicht gleichzeitig den Schulterschluß mit denjenigen gesucht, die personell als "Bestandsgarantie für die Weiterexistenz des KB" auftraten.

Unveränderlichkeit und Beharrungsvermögen wurden offenkundig von einer Mehrheit der Mitglieder als "kommunistische Tugenden" aufgefaßt. Mir ist das aus der Geschichte kommunistischer Organisationen in Vergangenheit und Gegenwart - siehe DKP - sehr bekannt und mich hat verblüfft, wie originalgetreu wir, der KB, die "ganz andere K-Gruppe", uns in dieser Tradition wiedergefunden haben. Bei uns hat diese Tradition ihre Wurzeln im undemokratischen Zentralismus unseres KB-Gründungsjahrzehnts einerseits und der innerorganisatorischen Einbetonierung unseres Apparats im Überwinterungsjahrzehnt nach KB-/Z- Spaltung und grüner Entwicklung andererseits. Die Mehrheit der KB-Mitglieder vertraute bedingungslos dem faulenden Kopf, praktizierte vorauseilenden Gehorsam gegenüber den "Bewahrern" und sicherte die alte Struktur ab. Veränderungen von unten erfolgten Null (es sei denn, man interpretiert den Zerfall von Strukturen in solche um). Was blieb vom Fisch, um im Eingangsbild zu bleiben: kaum noch Kopf, wenig Körper, nur noch - ihr könnt wählen - Schwanz oder Gräten.

Allein eine frühere Korrektur von "oben" oder - was allerdings aufgrund unserer organisatorisch-politischen Sozialisation schwer vorstellbar ist - Rebellion von unten hätte dies aufhalten können. Die Sammlung von Minderheit/Nichtmehrheit im KB war im bescheidenen Rahmen eine solche - zu spät gekommene - Rebellion. Gemessen am Resultat kann sich, wer bewahren wollte, in Selbstgewißheit wiegen: das Resultat ist weiterer Zerfall - "ich hab's ja gleich gesagt, warum mußte an den Strukturen gerüttelt werden" - selffullfilling prophecy.

"Es gibt kein Demokratiedefizit"

"Es gibt kein Demokratiedefizit", mit dieser kategorischen Feststellung wurde vor einem Jahr aus der KB-Mehrheit versucht, die Struktur-/Demokratiedebatte zu beenden. Wer es bis dahin vielleicht nicht mitbekommen hatte, wurde, sofern überhaupt noch interessiert am inneren Leben des KB als einer aktiven Organisation, durch die folgenden Abläufe eines Besseren belehrt. Als Minderheit hatten wir seither gegen eine Kette von Widerspruchs-Abwicklungsversuchen anzukämpfen, deren jedes einzelne Glied - und ich benenne hier nur die gravierendsten Einschnitte - eine Verhöhnung dieser Feststellung war. Sie sind Beleg dafür, daß nie versucht worden ist, einer Minderheit im KB eine Chance zu geben:

- Im Januar 1990 kippte eine Mehrheit unseres Leitenden Gremiums (LG) auf kaltem Wege - ohne Debatte und eigene Erklärung dazu, nicht einmal durch formale Abstimmung - in nachvollziehenden Gehorsam gegenüber einer Kritik des Genossen kt., die mit 18 Fürstimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedete LG- Resolution aus dem Vormonat gegen die Wiedervereinigung.

- Im März 1990, als die Widersprüche durch die Struktur- und Deutschlanddebatte unübersehbar geworden waren, wurde die KB-Mitgliederversammlung seitens der im Apparat arbeitenden GenossInnen mit der Forderung erpreßt, alle (Mehrheits-)Angestellten en bloc zu wählen, oder diese würden geschlossen zurücktreten (eine knappe Mitgliedermehrheit war selbst dazu bereit!).

- Im Juni 1990 sollte namens des LG der gesamte KB auf die Beteiligung an der Debatte um "inhaltliche Neubestimmung und organisatorische Umgruppierung" der Linken mit der PDS als "zentraler Teil" verpflichtet werden. Daß dies kein Beschluß für den gesamten KB, sondern nur mehrheitliche "Arbeitsgrundlage" wurde, war dem Veto der Minderheits-LG-Mitglieder zu verdanken. Wäre dieses Veto nicht eingelegt worden, gäbe es vermutlich jetzt noch diesen Verpflichtungsbeschluß! Wie desolat es um unsere innerorganisatorische Demokratie steht, wird daran deutlich, daß eine Mehrheit der Mitglieder solche Selbstentmündigung durch die eigene Leitung duldet, auch wenn sie diese Option mitzutragen gar nicht bereit waren.

- Die Wahl-Mitgliederversammlung im September 1990 mußten wir gegen den Widerstand der PDS-Protagonisten durchboxen.

- Gegen den Rausschmiß der Minderheitsströmung und die Einbehaltung des AK durch eine Versammlung von Mitgliedern aus der Mehrheit und ohne Kongreßbeschluß im November 1990, mußten wir zunächst KB-Öffentlichkeit herstellen und zusammen mit anderen diesen vierten und wohl letzten KB-Kongreß durchsetzen.

Immer haben diese Durchzock-Versuche ohne adäquate inhaltliche Auseinandersetzung ungeheuer viel Kraft und Nerv gekostet und konnten von uns nur unter größten Anstrengungen gebremst oder verhindert werden.

Laßt uns gemeinsam darüber befinden, daß wir auch diese Vorgänge seit Beginn der Struktur-/Demokratiedebatte unter der Rubrik: "Es gab und gibt kein Demokratiedefizit im KB" ablegen.

All dies konnte nur erfolgen, weil es jenseits der politischen Differenzen untereinander von einer Mehrheit der Mitglieder geduldet und mitgetragen wurde. Die politische Mehrheitsoption im KB konnte sich zwar nie auf die besseren Argumente, aber immer auf die Gesetze der Trägheit und den Organisationskonservatismus verlassen. Insofern hatten wir als Minderheit im KB nie eine Chance, Veränderungen durchzusetzen. Damit soll jetzt Schluß sein. Wir sehen größeren Spielraum und weniger Reibungsverluste in getrennter organisatorischer Entwicklung und abgesteckter/ abgeklärter Redaktionsarbeit.

In 20 Monaten offen krisenhafter Entwicklung des KB habe ich in keinem Papier, keinem Protokoll, auf keiner Versammlung auch nur ein einziges Mal heraushören können, daß irgendjemand von den AkteurInnen aus der KB-Mehrheit den Ansatz einer selbstkritischen Einsicht hat erkennen lassen, irgendetwas könne falsch gelaufen sein und man habe dabei eine verantwortliche Rolle gespielt. Insofern teile ich völlig die Einschätzung der Frankfurter, wenn sie schreiben, ein Gesinnungswandel der Mehrheit nach ihrem gescheiterten Rausschmeißversuch sei nirgendwo erkennbar, bestenfalls eine etwas klügere Realpolitik bei der Abwicklung. Damit ist auch gleich das Mißtrauen gegenüber jeder "gleichberechtigten" Lösung für einen Dach-AK angemeldet, die die Gleichberechtigung nicht materiell sichert.

Strukturelle Erstarrung und politische Veränderungen

Zu Selbstgerechtigkeit ist kein Anlaß. Unser KB-Flügel besteht weder aus besseren Menschen, noch ist er aus anderem als dem KB-Holz geschnitzt. Wir reklamieren nicht mehr als unsere bessere Absicht und versuchen sie zu praktizieren. Auch uns gelingt dies nur wenig.

Sind das alles nur Struktur- und Demokratieprobleme? Gegenüber der häufig anzutreffenden Ignoranz will ich ihren eigenständigen Wert verteidigen und behaupte, ohne daß es uns noch etwas nützt: Daß wir nicht spätestens nach der Krise und Spaltung des KB vor zehn Jahren gründlicher und mit Folgen für Durchschaubarkeit von Struktur und Entscheidungen diskutiert haben, erweist sich heute als verhängnisvoll. Nicht weil ein Mehr an Demokratie und offener Struktur uns die Antwort auf irgendeines der politischen Probleme gegeben hätte, vor denen wir stehen, so wenig, wie sie als Eigenwert politische Auseinanderentwicklungen verhindern können. Wohl aber, weil sie uns die seit Jahren, spätestens seit dem Gorbatschowismus und der Faschisierungsdebatte im KB erkennbare, notwendige Umorientierung auf Klärungsprozesse statt Bewahrung ermöglicht hätte.

Schwere politische Schläge, epochale Umwälzungen und Veränderungen von atemberaubendem Tempo haben fast sämtliche Weltbilder und bislang gültigen Grundlagen linker Politik erschüttert, und dabei durchweg eine ähnlich geartete linke Reaktion hervorgerufen: Die reale Abwendung vieler Sektoren der Linken von Erneuerung linker Politik, die Entwicklung nach rechts unter dem Mantel der "Erneuerung", die Hinwendung zu sozialdemokratischen Positionen. Auf den RGW-Zusammenbruch und das bevorstehende Ende des "realen Sozialismus" erfolgt die Übernahme sozialstaatlicher Staatsvorstellungen und die Hinwendung zur Marktwirtschaft. Auf den DDR-Zusammenbruch und die Herausbildung der Weltmacht Deutschland die Übernahme des deutschen Selbstbestimmungsrechts, des Gedankens voller deutscher Souveränität, europäischer und weltpolitischer Gestaltungspolitik. Auf die weltpolitisch reduzierte Bedeutung des Sowjetblocks, die von vielen Linken als Schutz vor der Barbarei akzeptierte, erstmals im Golfkrieg unangefochten praktizierte Weltpolizeirolle unter Führung der USA.

Entgegen m.E. diese jüngste Entwicklung verharmlosenden Darstellungen, wie ich sie aus Teilen der KB-Minderheit kenne, sind die Anpassungen an die imperialistische Kriegszielpolitik via Übernahme der Bedrohung - wahlweise der "Zivilisation" oder Israels - als nicht etwa Folge, sondern Grund des Kriegs gegen den Irak, keine Einzelerscheinungen unbedeutender Randfiguren. Fanden wir es bei der Wiedervereinigung noch bedeutsam und dem Zeitgeist Ausdruck verleihend, daß des Linksradikalismus unverdächtige bedeutende Meinungsmacher in der BRD wie Rudolf Augstein und Willy Brandt auf deutschen Nationalismus abhoben, so soll die Tatsache, daß die Mehrheit der Grünen WortführerInnen, meinungsmachende linke und grüne Zeitschriften wie die "Konkret", die "links" des SB, die im ehemaligen DKP- Erneuerer und DDR-Bürgerrechtsspektrum angesiedelte "freitag", die TAZ, die "Kommune" sowie die FR überwiegend auf unterschiedlich nuancierte Kriegsbefürwortung eingeschwenkt sind, bzw. der Riß quer durch diese Redaktionen geht, deswegen nicht so relevant sein, weil ein Teil von ihnen diese mit der Intention betreibt, Israel zu schützen.

Wenn dann die FrankfurterInnen in ihrem Austrittspapier in der Auseinandersetzung mit diesem neuen linken mainstream nichts weiter als einen "grotesken Ersatzkrieg unserer antiimperialistischen Freunde" erkennen können, so verweist dies nicht nur auf unterschiedliche Wahrnehmungen, sondern auch auf tiefere politische Differenzen.

Pragmatismus als Organisationsprinzip

Wo die äußere Welt nicht mehr stimmt, kann die innere nicht die alte bleiben. Erneuerung im KB war überfällig. Auf alle diese Veränderungen haben wir in unserer Organisation unterschiedlich reagiert und sind auf unsere Defizite gestoßen, ohne daß wir die Streitfragen wirklich austragen konnten. Da rächt sich dieser manchmal nützliche, im Ganzen aber elende Pragmatismus des KB, der - wenn meine Beobachtung stimmt - Organisationsprinzip geworden ist. Ein Pragmatismus, der Problemstellungen glaubt umschiffen zu können, wenn wir strittigen Fragen ihre Wiese zuweisen, ansonsten aber nichts anbrennen lassen - so liberal waren wir in den achtziger Jahren immerhin. Einige Beispiele für Nicht- bzw. mangelnde Bearbeitung zentraler Themen linker, kommunistischer Theorie und Politik, die uns wieder einholen:

- Die Stalinismus-Diskussion war nie Thema des KB, sondern von Sektoren des KB und ist in allen Fällen an (notwendigen) Widersprüchen steckengeblieben, statt sie weiterzuführen.

- Die Faschisierungsdebatte ist vom Gesamt-KB als nichtbewältigt bewältigt worden. Als die Frankfurter sie auf dem letzten KB-Kongreß wiederaufnahmen, deuteten sich innen- und außenpolitische Differenzen um die von Kai ins Spiel gebrachte These von der deutschen Normalisierung an, die bei der unterschiedlichen Beurteilung Großdeutschlands und des deutschen Nationalismus zwischen Mehrheit und Minderheit angesichts der Wiedervereinigung deutlich wurden. Es handelt sich dabei mitnichten um die Versimpelung der Kontroverse, wie Dieter und Micha aus Westberlin kürzlich schrieben, auf die Frage, daß die "Minderheit" im Kern an der "These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft" festhalte. Das wird weder der Unterschiedlichkeit in der Minderheit gerecht, noch der Frankfurter Position.

- Verkürzt, und ich fürchte bis heute nicht verstanden, ist diese Position deswegen, weil sie nicht wahrnimmt, daß die Frankfurter uns immer wieder auf unsere, wie in der Regel die meisten sich marxistisch nennenden, unzureichenden Faschismusanalysen verwiesen, auf die wir einstmals als Gründungs-Konsens so stolz waren. Im wesentlichen haben wir den Faschismus ökonomistisch und klassenanalytisch verkürzt und seine sozial-und massenpsychologischen Elemente ausgeblendet.

- Entsprechend, und das holt uns in der aktuellen Israel-Debatte wieder ein, haben wir das spezifisch national-sozialistische am Faschismus und der Judenvernichtung nicht oder unzureichend zum Gegenstand unserer Debatte gemacht.

Das nicht angenommen zu haben, ist ein Versäumnis, das durchaus den Frankfurter Vorwurf zuläßt, daß es eine "Gralshüter"mentalität gegenüber ehemaligen, heute aber gewandelten Positionen gibt, die nicht als bewußt aufgearbeitet und korrigiert, verändert dargestellt werden können. Eine Mentalität, die Brüche in der Politik nicht kennt, sondern Kontinuität behauptet und vorgibt, immer schon richtig gelegen zu haben.

Jüngstes Beispiel dafür hat He. im AK geliefert, dessen inhaltliche Kritik an Ulli K.s Thesen "Antiimperialismus als Feind des Internationalismus" ich zum größten Teil unterstütze, der Ulli K. zu recht seine (angehäuften) Undifferenziertheiten vorwirft und da korrigiert, wo er ihm z.B. nachweist, daß es im KB zu den arabischen Regimes immer eine überwiegend kritische Haltung und deren politische Bekämpfung gegeben hat, also Kontinuität, was He. betonen möchte. Nur zu dem anderen Teil von Ulli K.s Anliegen, zu den - wie max. dies im letzten AK formuliert hat - "Leichen im KB-Keller", schweigt He. Das sind die in KB-Frühzeit formulierten und nie aufgearbeiteten Fehler bei der Charakterisierung Israels, seiner staatlichen Existenz und des Zionismus als zu zerschlagen (vgl. Artikel von max. im letzten ak).

Genau diese selektive Wahrnehmung bei der Bearbeitung unserer eigenen Geschichte müssen wir überwinden. Dies ist eben nicht identisch damit, auf den politischen Streit zu verzichten, denn ich teile nicht die politischen Schlußfolgerungen der Frankfurter, Ulli K.s und anderer aus ihrer Haltung zu Israel, im Gegenteil. Offenkundig haben wir das im KB nicht hinbekommen, in dieser Tradition steht auch unser aktueller Streit, und ob wir das in dieser Israel-Auseinandersetzung in der Minderheit packen, ist auch noch nicht ausgemacht.

PDS-Orientierung als Katalysator des Zerfalls

Ich will hier nicht weiter auf die absurden Versuche eingehen, die PDS-Option des KB-Mehrheitsflügels, dessen Angestellte zu zwei Drittel mit Posten und/oder Mandat in der PDS stecken, nachträglich im ak in "Bündnisarbeit" umzutaufen, das ist an anderer Stelle bereits geschehen.

Vielmehr will ich als letztes auf die im Zusammenhang mit der Deutschland-Kontroverse und der PDS-Orientierung aufgetauchte Differenz in der Frage der Massenorientierung hinweisen. Seitens der Mehrheit wird ein durch und durch unemanzipativer Massenbegriff verfolgt, der weder reflektiert, daß Kommunisten nur Politik mit solchen Massen machen können, die sich ihrer Lage bewußt werden, die nicht von uns als stellvertretend zu behandelnde oder gar zu ihrem Glück zu zwingende aufzufassen sind, wenn wir Befreiung wollen. Deshalb muß jeder Massenorientierung auch eine gesellschaftliche Analyse und eine Analyse des Wollens der gesellschaftlichen Subjekte, auf die man sich beziehen will, vorangehen. Das ist bei der PDS-Option strikt verweigert worden, dann hätte man die Veränderungsmotive derjenigen, die man als Massen links ansprechen wollte, untersuchen müssen und wäre wieder da gelandet, wo unser größerer inhaltlicher Streit begann: Bei der Befürwortung der Wiedervereinigung durch eine große Bevölkerungsmehrheit, auch des überwiegenden Teils der PDS-Anhänger. In diesen Vereinigungsmotiven konnten wir nichts Positives entdecken, was von links zu unterstützen war. Nur bei einer Minderheit in der DDR, und die kam auch nur zu einer Minderheit aus der PDS, war der Wunsch nach und die Arbeit für

progressive Gesellschaftsveränderungen als Moment der Umwälzung und nicht der Wiedervereinigung im Oktober/November 1989 kurzzeitig erkennbar. Sowohl die politisch-strategische Lage - DDR-Zusammenbruch als real-sozialistische Niederlage und kapitalistischer, gesamtdeutscher Sieg -, als auch die erkennbare Bewußtseinslage, nicht als Emanzipationsbewegung, sondern als Wiedervereinigungsbewegung Richtung BRD, waren die Antriebsmomente. Strategische Defensive und politisches Wollen waren u.E. nicht links zu entwickeln. Auch heute noch, bei steigender Unzufriedenheit über die Folgen des DDR-Anschlusses, scheint - wenn nicht alles täuscht - in den sozialen Auseinandersetzungen keine wesentlich andere Dynamik angelegt, weil eine über im besten Fall gewerkschaftlich-sozialstaatliche Anpassung an BRD-Standards hinausgehende Bewegung nicht erkennbar ist.

Vor dem Hintergrund ist eine reformistische Orientierung - und eine solche ist die der PDS-Option - kein strategischer Schritt revolutionärer Politik aufgrund von gesellschaftlicher Bewegung für reformistische, die bestehenden Verhältnisse nicht revolutionär, aber progressiv aufbrechende Ziele. Dominant sind dann nicht gesellschaftliche Explosionen, sondern linke Implosionen - man kann das ungefähr mit "Schuß in Ofen" übersetzen. Nicht die Gesellschaft wird verändert, sondern die nichtreformistische Linke adaptiert den Reformismus als theoretischen Background ihres Handelns; nicht die gesellschaftlichen Subjekte machen progressive Veränderungen durch, sondern die Linke regressive. Heraus kommt keine gesellschaftliche Reformbewegung sondern platter Reformismus der Linken. Das ist auf der Grundlage der gravierenden politischen Veränderungen u.a. die Grundlage für das, was ich mit "Sozialdemokratisierung" der Linken bezeichnet habe und was die KB-Mehrheit nicht zu Nachdenken und politischer Widerlegung, sondern nur zu beleidigtem Zurückgepupe veranlaßt hat, man würde ihr "sozialdemokratisches coming out" vorwerfen.

Nicht, daß jede dieser Fragen, die sich zwischen strategischer und grundsätzlicher Differenz bewegen bzw. auf Untersuchungs- und Diskussionsbedarf verweisen, für sich genommen, ein Grund zur Trennung wäre. Es macht die Summe, vor allem aber die in der Strukturdebatte aufgebrochene Unfähigkeit und Nichtbereitschaft zu inhaltlichen und strategischen Debatten, der Versuch administrativer Konfliktbewältigung, der dominante Konservatismus, der den KB so führungszentriert - obwohl real führungslos - und versteinert bleiben läßt. Wenn zu all den angeführten Fragen in einer kommunistischen Organisation nicht mehr diskutiert werden kann, darf und will, was soll sie dann?

Bund der KommunistInnen?

Dabei ist der fast absolut erscheinende Verlust des Subjekts der Veränderung für uns als Linke, die quasi Aussichtslosigkeit jedes realen Veränderungsansatzes - ob ihr dies nun leugnet oder nicht - die gleiche Quelle unserer politischen Stagnation. Quelle von linker Resignation, Frust und Verzweiflung und der Ausrichtung der jeweiligen Optionen der KB-Flügel. PDS, reformistische Orientierung und Massenpolitik, war/ist der Mehrheitsansatz in dieser linken Krise, Kraft der Negation der Verhältnisse, nicht Realpolitik und Parlamentarismus, der überwiegende Minderheitsansatz. Was dabei rausgekommen ist? Ihr habt die Posten und wir ringen um die Rückgewinnung des Bodens unter linken Füßen. Die Haupttendenz scheint immer noch Zerfall. Der vielbeschworene Neu- oder Umgruppierungsprozeß der Linken hat nicht stattgefunden, weder der rechte linke als PDS, weil dem ein gesellschaftlicher Prozeß zugrundeliegen müßte, noch der linke linke als Radikale Linke, weil die dafür notwendige Fähigkeit und Bereitschaft fehlte, weil die damit verbundene Einigung über das zu setzende Ziel, das damit verfolgt werden könnte, nicht gelingt.

So haben wir in der Trennung also etwas Gemeinsames. Laßt uns daher zu allerletzt auch noch die organisatorische Trennung und die regulierte publizistische Weiterarbeit im Geiste dieser Gemeinsamkeit abschließen. Ich appelliere an die Mitglieder dieses Kongresses, nicht die Dummheit zuzulassen, daß der KB sich als Karikatur seiner selbst aus seiner Geschichte verabschiedet. Weder kann es für das Fortbestehen des KB eine hinreichende Begründung sein, wenn man wie Jörg vor einer Woche in seinem Antrag formuliert hat, sich - die KB- Mehrheit - "auch in ihren aktuellen Politikversuchen (also PDS!, Anm.) in Übereinstimmung mit einem zentralen Orientierungspunkt der zwanzigjährigen KB-Geschichte: der Bündnispolitik" sieht. Das soll nach zwanzig Jahren übriggeblieben sein?! Noch können wir die im Protokoll des letzten Mehrheitstreffens angelegte Putschformulierung teilen, die in puncto KB-Weiterexistenz alles offenhalten will, um sich zur gegebenen Zeit den Namen unter den Nagel zu reißen. Was soll es sonst bedeuten, wenn man hier keine Festlegung will? Es ist Stumpfsinn und Sektentum, nicht erkennen zu wollen, daß das, was den KB in seiner Substanz ausgemacht hat, nur noch rudimentär vorhanden ist. Ihr könnt nicht ein gerupftes Huhn als stolzen Schwan vorführen. Zerstört also bitte nicht die Möglichkeit, daß der zwanzig Jahre alte KB ruhmreich in die

Annalen der Weltrevolution eingehen kann. Für den gegenteiligen Fall kündige ich schon mal präventiv an, mit anderen den "wahren, den wirklichen, den echten KB zu gründen", unser Blättchen wird dann die aufgehende Sonne mit Faust und Schraubenschlüssel zieren, und was vom Rest-KB übrig wäre, ähnelte dann den Erscheinungen beim Zerfall der ML-Gruppen, über die wir uns immer so gern lustig gemacht hatten.

Als Minderheit werden wir, entgegen einer Meldung in der "Sozialistischen Zeitung" der VSP von der ersatzlosen Auflösung des KB, organisiert in das vermutlich derzeit dominante Zirkelwesen eingehen, an dessen Ende müßte dann stehen, was der Kommunistische Bund einstmals sein sollte: Der Bund der KommunistInnen.

44. 4. KB-Kongreß: Organisation aufgelöst

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:62

Am 20.4. tagte der 4. Kongreß des KB. Die Organisation hatte sich bereits seit gut einem Jahr in zwei unabhängige Strömungen geteilt, die in jeder Hinsicht eigenverantwortlich Politik machten. Den Anstoß für die Auflösung der Organisation hatte eine Versammlung der Mehrheitsströmung im November 1990 gegeben, auf der die organisatorische und publizistische Trennung von der Minderheitsströmung beschlossen wurde. Die Minderheit forderte daraufhin einen Kongreß, da nur ein solcher über die Zukunft der Organisation und des AK entscheiden könne. Dieser Forderung schlossen sich ca. 100 Mitglieder in einer Unterschriftenaktion an. Die Minderheitsströmung plädierte ebenfalls für eine organisatorische Trennung, setzte sich mehrheitlich jedoch für eine weitere Herausgabe des AK als Dach-AK ein.

Auf einem weiteren Treffen der Mehrheit wurde die eigene Beschlußlage revidiert. An der organisatorischen Trennung wurde festgehalten. Im Hinblick auf die Publizistik wurde, zumindest für eine Übergangszeit, eine gemeinsame Herausgabe des AK unterstützt, wobei perspektivisch der AK auch für andere Strömungen geöffnet werden sollte. (Siehe Punkt 4 der Mehrheitsresolution) Das Dach-AK-Konzept der Minderheit beinhaltete eine auf allen Ebenen paritätische Zusammenarbeit der beiden Strömungen. Von der Mehrheit wurde vorgeschlagen, Herausgabe und Redaktion zwar paritätisch zu besetzen, die verlegerische und geschäftliche Seite aber beim (personell von der Mehrheit dominierten) jetzigen Verlag (Hamburger Satz- und Verlagskooperative) zu belassen, um die technische Erstellung und den Vertrieb des AK nicht durch den politischen Streit zu gefährden. Die Minderheit machte dagegen geltend, daß ihr Einfluß auf Erstellung und Finanzierung des AK begrenzt bliebe und der Mehrheit im Falle einer Trennung alle derartigen Ressourcen verblieben. Soviel zum durchaus turbulenten Geschehen vor dem Kongreß.

An dem Kongreß nahmen ca. 200 Mitglieder und SympathisantInnen teil, 186 davon stimmberechtigt. Auf dem Kongreß selbst wurden zwei Themen behandelt: Erstens die Auflösung der Organisation und zweitens die Zukunft des AK. Vereinbart wurde für alle entscheidenden Abstimmungen ein Zweidrittelquorum für verbindliche Beschlüsse.

Übersicht über Anträge und die Abstimmungsergebnisse im Detail:

1. Auflösung des KB:

Als weitestgehender Antrag lag derjenige von Uli K. vor, der mit 42 zu 11 bei 103 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Gegeneinander abgestimmt wurden dann der Vorspann aus dem Antrag der Mehrheit und Punkt 1 des Antrages I der Minderheit mit dem Ergebnis 95 (Mehrheit) zu 68 (Minderheit) bei 13 Enthaltungen. Dem Antrag der Mehrheit wurde daraufhin der Satz "Der KB ist aufgelöst" vorangestellt, damit konnte die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht werden mit 123 zu 30 Stimmen bei 16 Enthaltungen.

Ein Ergänzungsantrag der Minderheit (II) wurde mit 72 zu 50 bei 30 Enthaltungen angenommen.

Die Ergebnisse der Verhandlungskommission bezüglich der Aufteilung der Finanzen wurde entsprechend Antrag III der Minderheit und einem wortgleichen Antrag der Mehrheit einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen.

2. Zukunft der Zeitung:

Einigkeit bestand in dem Willen, den ak weiter gemeinsam herauszugeben. Die vorliegenden Anträge stellen unterschiedliche Verfahrensweisen vor, wobei Konsens über die Besetzung der Redaktion und die gemeinsame Herausgabe besteht.

Eine Abstimmung der Punkte 1 und 2 der Mehrheitsresolution gegen die Punkte I und II (ohne I,3) der Minderheitsvorlage ergab mit 92 zu 60 Stimmen bei 6 Enthaltungen nicht das notwendige Zweidrittelquorum. Als Meinungsbild soll es der weiter arbeitenden Verhandlungskommission dienen, auf dieser Grundlage ein Ergebnis auszuhandeln, das in Versammlungen beider Ex-KB-Strömungen dann zu bestätigen wäre.

45. Ende gut - Was bleibt? Kommentar zur KBAuflösung

Kommentar zur KB-Auflösung

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:56

Persönliche Zerwürfnisse, daß man/frau es unter einem Dach nicht mehr zusammen aushält, Strukturdebatte, Haß auf die "Vaterlandsverteidiger" einerseits, die "Antisemiten" andrerseits, die "Sozialdemokraten" und die "Sektierer" - und dann ist es irgendwann soweit, daß man sich bei Strafe des Verlustes der eigenen Organisation trennt.

Die Gründe sind kaum einem/r Außenstehenden durchsichtig, schließlich sind die beiden Optionen gescheitert, die nach außen hin als sich gegenseitig ausschließend und platt wie plakativ als der hauptsächliche Widerspruch im KB verstanden wurden: PDS-Option und Radikale-Linke-Option.

Hat doch das Jahr der Einheit der letzten K-Gruppe das Genick gebrochen? Ob die deutsche Geschichte des letzten Jahres als "Roll back", als "Faschisierung", als "konservative Hegemonie" oder schlicht als "Rechtsentwicklung" beschrieben wird ... die doppelte Notwendigkeit, gerade in solchen Zeiten zusammenzuhalten, sich nichts abkaufen zu lassen und gleichzeitig den Anspruch auf reales Einwirken auf Politik und Gesellschaft nicht aufzugeben, ist zwar von beiden Seiten reklamiert worden, aber als Widerspruch nicht ertragen worden. (Das ist im Übrigen nur damit erklärbar, daß durch die vorausgegangene Strukturdebatte das notwendige Vertrauen darein, sich gegenseitig unterschiedliche Experimente ohne Verratsvorwürfe zuzugestehen, zerbrochen war.)

Man könnte die Frage nach dem Scheitern der K-Gruppen auch mit der Frage, warum der KB so viel länger durchgehalten hat, aufwerfen. Die "Erfolge" der KommunistInnen des KB lagen schließlich nicht in der Formierung der Arbeiterklasse, der aktuell keine vorantreibende Rolle in der Gesellschaft zugesprochen wurde. Den Vorwurf des "Bewegungsopportunismus" hat der KB sich wegen einer Politik zugezogen, die an der real vorhandenen Opposition anknüpfte und darauf orientierte, in und mit dieser linke Gesellschaftspolitik zu betreiben.

Dieser Politikansatz - für jemanden, der/die erst Anfang der Achtziger zum KB gestoßen ist (wo die Arbeitertümelei der Siebziger eh schon out war), die eigentliche Stärke des KB - hatte auch im Aufkommen der Grünen Partei schon eine Zerreißprobe gebracht, die zum Bruch führte, als ein Teil des KB auf eine Neuorganisierung innerhalb der Grünen setzte. In den folgenden Jahren arbeiteten die verbliebenen KBlerInnen zwar auch personell und publizistisch bei den Grünen - wie auch in so vielen anderen Bündnissen - mit, ohne aber die eigenen Organisationszusammenhänge aufzugeben. Das hat ihre Stärke ausgemacht und darin liegt auch heute noch die politische Kapazität derjenigen, die - bislang ohne Namen und Struktur - aus der Mehrheit weitermachen.

Das macht insbesondere die Bedeutung des ak aus, der immer mehr war als ein Verlautbarungsorgan oder Organisationsgazette, der auch heute noch relativ unangeschlagen aus der Organisationsauflösung hervorgeht. In der Ex-KB-Mehrheit wird auf eine weitere Öffnung des ak in und für die Linke orientiert, obwohl auch darin wieder ein Stückchen Abschied vom alten Modell der Organisationszeitung liegt, dem nicht wenige immer noch anhängen.

Die von der Minderheit als "PDS-Option" diffamierte und in der Mehrheit so ungeliebte Arbeit einiger GenossInnen in die PDS bzw. in die Linke der Ex-DDR hinein wird nicht das tragende Element einer neuen Ex-KB-Mehrheitsorganisation sein. Andrerseits wird dieser Zusammenhang zukünftig auch die Frage des Erfolgs nicht an steigenden Mitgliederzahlen messen, sondern an der eigenen Fähigkeit, die Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche zu erkennen, auf die Seite der vorhandenen Opposition einzuwirken, ohne das Bewußtsein über die grundsätzliche Notwendigkeit zur Überwindung dieser Gesellschaft aufzugeben.

Die Zeiten sind so, daß die kleinen Gruppen eher aufgerieben werden. Sie sind so, daß sie gerade zusammenbleiben sollten, aber nur mit der Fähigkeit zu Bündnispolitik in alle Bereiche des Widerstands überleben können. Für diese Zeitung gilt das in besonderer Weise.

Cl.

46. "Das politische Projekt ist uns ziemlich egal geworden." Austrittserklärung der Frankfurter KB-Gruppe

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:26

Nach z.T. fünfjähriger, z.T. zwanzigjähriger Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund (KB), verlassen die Unterzeichnenden aus der Frankfurter Gruppe die Organisation.

Der KB pflegte in den jährlichen Verfassungsschutzberichten unter dem Titel "Neue dogmatische Linke" den vierten Platz einzunehmen. Die Inhaber der ersten drei Plätze (KBW, KPD-AO und KPD-ML) haben sich überwiegend vor zehn Jahren von der politischen Bühne verabschiedet. Der KB machte den Eindruck, die andere, besondere, klügere K-Gruppe zu sein. Er war anfangs semi-maoistisch, wollte später semi-autonom, aber auch semi-pazifistisch die "Rinnsale" der Kriegsangst zusammenführen und ist heute Semi-PDS und Semi-Radikale-Linke. Das "linke Trüffelschwein" (Konkret) verstand es zweitweise, maßgeblichen Einfluß in linken Kampagnen auszuüben (Brokdorf, Russell-Tribunal, Rock gegen Rechts, Startbahn-West) und die Auflage seiner Zeitung "Arbeiterkampf" (AK) auf maximal 27.500 (1977) zu bringen; heute 6.000.

Seit mehr als einem Jahr ist der KB in zwei Flügel gespalten. Unsere Gruppe war an der Konstituierung einer Minderheitsfraktion beteiligt. Das Faß zum Überlaufen brachte für uns die Reaktion innerhalb des KB auf ein Flugblatt der Frankfurter Gruppe zum Golfkrieg unter dem Titel "Schluß mit dem irakischen Raketenterror gegen Israel". Unseren Kritikern reichten schon die Überschrift und der Schluß (in dem wir zu einer Protestaktion vor dem Büro der irakischen Fluggesellschaft aufriefen), um die Frage zu stellen, ob wir ins Lager der imperialistischen Kriegstreiber übergelaufen seien. Flügelübergreifend hieß es, wer in dieser historischen Situation den Irak zum Gegenstand der Kritik mache, legitimiere den Krieg. Man kann hierzulande auch als Linker keine Stellungnahme für Israel abgeben, ohne selbst unter engsten Mitstreitern heftige Abwehrreaktionen auszulösen.

Zwar haben auch die anderen KBlerInnen die Scud-Angriffe, wie es so schön heißt, verurteilt. Meist hieß es: Wir sind dagegen, aber ... diese Raketen hätten den Bestand des Staates Israel ja nie gefährdet, und die Hussein-Reden vom Krematorium, in das Israel verwandelt werden solle, seien weder ernst gemeint noch ernst zu nehmen gewesen. So kann nicht verwundern, daß es, ebenso wie in der Friedensbewegung, im KB nicht möglich war, von der verbalen Verurteilung zu irgendwelchen Aktivitäten der Solidarität mit der angegriffenen israelischen Bevölkerung zu kommen. Es war nicht möglich, weil es beabsichtigt war. Daran kann man erkennen, welche Rolle das Bedürfnis nach einem Alibi bei der Verurteilung gespielt hat.

Für uns war diese Erfahrung um so lehrreicher, als sie einen Konflikt fortsetzt, der uns im KB seit 1983 beschäftigt. Damals führte die AK-Schlagzeile "Endlösung der Palästinenserfrage", mit der der israelische Libanonkrieg kommentiert worden war, erstmals zu Widerspruch von der Vertreterin der Frankfurter Gruppe im Leitenden Gremium des KB. Sie kritisierte, daß der Vergleich der israelischen Regierungspolitik mit dem nazistischen Massenmord an den Juden falsch, zynisch und ungeheuerlich sei. Er beabsichtige keine Beschreibung der Realität im Nahen Osten, sondern versuche, die Schuld der deutschen Täter auf die jüdischen Opfer zu projizieren, um sich selbst, die eigene Na- tion, die eigene Geschichte, die eigenen Familien, zu entlasten.

So hatte der KB seinen kleinen Historikerstreit lange vor der FAZ. Doch die KBlerInnen mögen untereinander nicht streiten. Und schon gar nicht mit der AK-Redaktion. Auf die Kritik gab es kaum Resonanz, und man versuchte lieber, den Gegensatz zu verdrängen. Auch wir hatten weder eine Ahnung von der Tragweite des Konflikts, noch gaben wir uns Mühe, sie zu erforschen. Doch der Gegensatz ließ sich nicht unter der Decke halten, und einige wenige KB-Mitglieder haben uns immer wieder damit konfrontiert.

Diejenigen, die heute dem Mehrheitsflügel vorstehen, erhofften sich von der Bekämpfung des Zionismus Frieden im Nahen Osten, sahen in Israel den Hauptschuldigen für alle Probleme dieser Re- gion und hielten die Forderung einer besonderen Verpflichtung gegenüber Israel für "Mißbrauch deutscher Schuldgefühle" und für "staatlich verordneten Antifaschismus". Auf die deutschen Verhältnisse bezogen, bestritten sie die Relevanz des Antisemitismus und sein Erstarken parallel zur nationalen Wiedergeburt seit der Wende 1982.

Bitburg war ihnen eine Lappalie und die Republikaner Ausdruck sozialer Mißstände, wie ja auch Pogrome in der Sowjetunion in alter linker Tradition als "degenerierte Form des Klassenkampfes" (Zitat AK) verstanden werden.

Weit wurde die Möglichkeit antisemitischer Ressentiments auch in Kreisen der Linken und im KB selbst von sich gewiesen. Die letzten acht Jahre dieses Konflikts im KB lassen sich leider so zusammenfassen, daß wir Zeugen des Gegenteils geworden sind. Als Zeugen über so lange Zeit sind wir auch mitverantwortlich. Lange vor uns sind Genossinnen und Genossen, auf deren Mitarbeit wir großen Wert gelegt haben, aus dem KB ausgeschieden. Wir selbst haben immer gehofft, daß die Opposition gegen diese Linie, so marginal sie realiter war, sich letztlich durchsetzen würde, weil sie die besseren Argumente hätte. Wir sind über die Zeit im KB geblieben. Folglich sind wir uns ziemlich sicher, wenn wir jetzt sagen, daß wir uns geirrt haben. Es würde nicht stimmen, wenn wir von uns selbst behaupten würden, wir hätten unablässig gegen Antisemitismus, Borniertheit, Verdrängung, Selbstgerechtigkeit, Schuldverschiebung und anderes mehr in der Linken angekämpft. Obwohl Antifaschismus von Anfang an zu den Fundamenten der KB-Politik gehörte, haben einige von uns Anfang der siebziger Jahre katastrophale Leitartikel zu Faschismus und Zionismus nicht nur passieren lassen, sondern auch mitgetragen. Unsere heutige Distanzierung davon bedeutet nicht, daß uns dieser ganze Komplex inzwischen wenigstens klar wäre.

Vielleicht hat schon die deutsche Wiedervereinigung unsere letzten Hoffnungen desillusioniert, der KB und die anderen linken Gruppen könnten sich noch zum besseren verändern. Die meisten Linken haben die Wiedervereinigung "konstruktiv" zu begleiten versucht. Sie verschlossen sich jeder Überlegung, daß die Aufhebung der deutschen Teilung einen Nachkriegsprozeß krönt, in dem die Nazi-Verbrecher und ihre Erben nicht nur nicht bestraft, sondern nachträglich belohnt wurden, so daß sie sich heute als Kriegsgewinnler fühlen dürfen. Es geht also nicht nur um diese epochale Ungerechtigkeit der Geschichte, es geht auch um den zusätzlichen Aberwitz, daß die meisten Linken hierzu geschwiegen oder ihr Einverständnis erklärt haben.

Der Mehrheitsflügel des KB verhielt sich in dieser Frage nicht viel anders als die PDS, deren Wahl er im letzten Dezember konsequenterweise unterstützt hat. Mit dem Minderheitenflügel zusammen haben wir einen nicht unwesentlichen Anteil an der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne der Radikalen Linken gehabt. Das Mißverständnis dieser Gemeinsamkeit wird an der Kontroverse um den Golfkrieg sichtbar. Deutsche Linke, die sich gegen faschistische Drohungen gegen Israel nicht mobilisieren lassen, müssen sich die Frage gefallen lassen, was sie mit ihrem "Nie wieder ..." wirklich meinten. Der groteske Ersatzkrieg, den unsere antiimperialistischen Freunde gegenwärtig gegen Konkret oder gegen linke jüdische Persönlichkeiten ausfechten, die sie mit der SPD von 1914 vergleichen, zeigt, wie weit wir in der Einschätzung dessen auseinander sind, was in Deutschland gefährlich ist.

Rechenschaft über die zwanzigjährige KB-Geschichte muß erst noch abgelegt werden. Die wenigen hier dargelegten Gedanken leisten dies natürlich nicht.

Daß eine Zeitung wie der AK trotz zehnjähriger Dauerkrise der Linken nach wie vor existiert, darauf blicken die meisten KB-GenossInnen mit einem gewissen Stolz. Es gibt über den KB hinaus nicht wenige, die die Zeitung schätzen und für die der AK eine wichtige Plattform linker Politik ist.

Allerdings verblaßt der Mythos zusehends. Dabei sind die Differenzen über die Inhalte linker Politik angesichts deutscher Großmachtambitionen aber nur ein Teil des Problems.

Ebenso bedeutend ist uns der eklatante Mangel an Demokratie im KB. Der AK verschlingt nahezu alle personellen und finanziellen Ressourcen des KB. Praktisch fungiert die Organisation seit langem schon mehr oder weniger ausschließlich als Zuarbeiterin für den AK und die Redaktion. Einerseits bedeutet dies, daß das innerorganisatorische Leben - außerhalb der AK-Erstellung - weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Andererseits haben sich AK-Redaktion und Organisationsleitung - und innerhalb derselben wiederum eine Kleingruppe - zu Macht- und Befugnisstrukturen entwickelt, deren Praxis sich von jener anderer K-Gruppen, über die der KB sich seinerzeit gern mokierte, kaum unterscheidet. Zwar ist es möglich gewesen, bedeutende Probleme des Alltags - etwa, ob mensch zu viert oder zu sechst im Bett liegt - zu dokumentieren, doch jede Idee, jede Debatte, die die Machtstrukturen in Frage stellen könnte, wurde und wird, je nach Bedingungen, ignoriert, diffamiert oder bekämpft. Im KB ist "alles" erlaubt - nur eines nicht: die Kompetenzen der Chefs in Frage zu stellen. Demokratie im KB ist eine Spielwiese, trotz aller Imagepflege.

Als vor anderthalb Jahren ein fest angestellter Genosse aus Leitung und Redaktion Vorschläge zur Strukturreform im KB machte, brach ein schon länger schwelender Konflikt offen auf, der sich seitdem ständig verschärft hat. Kern der damaligen Vorschläge war, daß der KB einer Weiterentwicklung und Erneuerung bedürfe. Zum anderen sprach der Genosse die schon lange bestehende "Verkrustung" auf zentraler Ebene an. U.a. schlug er die Aufnahme von zwei Neuen in die AK-Redaktion vor. Er selbst kündigte seine Festanstellung und trat von seinen Funktionen zurück. Verständlicherweise begriffen die meisten der langjährig angestellten AK- Redakteure den Vorschlag als Infragestellung ihrer selbst. Die Aufgabe des eigenen Postens wirkte in ihren Augen besonders suspekt. Was als maßvolle Reform gedacht war, wurde, weil sich einige für unersetzbar halten, als "liquidatorische Absicht" denunziert.

Es folgte eine teilweise öffentliche Auseinandersetzung, deren Dramatik möglicherweise einem Großteil der AK-LeserInnen entgangen ist.

Die Auseinandersetzung endete mit einer Niederlage für diejenigen, die Demokratiedefizite nicht bloß bei DKP und anderen Organisationen, sondern auch im eigenen Laden zur Sprache bringen wollten. Eine Mitgliederversammlung segnete das Vorgehen der Leitungs- und Redaktionsmehrheit ab, sprach ihr das Vertrauen aus und gab der anderen Seite die alleinige Schuld an der Zuspitzung.

Diese Selbstentmündigung der Mitgliedschaft und ihr vorauseilender Gehorsam gegenüber einer "frustrierten" Leitung demonstrieren das Elend des KB. In einer Zeit anhaltender Krise und der Suche nach Perspektiven linker Politik schart sich die Mehrheit der KBlerInnen in einer konservativen Art und Weise um diejenigen, die ihnen als personelle Bestandsgarantie für die Weiterexistenz des KB erscheinen. Passend dazu empfehlen die Gralshüter eine Annäherung an reformistische Positionen wie die der PDS. Die nach der Wiedervereinigung in der ehemaligen DDR erwarteten sozialen Kämpfe sollen das Fundament für eine gesamtdeutsche Linke abgeben. Ausdrücklich als Gegenposition zur "Radikalen Linken" wird die Parole ausgegeben, daß nur die Orientierung an einer "Massenpolitik" das Überleben der Linken sichere.

Gegen die imaginäre "Massenlinie" gründete sich zeitgleich mit der Demonstration "Nie wieder Deutschland" im Mai 1990 eine sog. "Minderheitsfraktion", zu der auch wir uns bisher als zugehörig betrachtet haben. Die Frankfurter KBlerInnen hielten eine weitere Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen für das innerorganisatorische Friedhofsklima sowie für die gesamtdeutsche Orientierung des KB für obsolet.

Bis vor kurzem waren wir uns darüber mit unseren FreundInnen in der Minderheitsfraktion des KB einig. Danach sieht es jetzt immer weniger aus. Beide Fraktionen und damit auch der gesamte KB haben im Laufe des letzten Jahres weitere politische und personelle Rückschläge erlebt. Das magere Bundestagswahlergebnis der PDS war nicht gerade ermutigend für die KB-Mehrheit. Andererseits sind die Hoffnungen, die wir in die "Radikale Linke" gesetzt haben, auch nicht in Erfüllung gegangen.

Dementsprechend befindet sich die Organisation in einem freudlosen Zustand, wenn sie am 20.4.91 zum "4. ordentlichen KB-Kongreß" in ihrer zwanzigjährigen Geschichte zusammentritt. Die beiden Lager im KB sind quantitativ etwa gleich stark. Allerdings liegen die Verfügungsgewalt über das Organisationseigentum ebenso wie die Herausgeberrechte für den AK in den Händen der Mehrheitsfraktion, die folglich noch vor einem halben Jahr entschlossen war, die Minderheit rauszuschmeißen. Ein Gesinnungswandel der Mehrheit ist für uns nicht erkennbar, nur eine klügere Realpolitik.

Beide Fraktionen scheinen es trotz aller Differenzen noch einmal miteinander versuchen zu wollen, weil sie allein nicht in der Lage sind, den AK herauszubringen. Vielleicht wird es die Zeitung also noch lange Jahre geben. Vielleicht wird auch bloß eine Abwicklung daraus. Wir hoffen in jedem Fall, daß die mit dem KB verbundenen Arbeitsplätze erhalten werden können, aber das politische Projekt ist uns, mit Verlaub, ziemlich egal geworden.

8 GenossInnen erklären ihren Austritt aus dem KB. Der Text wurde von einer dreiköpfigen Redaktion im Auftrag der Gruppe verfaßt. Frankfurt/M., im April 1991

47. Gruppe K oder lieber AK - wie Anonyme KommunistInnen?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:61

Auf der ersten Versammlung der Minderheit nach dem Kongreß war mensch sich einig: der deprimierende Ablauf bestätigte die Überfälligkeit einer Trennung der beiden Flügel des KB. Der 4. Kongreß der KB war mit Sicherheit der am wenigsten politische. Dominiert war er von dem Bestreben, die Spaltung und eine AK-Zusammenarbeit der KB-Nachfolgegruppen ohne lange Diskussionen unter Dach und Fach zu bringen.

Die Mehrheit hatte bereits im Vorfeld Unlust signalisiert, auf der Versammlung den Gründen und Ursachen für die Spaltung und das Versagen eines Organisationsmodells nachzuspüren - so konnte der Hauptbeitrag aus der Minderheit (s. Dokumentation) in der Mehrheit auch nur als Schuldzuweisung begriffen werden statt als Versuch, die Organisationsgeschichte und Struktur sowie die Antworten der jeweiligen Flügel auf die jüngsten politischen Umbrüche zu untersuchen. Die Streitpunkte, an denen sich letztlich die zwei Flügel (plus den sich als "Mitte" begreifenden Mitgliedern) im KB herausbildeten, sind bekannt. Ausgangspunkt der Unversöhnlichkeit war vor ca. anderthalb Jahren die von einem im Freigestelltenapparat arbeitenden späteren Genossen der Minderheit ausgelöste "Strukturdebatte", die ein seit Jahren vor sich hin gärendes Problem der Organisation zum Gegenstand der Kritik machte: Die "Überwinterungsstrategie" und der (un)demokratische Zentralismus führten zu strukturellen Verkrustungen im Leitungsapparat und einer zunehmenden Agonie der Ortsgruppen, die keine offene und vor allem breit geführte Debatte um die gesellschaftlichen Umbrüche mehr möglich machten. Aus der auch seit langem angelegten Kontroverse um linke Massenpolitik oder stärkerer Grundlagenarbeit und damit Sammlung der linksradikalen Reste folgten zwangsläufig unterschiedliche Antworten auf die Wiedervereinigung. Die Mehrheit wollte sie von links begleiten, die Minderheit arbeitete für ihre fundamentale Ablehnung.

Die "Minderheit" als Teil des KB gibt es nicht mehr, stattdessen ...tja, das ist noch nicht klar, wie sie heißen soll. Von AKNE (Arbeitskreis Negation) bis Gruppe K ist einiges im Gespräch. Eine Auflösung der "Minderheit", wie in der SOZ vorhergesagt, steht jedenfalls nicht vor der Tür. Eine konstituierende Versammlung der Gruppe findet am 6./7.7. in Dortmund statt, dort soll über den Namen sowie endgültig über die Beteiligung am Dach-AK entschieden werden. Denn auch nach den Kongreß-Vereinbarungen sind die Rechte der gemeinsamen Herausgeber, insbesondere im finanziellen Bereich, umstritten. Eine Zusammenarbeit wird es für die Minderheit jedoch nur geben, wenn jede Übervorteilung ausgeschlossen ist.

Doch auch in der Redaktionsarbeit will mensch bei einer eventuellen AK-Beteiligung nicht weitermachen wie bisher. Aus der bisherigen Fixierung der Organisation auf den Leitungsapparat und die mit ihm weitgehend identische Redaktion wurde der Schluß gezogen, für die Zeitungsarbeit eine veränderte Arbeitsweise anzustreben, die mehr Mitglieder direkt einbezieht. Redaktionskollektive heißt das Stichwort, bislang gibt es in Berlin und Hamburg je eines. Artikelprojekte sollen nicht mehr vorrangig auf den gewählten Redakteuren lasten, sondern in der Debatte entwickelt werden. Die untersuchende Arbeit von in der Linken wieder oder neu aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen, wie beispielsweise der nationaler Befreiung, sollen gegenüber einer zusammenfassenden Berichterstattung über deren Kämpfe höheres Gewicht erhalten.

Doch zur reinen Zeitungsorganisation soll die Gruppe nicht verkommen. Geplant sind in mehrwöchigem Abstand bundesweite Treffen, die vorrangig der Debatte inhaltlicher Fragen gewidmet sein sollen. Ein Seminar zur Aufarbeitung der Differenzen in der Minderheit zum Golfkrieg und zu Israel ist in Planung. Ein erster Rundbrief für FreundInnen und Mitglieder der (Ex)Minderheit ist ab sofort erhältlich. Klar ist eines, zur Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeit und auch der Zeitungsmitarbeit ist die "Minderheit" auf Spenden, auch von SymphatisantInnen angewiesen, denn in diesem Teil des EX-KB sind vielleicht die politisch Aktiveren versammelt, jedoch auch jene mit dem kleineren Geldbeutel.

Die (Ex)Minderheit ist bis zur Einrichtung eines eigenen Büros über die Verlagsadresse erreichbar.

Konto Nr. für Spenden: 1228/122 386, bei Hamburger Sparkasse,

(Klaus Dreyer/Sabine Roisch) BLZ 200 505 50

48. Über den Gebrauchswert einer kommunistischen Organisation

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:08

Sich derzeit über die Notwendigkeit einer kommunistischen Organisation, speziell der des kommunistischen Bundes zu verbreiten, mag vielen als Marotte erscheinen. Dies gerade auch Leuten aus dem KB: Hier ist man es gewohnt, sich auf der Höhe der linken Entwicklung zu befinden - einer Eigenschaft, die den KB ja gerade Zeit seines Bestehens auszeichnete. Flexibel und undogmatisch, dabei aber nicht opportunistisch, bewegte man sich mit antikapitalistischer und antistaatlicher Stoßrichtung in verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen, intervenierte, und das nicht einmal erfolglos.

Nun spricht alle Welt von der Krise des Marxismus, der Krise der Linken und daß es nicht mehr so weiter gehen könne wie bisher. Auf dem Terminkalender etlicher KB-Aktiver ist daher jetzt der "Umgruppierungsprozeß der Linken" notiert; manche formulieren sogar noch schärfer: "Zerfallsprozeß der Linken". Den Begriff von einer Sache zu haben, mag vorteilhaft erscheinen, die Beurteilung schafft eine gewisse Distanz, so daß man den Überblick bewahren kann.

Doch die Sicherheit ist in diesem Falle trügerisch. War es in den vergangenen zwei Jahrzehnten jeweils darum gegangen, als kommunistische Organisation oder (in den letzten Jahren) zumindest als Mitglied dieser Organisation von außen kommend in sozialen Bewegungen zu intervenieren, wußte man dabei doch, wenn schon nicht mehr die feste Burg, so doch immerhin noch das nette Wochenendhäuschen namens KB als Bezugspunkt im Rücken. Diesmal ist es anders: Der KB ist wesentlich mehr als früher selbst Teil des Prozesses, der Krise der Linken genannt wird, und da hilft eine scheinbar Distanz schaffende Beschreibung dieses Umstandes wenig. Stattdessen wäre ein eigener Standpunkt gefragt, denn inzwischen ist von der Krise, der Rekonstruktion kommunistischer Politik, dem Umgruppierungsprozeß, der Krise als Chance usw. schon ein wenig zu lange die Rede. Je länger dies noch so geht, um so mehr führt es sich selbst ad absurdum: Wer ständig von den neuen Möglichkeiten oder Perspektiven redet, ohne selbst substantiell etwas anbieten zu können, ist selbst längst zum Teil des Problems geworden, aber nicht in produktiver, problemlösender Hinsicht, sondern so, daß ihn der Strudel längst erfaßt hat, und der zieht bekanntlich nach unten. Es mag merkwürdig erscheinen, daß in der gegenwärtigen Situation gerade die relativ erfolgreichste aller kommunistischen Kleingruppen der BRD am stärksten gefährdet erscheint. Doch man kann sich auch "totsiegen", wie Georg Fülberth in Bezug auf den KB, dessen effektiver Arbeit im Gründungsprozeß der Grünen und den dann aber folgenden Aderlaß durch den Übertritt der Gruppe Z in die grüne Partei, anmerkte (s. Marxistische Blätter 1/91). (Das Beispiel der KB-Spaltung weist im übrigen durchaus Parallelen zur heutigen Situation auf. Auch damals fand ein linker Umgruppierungsprozeß statt. Die Z-Fraktion, die zu der Auffassung gekommen war, sozialistische Politik müsse und könne nur innerhalb der grünen Partei entwickelt werden, befand sich plötzlich mittendrin im grünen Parteibildungsprozeß, hatte ihre Distanz aufgegeben und sich der politischen Logik der neuen Partei unterworfen - und ging als politisch selbständiger Faktor unter.)

Gerade weil der KB für sich summa summarum gute Erfahrungen mit seiner Arbeit in gesellschaftlichen Bewegungen gemacht hat, ist er bzw. sind seine Mitglieder gegenüber Neuformierungsversuchen relativ unbefangen. (Am deutlichsten sichtbar derzeit in der Entschlossenheit der KB-Minderheit, die Organisa- tion zu verlassen und es in einem neuen Bündnis, genannt Radikale Linke, zu versuchen.) Doch der Sprung ans andere Ufer ist natürlich risikobehaftet und die Ungewißheit um so größer, je weniger an Theorie und Programmatik im eigenen Gepäck mitgeführt wird - und da sieht es im KB als einer bewegungsorientierten Organisation, die sich Zeit ihres Lebens mehr den praktischen Dingen gewidmet hat, relativ schwach aus. Aber vielleicht ist dies ja auch ein entscheidender Grund, warum nicht unwichtige Mitglieder aus Minderheit wie Mehrheit eine finstere Entschlossenheit an den Tag legen, im "Umgruppierungsprozeß" die Taue zur eigenen Vergangenheit zu kappen.

Daß die Linke sich auch in der BRD in der Krise befindet, soll hier gar nicht bestritten werden. Ebensowenig darf aber auch der Verweis fehlen, daß aufgrund der besonderen Bedingungen - die Stärke faschistischer Kontinuität; die ökonomische Potenz des BRD-Imperialismus; die Teilung, die es mit sich brachte, daß die kommunistische Tradition in der BRD fast völlig eliminiert werden konnte - linke antikapitalistische Politik in

Deutschland besonders schwierig zu gestalten war. Es wäre also nicht alles, was unsereins zu Wege gebracht hat, ad acta zu legen. Besonders verantwortungslos schiene ein Vorgehen nach dem Bilde, heute stehen wir am Abgrund, aber morgen werden wir einen Schritt weiter sein. Stattdessen sollten wir den Mut haben, uns unserer eigenen Vergangenheit zu stellen und sich der Tradition samt Fehlern bewußt zu werden. Die Verpflichtung, wie ich es bezeichnen würde, haben wir im übrigen nicht nur uns selber, sondern auch denjenigen gegenüber, mit denen wir uns eine engere Zusammenarbeit vorstellen könnten. Und schließlich tragen wir auch eine Verantwortung für die Nachfolgenden: Gut zwanzig Jahre Erfahrungen aus linker, vielleicht manchmal sogar kommunistischer Politik in einem hochentwickelten imperialistischen Staat packt man nicht so mir nichts dir nichts zur Seite.

Alles Gründe, von denen jeder für sich schon hinreicht, mit einem Gebilde namens Organisation äußerst behutsam umzugehen. Allerdings, der Einwand wäre berechtigt, lebt der Mensch nicht vom Brot allein. Zur Verständigung über kommunistische Politik gehört mehr als nur das Bestehen auf einem organisatorischen Zusammenhang.

Völlig illusionslos, doch nicht ohne Hoffnung

Für die Erneuerung oder, vielleicht geht's auch ein bißchen bescheidener, für einen Schritt weiter im kommunistischen Politikverständnis, soll hier ein kleiner Vorzeichen-Wechsel vorgeschlagen werden. Keine Angst, es geht somit nicht um die Wiederholung der beliebten Folge "Zurück zu den Quellen, entdeckt Marx", dessen ewige Jugend einige jetzt unter dem zerbrochenen Beton des einstigen Dogmatismus freizulegen trachten. Ein unsinniges Unterfangen, denn auf Marx berief sich mit einigem Recht nicht nur Engels, sondern auch Kautsky, nicht nur Bernstein, sondern auch Luxemburg. Ein unauffälliger Hinweis darauf also, daß Marx's Werk selbst in gewisser Weise unvollkommen, widersprüchlich und unabgeschlossen ist. Man müßte somit auch den eigenen Kopf gebrauchen: Ein Vermögen, das auf jeden Fall diejenigen besser beherrschen, die angesichts der Erfolglosigkeit der kommunistischen Bewegung, das kapitalistische System zu beseitigen, den Kapitalismus von innen her etwas anweichen wollen, was bislang jedoch nur zur Amalgierung sozialdemokratischer Theorie-Elemente geführt hat.

Die Krise des Marxismus rührt sicher nicht daher, daß seine zentralen Grundeinsichten bezüglich des Wesens der kapitalistischen Gesellschaftsformation falsch gewesen wären - zu erinnern ist nur an den nicht abzustellenden Drang des Kapitals zur Unterwerfung von Menschen und Natur gemäß seinem Akkumulationsbedürfnis, dem imperialistischen Charakter des entwickelten Kapitalismus, dem Klassencharakter des Staates, der Zurichtung des Bewußtseins entlang dem al- les durchdringenden Tauschprinzip und noch einige sehr unschöne Dinge mehr. Im Gegenteil, gerade die Richtigkeit der Analyse, ihre furchterregende Bestätigung, hat den Marxismus so anfällig gemacht, denn zugleich sollte er - jedenfalls Marx und Engels sahen dies so und später auch die politische Hauptströmung, die kommunistische Bewegung - Anleitung zum gesellschaftsverändernden Handeln sein, eine selbstgestellte Aufgabe, die er bislang angesichts der Übermächtigkeit des realen Kapitalismus nicht zu lösen in der Lage war. Der schon früh formulierte Ausruf "Sozialismus oder Sturz in die Barberei" war nicht falsch, nur hat die geschichtliche Entwicklung die nicht gewünschte Richtung genommen. Adornos Feststellung, daß "nach Auschwitz und Hiroshima... der Rückfall stattgefunden hat" (Gesammelte Schriften, Bd. 10, S. 769) ist eine unhintergehbare Erkenntnis.

Kommunistische Politik müßte sich endlich konsequent der Einsicht öffnen, daß die naturwüchsige kapitalistische Entwicklung eher zu grausigen Rückschritten führt, als daß sie die gleichsam natürliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt darstellte und daß der Kampf für menschenwürdige Zustände zwar objektiv notwendig ist, aber nicht mit objektiver Notwendigkeit den schlußendlichen Sieg davontragen wird. Kommunistische Politik hätte die Kunst zu entwickeln, "weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen" (Adorno, Minima Moralia, S. 67)

Es würde also Abschied zu nehmen sein von der von Hegel unzulässigerweise übernommenen Geschichtsmetaphysik, einem Fortschrittsglauben, der die theoretische und vor allem praktische Wirksamkeit des Marxismus über Jahrzehnte hinweg ungeheuer beflügelt hat, der aber nichtsdestotrotz durch die von Marx und Engels entwickelte materialistische Methode letzten Endes nicht abgedeckt war und mit seinem Scheitern in einem Meer von Desillusionierung, Enttäuschung, Abkehr und Hoffnungslosigkeit versinken mußte.

Der KB bringt von seiner Entwicklung nicht die schlechtesten Voraussetzungen mit, um sich in dieser in der sozialistisch/kommunistischen Bewegung als Ganzes so noch nicht aufgetretene Phase der Desillusionierung und Verunsicherung zurecht zu finden. Schon in den siebziger Jahren fiel der KB in der übrigen Linken als Spielverderber unangenehm auf, weil er vor einer drohenden Faschisierung warnte und für die nächste Zukunft statt glänzender Siege nur Abwehrkämpfe zu prophezeien wußte. Seine gleichzeitige Aufgeschlossenheit für gesellschaftliche Bewegungen, seine Abneigung gegen Begriffsdogmatismus, überhaupt seine gering entwickelte Neigung, allzu tief in rein theoretische Erörterungen zu verfallen, ließen ihn schon früh auf eigenen Füßen laufen und mit dem eigenen Kopf denken lernen, wo zur selben Zeit es andere nie schafften, in ihrer Ablehnung des kapitalistischen Staates ohne so gigantische Hilfskonstruktionen wie den alsbaldigen Sieg des Proletariats, dem revolutionären Weltzentrum Moskau, Peking oder Tirana und ähnlichem Budenzauber auszukommen. Daß der KB gleichzeitig fast trotzig an den entscheidenden Grundeinsichten marxistischer Analyse festhielt (oben wurden einige genannt) und sie bis heute zur Grundlage seiner Beurteilungen (zumindest im ak) macht, spricht nicht gegen die These vom fehlenden Begriffsdogmatismus. Im Gegenteil, ihre eher unauffällige Handhabung und das gegebenenfalls störrische Beharren auf ihnen, ohne sie zugleich mit großem theoretischem Aufwand anders zu beweisen als aus der konkreten Realität, übten den KB darin, den Widerspruch zwischen der unbestechlichen Analyse und der gleichzeitigen Einsicht in die aktuell völlige Aussichtslosigkeit, den analysierten Zustand auch abhelfen zu können, auszuhalten. Fast rührend mutet die Tatsache an, daß die Zeitung des KB immer noch "Arbeiterkampf" heißt; die Organisation nahm es auf sich, mit der zum Himmel schreienden Differenz zwischen dem als grundsätzlich notwendig erkannten Klassenkampf und der sich so anders darstellenden Realität die postmodernen achtziger Jahre durchzustehen.

Aktueller denn je ist (zumindest in diesen Landen) auch die Selbstbezeichnung als "Bund". Sie drückt zum einen wiederum Realitätssinn aus: Zur Partei hat es für diesen Laden (auch 1971 bei der Gründung) nicht gereicht. Und zum zweiten ist darin die Auffassung verborgen, daß der aktuelle Stand der gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen die Herausbildung einer Kommunistischen Partei noch gar nicht ermöglicht, daß also letztendlich die Praxis darüber das letzte Wort spricht und daß deshalb der "Bund" auch keinen Führungsanspruch in theoretischer wie praktischer Hinsicht erhebt.

Lenin!

Die Enttäuschungsfestigkeit des KB, seine Fähigkeit, in Widersprüchen zu leben, prädestiniert ihn geradezu, Baustein für ein neues kommunistisches Politikverständnis zu sein. Das Leben, um auch Gorbatschow zu zitieren, stellt die richtigen Fragen. Wie läßt sich fortschrittliche Politik in revolutionärer Perspektive in völlig unrevolutionären Zeiten, ja in Zeiten gesellschaftlichen Rückschritts, formulieren? Welches ist das Selbstverständnis einer kommunistischen Organisation, die ohne besonderes revolutionäres Subjekt auskommen muß? Wie verhält sich fortschrittliche Politik, die von ihrem Anspruch her immer auf die breitestmögliche Einbeziehung der Menschen angelegt sein muß, angesichts der Tatsache, daß die Bewußtseinsentwicklung großer Teile der Bevölkerung zumindest derzeit offenbar erfolgreich stillgelegt ist? Usw.

Zur Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen dürfte eine Auseinandersetzung mit dem leninschen Politikverständnis von Nutzen sein. Über Marx (sowie über die orthodoxe Marxistin Rosa Luxemburg) hinausgehend, versuchte Lenin nämlich als erster, einen politischen Ausweg aus der Tatsache zu finden, daß Sein und Bewußtsein (des Proletariats) keineswegs so kongruent sind, wie Marx es in revolutionär-praktischer Hinsicht immer unterstellt hatte. Mit seinem Diktum, daß das Proletariat von sich aus nur gewerkschaftliches Bewußtsein entwickeln könne, formulierte Lenin das Problem; mit der von ihm daraus gezogenen Schlußfolgerung, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis geben könne, entdeckt er eine bis dahin im Marxismus verborgen schlummernde Dimension, nämlich die Frage nach der Dialektik von Theorie und Praxis, darin enthalten auch das Problem des Verhältnisses von Basis und Überbau. Es ist kurzsichtig, Lenin nach bürgerlicher Sichtweise als Wegbereiter Stalins einzuordnen oder nach sozialdemokratischer Art gegen Rosa Luxemburg ausspielen zu wollen. Tatsache bleibt, daß Lenin versuchte, bestimmte Widersprüche politisch handhabbar zu machen, die sich Rosa Luxemburg, da sie bis zuletzt der Idee von der selbständigen revolutionären Kraft des Proletariats verhaftet blieb, noch gar nicht stellte. Sinnvoller scheint es mir, die bei Lenin auftretenden Widersprüche zwischen Partei und Klasse, zwischen Demokratie und Zentralismus, zwischen Theorie und Praxis als in der Sache wurzelnde Dialektik zu begreifen,

die sich gar nicht einseitig nach der einen oder der anderen Seite hin lösen lassen, sondern deren Widersprüchlichkeit zur Basis einer kommunistischen Politik wird, die weder einfache Wahrheiten akzeptiert, noch der Beliebigkeit verfällt. "Lenins Verfahren der konkreten Analyse", so stellt jedenfalls A. Arndt, der das äußerst seltene Exemplar einer vorurteilsfreien Studie über Lenin verfaßt hat, fest, "bricht praktisch mit jeder einlinig-deterministischen Vorstellung der Struktur und Entwicklung der Gesellschaft ..." (Lenin - Politik und Philosophie, Bochum 1982, S. 144) Bliebe noch anzumerken, daß das Feld, das Lenin aufgedeckt hat, vom Stalinismus innerhalb kürzester Zeit zugeschüttet wurde und der offensichtlich einzige, der es bisher einmal abgegangen ist, A. Gramsci war, daß aber auch ein Revolutionär wie Mao-Tse-Tung aus den Erfordernissen der Praxis heraus zu neuartigen Schlußfolgerungen hinsichtlich der Strukturen materialistischer Analysen gelang.

Wagnis KB

Daß sich die Welt in Widersprüchen bewegt und entwickelt, gehörte von jeher zum ABC des Marxismus. Daß die kommunistische Bewegung dabei ein Teil der Widerspruchsentwicklung ist, hat sich bislang weniger herumgesprochen. Der KB, das wurde versucht anzudeuten, hat in seiner Geschichte doch einige Hinweise zusammengetragen, wie äußere und inner Widersprüche aushaltbar sein können.

Aktuelle Auflösungserscheinungen in der Linken, speziell auch im KB, sind sicher auch als Ausweichen davor zu werten, in der gegenwärtigen krisenhaften Umbruchsituation sich mit eigenen Positionen den Widersprüchen auszusetzen. Das knüpft fatal an das Dilemma fehlender Kontinuität sozialistisch/kommunistischer Politik in Deutschland an. Wurde die alte Linke durch Faschismus und Kalten Krieg fast gänzlich eliminiert, so hat sich ein großer Teil der neuen Linken mit der Entstehung der Grünen in einer atemberaubenden Verdrängungsleistung seiner marxistischen Geschichte entledigt. Sich in der gegenwärtigen Situation dem völlig im vagen bleibenden "Umgruppierungsprozeß der Linken" zu überantworten, könnte in der Konsequenz erneut den Zusammenbruch linker Kontinuität nach sich ziehen.

J., Westberlin

49. Uruguay sollte ein Land von Taubstummen werden. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/71.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:71

Wenn eines Tages

Wenn eines Tages

die Welt

zugeklappt werden sollte

wie ein Buch

das zu Ende gelesen ist,

aus welchen Trieben

werden dann die Zweige geboren?

aus welchen Horizonten

die Morgendämmerung?

(aus "Hundeleben")

Tupamaros. Viel ist es nicht, was einer/m dazu heute noch einfällt. Naja, wahrscheinlich gerade noch Uruguay. Vielleicht noch movimento de la liberación nacional (tupamaros) MLN(T), der Name der uruguayischen Guerilla, die 1972 militärisch zerschlagen worden ist. Aber alles ist unendlich weit weg und unendlich lange her.

Bis 1972 hatten die Tupamaros in Uruguay zeitweise ein Machtgleichgewicht mit der Regierung erreicht. Der von ihnen geführte bewaffnete Kampf in den Städten hat die Debatten um den bewaffneten Kampf in der BRD stark beeinflußt und war für nicht wenige Vorbild.

1973 putschten in Uruguay die Militärs. Bestialische Folter und barbarische Haft führten zur Traumatisierung der Bevölkerung. Jede Familie war betroffen, hatte Angehörige im Knast, die unter der Folter litten und nicht selten starben. Angehörige, die verschwanden und über die bis heute nichts bekannt geworden ist.

Im September 1973 wurden neun Comandantes der Tupamaros zu Geiseln des Staates erklärt und in entlegene Kasernen verschleppt, in denen sie elfeinhalb Jahre lang einer totalen Isolationshaft ("Incomunicado"-Haft) unterworfen wurden. Sie wurden in Dreiergruppen aufgeteilt und jede Gruppe in eine andere Kaserne irgendwo im Innern des Landes verteilt. Sie durften nicht untereinander Kontakt aufnehmen oder mit ihren Besuchern sprechen. Sie wurden geschlagen, sie mußten zeitweise Käfer und Stroh aus ihren Matratzen essen und ihren eigenen Urin trinken, um zu überleben.

Mauricio Rosencof und E. Fernandez Huidobro, zwei der neun Geiseln, entwickelten eine Klopfzeichensprache, die es ihnen ermöglichte, sich miteinander zu verständigen. Manchmal wurde diese einzige Art der Kommunikation für Monate unterbrochen, wenn ihre Zellen nicht nebeneinander lagen, sondern die Gefangenen jeweils durch eine leere Zelle getrennt voneinander eingekerkert waren.

Alte, benutzte Zeitungen vom Klo waren, neben dem Wenigen, was sie aus den Gesprächen, die ihre Bewacher untereinander führten, ihre einzige Informationsquelle über das, was draußen geschah.

Wichtig war ihnen ihre Würde zu bewahren, sich von den Militärs nicht ihre Überzeugung und ihre Gedanken aus Kopf und Körper prügeln zu lassen.

Sie wollten die Hölle überleben, um Zeugnis darüber abzulegen, was Menschen angetan wird. Sie wollten den Nachkommenden ihre Erinnerungen an diese Hölle weitergeben, damit das alles nicht vergessen wird, damit alle diejenigen, die nicht überlebt haben, nicht vergessen werden, nicht umsonst gestorben sind. Das war ein Gedanke, der ihnen Kraft zum Überleben gab.

1984 dann endlich werden die "Staatsgeiseln" aus den Militärkerkern in das Gefängnis "Libertad" zurückverlegt. Noch sind die Militärs an der Macht, aber die neu erstarkende Volksbewegung hat die politischen Geiseln nicht vergessen.

FH: Es muß in den letzten Monaten des Jahres 1983 gewesen sein, als eigenartige Bemerkungen, leise und in besorgtem Ton, an unser Ohr drangen: Sie gebrauchten den Begriff "Kochtöpfe", als ob sie "Gift" sagen würden.

MR: Meistens handelte es sich dabei um kranke Soldaten, die nach Montevideo ins Militärkrankenhaus gegangen waren und jetzt zurückkamen ...

FH: Überbringer unglaublicher Nachrichten ...

MR: In den langen Wachstunden bildeten sich um sie herum tuschelnde Grüppchen. Wir, die wir derart viele Jahre in den Kasernen hinter uns hatten, merkten sofort, wenn das Thema, das die Soldaten beschäftigte, von der Routine abwich ...

FH: Wir haben dann aufmerksam und zittrig die Ohren gespitzt ...

MR: So erfuhren wir Stück für Stück, durch eine Information hier und eine da, von den Kochtopfkonzerten ...

FH: Wie von einer mysteriösen, massenhaften, nächtlichen Aktivität in bestimmten Vierteln ... Das war die Interpretation, die wir uns aus den bruchstückhaften Informationen zurechtlegten.

MR: Ich glaube nicht, daß die Soldaten eine viel bessere Version als wir hatten, aber was man bei ihnen sehr wohl wahrnehmen konnte - es lag in ihren Augen, in ihrem Verhalten, bestimmte die herrschende Atmosphäre - war ihr Erstaunen ...

FH: Und immer stärkere Verwirrung.

MR: Ein anderes Anzeichen, das zu uns durchdrang, war diese eigenartige Militärparade in San Gregorio de Polanco ...

FH: Wir wußten immer, wann in der Kaserne große Aktivitäten angesagt waren; das ist nicht zu verbergen. Und eine davon sind Militärparaden. Also: Wir wußten, daß es in San Gregorio de Polanco eine große Parade geben würde.

MR: Als die Soldaten von dieser Militärparade zurückkamen, lärmten sie durcheinander, diskutierten pausenlos, erstaunt, verärgert ...

FH: Eben deshalb haben wir es mitgekriegt.

MR: Ihren Erzählungen zufolge hatte ihnen das ganze Dorf San Gregorio die Türen vor der Nase zugeschlagen.

FH: Sie marschierten durch ein Dorf mit verlassenen Straßen.

MR: "Nicht mal die Hunde haben sich blicken lassen", versicherten sie.

FH: Der absolute Gipfel war, wie sie meinten, daß der einzige Zivilist im Ort, der mit ihnen mitmarschiert ist, ein kranker Junge war, krank im Kopf und in San Gregorio anscheinend ziemlich bekannt. Er hat sich in seinem Irrsinn gegenüber der Truppe aufgebaut und die Befehle der Kommandanten und die rituellen Bewegungen der Offiziere nachgemacht. Anstelle eines Säbels schwang er einen Stock durch die Luft und vollführte groteske Gesten ...

MR: Sie mußten das Lachen unterdrücken, daß er bei ihnen auslöste, während ihr Marschschritt noch hallte, aber gleichzeitig überkam sie ein anderes Gefühl, das sie sich nicht richtig erklären konnten ...

FH: Das Gefühl ihrer eigenen Lächerlichkeit.

MR: Im Lauf der Tage haben sie ganze Horden, in Zivil verkleidet, losgeschickt, um hinter das derart ungebührliche Verhalten der Bevölkerung zu kommen.

FH: San Gregorio strotzte von Aufrührern ...

(aus "Wie Efeu an der Mauer")

Im Gefängnis "Libertad" lernten sie wieder, daß der Tag aus Licht und Sonne und die Nacht aus Mond und Sternen besteht. Was es heißt mit jemandem reden zu können. Andere Menschen zu berühren.

1985, mit dem Ende der Militärregierung, werden sei aus dem Gefängnis "Libertad" entlassen. Eine der neun Staatsgeiseln, "El Nepo" Adolfo Wasem, hat die Haft nicht überlebt. Mauricio Rosencof und E. Fernandez Huidobro haben ihr Versprechen - ein Zeugnis abzulegen für die Nachkommenden - eingelöst. Sie haben sich 1987 vor ein Tonbandgerät gesetzt und sich erinnert. Manchmal mußten sie sich gegenseitig Stichworte geben, manchmal waren ihre Erinnerungen an ein und dieselbe Sache ganz unterschiedlich. Die Zeiten der vollständigen Trennung, also auch der Unmöglichkeit sich durch Klopfzeichen zu verständigen haben sie gegenseitig geschildert.

"Wie Efeu an der Mauer" ist ein zeitgeschichtliches Zeugnis, eines der wichtigsten Dokumente für die Aufarbeitung der aktuellen Vergangenheit Uruguays.

ga.

Mauricio Rosencof, E. Fernandez Huidobro: Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur. Verlag Libertäre Assoziation, Lindenallee 72, 2000 Hamburg 20, 410 Seiten, DM 28,-; ISBN 3-922611-14-1

Außerdem im Verlag Libertäre Assoziation erschienen "Hundeleben", Literarische Einmischung eines Tupamaros von Mauricio Rosencof. 95 Seiten, DM 12.

Neben Gedichten enthält das Buch u.a. folgende Interviews und Vorträge:

Hundeleben ist eine Rede, die auf dem 13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen "Kultur und Widerstand" (25.5.- 28.5.1989 in Hamburg) auf einer Veranstaltung zu Ehren des kurz zuvor an den Folgen seiner Haft verstorbenen Raúl Sendic gehalten wurde. Auf der gleichen Veranstaltung wurden unter dem Titel "Cielo abierto" (Offener Himmel) Gedichte von Mauricio Rosencof und Raúl Sendic vorgetragen - vertont und gesungen von Ricardo Collazo.

Diktatur, Demokratie, Folter war ein Beitrag für das 3. Symposium über Kultur und psychosoziale Situation in Lateinamerika (9.-11. Juni 1989 in Hamburg). Die Texte des Symposiums wurden veröffentlicht in: Horacio Riquelme (Hrg.), Zeitlandschaft im Nebel, Frankfurt/M. 1990.

Theaterleute aller Länder, vereinigt euch! wurde als Rede auf dem Symposium "Gesichter Lateinamerikas '89 - Neues Theater" (19.5.-21.5.1989 in Köln gehalten.

Nie schuldeten so viele so viel so wenigen ist der Text der Eröffnungsrede des Gegenkongresses zur Jahrestagung des IWF in Westberlin (September 1988).

Rien ne va plus war als Arbeitsgruppenbeitrag für den Gegenkongreß gedacht.

Mauricio Rosencof wird am 30. Juni 1933 als Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen in Florida/Uruguay geboren. Angehörige seiner Familie, die in Europa zurückblieben, werden Opfer des NS-Faschismus und kommen im Warschauer Ghetto und in Auschwitz um.

In der Tradition seiner Eltern, die in der Arbeiterbewegung aktiv sind, erfährt Mauricio Rosencof seine Politisierung in der Kommunistischen Jugend.

In den 50er Jahren erwacht sein Interesse für das Theater. Neben seiner journalistischen Tätigkeit arbeitet er als Schauspieler und ist Mitbegründer der freien Theatergruppe "El Galpón". Seit 1960 beginnt er, eigene Stücke zu schreiben (u.a. El gran Tuleque, Las ranas, La valija), die in mehreren Ländern aufgeführt werden (u.a. auf dem Lateinamerikanischen Theaterfestival in Kuba) und ihn zu einem der bekanntesten Dramatiker des Kontinents machen.

In die zweite Hälfte der 50er Jahre fallen aber auch mehrere Reisen in den Norden des Landes, wo er mit dem Elend der Reis- und Zuckerrohrarbeiter konfrontiert wird. Aus der Verarbeitung dieser Erfahrungen entstehen politische Reportagen (La rebelión de los caneros) und ein weiteres Theaterstück (Los caballos). Diese Zeit markiert aber vor allem den Beginn einer Freundschaft, die für seinen weiteren Lebensweg entscheidend sein

sollte. Er lernt Raúl Sendic, den Organisator der Union der Zuckerrohrarbeiter von Artigas (UTAA) und späteren "historischen" Gründer der Tupamaros kennen. Ihre Wege sollten sich fortan nicht mehr trennen.

Die politische Arbeit in der Nationalen Befreiungsbewegung/Tupamaros (MLN/T) nimmt ihn mehr und mehr in Anspruch. Er wird zum Comandante der 3. Kolonne der Stadtguerilla und nimmt an mehreren militärischen Aktionen teil.

Im Mai 1972 gerät Mauricio Rosencof in einen Hinterhalt, wird verhaftet und über einen Zeitraum von neun Monaten fast ununterbrochen gefoltert. Nach dem Putsch der Militärs im September 1973 ist er einer der neun Geiseln des Staates.

1984 werden die neun Geiseln vor dem Hintergrund einer neu erstarkenden Volksbewegung in das Gefängnis "Libertad" zurückverlegt. Acht von ihnen werden mit dem Ende der Militärdiktatur 1985 freigelassen. Der Neunte, Adolfo Wasem ("el Nepo"), überlebt die Haft nicht. Er stirbt im November 1984 in der Zelle eines Militärkrankenhauses.

Seit 1985 widmet Mauricio Rosencof weiterhin einen Großteil seiner politischen Arbeit der Reorganisation der Tupamaros. Er verbringt aber auch längere Zeit im Ausland (vor allem in Schweden) und nimmt an zahlreichen internationalen Kongressen und Symposien teil. Gleichzeitig beginnt für ihn eine neue Phase schöpferischer literarischer Produktion. Er schreibt mehrere Theaterstücke (u.a. El saco de Antonio, El combate des establo) und Gedichtbände

(Conversaciones con la alpargata, Canciones para alegrar a una nina), die er zum Teil schon im Gefängnis im Kopf entworfen hat. Einige seiner Theaterstücke werden auch in Europa uraufgeführt - so Das Kind wartet (El hijo que espara) in Hamburg. Eine deutschsprachige Auswahl politischer und literarischer Texte von Mauricio Rosencof ist unter dem Titel Hundeleben erschienen.

Eleuterio Fernandez Huidobro, "el Nato", wird am 14. März 1942 als Sohn spanischer Einwanderer in Montevideo geboren.

Sein Politisierungsprozeß beginnt 1958 mit der Teilnahme an Streiks und Demonstrationen gegen das geplante Hochschulgesetz. 1962 wird er das erste Mal verhaftet. In den folgenden Jahren, einer Phase des Umbruchs und der Neuorientierung der uruguayischen Linken, nimmt er an ersten illegalen Aktionen teil. 1965 gehört er zusammen mit Raúl Sendic und anderen zu den Gründungsmitgliedern der Nationalen Befreiungsbewegung MLN-Tupamaros. Im Dezember 1966 geht er in den Untergrund und wird im Oktober 1969 bei der Besetzung der Stadt Pando, einer der spektakulärsten Aktionen der Tupamaros, verhaftet. Im September 1971 kommt er im Rahmen der Massenflucht aus dem Gefängnis von Punta Caretas noch einmal frei.

Einen dramatischen Einschnitt sowohl in seiner persönlichen Biographie als auch in der Geschichte der Tupamaros markiert der 14. April 1972. An diesem Tag werden vier Mitglieder der Todesschwadronen von einem Kommando der MLN erschossen. Wenige Stunden später ermorden Polizei und Militär bei mehreren Hausdurchsuchungen acht Guerilleros. Auch ein Haus in der Amazonasstraße in Montevideo wird in einer blutigen Aktion gestürmt. Zwei schon wehrlose Tupamaros, Luis und Ivette Martirena, sterben im Kugelhagel der Militärs. "El Nato

" Fernandez Huidobro wird zusammen mit David Campora verhaftet und schwer verwundet.

In den folgenden Monaten werden die Tupamaros - unter dem mittlerweile verhängten inneren Kriegszustand und der massiven Anwendung von Folter - militärisch zerschlagen. Im September 1972 wird auch Raúl Sendic verhaftet. Verhandlungen zwischen den Tupamaros und den Militärs um eine politische Lösung, an denen auch Fernandez Huidobro als Gefangener teilnimmt, sind kurz zuvor gescheitert.

Wenige Wochen nach der nun auch "offiziellen" Eroberung der Exekutive durch die Militärs (1973) wird Eleuterio Fernandez Huidobro zusammen mit den anderen acht "Geiseln des Staates" in die Verliese entlegener Militärkasernen verschleppt. Elfeinhalb Jahre Geiselhaft. Rückverlegung in das Gefängnis von Libertad im April 1984. Nach den Parlamentswahlen vom November 1984 und der Wiedereinsetzung einer Zivilregierung am 1. März 1985 wird er zusammen mit den letzten politischen Gefangenen am 14. März 1985

freigelassen und erklärt noch am selben Tag - als Sprecher der historischen Leitung der Tupamaros - auf einer Pressekonferenz den Neuaufbau der Organisation, nun als legale politische Bewegung.

Seine ganze Kraft und Energie gehört weiter der politischen Arbeit. Er ist Mitglied des Zentralkomitees der Tupamaros und leitender Redakteur ihre Zeitschrift Mate Amargo (Bittere Mate). Er entfaltet darüber hinaus eine umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit als Chronist der MLN. In den letzten Jahren erschienen von ihm die Historia de los Tupamaros (Geschichte der Tupamaros, 3 Bde.), La tregua armada (Der bewaffnete Waffenstillstand) und La fuga de Punta Carretas (Die Flucht aus Punta Carretas, 2 Bde.).

50. Typisch. - Betr.: Moral und Pragmatismus (AK 329)

zu kt.s Artikel "Moral und Pragmatismus" (ak 329)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:16

Der Artikel, der als Antwort auf eine Passage in meinem Artikel im vorhergehenden ak daherkommt, ist bestenfalls ein Ausweichmanöver. Mein zentraler Punkt, daß nicht Israel, sondern Deutschland die Entsendung deutscher Patriots gefordert habe, wird trotz zweieinhalbspaltiger Zitatenflut von kt. in keiner Weise widerlegt. Die Wahrheit in den "Tatsachen" ersäufen, sollte mensch in Abwendung einer chinesischen Weisheit dazu sagen ...

Für meine in ak 328 dargestellte Überlegung spricht mittlerweise auch die Auskunft des israelischen Botschaftsrates Benjamin, die er am 4. Februar gegenüber einer Delegation des Grünen BuVo gemacht hat. Grünen-Teilnehmer Jürgen Maier protokollierte in einem diesbezüglichen Bericht vom 4.3., "daß Benjamin im Gespräch dann mehrfach erklärte, die Bedeutung der Lieferung von Patriot-Raketen an Israel durch Deutschland sei von untergeordneter Bedeutung und werde nur von Deutschland so stark hochgespielt."

Israel hatte kein Interesse daran, Deutschland, das als Hauptverantwortlicher der irakischen ABC-Waffenrüstung erkannt worden war, einen Freispruch durch die Lieferung von Patriots zu verschaffen. Deswegen hat die israelische Seite hauptsächlich die deutsche Schuld thematisiert - und nicht den Deutschen billige Lösungen angeboten. Die hiesige Linke hat sich aber genau mit letzten beschäftigt, und ist damit der deutschen Propaganda auf den Leim gegangen, anstatt "die antideutschen Proteste in Israel (zu) unterstützen", wie ich in ak 328 vorgeschlagen hatte.

Kt. treibt diesen Fehler noch weiter, indem er - anstatt die antideutschen Proteste in Israel zu unterstützen - den Rest seines Artikels darauf verwendet, die anti-israelischen Proteste in Deutschland zu unterfüttern. Kein antisemitisches Klischee wird da ausgelassen, von den Juden als besonders verschlagenen Geschäftsleuten, die den Deutschen das Geld aus der Tasche ziehen, bis hin zu den Israelis, die in Relation zu ihrem BSP angeblich "weltweit" (Kt.) am meisten über Leichen gingen ...

Das ist typisch, leider nicht nur für die Artikel von Kt., sondern auch anderer Autoren im ak. Es bräuchte einen Sysiphus, dagegen anzuschreiben.

Jürgen, Stuttgart

26.4.91

P.S.

Die Beziehungen von Israel zur BRD, von Kt. auf das Begehren nach deutschen Waffen reduziert, werden von mir ausführlich dargestellt in einem Artikel für "kritik und krise", Nr. 4. Das Wechselspiel von Israel-Gegnerschaft und Instrumentalisierung Israels für eigene Interessen wird dabei als konstitutives Moment deutsch-imperialistischer Außenpolitik beschrieben.

51. Ein kommunistischer Büttel

von Yossi Ben-Akiva

Autor: Yossi Ben-Akiva - betr.: Henryk reitet wieder (AK 329) · Rubrik: Golfkrieg; Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:13

Man sollte sich eigentlich über einen Artikel im AK nicht sonderlich aufregen. Wen interessiert es schon, was in einem vor dem Ableben stehenden Organ eines kommunistischen Überbleibsels in Deutschland steht, das bald ebenfalls nur noch einen musealen Wert haben wird, gar was dieses über Juden und Israel schreibt. Ich persönlich habe den AK früher nur sehr sporadisch aufgeschlagen, seit etwa drei Jahren gar nicht mehr; genauer gesagt: seitdem der AK, der noch nicht so lange her die "Zerschlagung" des Staates Israel und damit als "logische, fast zwingende Konsequenz" die Ermordung eines Großteils seiner jüdischen Bewohner propagierte, seine Spalten, ja ganze für die antisemitischen Ergüsse der deutschen Hamburger "Autonomen"-Szene geöffnet und meine Entgegnung darauf unterdrückt hatte. Nun aber, wie ich über Dritte erfahren habe, schickte sich ein Schreiber dieses "Organs" mit dem nom-de-guerre "K., Hamburg" an, meine Person in den Dreck hineinzuziehen, den er zugunsten des peinlich überführten Grünen Antisemiten Christian Ströbele gegen Henryk Broder und Christian Vogt-Moykopf schleudert ("Henryk reitet wieder", AK v. 8.4.91).

So habe sich der "Agent provokateur (im eigenen Auftrag)" Vogt-Moykopf - heißt es bei dem in der kommunistischen Geheimsprache versierten "K." - meiner "bedient", um seinen "innerparteilichen Stellungskrieg" gegen antisemitische Grünen-Politiker/innen (Ströbele, die Tübinger MdL Christine Muscheler-Frohne etc.) zu führen. Dabei schreckt der offenbar von seiten der Tübinger linken "Szene", mit ihrem bekannten Hang zu "Prawda" (zu Deutsch: "Wahrheit"), bestens informierte "K." auch vor lächerlichen Lügen nicht zurück. Er schreibt: "Ben-Akiva unterstützte per Leserbrief Vogt-Moykopfs Votum für den Einsatz der Bundeswehr in Israel. Ich würde "K." einen Lutscher schenken, wenn er mir den von ihm aus der linken Zehe ausgesaugten "Leserbrief" zeigen könnte. Denn bekanntlich halte ich von einem Bundeswehreinsatz in Israel ebensoviel oder -wenig, wie von der Berichterstattung eines deutschen kommunistischen Organs zur "Judenfrage".

Neben dieser krassen Lüge erzählt "K." auf seine perfide Art die Geschichte von der oben erwähnten Grünen Tübinger MdL Muscheler-Frohne, die bei einer Diskussion in der Landtagsgaststätte in Stuttgart am 29.1.91 ("bei einem Abendessen in privatem Rahmen", wie "K." bemüht ist zu betonen) von ihrem "pazifistischen Standpunkt heraus und aus ihrer "heutigen Sicht" nicht nur Israel, sondern selbst den Juden im Warschauer Ghetto das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung abgesprochen hat, wie von mir in einem Leserbrief der Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde. Es stimmt, daß Vogt-Moykopf, der in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter der Grünen-Fraktion bei diesem "privaten Abendessen" ebenfalls zugegen war, bei der Muscheler-Frohne den Antisemitismus "herausgekitzelt" hat, indem er aufgrund ihrer vehementen Opposition zur Lieferung von "Patriot"-Raketen nach Israel ihr und ihren Gesinnungsgenossen entgegenhielt: "Dann müßt Ihr auch dagegen sein, daß sich die Juden im Warschauer Ghetto bewaffnet zur Wehr gesetzt haben". Der Schwindel des AK-Schreibers "K." besteht eben darin, daß er die Antwort der Muscheler-Frohne auf die Herausforderung Vogt-Moykopfs - den Kern der ganzen "Story" - einfach unterschlägt. Doch von einem kommunistischen Büttel von überführten Antisemiten im Land der Richter und Henker sind Bagatellen wie aufrichtige Berichterstattung kaum zu erwarten.

52. Kein § 218 in Ost und West! Fristen und Indikationen - was kommt danach? (Aufruf zum Frauenkongreß in Berlin)

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:12

Unter diesem Motto finden am 8. und 9. Juni in Berlin ein Tribunal und ein Frauenkongreß statt, zu dem der Unabhängige Frauenverband, Frauen begehren Selbstbestimmung und Frauen gegen den §218 - Bundesweite Koordination aufrufen. (Der Aufruftext ist in ak 329 dokumentiert)

Tribunal am 8.6.1991 um 11.00 Uhr, Humboldt Universität, Marx-Engels-Auditorium

Frauenratschlag - nur für Frauen - am 8.6.1991 um 16.00 Uhr

Die Raumaufteilung für die verschiedenen Arbeitsgruppen wird im Foyer der Humboldt Universität angekündigt

Podiumsdiskussion - nur für Frauen - am 9.6.1991 um 10.00 Uhr, Humboldt Universität, Marx-Engels-Auditorium

Es diskutieren:

Monika Frommel, Rechtswissenschaftlerin

Uschi Goldenbaum, LISA

Eva Kunz, stellv. Bundesvorsitzende der SPD

Uta Meier, Soziologin

Christina Schenk, UFV

Christine Weiske, Sprecherin des BuVo der Grünen

N.N., Vorstandsmitglied der IG Metall

eine Vertreterin von "Frauen gegen den §218-Bundesweite Koordination"

Für beide Tage ist eine professionelle Kinderbetreuung durch den Dachverband der Kinderläden e.V. vorgesehen. Anmeldung erwünscht!

Schlafplätze werden auf Wunsch vermittelt.

Flugblätter, Plakate und weitere Informationen:

Kongreßbüro §218-Kongreß

Haus der Demokratie, Raum 302

Friedrichstr. 165, O 1080 Berlin

Tel.: 030/2113719, Fax: 030/394719

Konto: Regina Linzbach, "§218-Kongreß" Kto. Nr. 240011317

BLZ 10050000, Sparkasse der Stadt Berlin

53. Eine jüdische Verschwörung?

Christian Vogt-Moykopf

Autor: Christian Vogt-Moykopf - betr.: Henryk reitet wieder (AK 329) · Rubrik: Golfkrieg; Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak330/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:14

Manche Schreiberlinge versuchen das Manko einer "begnadeten Feder" mit bunten Verschwörungstheorien wettzumachen: Hans-Christian Ströbele als das jüngste Opfer der jüdischen Mafia in Deutschland.

Natürlich werden solche Vorwürfe heute nicht mehr offen vertreten. Deshalb mußte "K., Hamburg" im ak 328 zwischen die Zeilen gehen. Seine Masche ist jedoch nicht sonderlich originell. Denn es gehörte schon immer zum Handwerkszeug eines Antisemiten, vor allem oder ausschließlich die Eigenschaften seiner "Objekte" auszuloten. Die Zugehörigkeit zum Judentum ist dabei besonders aussagekräftig.

Bei Henryk Broder brauchte "K., Hamburg" dies nicht explizit zu unterstreichen; Broders Herkunft ist allgemein bekannt. Deshalb durfte sich der ausgewiesene Spürhund des KB auch ohne Erklärungsversuche darüber mokieren, daß Ströbele so "blöde" war, ausgerechnet Broder in die Falle zu gehen: dem Juden Broder und nicht dem Journalisten Broder; denn der Journalist Broder wurde wegen seiner "begnadeten Feder" ja noch unmittelbar vorher gelobt und in seiner beruflichen Eigenschaft exkulpiert.

Im letzten ak wurde "K., Hamburg" dann noch deutlicher. Auch hier ging es ihm nicht um die Vorwürfe gegen Ströbele, sondern um die miesen Eigenschaften des Henryk Broder sowie um diejenigen seiner Informanten. Da wäre zum einen der Tübinger Grünen Kreisrat, Vogt-Moykopf, von dem "K., Hamburg" telefonisch wissen wollte, ob er Jude sei und da wäre zum andern der "rührige Leserbriefschreiber", Ben-Akiva, von dem "K., Hamburg" bereits wußte, daß er "israelischer Staatsbürger" ist. Offenbar glaubte "K., Hamburg" zum Zeitpunkt der Nachfrage schon einmal gewußt zu haben, daß der Kreisrat Jude ist, weil er sich am Telefon irritiert darüber zeigte, daß Ben-Akiva am 9.2.91 in einem Leserbrief im "Schwäbischen Tagblatt" seine Mitgliedschaft als einziger "Volljude" bei den Tübinger Grünen ironisierte. Denn "K., Hamburgs" Weltbild wäre sicher zusammengebrochen, wenn auch nur einer der Verschwörer einen "judenfreien" Stammbaum gehabt hätte.

Nun könnte man davon ausgehen, daß es für das unterstellte Anliegen, Christian Ströbele politisch zu liquidieren, ebenso unerheblich ist, ob jemand Jude oder "israelischer Staatsbürger" ist, wie für die Profilierungssucht eines Lokalpolitikers oder für die Intrigen eines Journalisten; es sei denn, daß "K., Hamburg" seiner Informantin, der Abgeordnete Muscheler-Frohne, zusätzliche Glaubwürdigkeit allein dadurch verleihen wollte, daß er ihre Staatsbürgerschaft verschwieg. Ganz offensichtlich kam es dem Autor jedoch darauf an, die Eigenschaft als Jude miteinfließen zu lassen und sie auch dadurch entsprechend zu werten, daß er hervorhob, wer sich wessen "bediente":

Der Jude Broder "bediente" sich des Juden Vogt-Moykopf, der sich wiederum des Juden Ben-Akiva "bediente", der sich ebenfalls gerne instrumentalisieren ließ, weil er wie die beiden anderen "Täter" nur ein schmutziges Ziel verfolgt: auf den Linken im allgemeinen und auf dem "Opfer" Ströbele im besonderen herumzureiten. So kommt es nicht von ungefähr, daß "K., Hamburgs" Machwerk die famose Überschrift trägt: "Henryk reitet wieder". Sie paßt eben so gut in die ewige Verschwörungspathologie eines ewigen deutschen Linken, der dem Blockwart nachtrauert, wenn er an Israel denkt.

So gesehen verwundert es nicht, daß ein Berichter, der hinter allem und jedem den "häßlichen" Juden wittert - den "guten" braucht er in der Regel als Kronzeugen - den Vorwürfen Ströbele gegenüber nichts anderes zu bemerken hat, als daß sie "ungeheuerlich" und "fantastisch" seien. Denn wer Israel aufgrund dessen Politik jede Waffenhilfe verweigert, die er umgekehrt Nicaragua zugestehen würde, der nimmt offensichtlich so wenig Tote in Kauf wie die Friedhofsschänder im letzten Jahr, denen noch die toten Juden nicht tot genug waren.

Ströbele nützt es jedenfalls nichts, daß er den Satz - auch eine Million tote Juden in Kauf zu nehmen, wenn er dadurch eine Eskalation des Krieges verhindern könnte - , daß er diesen Satz heute bestreitet, so wie er ja auch von Broder behauptet, daß der Interviewtext von ihm "gestrickt" und "manipuliert" worden sei ("Die gescheiterte Israelreise", Stellungnahme vom 1.3.); wobei ihm nicht einmal der Unterschied zwischen den genannten "Macharten" klar zu sein scheint. Ströbele nützt es deshalb nichts, weil dieser Satz die logische,

fast zwingende Konsequenz nicht nur seiner Aussagen Broder gegenüber, sondern auch seiner Haltung Israel gegenüber ist.

Ströbele hat sich mit Händen und Füßen gegen die Lieferung jeder Raketenabwehrsysteme nach Israel zu einem Zeitpunkt gestemmt, da niemand sicher sein konnte, ob Saddam seine Drohung, chemische Waffen einzusetzen, nicht doch wahrmachen würde. Ströbele war also bereit, die Vernichtung Israels in Kauf zu nehmen, um eine Eskalation des Krieges zu verhindern. Im Klartext heißt dies, daß die Vernichtung Israels für Ströbele keine Eskalation des Krieges bedeutet hätte, ganz im Gegenteil zum behaupteten Völkermord im Irak. Ströbele hat somit eindeutig zu Lasten Israels und der dort lebenden Menschen, d.h. auch zu Lasten von "einer Million Juden" gewertet und nicht - wie er heute anführt, lediglich einen "Zusammenhang" aus der Sicht des objektiven Beobachters "festgestellt" (Ch. Ströbele: "Mein Verhältnis zu Israel und zum Golfkrieg - ohne Mißverständnisse", zit. aus der Vorlage für die BDK in Neumünster).

Diesen Diskus aufzugreifen, war "K., Hamburg" scheinbar weder willens, noch in der Lage. Es wäre ihm ja unbenommen gewesen, zu anderen Ergebnissen zu kommen. Stattdessen hat er sich als eines jener linken Fossile geriert, die in ihrer Organisation nie etwas anderes sehen, als einen Verein zur Züchtung politisch strammer Gebrauchsdackel. Glück für ihn, wenn er diesen "auf Dauer doch recht engen Wirkungskreis" auch angesichts einer sich immer weiter marginalisierenden Linken nicht als beklemmend empfindet, sondern vielleicht schon im nächsten (?) ak die nächste jüdische Verschwörung, diesmal für den Untergang des KB ausmacht.

54. §129a - Repression ohne Ende?

CD-Datei: daten/aksuche/ak330/73.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:73

Der § 129: seit gut 40 Jahren das Symbol in der BRD für die Verfolgung und Repression von radikalen und militanten staatsfeindlichen Worten und Taten. Der Vorwurf der Bildung und Unterstützung einer kriminellen (§ 129) oder terroristischen (§ 129a) Vereinigung wird heute mehr und mehr auch gegen Menschen aus dem Widerstand und den sozialen Bewegungen eingesetzt.

Im März diesen Jahres ging in Frankfurt der Startbahn-Prozeß zu Ende - und mit ihm eine ganze Serie von Verfahren seit 1986/87, die sich genau gegen dieses Spektrum militanter Opposition richtete: radikal-Kriminalisierung, Strobl-Prozeß, das Verfahren wegen eines Anschlags gegen MBB ... Gerade zur Zeit findet in Duisburg das Revisionsverfahren gegen Bärbel Perau, Thomas Thoene und Norbert Hofmeister statt: die Bundesanwaltschaft (BAW) kann sich nicht damit abfinden, daß der Bundesgerichtshof das erste Urteil gegen die drei im Punkt "RAF-Mitgliedschaft" aufgehoben hat und konstruiert aus Prozeßerklärungen sogar ein "Fortbestehen der RAF-Mitgliedschaft" im Knast - für das Vorgehen der BAW und ihrer "Theorie" der verschiedenen RAF-"Ebenen" ein typisches Beispiel. Ein Beispiel aber auch für die Tendenz, immer mehr die radikale politische Meinung ins Zentrum der Verfolgung zu rücken.

Eine liberale oder kritische Öffentlichkeit regt sich angesichts dieser Entwicklung kaum. Anders als noch in den 70er Jahren gelingt nur noch in wenigen Ausnahmefällen - wie z.B. im Prozeß gegen Ingrid Strobl - eine Mobilisierung gegen die Repressionskonstrukte von Polizei, Justiz und "Diensten".

Oliver Tolmein sprach mit Leuten aus der L.U.P.U.S.-Gruppe, der autonomen Prozeßgruppe NRW und dem Prozeßplenum Duisburg über den Stand ihrer Diskussion zum § 129a, zur Entwicklung der Anti-Repressionsarbeit, über den Ausgang des Startbahn-Prozesses und die Perspektiven im Düsseldorfer Revisionsprozeß.Seite 22

55. DDR: Faschisten im Aufwind

CD-Datei: daten/aksuche/ak330/rechtsti.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:rechtsti

Neonazis in der ehemaligen DDR: kaum ein Tag vergeht, an dem mensch nicht einen Zeitungsartikel über Terror gegen AusländerInnen, Linke, besetzte Häuser lesen könnte, an dem nicht von Treffen faschistischer Gruppen berichtet wird.

So konnte mensch zum Beispiel am Samstag, den 4. Mai erfahren, daß sich in Cottbus 250 Neonazis trafen, um einen potentiellen Nachfolger des gestorbenen "Führers" Michael Kühnen zu feiern. Oder daß in der Nacht zum 3. Mai in Wittenberge 30 Deutsche etliche Wohnungen von Namibiern verwüstet haben, wobei zwei der Bewohner "vom Balkon gefallen" seien, wie sich ein Polizeisprecher ausdrückte.

Rechtsradikale in der Ex-DDR sind jedoch kein alleiniges Produkt der Maueröffnung. Genausowenig wie ihr massenhaftes, organisiertes und gewalttätiges Auftreten der Reflex verstörter Jugendlicher wäre, die sich angesichts der Zerstörung der DDR-Sozialstrukturen, der hohen Arbeits- und allgemeinen Perspektivlosigkeit einen neuen Rückhalt suchen.

Schon seit Anfang der 80er Jahre gab es im Umfeld der Fußballbegeisterung eine rechtsradikale Skinhead-Szene. Spätestens seit 1987, als Faschisten die Ostberliner Zionskirche überfielen, war es für die Behörden und Autoritäten der DDR nur noch mit Mühe möglich, die Existenz von Nazis im antifaschistischen Staat zu verleugnen. Um der Staatsdoktrin gerecht zu bleiben, durfte jedoch keinesfalls zugegeben werden, daß es sich dabei um eine "hausgemachte" Entwicklung handelte. Die Grundlagen für rechtsradikale Orientierungen waren in der Gesellschaft der DDR vorhanden. Der offizielle Wertekanon von Staat (und Partei), die spießige Kleinbürgerlichkeit standen in auffälliger Übereinstimmung mit der auch als Jugendprotest zu verstehenden Hinwendung vieler DDR-Jungmänner zu rechten Gruppen.

Noch vor dem Fall der Mauer war - z.B. auf den Leipziger Montagsdemos - unübersehbar, was sich da zusammenbraute. Seit der Besetzung eines Hauses lag das Zentrum des organisierten Neofaschismus in Berlin: die Lichtenberger Weitlingstraße. Seit Mitte 1990 verlagerten sich nicht nur die Aktivitäten in den Süden und Südosten, sondern auch die Organisation. Wie es scheint, ist Dresden die neue "Hauptstadt der Bewegung".

Einen Überblick über die faschistische Szenerie sowie den Versuch einer Einschätzung macht Hagen Crszyczek, Ostberliner Antifaschist, auf Seite 19.

56. Quelldatei spenden.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak330/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:spenden

Seit dem Dezember 1971 gibt es den ak, die Zeitung des Kommunistischen Bundes. Eine lange Zeit für eine linksradikale Publikation - einen kleinen Ausschnitt aus ihren Höhen (und Tiefen) ist auf dieser Montage zu sehen. In den letzten Monaten deutete manches darauf hin, daß auch diese Zeitung, wie so viele vor ihr, vom Markt verschwinden würde. Mittlerweile ist die Zukunft deutlicher geworden: auf dem IV. Kongreß ist der KB für aufgelöst erklärt worden, gleichzeitig gab es einen Grundkonsens darüber, die Zeitung als Publikation der beiden (neu-)entstandenen Strömungen weiter zu erhalten. (Siehe dazu auch die Berichterstattung in dieser Zeitung.) Ausschlaggebend dafür war das gemeinsame Interesse, mit dem ak eine Zeitung zu erhalten, die im Spektrum linker Publizistik nicht einfach ersetzbar ist. Stellungnahmen von Gruppen und einzelnen LeserInnen, die uns ihr Interesse am und auch ihre Arbeit mit dem ak geschrieben haben, waren eindeutig: für den Erhalt dieser Zeitung in der ohnehin arg dezimierten linken Presselandschaft. Der Haken: dazu reichen die Einnahmen aus dem Verkauf und den Abos nicht aus. Über 20% unserer Ausgaben werden aus den jährlichen Spendensammlungen finanziert, 1990 waren das etwa 60.000 DM. Selbst bei verschärften Sparmaßnahmen werden wir darauf nicht verzichten können. Deshalb hatten wir euch, die LeserInnen und FreundInnen des ak, unter dem Motto "Was uns fehlt und was wir dennoch brauchen", in diesem Jahr schon mehrfach dazu aufgerufen, den ak mit euren Spenden zu unterstützen. Trotz der unklaren Situation sind bisher 10.000 DM bei uns eingetroffen: immer noch nicht genug. Neben dem Hinweis auf die Möglichkeit, die Zeitung auch durch (Förder-)Abos zu unterstützen, ist unsere Bitte deshalb einfach:>/p>

Spendet für den ak!!

Spendenkonto: Heinrich Eckhoff

Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 4645 84-204

57. STASI

Was heißt Aufarbeitung?

CD-Datei: daten/aksuche/ak330/stasi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:330:stasi

Aufarbeitung der Geschichte - der Stasi, der SED, der DDR, des realen Sozialismus, eine Forderung, die seit der Wende '89 allenthalben erhoben wird. Neu belebt wurde dieses komplizierte Thema durch die Veröffentlichung von 10.000 Namen ehemaliger hauptamtlicher StasimitarbeiterInnen. Und je mehr diskutiert wird, desto widersprüchlicher und komplizierter ist die Antwort auf die Frage, wie eigentlich eine Aufarbeitung im Sinne linker Geschichtsschreibung, im Sinne der Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR aussehen sollte.

"Die Offenlegung ist nötig", so Klaus Wolfram in einem Interview zur Veröffentlichung der Listen, der sich über die "blockierende, verständnislose und im Grunde unpolitische Haltung" bei den meisten seiner Mitdiskutanten aus der PDS beklagt. Womit ein wichtiger Aspekt der Debatte angesprochen ist: Was trägt die PDS, die mit dem Anspruch angetreten ist, Geschichte nicht zu bewältigen, sondern aufzuarbeiten, genau hierzu bei? Und da sieht die Bilanz, auch in Gregor Gysis Stellungnahme zur Problematik ernüchternd aus. Nicht nur von ihm, auch von Teilen innerhalb der PDS und wesentlich massiver von den Bürgerbewegungen wird das Ausbleiben wirklicher Initiativen zur Aufarbeitung konstatiert.

Dabei kann die Aufarbeitung der Geschichte der Staatssicherheit nur Teil der Untersuchung der Geschichte der DDR sein. Warum also, setzt sich die PDS nicht an die Spitze und sorgt systematisch und gründlich für die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte der DDR? Warum überläßt sie es mehr oder minder zweifelhaften Zeitzeugen, in bürgerlichen Verlagen ein Geschichtsbild zu entwerfen, das einer differenzierten Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes in seiner gesamten, auch historischen Dimension nur in den seltensten Fällen gerecht wird?

Zweifelsohne erfordert dies ein Höchstmaß an Differenzierung, und die Dämonisierung der Stasi ist einer analytischen Aufarbeitung eher hinderlich. Gerade im Verhältnis zu ehemaligen MitarbeiterInnen, ob hauptamtliche oder informelle, führt die vor allem seitens der BRD-Herrschenden betriebene massenhafte Stigmatisierung zum Gegenteil dessen, was sich viele Linke in der Ex-DDR und wenige Linke in der Ex-BRD erhoffen. Der immer wieder abgefeierte Sieg der BRD über die DDR, der Sieg des Kapitalismus über den realexistierenden Sozialismus, ist mehr als ein Handicap: In dem Maße, in dem die politische und repressive Ausgrenzung massenhaft Menschen in der Ex-DDR trifft, in dem Maße scheint die im demokratischen und fortschrittlichen Sinne erhobene Forderung nach Aufarbeitung den Beifall von der falschen, reaktionären Seite herbeizuführen. Wie ist zu verstehen, daß die Abgeordnete des Bündnis 90, Ingrid Köppe, den Kriterien der etablierten Parteien zustimmt, die bedeuten, daß die BRD-Geheimdienste erheblichen Zugriff auf die Stasi-Akten erhalten werden, wobei ihr mit Recht Widerspruch aus dem eigenen politischen Umfeld begegnet?

Wenn aber die Aufarbeitung u.a. über den Weg durch die Aktenbestände der Stasi möglich sein soll, wie soll da die Differenzierung nach Opfern und Tätern erfolgen? In welchem Verhältnis steht also das historische und demokratische Erfordernis der Arbeit mit diesen Akten, der berechtigte Wunsch der Opfer auf Einsicht in ihre Akten zu der Aussicht, daß millionenfach Daten durchaus effizient von BRD-Geheimdiensten ausgewertet werden?Hierzu Beiträge ab S. 14.